

# JahrBuch

## für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2012

III

NDZ-GmbH

---

### Inhaltsverzeichnis

*Andreas Morgenstern:* Die „Sozialistischen Monatshefte“ im  
Kaiserreich. Sprachrohr eines Arbeiterzionismus? ..... 5

*Jörn Wegner:* „Free-born Englishmen“ und „Jew financiers“.  
Antisemitismus in der britischen Arbeiterbewegung während  
des zweiten Burenkrieges.....26

*Fabian Trinkaas:* Krisenhafter Umbruch und Organisationsver-  
hältnisse. Der Erste Weltkrieg und die europäische Arbeiter-  
bewegung am Beispiel der Hüttenstädte Neunkirchen/Saar  
und Düdelingen/Luxemburg.....40

*Kasper Braskén:* Willi Münzenberg und die Internationale  
Arbeiterhilfe (IAH) 1921 bis 1933: eine neue Geschichte.....57

*Cristina Fischer:* Charlotte Behrends und die Kartei der zum  
Tode verurteilten Frauen aus dem Berliner Frauengefängnis  
Barnimstraße .....85

### Biografisches

*Gerhard Schäfer:* Dr. Maria Grollmuß (1896-1944):  
eine fast vergessene Grenzgängerin.....104

<i>Horst Klein</i> : Tatiana Grigorovici (1877-1952). Zum 60. Todestag der Austromarxistin.....	132
<i>Gisela Notz</i> : Das kämpferische Leben der Tänzerin Johanna (Hanna) Berger (1910-1962) .....	142

## Dokumentarisches

<i>Ruth Stoljarowa</i> : Hugo Eberlein: Erinnerung aus dem Jahr 1928 an seine abenteuerliche Reise nach Moskau zum Gründungs- kongress der Kommunistischen Internationale.....	159
--	-----

## Regionales

<i>Siegfried Spantig</i> : Das Kreiskulturhaus in Hagenow 1974 bis 1998 .....	164
---	-----

## Buchbesprechungen

Philippe Kellermann (Hrsg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Ge- schichte der sozialistischen Bewegung ( <i>Jochen Weichold</i> ).....	173
Gudrun Wedel: Autobiographien von Frauen. Ein Lexikon ( <i>Irina Hundt</i> ).....	174
Christoph Hamann/Volker Schröder (Hrsg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 in Berlin ( <i>Birgit Bublies-Godau</i> ) .....	176
Marx-Engels Jahrbuch 2010 ( <i>Walter Schmidt</i> ) .....	180
Heinz Bude/Ralf M. Damitz/André Koch (Hrsg.): Marx. Ein toter Hund? Gesellschaftstheorie reloaded ( <i>Andreas Lotz</i> ).....	182
Helmut Lethen/Birte Löschenkohl/Falko Schmieder (Hrsg.): Der sich selbst entfremdete und wiedergefundene Marx ( <i>Andreas Lotz</i> ).....	185

---

Michael Bakunin: Konflikt mit Marx (= Michael Bakunin: Ausgewählte Schriften. Bd. 5 und 6), hrsg. von Wolfgang Eckhardt ( <i>Martin Hundi</i> ).....	187
Dietmar Dath: Rosa Luxemburg. Leben. Werk. Wirkung ( <i>Eckhard Müller</i> ).....	189
Laura Polexe: Netzwerke und Freundschaft. Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz an der Schwelle zum 20. Jahrhundert ( <i>Herbert Mayer</i> ) .....	190
Frank Oliver Sobich: „Schwarze Bestien, rote Gefahr“. Rassismus und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich ( <i>Ulrich van der Heyden</i> ) .....	192
Peter Kuckuk (Hrsg.): Die Revolution 1918/19 in Bremen. Aufsätze und Dokumente ( <i>Ottokar Luban</i> ).....	194
Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011 ( <i>Ralf Hoffrogge</i> ) .....	197
Paul Frölich: Autobiografia. Dalla Lipsia operaia di fine ‘800 all’azione di marzo del 1921 ( <i>Paola Foraboschi</i> ).....	199
Gerlinde Lorenz: „Leitstern“ Sozialismus. Die politische Biografie des Remscheider Arbeiterführers Otto Braß (1875-1950) und seines Sohnes Otto (1900-1972) ( <i>Ottokar Luban</i> ).....	201
Armin Fuhrer: Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats ( <i>Ronald Friedmann</i> ) .....	204
Stefan Wannewetsch: Unorthodoxe Sozialisten. Zu den Sozialismuskonzeptionen der Gruppe um Otto Straßer und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes in der Weimarer Republik ( <i>Uli Schöler</i> ).....	206
Dieter Schiller: Der Traum von Hitlers Sturz. Studien zur deutschen Exilliteratur 1933-1945 ( <i>Carola Tischler</i> ) .....	209

Mario Keßler: Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegs- deutschland. Franz Borkenau. Richard Löwenthal. Ossip Flechtheim. ( <i>Herbert Mayer</i> ).....	210
Siegfried Mielke/Peter Rütters (Hrsg.): Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 bis 1949/50. Gründung, Organisationsaufbau und Politik – Zonenebene ( <i>Karlheinz Kuba</i> ) .....	212
Bernt Roder/Bettina Tacke (Hrsg.): Energie aus Wilhelmsruh. Geschichte eines Berliner Industriestandortes. Bergmann Elektrizitätswerke AG, VEB Bergmann-Borsig ( <i>Jörg Roesler</i> ).....	215
Ulla Plener (Hrsg.): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990-1994) ( <i>Harry Nick</i> ).....	217
 Autorenverzeichnis.....	 219
Jahresinhaltsverzeichnis 2012.....	219
Impressum.....	226

### *In eigener Sache*

Liebe Abonentinnen und Abonnenten, liebe Leserinnen und Leser,  
seit mehr als zehn Jahren erscheint das JahrBuch stets pünktlich und zum  
sehr moderaten jährlichen Abopreis von 25,- € (Inland) bzw. 35,- € (Ausland),  
einschl. Porto, sowie einem Einzelheftpreis von 10,- €, zzgl. Porto. Leider ha-  
ben sich in diesen zehn Jahren unsere Kosten für Papier und Versand deutlich  
erhöht. Kosten einsparen können wir nicht, da die Redaktion des JahrBuches  
ehrenamtlich und ohne jede Aufwandsentschädigung arbeitet.

Wir sehen uns daher zu unserem großen Bedauern gezwungen, den Abopreis  
ab dem Jahr 2013 um jeweils 5,- € auf 30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland),  
einschl. Porto, und den Einzelheftpreis auf 11,- €, zzgl. Porto, anzuheben.

Bitte bleiben Sie uns dennoch als Abonnenten und Leser treu und sichern Sie  
so das weitere Erscheinen dieses derzeit einzigen Periodikums in Deutsch-  
land, das sich der Geschichte der Arbeiterbewegung widmet.

*Die Redaktion*

# Die „Sozialistischen Monatshefte“ im Kaiserreich. Sprachrohr eines Arbeiterzionismus?

Andreas Morgenstern

Die „Sozialistischen Monatshefte“<sup>1</sup> erschienen ab 1895; erster Herausgeber war der jüdischstämmige, in einer orthodoxen Königsberger Familie aufgewachsene Publizist Joseph Bloch.<sup>2</sup> In den beiden frühesten Jahrgängen trug das SPD-nahe Theorieorgan noch den Namen „Der sozialistische Akademiker. Organ der sozialistischen Studierenden und Studenten deutscher Zunge“. Dieser Name zeigt deutlicher noch als ihr späterer, eher pragmatischer Titel die Intention der Zeitschrift. Die „Monatshefte“ mit einer Auflagenhöhe von 2.000 bis 3.000 Exemplaren schuf Bloch als ein Gegengewicht zur bürgerlichen Sozialismuskritik, um für eine zukünftige, allmählich entstehende sozialistische Gesellschaft die Unterstützung aufgeschlossener bürgerlicher, akademisch gebildeter Kreise zu gewinnen. Die volle Gleichberechtigung als sozialdemokratisches Theorieorgan mit der „Neuen Zeit“ wurde den „Monatsheften“ aber auf ein Votum August Bebel's hin auf dem Münchner Parteitag 1902 vorenthalten.<sup>3</sup>

Mit den „Sozialistischen Monatsheften“ entstand ein „freies Diskussionsorgan für alle Anschauungen auf der gemeinsamen Basis des Sozialismus“<sup>4</sup>, wie Bloch in einem der wenigen von ihm selbst verfassten Artikel in der ersten Ausgabe nach der Umbenennung versprach. Er gewann namhafte Autoren, allen voran Eduard Bernstein. Der machte das Blatt zu einer – innerparteilich umstrittenen – Speerspitze des Revisionismus.<sup>5</sup> Bloch

---

1 Siehe hierzu einführend Hubert Woltering: Die Sozialistischen Monatshefte (1895/96-1933), Onlinetext der Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/sozmon/070201-smh-begleittext.pdf>.

2 Die Persönlichkeit Joseph Blochs (1871-1936) harrt noch einer ihrer Bedeutung entsprechenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung, es gibt nur wenige, ältere Darstellungen. Siehe aber zumindest die Studie „Der Kampf Joseph Blochs und der ‚Sozialistischen Monatshefte‘ in der Weimarer Republik“ seines Neffen Charles Bloch, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Bd. 3, hrsg. von Walter Grab, Tel Aviv 1974, S.257-284.

3 Siehe Eike Middell: Sozialistische Monatshefte (SM), in: Simone Barck u.a. (Hrsg.): Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945, Stuttgart 1994, S.444.

4 Joseph Bloch, in: Sozialistische Monatshefte 1897, H.1, S.II.

5 Zu Judentum bzw. „jüdischer Frage“ schrieb der selbst jüdischstämmige Bernstein jedoch nicht. Er sah deren Lösung in der Assimilation, ohne aber entsprechende Aufrufe zu verbreiten. Siehe Robert S. Wittrich: Eduard Bernsteins Einstellung zur Judenfrage, in: Lud-

selbst akzeptierte den Marxismus zur Erklärung vieler gesellschaftlicher Bedingungen, lehnte ihn aber als Gesamtphilosophie ab.<sup>6</sup> Religionen, soziale Emanzipation und die daraus folgenden Implikationen bildeten ein wichtiges Thema der „Sozialistischen Monatshefte“. Ihre intellektuelle Freiheit konnte dabei im Unterschied zur marxistischen „Mehring-Presse“, etwa zu „Die Neue Zeit“<sup>7</sup> mit den Artikeln Karl Kautskys, eine Plattform für einen Zionismus sozialistischer Prägung eröffnen.

Zionismus war Teil der allgemeinen Politisierung des europäischen Judentums, und das auch in Abgrenzung zum jüdisch-sozialistischen „Bund“,<sup>8</sup> der für religiöse Fragen eher taub war. Bereits 1884 hatte Leon Pinsker auf der Kattowitzer Konferenz von Zionisten die drohende Deklassierung der zumeist im Handel tätigen Juden als scheinbar unproduktiver Faktor im Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit angesprochen. Pinsker, Schöpfer des Werks „Autoemanzipation“,<sup>9</sup> rief den Delegierten zu: „Ergreifen wir heute Pflug und Spaten an Stelle der bis nun gehandhabten Meßelle und Waagschale und seien wir wiederum das, bevor wir ins üble Gerede der Völker kamen.“<sup>10</sup> Dabei beinhaltete der Zionsgedanke auch Ideen des Sozialismus, erschien Herzls Judenstaat, wo immer der auch entstehen sollte, doch als Beispiel einer fortschrittlichen und sozial utopischen Gesellschaft.<sup>11</sup> Nach Herzls Tod änderte sich aber die Perspektive,

---

ger Heid/Arnold Paucker (Hrsg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933, Tübingen 1992, S.79-90, hier S.83.

6 Siehe Bloch, Kampf, S.259.

7 Umstritten war insbesondere die Frage einer eigenen jüdischen Nationalität zwischen der „Neuen Zeit“ und den „Sozialistischen Monatsheften“. Siehe hierzu Rosemarie Leuschen-Seppel: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Bonn 1989, S.207. Eine Vergleichsstatistik über die Artikel zu Judentum und Zionismus bei „Sozialistischen Monatsheften“, „Vorwärts“ und „Die Neue Zeit“ findet sich ebenda, S.185.

8 Siehe Michael Brenner: Geschichte des Zionismus, München 2002, S.16.

9 Leon Pinsker beschrieb die Ablehnung des Judentums als Folge einer Wahrnehmung des Juden als Antithese folgend: „Der Jude ist für die Lebenden ein Toter, für die Eingeborenen ein Fremder, für die Einheimischen ein Landstreicher, für die Besitzenden ein Bettler, für die Klassen ein verhaßter Konkurrent.“ Leon Pinsker: Autoemanzipation [1882], in: Helmut J. Heil (Hrsg.): Die neuen Propheten, Fürth-Erlangen 1969, S.103-134, hier S.117. Zur Entstehungsgeschichte der Schrift siehe Julius H. Schoeps: Briefe Leon Pinskers an Isaak Rülff. Zur Vorgeschichte der jüdischen Nationalbewegung, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte (ZRGG), 34 (1982), S.220-234.

10 Leon Pinsker, zit. nach: Julius H. Schoeps: Autoemanzipation und Selbsthilfe. Die Anfänge der nationaljüdischen Bewegung in Deutschland, 1882-1897, in: ZRGG, 31 (1979), S.345-365, hier S.349.

11 Siehe Schoeps, Autoemanzipation, S.362.

von der Idee hin zur praktischen Umsetzung der Ansiedlung in Palästina, auch weil die – wenn auch zögerliche – Einwanderung von Juden in der alten Heimat Hoffnung verbreitete, stärkte sie doch das jüdische Volk, ohne das individuelle Schicksal zu verändern.<sup>12</sup> Anklänge des zeittypischen Nationalismus waren nicht zu überhören.

Noch fest in ihren materialistischen Denkschemata verhaftet,<sup>13</sup> sah die SPD die Emanzipation des Judentums allein unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes. Bebels Parteitage von 1892, in der er auch für das Judentum einen Klassenwiderspruch konstatiert hatte, wurde erst 1906 zur offiziellen Position der SPD erhoben.<sup>14</sup> Der Sozialdemokratie als Gegnerin des im späten 19. Jahrhundert aufkommenden rassistisch begründeten Antisemitismus<sup>15</sup> blieb der Gedanke einer jüdischen Nation fremd. Zionismus symbolisierte für sie die Rückständigkeit des Ostens. Außerdem, so der weitere Gedankengang, stabilisierten die Zionisten die bürgerliche Ordnung, wenn die Forderung nach einer neuen Heimat den Druck auf Veränderungen vor Ort verminderte. Den Zionisten warf man gar kolonialistisch-imperialistische Tendenzen vor. Standen sich Arbeiterbewegung und Zionismus so zumindest fremd gegenüber,<sup>16</sup> suchten die Arbeiterzionisten einen Ausgleich zwischen beiden. Ein Thema für die „Monatshefte“ als offenem Diskussionsorgan war so quasi vorgegeben.

### *Zionisten schreiben in den „Monatsheften“*

Die „Sozialistischen Monatshefte“ beschäftigten sich zunächst mit ihnen naheliegenden Fragen des Judentums, wie der Abwehr des Antisemitismus, aber auch mit der Unwissenheit der Sozialdemokratie in religionsgeschichtlichen Themen. So monierte der Münchner Johannes Menzinger 1897, dass „unsere Einsicht in das geschichtliche Judentum viel gerin-

---

12 Siehe Brenner, *Geschichte*, S.52.

13 Siehe etwa Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie*.

14 Siehe Shlomo Na'aman: Die Judenfrage als Frage des Antisemitismus und des jüdischen Nationalismus in der klassischen Sozialdemokratie, in: Heid/Paucker (Hrsg.), *Juden*, S.43-58, hier S.47f.

15 Siehe Kurt Koszyk: *Sozialdemokratie und Antisemitismus zur Zeit der Dreyfus-Affäre*, in: Heid/Paucker (Hrsg.), *Juden*, S.59-78.

16 Das ist umso tragischer, als einer der frühen, wenn auch später in Vergessenheit geratenen Begründer des Zionismus, Moses Hess, eine Mischung aus ethischem Sozialismus und aufgeklärtem Nationalismus vertrat. Zu Hess siehe Shlomo Na'aman: *Emanzipation und Messianismus. Leben und Werk des Moses Hess*, Frankfurt/Main-New York 1982.

ger ist, als sie schon aus theologischen Rücksichten sein sollte und gar als Begründung unserer antisemitischen Praxis [gemeint ist die gesellschaftliche Situation in Deutschland, A.M.] sein sollte“.<sup>17</sup> Die Folgen daraus seien gerade in einer Zeit des sich entwickelnden Nationalbewusstseins gravierend, lasse doch die Frage nach der staatsbürgerlichen Behandlung der Juden über den Wert des Staatsbürgertums selbst nachdenken.

So stellte noch im selben Jahr mit Sergej Njewsorow ein Teilnehmer des Basler Zionisten-Kongresses die Grundlagen dieser neuen, außerhalb der Reichsgrenzen aktiven Bewegung dar. Er betonte dabei deren, gerade für viele deutsche Juden befremdliche, historische Kontinuität: „Dieses Zurücksehen in das Heilige Land, in das Land Israels, ist nie aus den jüdischen Herzen gewichen.“<sup>18</sup> Ihre „Haltlosigkeit“ dränge die Juden nach Palästina, denn auch die USA hätten die weitgespannten Hoffnungen auf eine neue Heimat nicht erfüllt. Erstmals tauchte in den „Monatsheften“ der sozialistische Charakter des Zionismus auf: Njewsorow hielt Herzl dessen, im Unterschied zu den bürgerlichen Zionisten, bewahrtes Herz für das Proletariat zugute. So wendete Njewsorow sich gegen die verbreitete Einstellung, die schlimmen Lebensbedingungen der Juden in Russland trafen das Bürgertum ungleich härter als das ohnehin weltweit deklassierte Proletariat. Manchem Zionisten gehe es auch um ein eigenes Staatswesen, um dann selbst zur herrschenden Klasse aufzusteigen. Das mündete in der Ablehnung des Strebens nach Eigenstaatlichkeit durch Njewsorow, der folgerte, „dass der Zionismus wie nichts Anderes berufen ist, das Judentum sittlich zu heben. [...] Aber das ist auch Alles.“<sup>19</sup> Der Gedanke eines besseren, sozialistischen Lebens wurde gepflegt, das Streben der aktiven (bürgerlichen) Zionisten abgelehnt. Und so verschwand das Thema zunächst von der Agenda der „Monatshefte“. Lediglich im Umfeld der Dreyfus-Affäre erschienen einige Beiträge französischer Autoren, die aber über die Beschreibung der Ereignisse bzw. Folgerungen für die Haltung der europäischen Arbeiterbewegung gegen die Reaktion nicht hinausreichten und den manifesten Antisemitismus als Mittel zur Herrschaftssicherung der alten Eliten angriffen.<sup>20</sup>

---

17 Johannes Menzinger: Die Geschichtsschreibung der Judenfrage, in: Sozialistische Monatshefte, 1897, H. 2, S.97-100, hier S.98.

18 Sergej Njewsorow: Der Zionismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1897, H. 12, S.645-651, hier S.645.

19 Ebenda, S.651.

20 Siehe Ghiveca Ralier: Der Fall Dreyfus, in: Sozialistische Monatshefte, 1898, H. 8, S.393-405; Jean-Baptiste Séverac: Der Fall Dreyfus und die französischen Sozialisten, in: ebenda,

Erst 1904 wurde die jüdische Frage wieder aufgegriffen. Ladislaus Gumpłowicz wendete sich gegen die Russifizierungspolitik des zaristischen Regimes, dies gelte auch für Russlands Juden. Ebenso wie die Litauer setzten sie sich in „heldenmütiger Weise“ gegen den „infamen Vertilgungskrieg, den die czaristische Despotie“ führe, zur Wehr.<sup>21</sup> Die Juden in Russland hätten zwar konfessionelle Volksschulen, allerdings allein deshalb, weil die Herrscher sie zu sehr verachteten, um sie zu russifizieren.<sup>22</sup> Spätestens die Pogrome von Kischinew (vom Autor wurden die Ereignisse als bekannt vorausgesetzt)<sup>23</sup> hätten offenbart, dass die Juden an den äußersten Rand des Imperiums nach Litauen oder Polen gedrängt werden sollten, um die dortigen Völker gegen die neue Konkurrenz der jüdischen Handeltreibenden aufzuhetzen und sie noch tiefer ins Elend zu stürzen. Dennoch blieb auch dieser Artikel behaftet in der Bewertung der nationalen Frage innerhalb der Internationale. So sprach er die Lage der Ostjuden kurz an, ein Unverständnis gegenüber deren Zielen blieb aber unübersehbar. Jedoch fällt hier die Ablehnung des Assimilationsgedankens auf. Für Gumpłowicz wies die mögliche Anerkennung der litauischen Nationalität auf die Freiheitschancen anderer Nationen hin. Doch erneut verschwand das Thema vom Tapet der Zeitschrift.

Zum Ende des Jahrzehnts trat jedoch ein Wandel ein. Ab 1908 boten die „Monatshefte“ sozialistisch orientierten Zionisten mehr Raum, ihre Vorstellungen zu verbreiten. Den Auftakt machte Maks-Aryeh Shats unter dem Namen Maxim Anin, der gleich zu Beginn keinen Zweifel aufkommen ließ, „dass die Judenfrage zu den schwersten und kompliziertesten Problemen der Gegenwart gehört“ und bisher nicht „als selbständiges soziales Problem“ verstanden worden ist. Stattdessen gehöre sie zu den Fragen, denen man „mit Misstrauen und Unlust begegnet; sogar als Verrat an der Sache des internationalen Sozialismus“ betrachtet.<sup>24</sup> Während im Wes-

---

1899, H. 7, S.349-353; Julius Meier-Graefe: Zum Ausgang der Dreyfus-Affäre, in: ebenda, 1906, H. 9, S.792-797.

21 Ladislaus Gumpłowicz: Das russische Regime in Litauen und der internationale Congress von Amsterdam, in: Sozialistische Monatshefte, 1904, H. 8, S.646-653, hier S.646.

22 Siehe ebenda, S.649.

23 „Soll ich nun auch noch alle die niederträchtigen Chicanen, Intriguen und Misshandlungen aufzählen, denen die Juden im Czarenreich auf Schritt und Tritt ausgesetzt sind? Ich will es mir ersparen. Ein Wort genügt: *Kischinew!*“, ebenda, S.650 (Hervorhebung im Original). In Kischinew kam es Ostern 1903 zu einem über die russischen Grenzen hinaus wahrgenommenen Pogrom an den dortigen Juden, die vor Ort die zahlenstärkste Bevölkerungsgruppe stellten. Knapp fünfzig Menschen wurden ermordet, Hunderte verletzt.

24 Maxim Anin [Maks-Aryeh Shats]: Ist die Assimilation der Juden möglich?, in: Sozialisti-

ten eine Assimilation möglich sei, beschränke sich diese im Osten allein auf die privilegierten Klassen. Die Schwierigkeiten griffen jedoch noch tiefer, wenn selbst die Assimilationstendenz der jüdischen Oberschicht eine weitere Ausgrenzung der jüdischen Allgemeinheit fördere, denn Unternehmer trachteten allein nach der Maximierung ihrer Profite. Die Armenrate im jüdischen Siedlungsgebiet habe zwanzig Prozent erreicht und werde sich unter den gegebenen Bedingungen noch vergrößern. So entstehe ein neues sozioökonomisches Ghetto.<sup>25</sup> Etwas später problematisierte Shats die Perspektiven für eine „neue kolossale jüdische Wanderung“ nach Palästina, die im Unterschied zur Auswanderung nach Nordamerika oder auch Argentinien einen wirklichen Neubeginn verspreche, vom Paradies jedoch weit entfernt bleibe.<sup>26</sup>

Shats Beiträge waren Ausdruck einer gewissen Orientierungslosigkeit. Wie das Leben in Palästina aussehen könnte, auf welcher Grundlage sich die vor allem aus ökonomischen Gründen auswandernden Juden dort ansiedeln und ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten, war für Shats nicht zu beantworten. Dennoch forderte er die „planmässig geleitete Kolonisation eines geeigneten Territoriums“, ohne dieses geografisch zu benennen, als „einzig mögliche radikale Lösung“.<sup>27</sup> Zugleich warnte Shats vor der Größe der Herausforderung, an der in den vergangenen Jahrzehnten schon mancher jüdische Kolonisationsversuch gescheitert sei.<sup>28</sup> So sei es unumgänglich, die Organisation auf „demokratischer Grundlage [zu] errichten und unter gesellschaftliche Kontrolle“ zu stellen.<sup>29</sup> An dieser Stelle schimmerte das Ideal einer Ansiedlungspolitik mit sozialistischem Antlitz durch, sollte es doch eine „zivilisatorische Kolonisation“ zur Erschaffung eines dem Zeitgeist entsprechenden „kompakten Kerns mit gesunder sozialer und nationaler Entwicklung“ werden. Shats verfasste einen Appell an die vielfach als Utopie geschmähte zionistische Idee.<sup>30</sup> Anschließend meldete er sich noch einmal zu Wort. Er mahnte die Aufnahme der

---

sche Monatshefte, 1908, H. 10, S.614-619, hier S.614.

25 Siehe ebenda, S.617f.

26 Siehe Ders.: Die Judenfrage als Wanderungsproblem, in: Sozialistische Monatshefte 1909, H. 13, S.849-854; siehe auch Ders.: Probleme des jüdischen Arbeiterlebens, in: ebenda, 1909, H. 4, S.231-235.

27 Ders.: Die Organisation der jüdischen Wanderung, in: Sozialistische Monatshefte, 1909, H. 19, S.1248-1254, hier S.1249f. (Hervorhebung im Original).

28 Siehe ebenda, S.1251.

29 Ebenda, S.1252.

30 Ebenda, S.1253.

Vertreter des Judentums in die Zweite Internationale an, auch wenn die vielfältigen Nationalitätenkonflikte deren Arbeit behinderten. Dies dürfe dennoch nicht zu einer Ausgrenzung der jüdischen Organisationen führen.<sup>31</sup> Russlands Sozialdemokratie habe gar einen Aufnahmeantrag der Zionistisch-sozialistischen Arbeiterpartei mit der fadenscheinigen Begründung nicht erfüllter Zulassungsbestimmungen verworfen – ohne diese überhaupt anzuhören.<sup>32</sup>

Untermauert wurde der Gedanke einer erfolgreichen jüdischen Ansiedlung auch mit ungewöhnlichen Positionen. So erkannte der Theologe Max Maurenbrecher, der eine Symbiose aus Sozialem, Religiösem und Nationalem anstrebte und sich wiederholt zu theologischen Fragen äußerte, einen religiös reinen Charakter des Judentums, der sich in den ärmeren Schichten bewahrt habe, die nicht anderen Göttern folgen würden. Die Existenz des Judentums demonstriere den Sieg des jüdischen Proletariats, eine Assimilation sei somit ausgeschlossen.<sup>33</sup> Letztlich redete Maurenbrecher damit einer Ausgrenzung das Wort, blieb damit aber in den „Monatsheften“ isoliert.

Aus der Beobachtung des allgemein aufgekommenen Nationalismus heraus publizierte mit Markus Ratner einer der Führer der Sozialistischen Jüdischen Arbeiterpartei Russlands zwischen 1908 und 1911 drei längere Aufsätze, die auf das Ostjudentum als eigenständiger Nation innerhalb des russischen Vielvölkerstaats ein besonderes Augenmerk warfen. Zu der von Shats beschriebenen Ausgrenzung zionistischer Gruppierungen aus der russischen Sozialdemokratie enthielt sich Ratner jedoch einer Äußerung. Hatte sein erster Aufsatz darunter gelitten, dass eine eindeutige Unterscheidung zwischen „national“ und „sozialistisch“ ausblieb,<sup>34</sup> weshalb die Vorwürfe an die Adresse der sozialistischen Zionisten, ihre Auswanderungsbestrebungen schwächten den Klassenkampf, auch nicht zu überzeugen wussten, lieferte er zwei Jahre später eine Beschreibung des damaligen Forschungsstands. Er wusste zwar erneut nicht mit einer zwingenden Definition zu gefallen, hielt jedoch zu Recht die wachsende Be-

---

31 Siehe u. a. Maxim Anin [Maks-Aryeh Shats]: Das Nationalitätsprinzip in der Sozialistischen Internationale, in: Sozialistische Monatshefte, 1910, H. 14, S.885-890; Ders.: Das jüdische Proletariat in der Internationale, in: ebenda, 1910, H. 16-18, S.1065-1068.

32 Siehe Ders.: Das jüdische Proletariat, S.1066.

33 Siehe Max Maurenbrecher: Die Bedeutung des Klassengegensatzes für den israelitischen Monotheismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1909, H. 4, S.218-224.

34 Siehe Markus Ratner: Die nationale Frage in den jüdischen sozialistischen Parteien, in: Sozialistische Monatshefte, 1908, H. 24, S.1533-1541.

deutung des Nationalen durch die allgemeine Emanzipation fest. Für die (Ost-)Juden forderte er wie der „Bund“ eine nationalkulturelle Autonomie, auch zur Linderung ökonomischer Nöte. Das Judentum sei zwar keine Sprachgemeinschaft, und die Religion erzeuge keine Volkseinheitlichkeit (mehr), es habe aber als Kultur- bzw. Schicksalsgemeinschaft überlebt.<sup>35</sup> Nachdem hier durchaus ein Wandel in Ratners Position hin zu einer stärkeren Beachtung des Nationalen im Judentum zu beobachten war, blickte er 1911 noch einmal auf das Verhältnis zwischen Nationalautonomie und Ökonomie.<sup>36</sup> Er befürwortete eine nationale Autonomie der Juden, wenn er „Bequemlichkeitswünschen des Westens“ widersprach, der wie selbstverständlich eine Assimilation erwarte. Ratner sparte nicht mit Vorwürfen an die Adresse der eigenen Genossen, die trotz einer grundsätzlichen Autonomiebefürwortung allzu oft an der Forderung nach einer überholten Einheitlichkeit unter den Arbeiterparteien festhielten und so jüdischen Organisationen die Anerkennung in der Internationale und auf vielen weiteren Gebieten vorenthielten. Der Beitrag Ratners entsprach zugleich den Beschlüssen des X. Zionisten-Kongresses im gleichen Jahr, in dem sich die Befürworter eines „synthetischen Zionismus“ Chaim Weizmanns, d. h. der gegenseitigen Befruchtung von politischer Forderung und konkreter Aufbauleistung in Palästina, durchgesetzt hatten.<sup>37</sup> In diesem Jahr 1911 veröffentlichten die „Sozialistischen Monatshefte“ auch im Rundschauteil, neben den Aufsätzen der zweite wichtige Bestandteil der Zeitschrift, erstmals zwei Beiträge zum Judentum, wobei die Redaktion die Meinung vertrat, der Sabbat sei ein Symbol des Gleichheitsgedankens. Paul Kampffmeyer würdigte in einem der beiden Beiträge einen Vortrag des jüdischen Religionsphilosophen Hermann Cohen, der eine soziale Ethik vertrete, die über die Gegenwart hinaus in die sozialistische Zukunft weise.<sup>38</sup> Die Ambivalenz im Denken der Sozialdemokraten der Zeit drückte sich aber auch darin aus, dass der gleiche Autor in einer Literaturübersicht dem Rassendenken einen „hohen Grad von Objektivität“

---

35 Siehe Ders.: Nationalitätsbegriff und nationale Frage, in: Sozialistische Monatshefte, 1910, H. 6, S.345-354.

36 Siehe Ders.: Die nationale Autonomie und das jüdische Proletariat, in: Sozialistische Monatshefte, 1911, H. 21, S.1333-1342.

37 Siehe Barbara Schäfer: Zionismus, in: Theologische Realenzyklopädie, Bd. 36, Teile 4-5, Berlin 2004, S.702.

38 Siehe Rundschau (Paul Kampffmeyer: Judentum), in: Sozialistische Monatshefte, 1911, H. 11, S.147f.

zusprach. Den Juden ordnete er hier einen hohen „Kulturwert“ zu.<sup>39</sup> Bevor auf die kurz vor und nach Kriegsbeginn plötzlich sprunghaft in die Höhe schnellende Zahl von Artikeln zur jüdischen Frage einzugehen ist, sei auf einen Beitrag Nathan Birnbaums unter dem Pseudonym Mathias Acher verwiesen, der den allgemeinbildenden Anspruch der „Monatshefte“ eindrucksvoll verdeutlicht. Seine Zeilen zur Literatur des Ostjudentums stellten kundig Schriftsteller wie Chaim Bialik, Saul Tschernichowskij oder Jehudo Steinberg vor. Der Autor macht dabei das Verhältnis zwischen dem Jiddischen und dem Hebräischen sowie das unübersehbare Ringen zwischen Altem und Neuem in der Gegenwart anschaulich. Birnbaum, selbst Kind ostjüdischer Einwanderer und Schöpfer des Begriffs „Zionismus“, kam zum Ergebnis, die Literatur des Ostjudentums sei anders, aber keinesfalls schlechter als ihr westliches Gegenüber.<sup>40</sup>

Kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs publizierte Maks-Aryeh Shats seinen letzten Beitrag für die „Monatshefte“. Darin ist eine kritischere Sicht auf die Lebenssituation der Ostjuden unübersehbar. Mit harten Vorwürfen an die polnische Adresse verwarf er die immer entschiedener Forderung nach Assimilation der „Juden“, die als störender „Fremdkörper“ empfunden würden. Zur Forderung nach Assimilation habe das Entstehen einer organisierten polnischen Arbeiterschaft beigetragen. So habe die Wahl des polnischen Sozialisten Eugeniusz Jagiello durch die eigentlich mit einer eigenen Mehrheit ausgestatteten jüdischen Wahlmänner Warschau im Oktober 1911 in die inzwischen durch die zaristische Regierung gezähmte vierte Duma<sup>41</sup> zu einem Aufruf in bürgerlichen Kreisen geführt, die Juden müssten aus dem Land hinausgeworfen werden, da sie die Wahl eines sozialistischen Kandidaten ermöglicht hätten. „Die Maske des ritterlichen Polen wurde fortgeschleudert, und nun steht vor aller Augen mit haßverzerrtem Antlitz der kleinlich grimmige polnische Händler, der wütend und brutal gegen alles loszieht, was seinem Interesse im Wege steht; natürlich unter dem Banner des Fortschritts und der Kultur.“<sup>42</sup>

---

39 Siehe Rundschau (Paul Kampffmeyer: Juden), in: Sozialistische Monatshefte, 1911, H. 17, S.1124-1126.

40 Siehe Mathias Acher [Nathan Birnbaum]: Über die ostjüdische Literatur, in: Sozialistische Monatshefte, 1913, H. 16-17, S.991-1004.

41 Siehe Heinz-Dietrich Löwe: Duma, Regierung und russische Öffentlichkeit, 1906-1916, in: Dittmar Dahlmann/Pascal Tresse (Hrsg.): Von Duma zu Duma: Hundert Jahre russischer Parlamentarismus, Bonn 2009, S.283-316, hier S.297.

42 Maxim Anin [Maks-Aryeh Shats]: Der Judenboykott in Polen, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, H. 6, S.350-355, hier S.351.

Wichtig drehte Shats die immer wieder vorgebrachten antisemitischen Topoi gegen die Polen. Interessanterweise mündete Shats deprimierende Beschreibung aber nicht in der Perspektive der Auswanderung und damit einer Fortsetzung dieses ohnehin seit Jahren anhaltenden Prozesses, sondern in der Forderung nach „Kooperationen aller Art“.<sup>43</sup> Dass er nicht einmal anzudeuten vermochte, wie diese aussehen sollten, erscheint im Rückblick als Menetekel einer schlimmen Zukunft.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Quessel, der sich im bald ausbrechenden Krieg als entschiedener Befürworter des Burgfriedens profilierte, lenkte im Juni 1914 den Blick auf die Chancen und Risiken einer jüdischen Besiedlung Palästinas als Schritt gegen die drohende „Verarmung der Kulturmenschheit“. Der Zionismus mache aufmerksam auf die „besondere nationale Geistigkeit“ der Juden, die sich auch in einer eigenen Sprache ausdrücke.<sup>44</sup> Zum ersten Mal unterstützte damit in den „Monatsheften“ ein Nichtjude die zionistische Bewegung – ein Meilenstein in der Entwicklung des Blattes. Quessel hielt den deutschen Juden den Spiegel vor: Sie würden ebenso wie die Antisemiten den Zionismus als Zeichen eines vorgeblich besonderen Volkstums ablehnen. Er fügte an, erst das Verschwinden des politischen Antisemitismus in Deutschland ermögliche den hiesigen Juden einen unverstellten Blick auf den Zionismus. Gerade die junge Generation, auch Westeuropas, sei zum größeren Teil den zionistischen Idealen gegenüber aufgeschlossen, wolle Aufbauarbeit leisten.<sup>45</sup> Quessel beschrieb eine marktökonomisch gespeiste Einwanderung, in der sich wohlhabende Juden durchaus Chancen ausrechneten, gleichzeitig aber Probleme, wie der gescheiterte Weinanbau, ihrer Lösung harren. Dennoch sah er, ganz euphorisch, die Zukunft im Zionismus, denn in Palästina „erwächst ein neues jüdisches Geschlecht, das nur noch eine Sprache kennt, die ganz der Judenheit zugehört, die Geist von ihrem Geist ist, die heilige Sprache ihrer Väter: das Hebräische“.<sup>46</sup> Die Anleihe an Max Nordaus „Muskeljudentum“ ist unübersehbar.

Quessel war zwar zur Verteidigung des Zionismus aufgestanden, doch hatte noch immer kein Autor der „Sozialistischen Monatshefte“ die Frage nach der Besonderheit eines Zionismus sozialistischer Prägung beantwor-

---

43 Ebenda, S.355.

44 Ludwig Quessel: Die jüdische Neukolonisation Palästinas, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, H. 11, S.672-684, hier S.675.

45 Wobei Quessel den zeittypischen Fehler beging, Palästina und dessen Nachbarländer als „ziemlich menschenleere Länder“ anzusehen. Ebenda, S.680.

46 Ebenda, S.681.

tet. Auf sie ging dann im Sommer 1914 der Arbeiterzionist Katriel Shub unter dem Namen Leon Chasanowitsch ein. Zwischen 1913 und 1919 Wiener Parteisekretär der Poalezionisten, beschäftigte er sich in zahlreichen Studien mit der Situation und den Perspektiven des Ostjudentums.<sup>47</sup> Shub bilanzierte einen Sieg des Poalezionismus im Kampf gegen die Bürgerlichen.<sup>48</sup> Seine Vorstellung der Ziele von Poale Zion verband sich mit der harschen Verurteilung der Sozialdemokratie, in diesem Fall der österreichischen, aber dieses Urteil war auch auf die deutsche übertragbar: „Was man den Angehörigen eines noch so winzigen, unzivilisierten und geschichtsvergessenen Volkes nicht zumuten würde, wird von den Juden geradezu als unerläßlicher Beweis der sozialistischen Gesinnungstüchtigkeit gefordert: der Verzicht auf ihre Nationalität, das Fahrenlassen jeder Hoffnung auf eine Aufrichtung ihres gehetzten und geknickten Volkes.“ Das mündete in den Ruf: „entweder Eigenkultur oder innere Barbarei“.<sup>49</sup> Die „Monatshefte“ wurden hier ihrem Ruf als Stachel im Fleisch der Sozialdemokratie gerecht. Shub drehte die Argumente der Gegner des sozialistischen Zionismus um. Inzwischen habe sich im Ostjudentum das Proletariat als der Kulturträger etabliert, während die Assimilanten auf der Seite der Reaktion stünden. Die Gründung einer eigenen jüdischen Heimstatt werde folglich „sozusagen die Krönung des Werks der Renaissance“ sein.<sup>50</sup>

Nun ging es Schlag auf Schlag. Raphael Seligmann wendete den Blick wieder auf die Lage der Juden im Osten und verfasste eine scharfe Verurteilung zaristischer Politik. Der „naive und aufrichtige Despotismus“ seit den 1860er-Jahren habe sich „zu einer nicht mehr religiösen, sondern sozialen und nationalen Unterdrückung der Juden“ gewandelt.<sup>51</sup> Die Refor-

---

47 Siehe u. a. Die Krise der jüdischen Kolonisation in Argentinien und der moralische Bankrott der J.C.A.-Administration, Stanislaw/Stanslau 1910; Die polnischen Judenpogrome im November und Dezember 1918: Tatsachen und Dokumente, Stockholm 1919; oder die gemeinsam mit Leo Motzkin herausgegebene Dokumentensammlung: Die Judenfrage der Gegenwart, Stockholm 1919.

48 Leon Chasanowitsch [Katriel Shub]: Ziele und Mittel des sozialistischen Zionismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, H. 15, S.962-973, hier S.962. Diese Gruppierung war und ist allerdings bis in unsere Tage umstritten. Siehe die wenig schmeichelhaften Äußerungen zu der Partei bei Rick Kuhn: Jüdischer Antizionismus in der sozialistischen Bewegung Galiziens, in: PaRDeS. Zeitschrift der Vereinigung für Jüdische Studien, 15 (2009), S.124-145.

49 Chasanowitsch, Ziele, S.964f.

50 Ebenda, S.967.

51 Siehe Raphael Seligmann: Über die Juden in Russland, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, H. 17, S.1084-1091.

mierbarkeit des Systems verneinte Seligmann, weshalb allein „ein einziger, alles zermalmender Streich“ diese Lage ändern könnte.<sup>52</sup> Der Erste Weltkrieg hatte inzwischen begonnen.

### *Das Judentum als Partner im Weltkrieg?*

Die „Sozialistischen Monatshefte“ mit ihrem für außenpolitische Fragen zuständigen Redakteur Ludwig Quessel stellten sich entschlossener als andere Teile der Sozialdemokratie auf die Seite der Befürworter eines Burgfriedens und einer entschiedenen Bekämpfung nicht nur Russlands, sondern auch der Westmächte. Ein Übriges tat die lebenslange Distanz Joseph Blochs gegenüber der angelsächsischen Zivilisation, die sich in einer Parteinahme für eine entschlossene Kriegsführung und einer nicht versiegen wollenden Sympathie für das russische Volk manifestierte.<sup>53</sup> So wurde jetzt die Zukunftsfrage des Judentums eher in einem strategischen Zusammenhang als in einer idealistischen Weise betrachtet. Palästina als potenzielle Heimstatt der Zionisten gehörte als Teil des Osmanischen Reichs einem Verbündeten, der in der Levante ebenso wie das Reich selbst gefährdet war.

Ludwig Quessel entdeckte nun, dass Juden und das deutsche Volk das gleiche Schicksal teilten, nämlich fast überall „unbeliebt, ja sogar verhaßt zu sein“.<sup>54</sup> Ausführlich ging er auf einen Vortrag Paul Rohrbachs ein,<sup>55</sup> und begründete eine Interessengemeinschaft und damit indirekt eine Kampfgemeinschaft zwischen Deutschen und Juden. Rohrbach hatte die Sicherung der Existenz des Osmanischen Reichs als im Sinne von Deutschen und Zionisten bezeichnet, denn England heize innerislamische Gegensätze an, wodurch zionistische Bestrebungen zwangsweise den arabischen Interessen untergeordnet würden. Unerwähnt ließ Quessel Rohrbachs Rolle als Propagandist des Reichsmarineamts. Zugleich warb er für eine Kooperation mit den in Feindesland lebenden oder in Palästina bedrohten Juden.<sup>56</sup>

52 Ebenda, S.1091.

53 Siehe Bloch, Kampf, S.263f.

54 Ludwig Quessel: Deutsche und jüdische Orientinteressen, in: Sozialistische Monatshefte, 1915, H. 8, S.398-402, hier S.399.

55 Die Rede wurde auch in der „Jüdischen Rundschau“ vom 12.3.1915 unter dem Titel „Die Zukunft des Orients“ abgedruckt. Rohrbachs Hauptwerk „Der deutsche Gedanke in der Welt“ erschien bei Langewiesche, Düsseldorf u. a. 1912 und postulierte die „dauernde Auslese der Tüchtigsten unter den Völkern“ (S.6).

56 Quessel wiederholte noch einmal die Bedrohung der jüdischen Existenz in Palästina in

Gerade deshalb verbanden sich nach der Februarrevolution 1917 besondere Erwartungen mit Russland, der Heimstatt zahlreicher Juden. Der jüdischstämmige Jurist Leo Rosenberg betonte die tragende Rolle der Juden bei diesem Umsturz, die nicht allein die eigene Freiheit, sondern die Freiheit aller Völker Russlands miterkämpft hätten.<sup>57</sup> Auf die Frage nach der Fortführung des Kriegs im Osten ging Rosenberg jedoch weder hier noch in seinem kurz darauf folgenden Artikel „Emanzipation und Zukunft des Ostjudentums“ ein; er beschränkte sich auf die Analyse der lokalen Lebensbedingungen. Diese hätten sich mit der Änderung der sozialen Verhältnisse wirklich gebessert.<sup>58</sup>

Trotz einer Weitung des Blicks beschäftigten sich die „Monatshefte“ in erster Linie weiter mit der Lage des Ostjudentums und der Suche nach einer Position zum Zionismus. Die bisherigen Äußerungen kamen ja mit Ausnahme Quessels von osteuropäischen sozialistischen Zionisten, waren also interessegeleitet. Und auch der junge Chemnitzer Herman Kranold bezeichnete sich selbst als Anhänger der Zionisten. Er wiederholte die bereits ein Jahrzehnt zuvor beschriebenen Elendszustände der Juden im Russischen Reich – noch immer ein Kriegsgegner – und verband das mit dem Befund eines gewachsenen jüdischen Nationalgefühls, das „aus der Phase des unbewußten Schlummers zu bewußter Klarheit emporgehoben“ sei.<sup>59</sup> Der ständige „Monatshefte“-Autor Kranold (er befasste sich auch mit Erziehungs- oder Wirtschaftsfragen) sprach dem Zionismus „die Befreiung des Judentums“ zu, der in der „alten Heimat, Erez Israel“ entgegen der gegenwärtigen Verstädterung die „ursprüngliche Neigung zum Bauerntum“ wieder aufnehmen helfe. Versprochen wurde nicht nur ein neues, nationales Zentrum, sondern auch wirtschaftliche Prosperität, obwohl in Palästina Wasserarmut das Leben erschwerte. Entgegen dem bisherigen Tenor verklärte Kranold den Küstenstreifen als Land, „in dem Milch und Honig fließen“ und nach dem die „in tiefstem Grunde noch

---

einer Besprechung der von Alfons Paquet verfassten zionistischen Schrift „Die jüdischen Kolonien in Palästina“ (Weimar 1915), der vor englischer oder russischer Fremdbestimmung Palästinas warnte. Siehe Rundschau (Ludwig Quessel: Jüdische Kolonisation), in: Sozialistische Monatshefte, 1916, H. 20, S.1023f.

57 Siehe Leo Rosenberg: Die Emanzipation der Juden in Russland, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 14, S.731-738.

58 Siehe Ders.: Emanzipation und Zukunft des Ostjudentums, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 17, S.884-889.

59 Herman Kranold: Die Juden in Polen und Palästina, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 13, S.681-690, hier S.681.

immer orientalistisch-bäuerliche Seele der Juden sich, unentwegt suchend, zurücksehnt“.<sup>60</sup> Eine in der Zeit fest verankerte Sehnsucht nach dem Ursprünglichen, jenseits der hastenden Moderne, klang unüberhörbar durch und fand im Gedanken der palästinensischen Besiedlung ihren Ausdruck. Doch lebten die Juden, anders als es diese idyllisierende Vorstellung suggerierte, bislang hauptsächlich in den Städten Palästinas. Auch die ausgewanderten Juden neigten zu keinem Romantizismus. So verblieb nur die Hoffnung auf die Jugend, die mit großem Engagement in Kibbuzen den Schwierigkeiten trotzte. Kranold folgerte aus diesem Hoffnungsschimmer: Zionismus ist keine reine Utopie. Die langfristige Perspektive ergänze die „gesunde realpolitische Unternehmung“, schließlich stärke die Einwanderung auch die Türkei, wie er andernorts ausführlich darlegte.<sup>61</sup> Der Befund entsprach den Empfindungen vieler Leser und Mitarbeiter der „Monatshefte“ im inzwischen vierten Kriegsjahr. So betonte Kranold entgegen der im Reich verbreiteten Stimmung die Opfer der Juden im Krieg, wodurch deren Bestreben nach nationaler Freiheit und einer eigenen Heimstatt weiter gestützt würde. Die Mittelmächte hätten hingegen nach der Besetzung Polens keine Schritte zur Verbesserung der dortigen Situation eingeleitet.<sup>62</sup> Schulterchluss des Autors mit den einfachen Menschen und Distanz zur kaiserlichen Regierung gingen Hand in Hand. Wortmächtig verurteilte Kranold eine seiner Meinung nach im Reich gepflegte Überschätzung der inner-russischen Nationalitätenfrage, die sich allein aus den auf die übrigen Nationalitätenkonflikte nicht übertragbaren Loslösungsbestrebungen Finnlands und Polens speisten.<sup>63</sup> Im Einklang mit der Generallinie der „Monatshefte“<sup>64</sup> forderte er eine Umorientierung der Reichspolitik nach Osten als „grundlegende Lebensnotwendigkeit für die deutsche Zukunft“.<sup>65</sup> Die Großmacht-politik eines demokratisierten Russland müsse gestützt werden, schließlich habe das Deutsche Reich nur ökonomische Interessen im Osten.<sup>66</sup>

---

60 Ebenda, S.685.

61 Siehe Ders.: Wasserwirtschaft und Verkehrsmittel in der Türkei, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 12, S.626-635.

62 Ders., Juden in Polen, S.689.

63 Siehe Ders.: Deutschland und die Fremdvölker Russlands, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 16, S.824-831, hier S.826.

64 Siehe auch den Artikel von Ludwig Quessel: Russland und der angelsächsische Wirtschaftskrieg, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 7, S.225-235.

65 Kranold, Deutschland, S.831.

66 Siehe Ders.: Deutsch-Türkische Wirtschaftsbeziehungen, in: Sozialistische Monatshefte, 1917, H. 18, S.913-919, hier S.913.

Mit seiner Negierung der Absetzbewegung anderer Völker hatte Kranold für sich den Widerspruch zwischen Demokratie und imperialer Politik aufgelöst, obwohl er für die Ostjuden eben noch mehr Autonomie gefordert hatte. Von einer Ablehnung jeglicher Großmachtspolitik waren allenfalls Reste geblieben, sollte doch Russland durch Demokratie und eine innere Gewaltenteilung quasi automatisch zu einem gütigen Hegemon mutieren. Der Glaube an das Prinzip der Volksherrschaft überwog.

### *Das Ideal des sozialistischen Zukunftsstaats*

1918 überschlugen sich die politischen Ereignisse. In Russland hatte nach der Oktoberrevolution der Bürgerkrieg begonnen. Das Land musste mit Deutschland den harten Frieden von Brest-Litowsk schließen, der den Verlust großer Teile auch jüdischen Ansiedlungsgebiets bedeutete. Großbritannien hatte bereits im November 1917 in der Balfour-Deklaration nach der Eroberung Beerschebas den Zionisten eine Heimstatt in Palästina versprochen. Das Kaiserreich bündelte seine letzten Reserven für die Entscheidung im Westen. An die Stelle zionistischer Gedankenspiele trat die Auseinandersetzung mit dem Zerfall des europäischen Imperiums Russlands. Die bisher auf Russland und Rumänien verteilten Juden fanden sich in diversen, im Entstehen befindlichen Neustaaten wieder.

In den „Monatsheften“ leiteten das Jahr 1918 scharfe Angriffe des höchsten Vertreters des organisierten Zionismus, Julius Berger, gegen die Reichspolitik ein. Der Generalsekretär der Zionistischen Weltorganisation führte seit 1917 auch die den Kriegseinsatz von Ostjuden organisierende Jüdische Abteilung der deutschen Arbeiterzentrale in Warschau. Nun warf der aus Breisig stammende Berger den Regierenden in Deutschland eine verkehrte Politik gegenüber den Ostjuden vor. Weder seien deren religiöse Eigenheiten ausreichend bedacht worden, noch sei ein adäquater Einsatz der Arbeiter gelungen. Diesen wäre in erster Linie die extrem harte Arbeit in den oberschlesischen Hütten und Bergwerken zugemutet worden, obwohl sie aus Handwerk und Handel kämen. Trotz hoher Arbeitsbereitschaft, die Berger ausdrücklich heraus hob, sei es zu unnötigen Schwierigkeiten gekommen. Julius Berger ließ durchschimmern, diese Entwicklung habe abwertende Urteile über die Juden gestützt. Nun befördere er in seiner Funktion stattdessen den Einsatz der Juden in Handel und Industrie.<sup>67</sup> Insgesamt schrieb Berger den Ostjuden eine hohes moralisches Be-

---

67 Siehe zu Julius Bergers Politik im Ostarbeiterkomplex: Jochen Oltmer: Migration und

wusstsein sowie ein starkes Persönlichkeitsgefühl zu, das allerdings auf einem noch zu ausgeprägten Individualismus fuße. Sozialistisches Bewusstsein sah er noch nicht ausgebildet.<sup>68</sup> Zum Zionismus äußerte sich Berger an dieser Stelle nicht.<sup>69</sup>

Im weiteren Verlauf des Jahres sollte sich Berger noch zwei weitere Male zu Wort melden, doch zunächst waren wieder Gedanken Herman-Kranolds zu lesen. Gerade aus strategischen Gründen im Kampf um die Köpfe und Herzen sah er Deutschland nach der Balfour-Deklaration in Zugzwang, weshalb türkische und deutsche Regierungsstellen Versprechungen abgegeben hätten, „die ein Entgegenkommen an die national-jüdischen Hoffnungen und Wünsche bedeuten“.<sup>70</sup> Die Hoffnung verbreitende Meldung blieb gleichwohl unbestimmt, und auch Kranold musste einschränken, dass gleichzeitig die begrenzten Einwanderungsmöglichkeiten angesprochen worden seien. So sei das Gute an der Balfour-Deklaration zu nutzen, nämlich die Perspektive einer entwicklungsfähigen Heimat. Eine Kritik am osmanischen Verbündeten war für Kranold kaum möglich, denn der könne das Land nicht aufgeben, da sein Besitz doch auch „immer ein Stück Weltherrschaft“ bedeute.<sup>71</sup> Die Engländer könnten da weit großzügigere Versprechungen tätigen. Was nun folgte, war die wiederholt aufscheinende Aussage, ein aktiver Beitrag zum Fortschritt, zum Sozialismus, rechtfertige Kolonialisierungen. Das zu erwerbende Land solle „ein Obereigentum der jüdischen Nation begründen“.

Das Besondere an diesem Aufsatz von Kranold ist, dass erstmals ein Anhänger des Zionismus für sich offen in Anspruch nahm, die Meinung der „Sozialistischen Monatshefte“ zu vertreten. Aus dem noch Randständigen der Gastbeiträge hatte die jüdische Frage das Herz des Blattes erreicht, das die „Aufklärung unserer Partei über die jüdischnationalen Angelegenheiten seit jeher als wichtige Aufgabe angesehen“ habe.<sup>72</sup> Erst die jüdische Kolonialisierung Palästinas führe zur „Wiederherstellung des vollen Menschentums im Juden, wie die Erfüllung der zionistischen Wünsche

---

Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2005, S.234.

68 Siehe Julius Berger: Ostjüdische Arbeiter in Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 9, S.472-479.

69 Siehe hierzu etwa seinen zeitgenössischen Beitrag „Zionismus in Polen“, in: Der Jude. Eine Monatsschrift, 2 (1917/18), S.291-299.

70 Herman Kranold: Die Zukunft Palästinas, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 5, S.235-241, hier S.235.

71 Ebenda, S.236.

72 Ebenda.

sie zweifellos darstellt“. Dieses Pathos mündete in der Aufforderung an die Genossen, nicht nur aus „Klugheitsgründen“ für zionistische Bestrebungen einzutreten. Damit würde auch das „(jetzt zu Schlagwortzwecken missbrauchte, zur Farce erniedrigte) Selbstbestimmungsrecht der Völker im Sinn einer Pflicht zu schaffender Arbeit, im Sinne einer Entwicklung zu hohen Menschheitszielen“ getragen.<sup>73</sup> Der Zionismus wurde so zum Bestandteil des erhofften sozialistischen Zukunftsstaats erhoben. Als Teil der Emanzipationsbewegung anerkannt, durfte er nicht mehr abgelehnt werden: „Erst durch die Beteiligung des Proletariats hat der Zionismus seinen realen Sinn erhalten“. <sup>74</sup> Statt lediglich als Plattform zionistischen Gedankenguts zu dienen, hatten sich die „Monatshefte“ zu dessen Unterstützern gewandelt.

Unüberhörbar verstärkte sich 1918 das Gefühl einer nahenden Kriegsentcheidung, welche in gesteigerter Dringlichkeit die Zukunft des nicht assimilierten Judentums auf das Tapet holte. Der österreichische Sozialist und Zionist Max Rosenfeld begründete in der Zeitschrift „Der Jude“ eine soziale Gesetzgebung aus der Bibel heraus. Auf dieser Grundlage forderte er die Inbesitznahme des Heiligen Landes<sup>75</sup> sowie die „geistige Revolutionierung der jüdischen Massen“, wie er sich auch in den „Monatsheften“ äußerte. Diese wiederum sei vom neuen Zionismus befördert, den England nun mit seiner Losung von der nationalen Selbstbestimmung betone.<sup>76</sup> Durch die Beteiligung des Proletariats habe der Zionismus einen „realen Sinn“ erhalten, denn ohne Arbeiterbewegung erschien dieser als prinzipiell machtlos. Soziale und nationale Emanzipationsbewegung verschmolzen in dieser Vorstellung zu einer Einheit, die mithilfe der internationalen Unterstützung, die tatsächlich eher auf machtpolitischen statt moralischen Faktoren basieren sollte, die Lösung der Palästinafrage für das Kriegsende als wahrscheinlich ansehen ließ. Diese Lösung konnte für Rosenfeld nur im jüdischen Neuaufbau an den Wurzeln des jüdischen Volks geschehen. Nähmen die Juden ihr Schicksal wieder selbst in die Hand, dann bedeute das auch, es zu einer Angelegenheit für Demokraten und Sozialisten zu machen.<sup>77</sup>

Ein besonderes Augenmerk legten die „Monatshefte“ natürlich weiterhin

---

73 Ebenda, S.241.

74 Max Rosenfeld: Judenfrage, Palästina und Weltpolitik, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 14, S.784-789, hier S.785.

75 Siehe Ders.: Soziale Steintafeln, in: Der Jude. Eine Monatsschrift, 3 (1918/19), S.458-463.

76 Ders., Judenfrage, S.786.

77 Siehe ebenda, S.789.

auf die Perspektiven des Judentums im nachrevolutionären Russland. Das Land erschien nun in der unruhigen Region als Hort der Vernunft. Die Missstände mündeten hinsichtlich des an Rumänien gefallenen Bessarabiens bei Quessel in der Ferndiagnose, „daß die Juden keinen sehnlicheren Wunsch als die Rückkehr des Landes nach Rußland haben“.<sup>78</sup> Denn im zweiten Entente-Land mit einer zahlenstarken ostjüdischen Bevölkerung, in Rumänien, besserten sich die katastrophalen Lebensbedingungen für die Juden auch nach dem Bukarester Friedensvertrag von Mai 1918 kaum. Der trotzte in den Artikeln 27 und 28 dem rumänischen Kriegsverlierer zwar die Möglichkeit jüdischer Kultusgemeinden und Schulen ab, stellte diesen Fortschritt aber zugleich unter einen unbestimmten Sicherheitsvorbehalt. Auch der an die neue staatsbürgerliche Gleichberechtigung gebundene umfangreiche Abstammungsnachweis habe deren Verhinderung zum Ziel, so Quessel, da die bisherige Ausgrenzung entsprechende Unterlagen gerade verhindert habe. Im Vergleich hierzu wurden die Umstände jüdischen Lebens in Russland, wie sie nach der Revolution gegeben waren, als deutlich weniger gefährdet empfunden.<sup>79</sup>

Den Abschluss dieses Jahres 1918 bildeten zwei weitere Artikel Julius Berbers. Er erhoffte sich von den zwischenzeitlich im Reich beschäftigten ostjüdischen Arbeitern eine Vermittlung zwischen Deutschen und Russen.<sup>80</sup> Er unterstrich, realpolitische Interessen einrechnend, dass die Schaffung von kleineren, aus dem früheren Zarenreich herausgeschnittenen Staaten aufgrund ihrer heterogenen Bevölkerungsstruktur eine Anlehnung an den Nachbarn in Berlin oder Moskau fordere und dass beispielsweise Polen für den Osten optiere.<sup>81</sup> Die Gemengelage der unterschiedlichen Völkerschaften dränge die Juden trotz ihrer Bedeutung für den gesellschaftlichen Fortschritt an den Rand. Die „Befreiungspolitiker“ würden jedoch unverändert die Ablösung von Russland als höchstes Glück der Ostjuden ansehen und die von der Regierung Kerenski geschaffene volle Gleichberechtigung ignorieren. Dies mündete in die Erklärung: „Denn jeder russische Jude weiß, daß das russische Volk in keiner Hinsicht judenfeindlich ist: trotz der Pogromen [sic], die von dem Tschin und dem Militär mit Hilfe betrunken gemachter Pöbelmassen angezettelt wurden; aber jeder weiß

---

78 Rundschau (Ludwig Quessel: Rumänische Judenpolitik), in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 9, S.494.

79 Siehe ebenda.

80 Siehe Julius Berger: Die deutsche Ostpolitik und die Juden, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 17, S.940-946.

81 Siehe ebenda, S.940.

und fühlt es, wie unerhört jüdenfeindlich die Polen denken und handeln“. Er befürchtete eine Massenauswanderung der Juden nach dem verbliebenen Russland.<sup>82</sup>

Berger verharmloste die antijüdischen Übergriffe in Russland als Randerscheinung eines verführten Pöbels. Seine geäußerte Vorstellung von einer Vermittlerposition der Juden zwischen Deutschen und Russen zeigte auf, dass eine Auswanderung nicht im Interesse der jetzigen Heimat, letztlich aber auch nicht im Interesse der Gleichberechtigung und der neue Freiheiten genießenden Ostjuden läge. Zionismus war demnach nur vor Ort, in der jüdischen Diaspora, und nicht in Erez Israel zu erreichen. Außer Acht ließ er weiterhin den längst vollzogenen Sturz der bürgerlichen Regierung. In seinen weitgreifenden, international ausgleichenden Ideen übersah er die nüchternen Realitäten des Jahres 1918.

Kurz darauf, am Vorabend des herbeigeschnittenen Kriegsendes, legte Berger die sozialistisch-zionistischen Potenziale noch einmal dar, sah nun Auswanderung in beträchtlichem Maß aber doch wieder als Faktum ostjüdischen Lebens an. Aufrüttelnd bezeugte er die Lebendigkeit des Zionismus im Ostjudentum, die „vor den Augen der deutschen Soldaten auf[stieg], die Zeugen wurden, mit welcher Treue der reichste wie der ärmste Jude an seiner palästinensischen Hoffnung hing“, dem „der Zionismus [...] auch wieder politische Aktionsfähigkeit gegeben [hat], und dies gleich in einem Maß, wie sie eben nur einem Volk eigen sein kann, das die weiteste Verbreitung über alle Länder der Erde und damit die Möglichkeit des gleichzeitigen politischen Wirkens an allen überhaupt in Frage kommenden Stellen mit einem starken Einheitsbewußtsein verbindet“.<sup>83</sup> Eine halbe Million Juden werde bald in Palästina sein, „möge kommen, was da wolle“.<sup>84</sup> Versöhnt wurden die Antagonismen „Bleiben“ und „Gehen“ in dem kurz zuvor veröffentlichten Aufruf des Kopenhagener Zionistischen Büros, das neben einem unzweideutigen Bekenntnis der Staatenwelt zur jüdischen Heimstatt Palästina und zu tatsächlicher Gleichberechtigung Autonomie dort verlangte, wo Juden dies anstrebten.<sup>85</sup>

Berger maß an der Unterstützung der zionistischen Sache durch die Sozialisten, deren Achtung des Selbstbestimmungswillens jedes Volks, das die Verwirklichung des Rechts erlangen möchte, „auf die die neue Welt ge-

---

82 Ebenda, S.943f.

83 Ders., Die Friedensforderungen des jüdischen Volkes, in: Sozialistische Monatshefte, 1918, H. 19, S.1065-1071, hier S.1065f.

84 Ebenda, S.1068.

85 Siehe ebenda, S.1067.

gründet sein soll“, die – ursozialistische – Forderung nach Gerechtigkeit und Freiheit. Ein jüdisches Palästina „würde zum erstenmal und gleich in reinster Form das staatliche Gemeinwesen gründen heißen, das der Idee des Rechts seine Existenz verdankt“. „Kein imperialistischer Drang wird es heißen seine Grenzen hinauszuschieben“, „sein Ausdehnungsdrang wird und kann immer nur geistiger Art sein“. Im Umbruch in Europa fiele dem neuen Judenstaat damit eine Rolle als Prüfstein für den neuen Geist zu, der ohne die furchtbaren Bedrückungen der Gegenwart entfaltet werden könne. „Darum wird auch das jüdische Land Palästina ein sozialistisches Land werden.“<sup>86</sup> Der erhoffte jüdische Staat wurde so zu einem Leitbild, zur Utopie im besten Sinne. Auch hier war der Charakter eines Appells an die Sozialdemokratie unübersehbar. Die Umsetzung der Ziele der Zionisten sollte alle Sozialdemokraten angehen, die hierbei bisher so sträflich versagt hatten. Berger nahm aus diesem Vorwurf allein die „Monatshefte“ und die „Chemnitzer Volksstimme“ heraus.<sup>87</sup> Nicht wahrgenommen werde die Vision des „erste[n] Land[s], in dem der sozialistische Mensch geboren wird“.<sup>88</sup> Berger schloss mit dem Appell, der in dieser Form in den letzten zwanzig Jahren oft in den „Monatsheften“ angeklungen und nun den neuen Gegebenheiten angepasst war: Nachdem Entente und Neutrals längst die zionistischen Ziele anerkannt hätten, „müsse es als selbstverständlich angenommen werden, daß auch in dem jetzt freien Deutschland der Sozialismus frei und groß die Forderungen des jüdischen Volks in ihrem sozialistischen Sinn erkennen und anerkennen wird“.<sup>89</sup> Mit dieser Vision endete in den „Sozialistischen Monatsheften“ für die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegszeit die Auseinandersetzung mit dem Zionismus. Das Thema rückte wieder in den Hintergrund; neue Herausforderungen der Verteidigung und des Ausbaus des begrüßten demokratischen Weimarer Staatswesens absorbierten die Aufmerksamkeit des Blatts,<sup>90</sup> das außerdem im innerparteilichen Machtgefüge der SPD einen

---

86 Ebenda, S.1070.

87 Ebenda, S.1066. Die „Chemnitzer Volksstimme“ gehörte unter ihrem Chefredakteur Gustav Noske und den leitenden Redakteuren Ernst Heilmann und Herman Kranold, die beide auch in den „Sozialistischen Monatsheften“ schrieben, dem rechten Parteiflügel an. Heilmann war bei seinem Beitritt zur SPD aus der jüdischen Kultusgemeinde ausgetreten.

88 Ebenda, S.1071.

89 Ebenda.

90 In den Weimarer Jahren erschienen lediglich die Artikel: Helene Hanna Cohn: Die werdende Gemeinschaft in Palästina, in: Sozialistische Monatshefte, 1922, H. 15, S.927-931; Sally Lachmann: Palästina als Aufgabe, in: ebenda, 1925, H. 8, S.468-475; Julius Kaliski: Pa-

weiteren Bedeutungsverlust erlitt. Für die Jahre zuvor lag das größte und langfristige Verdienst der „Sozialistischen Monatshefte“ hinsichtlich der jüdischen Frage darin, die deutsche Arbeiterbewegung und die bürgerlichen Leser auf die schlimme soziale und gesellschaftliche Lage des sonst aus dem sozialistischen Blickfeld ausgeblendeten Ostjudentums aufmerksam gemacht zu haben. Wiederholt konnten Autoren ihre vor Ort gesammelten Eindrücke einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Im Unterschied zur „Neuen Zeit“ ließen die „Monatshefte“ Vertreter des Arbeiterzionismus zu Wort kommen. Der Verzicht auf eine verengte, orthodox marxistische Betrachtung der Lebensbedingungen und Ideen der Juden im Osten öffnete den Blickwinkel für diese in althergebrachte Raster nicht einzuordnende Bewegung. Zuletzt wandelte sich die Zeitschrift sogar von einer Plattform der Ideen der Zionisten hin zu einer Unterstützerin des Zionismus, wenn auch unter der besonderen Situation des laufenden Kriegs. Mit Herman Kranold hatten die Zionisten eine laut vernehmbare Stimme im engsten Kreis der „Monatshefte“ gewonnen.

Zu einer Allianz zwischen zionistischer und sozialistischer Bewegung sollte es jedoch nicht kommen. Die SPD agierte als die staatstragende Partei Weimars, dessen Zukunft nicht zuletzt jüdischstämmige Sozialdemokraten, die wie die Juden insgesamt nun die endgültige staatsbürgerliche Gleichberechtigung erreicht hatten, mitgestalten wollten. Für Zionsutopien blieb da kaum Platz.

---

lästina und der Sozialismus, in: ebenda, 1929, H. 9, S.783-790; Ders.: Die Zukunft der jüdischen Palästinaarbeit, in: ebenda, 1930, H. 10, S.990-995; Julius Berger: Der Versuch einer Kleinsiedlung in Palästina und sein Gelingen, in: ebenda, 1930, H. 12, S.1225-1229; Theodor Kappstein: Rund um den Zionismus. Eindrücke auf einer Palästinafahrt, in: ebenda, 1931, H. 8, S.759-769.

## „Free-born Englishmen“ und „Jew financiers“. Antisemitismus in der britischen Arbeiterbewegung während des zweiten Burenkrieges

Jörn Wegner

Als um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im südlichen Afrika der Krieg zwischen den Buren und dem britischen Empire tobte, erlebte die Heimatfront in Großbritannien einen Höhepunkt antisemitischer Stimmungen. Auch die britische Arbeiterbewegung um 1900 war vor solchen Stimmungen nicht gefeit, wie im Folgenden skizziert werden soll. In vergleichender Perspektive wird auf ähnliche Tendenzen in der deutschen Arbeiterbewegung eingegangen. Auch wird ein Blick auf die Basis der Bewegung, die Arbeiter selbst, geworfen, wenngleich Quellenmaterial aus einem Milieu, das sich durch wenig Schriftlichkeit auszeichnet, verständlicherweise rar ist.

### *Kriegsbegeisterung und Arbeiterkultur*

Am Ende des 19. Jahrhunderts standen sich an der Südspitze Afrikas weiße europäische Einwanderer, die Buren, die teils autonome Republiken aufgebaut hatten, und britische Kolonialtruppen gegenüber. Das Eingreifen des britischen Militärs wurde damit begründet, dass die Buren ein Regime führten, das andere weiße Einwanderer in ihren Bürgerrechten stark benachteiligte, beispielsweise beim Wahlrecht, aber vor allem bei den Eigentumsrechten. Gelegentlich wurde auch der brutale Rassismus der Buren gegenüber der schwarzen Bevölkerung als Kriegsgrund genannt. Hinter dem Krieg standen aber vorrangig Interessen um die ertragreichen Goldminen des südlichen Afrika, um deren Ausbeutung burische und britische Kapitalisten konkurrierten.

Der Burenkrieg beschäftigte die Bevölkerung der Jahrhundertwende in Großbritannien wie kein anderes Thema. Ein *Novum* stellte die Auffassung dar, dass mit diesem Krieg gegen die politisch-moralischen Grundideale Großbritanniens verstoßen worden sei. Galt das Empire bis dato bei vielen Briten als ein Imperium, das der Welt Fortschritt, Freiheit und Demokratie bringe, so wurde der Burenkrieg von Teilen der Bevölkerung als ungerechter imperialistischer Raubkrieg wahrgenommen, in dem eine hoch gerüstete Armee die Freiheitsbestrebungen leicht bewaffneter Bauern zu unterdrücken versuchte. Die Stimmung in den Straßen briti-

scher Städte schwankte zwischen chauvinistisch-nationalistischem Enthusiasmus – wofür das Schlagwort des „jingoism“ geprägt wurde – und radikaler Begeisterung für die Buren und deren Idealisierung als aufrechte Freiheitskämpfer.

Die britische Arbeiterschaft war in diese Erscheinungen eingebunden und zeigte bezüglich der Haltungen zum Krieg kein einheitliches Bild. Der britische Imperialismustheoretiker John A. Hobson stellte damals die These auf, der Chauvinismus hätte die Arbeiterbewegung regelrecht infiziert, hauptsächlich durch den Besuch der Arbeiter von Music Halls, Kneipen und ähnlichen Vergnügungsorten, wo ihnen durch die Unterhaltungskultur imperialistische Ideologie eingeflößt worden sei.<sup>1</sup> In der zum Puritanismus neigenden britischen Arbeiterbewegung mit ihren strengen Moralvorstellungen, dem verwurzelten christlichen Glauben und dem Abstinenzlertum war diese Position durchaus nachvollziehbar. Hier galten leichte Unterhaltung, Müßiggang oder manchmal schon ein Pint Bier als verwerflich und zerstörerisch. Hobson ging so weit, dass er das Leben in der Stadt generell als schädlich für die politisch-moralische Entwicklung der Arbeiter ansah, da die Vielzahl der dortigen Freizeitmöglichkeiten die Manipulation fördern würde.<sup>2</sup> Robert Owens frühindustrielles Idyll New Lanark im landschaftlich reizvollen schottischen Clyde-Tal war ein Ergebnis dieser Ablehnung der Stadt und der Sehnsucht nach dem „reinen“ Landleben voller ehrlicher Arbeit und ohne schädliche Einflüsse. Solche Vorstellungen von Manipulation, Beeinflussung und Unterwanderung wirken stark auf die Entwicklung rassistischer, insbesondere antisemitischer, Ideologien ein, lassen sie doch ausreichend Spielraum für klassische antisemitische Klischees.

In Bezug auf das oft verklärte Bild der Buren spielten solche Idealvorstellungen einer „sauberen“, eher ländlichen Lebensweise eine gewisse Rolle. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit wurde in diesen Kategorien schnell romantisiert und der Minenbesitzer, der seinen Gewinn durch die Beschäftigung von Lohnarbeitern erzielte, zum Gegenpart der Buren als ehrlich arbeitenden, einfachen und „unverdorbenen“ Bauern. In diesen romantischen Vorstellungen hatten sachliche Auseinandersetzungen zum Zusammenhang von Kapitalinteressen und Krieg keinen Platz. Der Gewerkschafter John Burns etwa machte einen Gegensatz zwischen Juden und Buren auf. Buren verkörperten demnach die Ideale Ehrlichkeit, Fleiß,

---

1 Siehe John A. Hobson: *The Psychology of Jingoism*, London 1901, bes. S.3.

2 Siehe ebenda, S.7.

Freiheit und Heldentum, während die Juden für Gegenteiliges standen und den Kapitalismus personifizierten.<sup>3</sup> Die Buren-Romantik und der darauf zwangsweise folgende antiimperialistische Reflex, sich grundsätzlich mit den Schwächeren und den militärisch Angegriffenen zu solidarisieren, benötigten eine Gegenseite, die ebenso verklärt und emotional funktionieren musste. Die Juden, beziehungsweise das herrschende Bild von ihnen, konnten diese Funktion ausfüllen.

Folgt man Hobsons pessimistischen Analysen, so war die britische Arbeiterschaft der Jahrhundertwende von „jingoism“ und chauvinistischen Ansichten durchdrungen. Richard Price hat aber schon in den 1970er-Jahren in einer detaillierten Studie Hobsons Annahmen widerlegt und aufgezeigt, dass die Kriegsbegeisterung der britischen Arbeiter äußerst begrenzt und der „jingoism“ vielmehr eine Erscheinung bürgerlicher Milieus war. Auf der Seite der Arbeiterbewegung – bei den sozialistischen und Arbeiterparteien genauso wie bei den Radikalen – überwogen diejenigen, die als „*pro Boers*“<sup>4</sup> bezeichnet wurden oder die sich nicht explizit zur Außenpolitik äußerten und ihr Fachgebiet im Sozialbereich betonten.<sup>5</sup>

### *Ein Krieg der Juden gegen Großbritannien*

Um 1900 existierten im Vereinigten Königreich drei größere Organisationen, die sich dem Sozialismus verschrieben hatten. Aufgrund der starken Verankerung der Arbeiterbewegung im Liberalismus hatte es das 19. Jahrhundert hindurch immer wieder Versuche gegeben, Arbeiterparteien zu gründen, die aber scheiterten oder nur schwache Organisationen hervorbrachten. Die älteste dieser Organisationen war die 1881 gebildete Democratic Federation (ab 1884 Social Democratic Federation; SDF), die sich durch starken Dogmatismus und Autoritarismus auszeichnete. 1884 gründete sich die Fabian Society als Denkfabrik, in der sich viele Intellektuelle wiederfanden, etwa George Bernard Shaw oder Herbert George Wells. Die reformorientierte Organisation existiert bis heute, ihr prominentester gegenwärtiger Vertreter ist Tony Blair. Als Gegenentwurf zu den sektiere-

3 Siehe Susanne Terwey: *Moderner Antisemitismus in Großbritannien, 1899-1919. Über die Funktion von Vorurteilen sowie Einwanderung und nationale Identität*, Würzburg 2006, S.50.

4 Als „*pro Boer*“ wurde nicht nur bezeichnet, wer auf der Seite der Buren stand, sondern wer generell gegen den Krieg war. Der Begriff wurde zur Delegitimierung der generellen Kriegsgegnerschaft verwendet.

5 Siehe Richard Price: *An Imperial War and the British Working Class*, London 1972, S.166, 126-128 u. a.

rischen Positionen der SDF wurde schließlich 1893 die Independent Labour Party (ILP) gegründet. Sie versuchte, die vielen gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen zu vereinen, konnte aber auch kaum Wahlerfolge erringen. Ihr gehörten prominente Personen wie James Keir Hardie<sup>6</sup> oder der erste Premierminister der Labour Party, Ramsay MacDonald, an. Die Gründung des Labour Representation Committee 1900, aus dem 1906 die Labour Party hervorging, war ein erfolgreicherer Schritt zu einer ersten parlamentarischen Vertretung der Arbeiter außerhalb der liberalen Partei. Die Labour Party fungierte als parlamentarische Dachpartei der vorgenannten Organisationen und gewann stetig an Einfluss. Antisemitische Positionen waren vor allem in der SDF, abgeschwächt aber auch in der ILP zu finden. Lediglich die Fabier zeigten kaum antisemitische Reflexe, sie hatten auch als einzige Sozialisten einen differenzierteren Blick auf den Burenkrieg.

In den Organisationen der Arbeiterbewegung war der Eindruck der tiefen Ungerechtigkeit des Krieges weit verbreitet. Ihre Repräsentanten suchten nach Schuldigen und machten als solche bald die Juden aus. Maßgeblich war dabei der Deutungsansatz, dass hinter dem Krieg die Interessen des Kapitalismus, genauer des Finanzkapitals, standen. Erklärungsmuster eines Zusammenhangs zwischen der Eskalationspolitik in Südafrika und den Interessen „jüdischer Finanzkapitalisten“ waren so schnell geschaffen.

Den wohl bekanntesten und auch in seiner Wortwahl radikalsten Beitrag zu den antisemitischen Stimmungsbildern in der Arbeiterbewegung dieser Zeit schrieb der Vorsitzende der SDF Henry Hyndman<sup>7</sup> 1899 mit „The

---

6 James Keir Hardie (1856-1915) entstammte den ärmlichsten Verhältnissen in den schottischen Industrievieren. Über gewerkschaftliches Engagement kam Hardie zur Scottish Labour Party, für die er 1892 als einer von zwei ersten Labour-Abgeordneten ins Unterhaus einzog. Hardie, der keine Schulbildung genießen konnte, arbeitete als Journalist und war Mitgründer der ILP. Er wurde erster Vorsitzender der Labour Party, engagierte sich gegen Rassismus und Kolonialismus und gehörte als Pazifist zu den entschiedenen Gegnern des Weltkrieges, den er noch kurz vor seinem Tod 1915 durch internationale Streikaktionen erfolglos zu beenden versuchte.

7 Henry Hyndman (1842-1921) stammte aus wohlhabenden Verhältnissen, entdeckte bald die marxischen Schriften und bezeichnete sich fortan als Sozialist. Hyndman war äußerst umstritten und fiel sowohl durch autoritäre Amtsführung als auch durch nationalistische und imperialistische Positionen auf. Die Autonomie Irlands lehnte er ab, genauso wie Forderungen nach Abrüstung. Hyndman gehörte 1914 zu den Kriegsbefürwortern und gründete wenig später die National Socialist Party. Zu seinen schärfsten deutschsprachigen Kritikern gehörten Friedrich Engels und Eduard Bernstein.

Transvaal War and the Degradation of England“<sup>8</sup>. Das 16-seitige Pamphlet, das extreme antisemitische Töne anschlug, erschien sowohl als auf-lagenstarke Broschüre der SDF als auch in der Parteizeitung „Justice“.<sup>8</sup> Hyndman versuchte, eine Geschichte des Krieges zu schreiben, als dessen Verursacher er grundsätzlich die Juden ausmachte. Er begann seine hasserfüllte Darstellung mit dem Krieg zwischen Frankreich und Mexiko in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dieser Krieg sei durch Juden und Börsenhändler ausgelöst worden, die sich Napoleons III. bemächtigt hätten,<sup>9</sup> ein Argumentationsmuster, das sich auf den folgenden Seiten mit anderen Kriegen fortsetzt. In einer Broschüre der Kommunistischen Partei Großbritanniens aus den 1970er-Jahren über den Burenkrieg hat Bill Baker ein treffendes Urteil über Hyndman gefällt: Dessen Antiumperialismus sei imperialistisch motiviert, eine „hyndmanesque“ Erscheinung.<sup>10</sup> Diese Ambivalenz drückte sich bei Hyndman Zeit seines Lebens in einer ausgeprägten patriotischen Hinwendung zum Empire aus, die allerdings mit sozialistischer Rhetorik und starker Verbalradikalität durchsetzt war. Vor allem während des Burenkrieges zeigte sich dies in seiner immer wieder geäußerten Sorge eines Untergangs des Vereinigten Königreichs und seiner vermeintlichen Werte. So meinte Hyndman in seiner Transvaal-Broschüre, Großbritannien habe doch grundsätzlich mit der Welt im Frieden gelebt, und auch Königin Victoria sei immer gegen den Krieg in Südafrika gewesen. Der Einfluss der Juden wäre aber so groß, dass sie gegen den Willen von Staat und Königshaus einen Krieg hätten lostreten können. Auch Premier Lord Salisbury sei immer ein Kriegsgegner gewesen und hätte seinen Vorgänger Benjamin Disraeli in der Kriegsfrage hart bekämpft. Hyndman verwies explizit auf die jüdische Herkunft des anglikanisch getauften Disraeli und schlussfolgerte, dass die Juden nun auch Salisbury in den Krieg hineingezogen hätten.<sup>11</sup> Auch Lord Milner, der Gouverneur der Kapkolonie, gehörte zur Riege der nach Hyndmans Vorstellungen von den Juden fremdgesteuerten Politiker. Ebenso rechnete er Cecil Rhodes der Gruppe der jüdischen Verschwörer zu,<sup>12</sup> obwohl Rhodes nicht nur Sohn eines anglikanischen Pfarrers war, sondern auch im zweiten Burenkrieg nur wenig politischen Einfluss auf die Geschehnisse hatte.

---

8 Henry M. Hyndman: *The Transvaal War and the Degradation of England*, London 1899.

9 Siehe ebenda, S.5.

10 Bill Baker: *The Social Democratic Federation and the Boer War* (Our History Nr. 59), London 1972, S.14.

11 Siehe Hyndman, *Transvaal War*, S.6.

12 Siehe ebenda, S.9-11.

Trotz der wiederkehrenden Ausfälle ihres Vorsitzenden und anderer führender Parteimitglieder waren die britischen Sozialdemokraten keine antisemitische Partei, ihre Mitglieder mehrheitlich keine Antisemiten. Beiträge wie die von Hyndman riefen regelmäßig widersprechende Leserbriefe im Parteiblatt hervor. Zudem verfügte die SDF über eine jüdische Untergliederung im Londoner East End. In diesem besonders armen Viertel dürfte der wohlhabende Hyndman aber kaum den stereotypen „Geldjuden“ angetroffen haben, dem er seine Verschwörungstheorien widmete, sondern vielmehr die ärmsten Teile der britischen Arbeiterklasse, in der sich auch viele Juden wiederfanden.<sup>13</sup>

Antisemitische Stereotype und Tiraden waren keineswegs auf die Sozialdemokraten und ihre umstrittenen Führungspersönlichkeiten beschränkt. Auch die ILP war vor antisemitischen Ansichten nicht gefeit. In ihrer Wochenzeitung, dem „Labour Leader“, gab es immer wieder entsprechende Beiträge. Ende 1899 erschien unter anonymer Autorschaft mit dem Titel „For whom are we fighting?“ ein ausführlicher Artikel im ILP-Organ. Hier vermischten sich verkürzte antikapitalistische und antiimperialistische Denkmuster mit antisemitischen Vorurteilen. Die Schuld am Krieg wurde klar den Finanzkapitalisten zugeschrieben, die auch jenseits der Ausbeutung der Minen in Transvaal Interessen hätten. Nur wenige dieser Finanzkapitalisten seien Engländer, die Mehrheit Juden, vornehmlich deutscher Abstammung: „Chiefly German in origin and Jewish in race“ („Größtenteils deutscher Herkunft und jüdischer Rasse“), eine erste Vermischung zweier populärer Feindbilder, der Deutschen und der Juden. Der Verfasser beschrieb vermeintlich jüdische Besonderheiten, die den Eigenschaften eines Briten überlegen wären. So sei ein Brite deutlich langsamer als ein in den unterschiedlichsten Situationen anpassungsfähiger Jude. Dieser „internationale Jude“ sei der führende Typ des Finanzkapitalisten, der sämtliche Schlüsselstellen in Südafrika kontrollieren würde: von den Zeitungen der „Uitlander-Agitation“ (ein Schlagwort, das auf den offiziellen Kriegsgrund der Briten eingeht, die Ungleichbehandlung der Ausländer durch die Buren zu beenden) bis zu den wirtschaftlichen Strukturen. Der ungenannte Autor weist auch daraufhin, dass Music Halls, die von den meisten Antiimperialisten als Hort des „jingoism“ angesehen wurden, und die ohnehin ungeliebten Börsen an Jom Kippur geschlossen seien. Südafrika sei die neue Hochburg eines jüdischen Finanzkapitals und Johannesburg das Neue Jerusalem, nicht Hamburg, Wien

---

13 Dazu: William J. Fishman: *East End Jewish Radicals 1875-1914*, Nottingham 2004.

oder Frankfurt.<sup>14</sup> Die Irrationalität solcher Zuschreibungen sah der Autor wohl auch selbst als Problem seiner Argumentation an. Immer wieder betonte er, dass die meisten seiner Behauptungen auf Gerüchten beruhten wie die, dass in Johannesburg 15.000 Juden lebten, obwohl die offizielle Statistik eine viel geringere Zahl verzeichnete. Das in antisemitischen Publikationen bürgerlicher Autoren vorkommende Pendant zum Neuen Jerusalem des anonymen Beiträgers des „Labour Leader“ war „Jewhannenburg“ oder nur „Jewburgh“.<sup>15</sup> Die Antisemiten der Arbeiterbewegung wiesen also große Ähnlichkeit zu ihren erklärten Gegnern auf.

Ähnlich irrational ging auch Henry Hyndman in seinen Argumentationen jenseits des Pamphlets von 1899 vor. Er erklärte wohlhabende Juden zu den ersten Profiteuren des Krieges – von denen viele allerdings zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs längst verstorben waren. Auch klassische Verschwörungstheorien um die Familie Rothschild kolportierte Hyndman: Die Beschlüsse über den Krieg würden hauptsächlich in New Court, dem Firmensitz der Rothschild-Bank, getroffen.<sup>16</sup> Ihrem Vorsitzenden schloss sich faktisch auch die restliche Parteiführung an. Der Vorstand der SDF veröffentlichte Anfang des Jahres 1900 einen Beschluss, in dem die Schuld am Krieg „kosmopolitischen Millionären“ zugeschrieben wurde. In einem Aufruf wurden diejenigen, die sich als echte Patrioten fühlten, aufgefordert, in Großbritannien gegen diese zu kämpfen, statt nach Südafrika an die Front zu gehen.

Das SDF-Organ „Justice“ unterschied sich in seiner antisemitischen Agitation kaum vom „Labour Leader“. Das Finanzkapital wurde für umso verheerender gehalten, je vermeintlich „unenglischer“ es angesehen wurde. Die „Justice“ veröffentlichte Anfang 1900 unter dem Titel „These Are Your Gods, Oh Israel!“ einen Artikel, der von „dunklen Mächten“ handelt, die die Regierung kontrollieren würden. Diese Mächte hätten auch die wahre Kontrolle über Krieg und Frieden. Beschuldigt wurde eine imaginäre Gruppe reicher Finanzkapitalisten, wobei solche Verschwörungstheorien mit moralischen Aspekten vermengt wurden. So wurde dieser unbenannten Gruppe vorgeworfen, sich Kurtisanen zu halten.<sup>17</sup> In der stark von Moral und ethischen Vorstellungen geprägten britischen Arbeiterbewegung war dies ein vielleicht stärkerer und wirkungsvollerer Angriff als ein rein politischer.

---

14 Siehe Labour Leader, 28.12.1899.

15 Siehe Bill Nasson: *The Boer War. The Struggle for South Africa*, Stroud (Gloucestershire) 2011, S.282f.

16 Siehe Terwey, *Antisemitismus*, S.46.

17 Siehe Justice, 17.2.1900.

Die Theorien der Kontrolle von Regierung und Parlament passen genau in die damaligen Argumentationsmuster zu Krieg und Frieden, wonach Regierungen und internationale Diplomatie ohnehin keinerlei Macht und Einfluss hätten, um einen Krieg zu verhindern oder ausbrechen zu lassen. Hier unterschied sich die britische Arbeiterbewegung kaum von ihren deutschen Genossen. Fatalerweise hielt diese Haltung in Deutschland bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914 an und trug zur Entscheidung der Reichstagsfraktion über die Bewilligung der Kriegskredite im August bei. Dass dieser Rhetorik in Großbritannien verstärkt antisemitische Töne beigelegt wurden, ist aber ein Phänomen der Zeit des Burenkrieges. Die Mehrheit der britischen Arbeiterbewegung zweifelte wohl nicht daran, dass der Krieg im Namen einer Minderheit stattfand, jedoch sind solch harte antisemitische Urteile, wie sie etwa Hyndman fällte, zumindest aus den Leserbriefspalten der Parteizeitungen nicht ersichtlich. So stellte die „Justice“-Leserin Alicia Gilson in einem Brief an die Redaktion zwar fest, dass der Krieg nicht im Sinne der Mehrheit war, zog aber nicht den Schluss, es würde sich um einen Krieg der Juden handeln.<sup>18</sup> Die Verbindung zwischen Judentum und Kapitalismus, wie sie in den Führungskreisen der SDF hergestellt wurde, bestand in dieser Wahrnehmung nicht.

*„Free-born Englishmen“ und „kosmopolitische Juden“*

Noch mehr als auf die Verbindungen zwischen Judentum und Finanzkapital verwiesen die Autoren antisemitischer Schriften auf das Fremdsein der Juden, die „aliens“ seien und „außerhalb der britischen Gesellschaft“ stünden. Der „*free-born Englishman*“ (ein Schlagwort, das das demokratische und liberale Selbstverständnis des britischen Staates umschreibt) wurde als Gegensatz zu den Juden aufgefasst. Dabei geriet sogar der prinzipielle Antikapitalismus in den Hintergrund. Wenn beklagt wurde, nur sehr wenig Besitz in Südafrika gehöre Engländern – gemeint waren damit immer nicht-jüdische Engländer –, spielte die Kapitalismuskritik kaum noch eine Rolle. An vorderster Stelle stand die Entrüstung, dass der Kapitalismus von den „Falschen“, nämlich den Juden, beherrscht werde. Klassische sozialistische Positionen, die soziale statt nationale Grenzen ziehen, wurden durch patriotisch-nationale Abgrenzungsmechanismen ersetzt. Tiefere Auseinandersetzungen mit der Funktionsweise des Kapitalismus und seiner Rolle in Südafrika wurden dadurch weitgehend unterdrückt.

---

18 Siehe Justice, 10.3.1900.

Folgerichtig schrieb der anonyme Autor eines antisemitischen Pamphlets im „Labour Leader“ über ein fremdes Monopol in der südafrikanischen Wirtschaft. Damit war nicht eine ökonomische Vorherrschaft der Briten über Buren oder indigene Afrikaner gemeint, sondern eine Dominanz der Juden über alle anderen, vor allem über die Briten.<sup>19</sup>

Die Juden wurden explizit als dem Empire fern und feindlich gegenüberstehend angesehen, was auch im „Labour Leader“ deutlich wird: Die Zeitung veröffentlichte, im Gegensatz zu den strengen und eng bedruckten deutschen sozialdemokratischen Blättern, immer wieder Gedichte, Satiren und stark feuilletonistische Artikel. Im Mai 1900, in einer Zeit, als die britischen Truppen nach einer Schwächephase in Südafrika wieder Erfolge verzeichnen konnten, erschien ein unkommentierter Text im Stil einer Werbeanzeige, in dem es um einen Händler namens Moses Cohen ging, der seine Waren unter patriotischen Bezeichnungen verkauft, welche allerdings tatsächlich im Ausland produziert wurden:

„Moses Cohen – Patriotic Grocer

Buy our Union Jack Safety Matches (made in Sweden).

Sparkling Lump. Khaki brand (pure German beet).

„Old England“ Flour (finest American).

Imperial Stove Polish (swiss manufacture).

John Bull Cocoatine. Extra strong (prepared by the famous firm of Van Doopen Freres).

Victoria Lamp Oil (Standard Oil Trust).

All descriptions of patriotic goods kept in stock. British and Colonial articles strictly excluded. Special discounts to South African millionaires and German princes.<sup>20</sup>

Auch in dieser eindeutig konnotierten Satire zeigt sich das vorherrschende Bild vom Juden als dem Fremden, der mit dem Empire nichts zu tun haben möchte und auch nichts zu tun haben kann, es sei denn, es geht ums Geschäft. In diesem Fall nutzte ein geschickter jüdischer Händler – auch das besondere Geschick gehört zu den antisemitischen Stereotypen – die

---

19 Siehe Labour Leader, 28.12.1899.

20 Labour Leader, 19.5.1900. Übersetzung: Moses Cohen - Patriotischer Händler / Kauft unsere Union-Jack-Sicherheitsstreichhölzer (hergestellt in Schweden) / Zuckerstücke (?), Marke Khaki (reine deutsche Rüben) / „Old England“-Mehl (aus feinstem amerikanischen Weizen) / Empire-Ofen-Politur (Schweizer Fabrikat) / John-Bull-Kakaopulver, extra stark (hergestellt von der berühmten Firma Van Doopen Freres) / Victoria-Lampen-Öl (Standard Oil Trust) / Alle Arten von patriotischen Waren auf Lager. Britische und koloniale Produkte streng ausgeschlossen. Besondere Nachlässe für südafrikanische Millionäre und deutsche Prinzen.

Interessen des Empires als Werbemaßnahme für den eigenen kommerziellen Vorteil aus. Hyndman warf den Juden in seinem schon genannten Pamphlet über den Burenkrieg einen gespielten Patriotismus vor, um ihre Ziele verwirklichen zu können.<sup>21</sup>

Auch in einem Flugblatt der SDF zum Burenkrieg mit dem Titel „The Workers and the War“ tauchten neben den in der deutschen Sozialdemokratie ebenso vorherrschenden Bildern der Buren als aufrichtigen, ehrlich arbeitenden und naturverbundenen Landwirten, die im krassen Widerspruch zu den internationalen Mineninhabern stünden, antisemitische Inhalte auf. Die Juden gehörten zu keiner Nation, sondern seien Feinde der Nationen, hieß es da. Die Aufzählung typischer jüdischer Namen mit ihren deutschen Ursprüngen kommentierte das Flugblatt sarkastisch mit „whose names denote their English origin“ („deren Namen ihre englische Herkunft anzeigen“).<sup>22</sup>

Trotz aller Verdammung der „*jingo crowd*“, des chauvinistisch-patriotischen Mobs, in den britischen Städten, fand man immer dann zur Nation und zum Empire zurück, wenn es um die Juden ging. An diesem Punkt trafen sich die Kriegsgegner mit den Kriegsbefürwortern. Dass diese antisemitischen Denkmuster letztlich nach denselben Prinzipien funktionierten wie der alltägliche „jingoism“ in den Straßen britischer Städte, war den Repräsentanten der britischen Arbeiterbewegung nicht bewusst. Im Gegenteil, Hyndman beschuldigte die „Judenpresse“ der Aufstachelung der Bevölkerung.<sup>23</sup> Dieser Zusammenhang zwischen Patriotismus und der Identifikation, auch der unteren Schichten, mit dem Empire auf der einen und dem Ausschluss von Minderheiten aus dieser Gemeinschaft auf der anderen Seite, scheint evident gewesen zu sein. Der auch durch den Burenkrieg nicht prinzipiell veränderte positive Bezug zur eigenen Nation, zum Empire und zu dessen primärer Rolle als liberal-demokratische Weltmacht unterschied die britische Arbeiterbewegung lange Zeit von ihren deutschen Genossen.

Auch zu dem Maße und der Deutlichkeit, mit der sich britische Organisationen der Arbeiterbewegung antisemitisch äußerten, finden sich im Kaiserreich keine Parallelen. Der „Vorwärts“ verortete die Verantwortung für den Burenkrieg bei den Minenbesitzern, die die Wahlrechtsfrage als Rechtfertigung für ihre Aggression vorgeschoben hätten. Hintergrund

---

21 Siehe Terwey, Antisemitismus, S.44f.

22 Broschüre: The Workers and the War, Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 30, Nr. 9694, Bl. 74.

23 Siehe Justice, 30.9.1899.

sei das Ziel gewesen, Transvaal dem britischen Kolonialbesitz einzuverleiben.<sup>24</sup> Die wenigen als antisemitisch auszumachenden Urteile bezogen sich in der Regel direkt auf von der britischen Linken übernommene Meinungsbilder. Im März 1900 zitierte der „Vorwärts“ beispielsweise unkritisch Hobson mit seiner These, dass die „meist jüdischen Kapitalisten“ die Schuld am Krieg in Südafrika trügen.<sup>25</sup> Darüber hinaus lässt sich in der deutschen sozialdemokratischen Öffentlichkeit höchstens ein unreflektierter Umgang mit antisemitischen Stereotypen feststellen.

Gleich in den ersten Monaten des Burenkrieges konnten beispielsweise die zahlreichen Leser des „Wahren Jacob“ über eine mehrdeutige Karikatur lachen, die aus dem New Yorker „Life Magazine“ stammte. Unter dem Titel „England und Transvaal“ war die Karikatur folgendermaßen betextet: „Löwe und Eber kamen an eine Quelle, um daraus zu trinken. Jeder wollte der Erste sein und bald entstand ein tödtlicher Kampf unter den Zweien. Als sie ein wenig inne hielten, um Athem zu schöpfen, bemerkten sie auf den Bergspitzen Aasgeier, die nur darauf warteten, sich auf das erste Opfer des Kampfes zu stürzen.“<sup>26</sup> Die Aasgeier tragen in dieser Karikatur Zylinder, und auffallend ist, dass ihre Schnäbel durch Hakennasen ersetzt sind. Aus dem Kontext ergibt sich allerdings keine bewusst antisemitische Absicht des Satireblatts, vielmehr interessierte die Redaktion wohl die plakative Art und Weise, die als Verursacher des Krieges ausgemachten Kapitalisten darzustellen. Ähnlich zweideutig war eine Karikatur, die im Juli 1900 unter dem Titel „John Bulls Sabbathfeier“ erschien. Zu sehen ist John Bull,<sup>27</sup> der einen Geldbaum mit Burenblut gießt, welches mittels der „Transvaal-Pumpe“ gewonnen wird.<sup>28</sup> Auch hier ist nicht eindeutig, ob mit der Sabbathfeier ein direkter Bezug zum jüdischen siebten Tag gezogen wurde oder allgemein ein Ruhetag gemeint war, vor allem da eine der verbreitetsten britischen Freizeitbeschäftigungen, das Gärtnern, dargestellt ist.

Die drastischen antisemitischen Parolen, die die britischen Druckschriften in nicht übersehbarer Zahl durchziehen, finden sich nicht in ihren deutschen Pendanten. Eine Ursache scheint auch hier im grundlegend ver-

---

24 Siehe Vorwärts, 29.9.1899.

25 Vorwärts, 2.3.1900.

26 Der Wahre Jacob, 8.5.1900, S.3239.

27 John Bull ist die Personifizierung Großbritanniens, ähnlich Uncle Sam in den USA. John Bull ist eine wohlgenährte Figur mit Zylinder, einem Hemd mit aufgedrucktem Union Jack und der typischen Kleidung des britischen Adels des 18. Jahrhunderts.

28 Siehe Der Wahre Jacob, 17. Juli 1900, S.3288.

schiedenen Verhältnis zur Nation zu liegen. Die Juden, beziehungsweise das herrschende Bild von ihnen, bewahrten davor, ein ablehnendes Verhältnis zum Empire und zum kapitalistischen Imperialismus als Quelle des als ungerecht empfundenen Krieges aufbauen zu müssen. Gleichzeitig wurde die Erkenntnis verhindert, dass die Ursache für die imperialistischen Kriege Großbritanniens in einer komplexen Gemengelage aus Macht- und Kapitalinteressen lag und eine irgendwie geartete „Volksgemeinschaft“, die unter dem Dach des als klassenlos auch in der Arbeiterbewegung geschätzten Königshauses gleichen Interessen folgen würde, eine irrealer Vorstellung war. Darauf, dass diese Deutungsmuster, die aus dem Burenkrieg einen Konflikt im Interesse „jüdischer Finanzkapitalisten“ machten, als willkommene Erklärung für das komplexe Verhältnis von imperialen und finanzkapitalistischen Interessen hingenommen wurden, hat schon Susanne Terwey hingewiesen.<sup>29</sup>

Dieser Ersatzfeind, als der die Juden im Vereinigten Königreich fungierten, existierte in der deutschen Arbeiterbewegung mit ihrer Gegnerschaft zum Kaiserreich nicht. Großbritannien hingegen wurde weniger als aggressive imperialistische Macht, denn als politisch-gesellschaftliches Vorbild empfunden, als demokratisch-liberales System, in dem die politische Repression des Staates in ökonomischen Spannungsfeldern weitgehend ausblieb. Juden und deren vermeintliche politische Rolle nahmen in diesen Vorstellungen keinen Raum ein.

Auch die zur Zeit des Burenkrieges angespannten deutsch-britischen Beziehungen spielten bei den antisemitischen Denkmustern eine Rolle. Die Brandmarkung der Juden als fremd und dem „free-born Englishman“ grundsätzlich entgegengesetzt konkretisierte sich ethnisch auch in beginnenden antideutschen Einstellungen, die sich Jahre später vor allem in der SDF noch verschärfen und ihren Kurs in der Kriegsfrage von 1914 maßgeblich beeinflussen sollten. Mit Fortschreiten des Burenkrieges vermischten sich Antisemitismus und antideutsche Einstellungen zunehmend. Der Krieg sei eine Verschwörung deutscher Juden gegen das britische Empire, schrieb die „Justice“ Anfang 1900.<sup>30</sup> Ebenso auffällig sind immer wieder überdeutliche Betonungen der typischen eingedeutschten Nachnamen aschkenasischer Juden. Die ständige Betonung des Deutschen in den jüdischen Nachnamen weist ein weiteres Mal auf die Verbundenheit mit dem Empire hin, war doch Deutschland Sinnbild für das

---

29 Siehe Terwey, Antisemitismus, S.43.

30 Siehe Justice, 6.1.1900.

Böse, Fremde und Bedrohliche.<sup>31</sup> Dabei ist interessant, dass die Autoren solcher antisemitischer und chauvinistischer Pamphlete, die die Sprüche der „*Jingo press*“, der extrem nationalistisch und kriegstreibend eingestellten Zeitungen, in umgekehrter Stoßrichtung aber mit denselben Motiven verwandten, meist Anhänger der moralisch konnotierten Beeinflussungsthesen Hobsons waren.

Zumindest die auch in der deutschen Arbeiterbewegung vorhandene Überhöhung der Buren als moralisch überlegen fand Widerspruch. Michael Maltman Barry, ein schottischer Vertreter der Arbeiterbewegung, der sich selbst ein linkes Profil zuschrieb, aber mehrfach für die Tories bei Unterhauswahlen kandidierte, kritisierte etwa die eindeutige Parteinahme der „Justice“ für die Buren und deren Bewunderung. Ein „Justice“-Leser namens Simpson wunderte sich ganz offen über die moralische Überhöhung der Buren durch das SDF-Organ, wobei solchen Wortmeldungen keine grundsätzliche Verteidigung des Krieges zugrunde lag.<sup>32</sup>

### *Conclusio*

Friedrich Engels beschrieb 1890 den Antisemitismus als eine Erscheinung von Gesellschaften, in denen das Kapital noch nicht ausreichend entwickelt sei: „Ist er in einem Lande möglich, so ist das ein Beweis, daß dort noch nicht genug Kapital existiert.“<sup>33</sup> Im Falle der britischen Arbeiterbewegung bzw. der maßgeblichen Organisationen ihrer sozialistischen Spielart, traf Engels' implizite Vermutung offenbar nicht zu, mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und der Produktivkräfte würde sich der Antisemitismus automatisch auflösen. Das Land, das zuerst in das industrielle Zeitalter eintauchte und die am höchsten entwickelte Kapitalstruktur aufwies, verfügte gleichzeitig über explizite antisemitische Denkmuster und Vorurteile in seiner Arbeiterbewegung, während solche Einstellungen in der Sozialdemokratie des später industrialisierten Deutschland viel seltener waren.

Das Fehlen antisemitischer Kurzschlüsse bei der Beurteilung des Burenkrieges dürfte im Fall der deutschen Sozialdemokratie auch darauf zurückzuführen sein, dass die Jahrhundertwende von einer starken Assimilation der Juden in Deutschland geprägt war. Die Juden als eigenständi-

---

31 Siehe Terwey, Antisemitismus, S.47.

32 Siehe Justice, 27.1.1900.

33 Friedrich Engels: Über den Antisemitismus, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 22, S.49-52, hier S.50.

ge Nation zu betrachten, wurde folglich von führenden sozialdemokratischen Theoretikern abgelehnt, ergo konnten sie aus der Perspektive der sozialdemokratischen Ideologie auch keine fremde, ausgeschlossene und damit feindliche Gruppe darstellen.<sup>34</sup> Das bedeutet jedoch nicht, dass die SPD und ihre Anhängerschaft frei von antisemitischen Denkmustern waren. Antisemitismus war und ist eine gesamtgesellschaftliche Erscheinungsform, von der alle Elemente einer Gesellschaft in unterschiedlicher Ausprägung betroffen sein können. Nur tauchten antisemitische Stereotype nicht als Erklärungsmuster für den Burenkrieg auf. Auch in der deutschen Arbeiterbewegung gab es aber Verbindungen zwischen antikapitalistischer Ideologie und Antisemitismus.

Gemein hatte die deutsche Sozialdemokratie mit ihren britischen Genossen vor allem das romantisierende Bild der Buren, deren Freiheitsdrang im Konflikt mit ihrem Gegenpart, den mithilfe fremder Arbeitskraft ausbeutenden Minenbesitzern, gestanden habe. Auch in Deutschland wurde so die teils brutal rassistische und fremdenfeindliche Politik der Buren ausgeblendet. Personen, die Ausnahmen von dieser Ignoranz darstellten, waren rar und vorrangig um Eduard Bernstein angesiedelt.<sup>35</sup> Aus der Perspektive des internationalen Vergleichs lassen sich aber keinesfalls solche Schlüsse ziehen wie sie etwa in der Monografie von Lars Fischer über antisemitische Tendenzen in der Sozialdemokratie des Kaiserreichs zu finden sind.<sup>36</sup> Dass die deutsche Sozialdemokratie eine Gesellschaft ohne Juden angestrebt hätte und damit letztlich mit die Grundlagen für den Holocaust gelegt habe, findet keine Basis in der Realität antisemitischer Stereotype der Zeit des Burenkrieges.

---

34 Siehe Mario Keßler: Die SPD und der Antisemitismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Matthias Brosch u. a.: Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007, S.49-68, hier S.55.

35 Siehe z. B. Eduard Bernstein: Die Kämpfe ums Burenland, in: Neue Zeit, 1896, Bd. 1, S.484-490.

36 Siehe Lars Fischer: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, Cambridge 2007.

# Krisenhafter Umbruch und Organisationsverhältnisse. Der Erste Weltkrieg und die europäische Arbeiterbewegung am Beispiel der Hüttenstädte Neunkirchen/Saar und Düdelingen/Luxemburg

Fabian Trinkaus

Es sei in der Geschichtswissenschaft „fast eine Selbstverständlichkeit geworden“, so befindet etwa Peter Brandt, „den Ersten Weltkrieg als Beginn eines neuen Zeitalters zu sehen“.<sup>1</sup> Entsprechend wurde der große Krieg von 1914/18 mit zahlreichen einprägsamen Schlagwörtern versehen, am bekanntesten sicherlich George F. Kennans Diktum von der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“.<sup>2</sup> Tatsächlich brachte der Weltkrieg in seinem Gefolge schwerwiegende politische, wirtschaftliche und mentale Umbrüche mit sich, welche die Ökonomie und die politische Kultur der Zwanzigerjahre entscheidend prägen sollten. Nicht zuletzt hatte er weitreichende Konsequenzen für die europäische Arbeiterbewegung, wobei Deutschland geradezu beispielhaft diese Entwicklung verkörpert. Von einer zwar stetig wachsenden, aber politisch marginalisierten Kraft avancierte die Sozialdemokratie zur staatstragenden Partei par excellence. Daneben zeitigte der Krieg nachhaltige Konsequenzen mit Blick auf die innere Struktur der Arbeiterbewegung. Diese ging nicht nur organisatorisch gestärkt, sondern auch gespalten aus dem Krieg hervor.<sup>3</sup>

Im folgenden Beitrag sollen diese länderübergreifend gültigen Tendenzen an zwei Industriegemeinden aus dem Dreiländereck Saarland-Lothringen-Luxemburg, einem bedeutenden Ballungsgebiet der Montanindustrie, diskutiert werden: Neunkirchen im heutigen Saarland und Düdelingen<sup>4</sup> im Großherzogtum Luxemburg. Beide Städte eignen sich bestens, die Problematik zu veranschaulichen, kontrastieren die Verhältnisse seit 1914/18 doch in signifi-

---

1 Peter Brandt: Der Erste Weltkrieg und die europäische Arbeiterbewegung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1996, H. 4, S.225-237, hier S.226.

2 Zit. nach: Ernst Schulin: Die Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, München 1994, S.3-27, hier S.3.

3 Von der umfangreichen Forschungsliteratur sei beispielhaft erwähnt: Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn 1991, S.73-108.

4 Französisch: Dudelange.

kanter Weise mit den Vorkriegszuständen. Um die Tragweite der Zäsur richtig einschätzen zu können, müssen zu Beginn die wichtigsten Determinanten und Blockadefaktoren der lokalen Arbeiterbewegung vor 1914 kursorisch eingeführt werden. Sodann sind die politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen zwischen etwa 1914/18 und 1921/23 aufzuzeigen und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Arbeiterorganisationen zu hinterfragen. Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit den Aktivitäten der Organisationen selbst: Wie entwickelten sie sich institutionell und inwiefern taten sie sich angesichts der umfassenden Krisensituation hervor? Um die längerfristige Bedeutung der Zäsur einschätzen zu können, wird die weitere Zwischenkriegszeit in die Betrachtung einbezogen: Wie nachhaltig war die Trendwende und welche Spezifika entwickelten die lokalen Arbeiterbewegungen? Im Fazit sollen schließlich unter Anknüpfung an den ersten Abschnitt die entscheidenden Determinanten der skizzierten Entwicklung abgewogen werden. In dem vorliegenden Beitrag wird ein gewissermaßen ‚enges‘ Verständnis von „Arbeiterbewegung“ realisiert, indem die Entwicklungen ausschließlich an den institutionalisierten Arbeiterorganisationen, den sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien sowie an den Freien Gewerkschaften diskutiert werden. Es sollte allerdings festgestellt werden, dass daneben zahlreiche informelle Wege der Interessenvertretung und Protestartikulation existierten, angefangen von Renitenz und Insubordination am Arbeitsplatz bis hin zu kürzeren Ausständen und „wilden“ Streiks.<sup>5</sup>

### *1. Ausgangssituation: Determinanten politischer Partizipation vor dem Ersten Weltkrieg*

In Neunkirchen wie in Düdelingen herrschte vor dem Ersten Weltkrieg in politischer Hinsicht eine veritable Friedhofsruhe. Bei allen örtlichen Besonderheiten lassen sich indes drei gleiche Faktorenbündel ausmachen, die eine

---

5 Karl-Heinz Roth operierte in diesem Zusammenhang mit dem Terminus der „anderen Arbeiterbewegung“. Siehe Karl-Heinz Roth: Die ‚andere‘ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1977. Alf Lütke betont in diesem Zusammenhang den „Eigen-Sinn“ der Industriearbeiter, der sich in der ständigen Bemühung um Freiräume und in der Ausschöpfung zahlreicher Handlungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz manifestiert habe. Dieser Eigensinn äußerte sich auf gleichsam informelle Weise, im alltäglichen Verkehr am Arbeitsplatz. Siehe Alf Lütke: Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. Ergebnisse, Hamburg 1993, S.376-382. Im Gegensatz zu Roth geht es Lütke allerdings nicht um Widerstand gegen oder Interessenvertretung gegenüber Vorgesetzten und Fabrikherren, sondern vielmehr um individuelle Motivationslagen der Arbeiter.

breite und schlagkräftige Arbeiterbewegung nicht zustande kommen ließen: 1. Die regionale Provenienz und das soziokulturelle Profil der Arbeiterpopulationen: Beide Arbeiterbevölkerungen wuchsen im Gefolge verstärkter, freilich sehr unterschiedlicher Migrationsbewegungen. Düdelingen war nicht nur das Ziel von Binnen- und Nahwanderung, sondern auch von verstärkter Fernmigration, besonders aus Italien.<sup>6</sup> Zwischen den Italienern und den autochthonen, aber auch den zahlreichen deutschen Arbeitern verliefen tiefe mentale, kulturelle und soziale Gräben, die eine auf Solidarisierung beruhende Organisation der Gesamtbelegschaft erheblich erschwerten. Die nationale Diversität der Industriearbeiterschaft bereitete den Gewerkschaften im luxemburgischen Minettebassin massive Probleme. So hieß es am 11. Juli 1914 in der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“, dem Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), der auch in Luxemburg aktiv war: „Unter der Vielsprachigkeit der Belegschaften der Hüttenwerke wird aber die Möglichkeit, die Massen zu organisieren, sehr erschwert, wozu noch kommt, daß die Unternehmer die für sie günstige Lage mit allen Kräften ausnutzen, indem sie durch Schürung des Nationalitätenhasses fortgesetzt Gegensätze zu schaffen suchen. Der Italiener wird gegen den Luxemburger, der Luxemburger gegen den ‚Preuß‘ aufgehetzt, und dadurch leider bei den unaufgeklärten Arbeitern erreicht, daß sie sich mit scheelen Augen ansehen und für die Organisation nicht zu haben sind.“<sup>7</sup> In Neunkirchen spielte Fernmigration hingegen nahezu keine Rolle, dafür schufen andere Migrationsfolgeerscheinungen eine gleichsam natürliche Distanz zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Das Gros der Neunkircher Hüttenarbeiter entstammte einem ländlich-agrarischen Umfeld und blieb diesem nicht zuletzt aufgrund der verstärkten Pendelwanderung verhaftet. Hinzu kam, dass ein großer Teil der saarländischen Industriearbeiterschaft religiös geprägt war und damit für die Sozialdemokratie als Rekrutierungsbasis ausfiel.<sup>8</sup>

---

6 Die Literatur zur italienischen Immigration nach Luxemburg ist sehr umfangreich. Erwähnt sei: Gilbert Trausch: *L'immigration italienne au Luxembourg des origines (1890) à la grande crise de 1929*, in: *Hémécht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte*, 1981, H. 4, S.443-471.

7 Zit. nach: Raymond Steil: *Einer für Alle, Alle für Einen! Der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Luxemburg (1904-1918)*, in: *75 Joër fräi Gewerkschaften. Beiträge zur Geschichte der luxemburgischen Gewerkschaftsbewegung*, Esch-sur-Alzette 1992, S.103-139, hier S.103.

8 Zum soziokulturellen Profil der Saararbeiterschaft siehe Klaus Fehn: *Das saarländische Arbeiterbauernentum im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Hermann Kellenbenz (Hrsg.): *Agrarische Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert*, Stuttgart 1975, S.195-217.

2. Die doppelte betriebliche Arbeiterpolitik: Das im Besitz der Industriellenfamilie Stumm befindliche Neunkircher Eisenwerk sowie das seit 1911 zum global agierenden ARBED-Konzern zählende Düdelinger Hüttenwerk, die beiden größten lokalen Industrieunternehmen und zugleich die größten Arbeitgeber vor Ort, betrieben eine doppelte strukturierete Arbeiterpolitik, die positive Anreize mit repressiven Elementen verband. Damit reihten sich Neunkirchen und Düdelingen zwar in den Branchenkontext ein, doch wurde eine solche Arbeiterpolitik hier wie dort besonders ambitioniert und systematisch betrieben. Die eine, gewissermaßen positive Seite bildete die betriebliche Sozialpolitik. Die Unternehmen bauten, lange bevor die staatliche Sozialpolitik in die Wege geleitet wurde, eigene Gesundheitssysteme auf, versorgten Teile der Belegschaft mit günstigem und qualitativ ordentlichem Wohnraum und gründeten eigene Schulen und Versorgungseinrichtungen.<sup>9</sup> Die Sozialpolitik wurde flankiert von zahlreichen repressiven Eingriffen in die Lebenswelt der Arbeiter. Nicht zuletzt das politische Verhalten der Beschäftigten wurde im Auge behalten, die Teilhabe an sozialdemokratischen Vereinen oder an Gewerkschaften zog die Kündigung nach sich. So erließ der langjährige Neunkircher Fabrikdirektor Karl Ferdinand Stumm am 31. März 1892 ein Zirkular, wonach jeder Arbeiter zu entlassen war, welcher „Sozialdemokratische Blätter hält oder verbreitet, an sozialdemokratischen Versammlungen oder Vereinen theilnimmt, oder auch Wirtshäuser frequentiert, in welchen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden oder Blätter dieser Richtung ausliegen“.<sup>10</sup> Die Unternehmer kooperierten in Bezug auf die repressive Seite ihrer Arbeiterpolitik eng mit den Behörden.

3. Die Arbeitssituation im integrierten Eisen- und Stahlbetrieb: Während die beiden zuerst genannten Faktorenbündel in der lokal- und regionalgeschichtlichen Literatur ausführlich aufgearbeitet wurden, blieb der Be-

---

9 Allgemein zur betrieblichen Sozialpolitik in der Eisen- und Stahlindustrie siehe Thomas Welskopp: Betriebliche Sozialpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Eine Diskussion neuerer Forschungen und Konzepte und eine Branchenanalyse der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1870er bis zu den 1930er Jahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 1994, S.333-374. Zu Neunkirchen: Ralf Banken: Saarabien und Königreich Stumm – Die Saarregion als Musterland einer patriarchalischen betrieblichen Sozialpolitik?, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*, 2001, S.111-146, hier S.129-140. Zu Düdelingen: Nadine Schmitz: *Le Paternalisme social d'Emile Mayrisch*, Paris 1989 (unveröffentlichte Examensarbeit).

10 Die *Circulare* des Carl Ferdinand Stumm, 31.3.1892, Stadtarchiv der Kreisstadt Neunkirchen (StA Nk), Bestand: Akten, Zirkular Nr. 93, S.49.

reich der Arbeit bis auf wenige Ausnahmen ausgespart. Dabei beeinflusste die Arbeit im Hüttenbetrieb die Verhaltensmuster der Hüttenleute auch außerhalb des Betriebes in entscheidender Weise. Zu den organisationshemmenden Faktoren der Arbeit im Hüttenwerk zählten die fragmentierte Belegschaftsstruktur, die feingliedrige und partiell durchlässige Hierarchie, die speziellen Formen der Kooperation, die hohe Fluktuation, die Lohnunterschiede und die rigide Fabrikkdisziplin. Zusammenfassend spricht Jürgen Kocka mit Blick auf die Eisen- und Stahlarbeiterschaft und ihre Arbeitssituation von der „fehlenden Grundlage der Solidarität“.<sup>11</sup> In einer 1912 publizierten Studie des DMV machten die Autoren besonders die starke Binnendifferenzierung und Hierarchisierung der Belegschaft für die ausbleibenden Organisationserfolge verantwortlich: „Eine große Schädigung der Hüttenarbeiter wird auch durch die Arbeitsteilung in den Hüttenwerken hervorgerufen. In den Hochofenwerken Deutschlands wurden von uns 60 verschiedene Berufsbenennungen gezählt; in den Stahlwerksbetrieben 94; in den Walzwerksbetrieben 124. [...] Dazu kommt die weitere Teilung der Arbeit einer bestimmten Gattung in 1., 2., 3., 4. und sogar 5. Männer. Die Teilung der Arbeit liegt nicht im Interesse der Arbeiter, denn sie weckt die schlechten Instinkte des Menschen und hat Neid, Mißgunst, Selbstsucht und andere Auswüchse im Gefolge. Der fünfte Mann ist naturgemäß bestrebt, bald vierter Mann zu werden und versucht, dieses Ziel mit allen Mitteln zu erreichen. Dasselbe Bestreben hat vielleicht auch der vierte Mann gegenüber dem dritten; der dritte gegenüber dem zweiten und so fort. Jeder sucht eine Position zu erringen, die etwas mehr Lohn einbringt, denn Hand in Hand mit der Abstufung nach ersten, zweiten und dritten Männern geht die Höhe des Arbeitslohnes.“<sup>12</sup>

## *2. Krise, Umbruch, Neubeginn: Neunkirchen und Düdelingen während Krieg und Nachkriegszeit*

Aufgrund ihrer geografischen Lage und ihrer industriellen Bedeutung waren die Hüttenstädte Neunkirchen und Düdelingen in besonderem Maße vom Krieg betroffen. Beide Werke waren – Düdelingen freilich eher indirekt – in die deutsche Kriegsproduktion eingespannt, beiderorts waren

---

11 Jürgen Kocka: *Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert*, Bonn 1990, S.431.

12 Die Schwereisenindustrie im deutschen Zollgebiet; ihre Entwicklung und ihre Arbeiter. Nach vorgenommenen Erhebungen im Jahre 1910, bearb. und hrsg. vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1912, S.331f.

gerade zu Beginn des Krieges Produktionsstockungen und Belegschaftsreduzierungen zu verzeichnen. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit wurden auch Frauen verstärkt in der Produktion eingesetzt, ein aussagekräftiger Indikator für die kriegsbedingte Sondersituation. Die Produktionsanlagen waren darüber hinaus mehrfach Ziel alliierter Luftangriffe, die in ihrer Bedeutung aber nicht überbewertet werden sollten. Ungleich wichtiger waren im hier zu diskutierenden Zusammenhang die sozialen Probleme, welche der Krieg nach sich zog. Zu den härtesten Pressionen zählten die frühzeitig eintretenden Versorgungsengpässe, die Lebensmittelrationierungen und -verschlechterungen, die allgemeine Teuerung und gelegentlich aufflackernde Epidemien.

In Neunkirchen musste bereits im Februar 1915 das Brot streng rationiert werden, und bis zum Ende des Folgejahres 1916 waren die verschiedensten Bezugskarten für Nahrungsmittel, aber auch für Schuhe und Kleidung im Umlauf. Einen ersten negativen Kulminationspunkt erfuhr die soziale Krise im sogenannten „Steckrübenwinter“ 1916/17. Das Brot musste in dieser Phase zuweilen mit Sägemehl gestreckt werden. Die Situation beruhigte sich mit Kriegsende keineswegs, ja sie verschlechterte sich angesichts der rapiden Auflösung des alten Regimes zum Teil noch. So kam es in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu Plünderungen, während der Schwarzmarkt aufblühte.<sup>13</sup>

Ganz ähnlich gestaltete sich die Lage in Düdelingen, das wie das gesamte Großherzogtum kurz nach Kriegsbeginn von deutschen Truppen okupiert worden war. Das Land erlebte zunächst einen regelrechten Exodus der ausländischen Bevölkerung. Gerade die Italiener befürchteten, von den Widrigkeiten des Krieges, von Entlassungen und Arbeitslosigkeit besonders betroffen zu sein. Insgesamt sollen 18.000 Italiener, die in Luxemburg und den Nachbarstaaten lebten, in den ersten Kriegstagen die Landesgrenze passiert haben.<sup>14</sup> Dies milderte aber keineswegs die nun folgenden sozialen Schief lagen. Das Hüttenunternehmen, das sich gerade in der Ausnahmesituation des Krieges um die Versorgung der Arbeiterschaft bemühte, um etwaigen Unruhen vorzubeugen und die Loyalität der Arbeiterschaft zu wahren, stellte gegen Ende des Krieges in einem werksinternen Dossier fest: „Auch im Laufe des Geschäftsjahres 1917/18

---

13 Zur sozialen Lage in Neunkirchen während Krieg und Nachkriegszeit siehe Michael Sander: Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, in: Rainer Knauf/Christof Trepesch (Hrsg.): Neunkircher Stadtbuch, Neunkirchen 2005, S.293-310, hier S.300-302.

14 Siehe Benito Gallo: Les Italiens au Grand-Duché de Luxembourg. Un siècle d'histoires et de chroniques sur l'immigration italienne, Luxembourg 1987, S.49-52.

bestanden die Schwierigkeiten zur Beschaffung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen für den täglichen Bedarf in erhöhtem Maße fort, und wurde, da ein Kriegsende nicht abzusehen ist, nach Möglichkeit eine Ergänzung der bestehenden Vorräte erstrebt.<sup>15</sup> Bereits seit 1915 waren verschiedene Bezugskarten für Lebensmittel und sonstige Artikel im Umlauf, während sich die Bevölkerung durch regelrechte Plünderungsfahrten ins Umland zu helfen suchte. Im Gegensatz zu ihren Neunkircher Kollegen verschafften sich die Düdelinger Hüttenarbeiter bereits während des Krieges in einem fünftägigen Streik Luft: Im gesamten Minetterevier entzündete sich im Juni 1917 vor allem an der schlechten Versorgungslage und den widrigen Arbeitsbedingungen ein Ausstand. Der Streik scheiterte aber an der intransigenten Haltung des Patronats und am Eingreifen deutscher Truppen. Außerdem war die wirtschaftliche Situation nicht günstig, fanden sich doch angesichts der restringierten Produktion und Beschäftigung schnell Freiwillige, welche die Posten der Streikenden einnahmen.<sup>16</sup> In Düdelingen blieb die Lage wie in Neunkirchen nach Kriegsende angespannt. Versorgungsengpässe und Teuerung bestimmten den Alltag der Bevölkerung. Eine Begebenheit mag, stellvertretend für viele andere, die Problematik veranschaulichen. Am 5. September 1919 kamen zwei Händlerinnen aus dem nahe gelegenen Filsdorf auf den Düdelinger Wochenmarkt, um dort ihre Ware, vor allem Butter, abzusetzen. Es entstand ein derartiges Gedränge rund um den Verkaufsstand, dass sich die beiden Frauen gezwungen sahen, unter dem Schutz der Gendarmerie ihren Stand in den örtlichen Gerichtssaal zu verlegen, wo es erneut zu Tumulten kam. „Man sah sich schliess(ß?)lich gezwungen“, so der Düdelinger Gendarmeriekommandant an das Kommando des Gendarmen und Freiwilligen-Korps zu Luxemburg-Stadt, „die Butter durch ein Fenster des Gerichtssaales den Liebhabern zu überreichen.“<sup>17</sup> Die Nahrungsfrage war an beiden Orten in diesen Tagen so virulent wie kein anderes Thema und führte zu punktuellen Eruptionen. So kam es in der Neunkircher Stummstraße im Oktober 1919 zu Plünderungen diverser Geschäftshäuser.<sup>18</sup> Weitere drän-

15 Allgemeines über das Lebensmitteldepot, 5.9.1918, Archives nationales de Luxembourg (AnLux), ADU-U1-78.

16 Siehe speziell zu Düdelingen Jean-Pierre Conrardy: *Dudelange. Passé et présent d'une ville industrielle*. Tome II: *L'usine sidérurgique. Le nouveau industriel et urbain*, Luxembourg 1991, S.210. Zu Luxemburg allgemein siehe Gilbert Trausch: *Contributions à l'histoire sociale de la question du Luxembourg 1914-1922*, in: *Hémécht*, 1974, H. 1, S.7-117, hier S.34-72.

17 Zwischenfälle auf dem hiesigen Wochenmarkt, 5.9.1919, AnLux, J 76/89, S.4.

18 Siehe Hans-Joachim Kühn: *Zwischen zwei Weltkriegen. Völkerbundsverwaltung und*

gende Probleme bereiteten hier die rückflutenden Soldaten, die untergebracht und in den Wirtschaftskreislauf reintegriert werden mussten. So schickten sich die Neunkircher Hütte und andere lokale Arbeitgeber zu umfangreichen Notstandsprogrammen an, auch um soziale Spannungen zu kanalisieren.

Die soziale ging mit einer politischen Krise einher, beide Bereiche verbanden sich zu einem umfassenden Krisengeflecht. Die Novemberrevolution erfasste bereits am 9. November Neunkirchen, und schon am Folgetag meldete der zuständige Landrat des preußischen Kreises Ottweiler: „Wie mir soeben berichtet wird, ist das Landsturm-Bataillon in Neunkirchen geschlossen zu dem heute zu gründenden Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen.“<sup>19</sup> Mit dem Einmarsch französischer Truppen endete die Rats Herrschaft in Neunkirchen wie im gesamten Saarrevier, sodass der Landrat schon am 3. Dezember verkünden konnte: „Die Arbeiter-, Bürger- und Bauernräte wurden von dem [französischen] Kommandanten als aufgelöst bezeichnet sowohl hinsichtlich der Kontrolle in der Verwaltung wie auch als beratende Organe“.<sup>20</sup>

In Düdelingen endete am 9. November die deutsche Besatzungsherrschaft. Eine Rätebewegung kam nicht zustande, überhaupt spielte sie im Großherzogtum nur eine marginale Rolle. Nichtsdestotrotz wurden angesichts der Flut zu bewältigender Probleme und der Legitimationskrise auch des hiesigen monarchischen Regimes staatlich sanktionierte Gremien gebildet, die mit der offiziellen Administration kooperierten und in deren Reihen sich auch Arbeiter beziehungsweise Arbeiterfunktionäre profilieren konnten.<sup>21</sup> Die hier nur mit wenigen Strichen skizzierte soziale, ökonomische und politische Situation markiert den Kontext, in dem die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ihren Durchbruch erzielte. Wie dies vonstatten ging und welche Aktivitäten die einzelnen Organisationen bereits in ihrer Frühphase entfalteten, soll im Folgenden geklärt werden.

---

Nationalsozialismus, in: Rainer Knauf/Christof Trepesch (Hrsg.): Neunkircher Stadtbuch, Neunkirchen 2005, S.331-344, hier S.331-334. Die Plünderungen werden hier als „Spartakuskrawalle“ bezeichnet, was aber missverständlich ist, da es nicht in erster Linie um die Durchsetzung politischer Ziele ging.

19 Bericht des Ottweiler Landrates, 10.11.1918, Landesarchiv des Saarlandes (LAS), Bestand Landratsamt Ottweiler (OTW), Nr. 5, unpag.

20 Bericht des Ottweiler Landrates, 3.12.1918, LAS, Best. OTW, Nr. 5, unpag.

21 Siehe dazu Abschnitt 3.

### *3. Die lokalen Arbeiterbewegungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Krisenmanagement und institutioneller Durchbruch*

In Anbetracht des zu Beginn geschilderten nahezu vollständigen Fehlens der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an beiden Orten ist es erstaunlich, wie selbstbewusst und verantwortungsbereit sich die Arbeiterschaften und ihre Vertreter angesichts der Krise präsentierten. Bereits am 9. November fanden sich etliche Neunkircher Hüttenarbeiter – die genaue Zahl ist nicht überliefert – zu einer Versammlung im städtischen Saalbau ein, die wohl von der örtlichen Sektion des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins organisiert worden war. Die Anwesenden formulierten einige zentrale Forderungen, so die Gründung eines Arbeiterrates und die Auflösung des Nationalen Hüttenvereins, einer von der Unternehmensleitung kontrollierten Gelben Gewerkschaft. Unter dem Druck der Ereignisse musste die Werksführung einlenken.<sup>22</sup> Am 10. November wurde der Arbeiter- und Soldatenrat ins Leben gerufen. Nach seiner Konstituierung zog der Rat unter Begleitung einer 2.000 Köpfe zählenden Menschenmenge zum Rathaus, wo man die rote Fahne hisste und den Bürgermeister von der Übernahme der Amtsgewalt in Kenntnis setzte.<sup>23</sup> Am Nachmittag begaben sich einige Ratsvertreter nach Ottweiler, um Forderungen an den Landrat zu stellen, darunter die „Hinzuziehung von je einem Mitglied der freien Gewerkschaft, der christlichen und des deutschen Metallarbeiterverbandes (Hirsch-Dunker) [sic!] zu allen Sitzungen des Kreis Ausschusses mit beratender Stimme“.<sup>24</sup> Diese Forderung nach politischer Partizipation belegt, welch tragende Rolle die zuvor einflusslosen Arbeiterorganisationen, besonders die Gewerkschaften, in der Umbruchphase spielten.

Die revolutionär anmutenden Szenen entsprachen allerdings nicht der späteren Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates. Das Gremium tat sich ausnahmslos in der Organisation der Versorgung, in der Wahrung der öffentlichen Ordnung und in ähnlichen Feldern hervor. Im Gründungsaufzug hieß es folglich: „Wir bürgen für Ruhe und Ordnung. Ihr habt die Pflicht, unsern Anordnungen Folge zu leisten. Meidet Straßenansammlungen! Sorgt dafür, daß die Verkehrsanlagen frei bleiben. Unterstützt alle Behörden, sie arbeiten für und mit uns. [...] Eure Versorgung mit Le-

22 Siehe Michael Ebenau: *Freiheit für das Volk. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Neunkirchen 1848-1961*, Ottweiler 1990, S.53f.

23 Siehe ebenda, S.54.

24 Bericht des Ottweiler Landrates, 11.11.1918, LAS, Best. OTW, Nr. 5.

bensmitteln ist gewährleistet und liegt in sicheren Händen. Jeder gehe seiner gewohnten Arbeit nach. Kinder und Jugendliche gehören Abends ins Haus.<sup>25</sup> Unter den 21 Ratsmitgliedern befanden sich etliche Protagonisten der noch jungen Arbeiterbewegung. Neben Hermann Petri, der in der SPD, in der Freien Gewerkschaft und in verschiedenen Arbeitervereinen aktiv war und damit geradezu paradigmatisch den Typus des „Arbeiterbeamten“ verkörperte, waren dies der Augenarzt und linke Sozialdemokrat Karl Schneider, mehrere Hüttenbeschäftigte und Bergleute sowie ein Vertreter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins.<sup>26</sup> Daneben blieb aber der Bürgermeister im Amt, und auch die bürgerlichen Parteien waren im Rat vertreten.

In Luxemburg waren die politischen Rahmenbedingungen zwar anders, dennoch taten sich auch hier die zuvor marginalisierten Arbeiter und Arbeitervertreter in der Bewältigung der Nachkriegskrise hervor. Die im Düdelinger Gemeindehaus tagende Arbeiter- und Beamtendelegation widmete sich ähnlich wie der Arbeiter- und Soldatenrat in Neunkirchen der Verteilung von Nahrungsmitteln, der Bekämpfung von Wucherei und Schmuggel sowie der Sicherstellung der öffentlichen Ordnung. Dem Gremium gehörten mehrere Vertreter der noch jungen luxemburgischen Industriegewerkschaft an, darunter, sogar als 1. Vorsitzender, mit Nicolas Biever einer der Köpfe der luxemburgischen Arbeiterbewegung späterer Jahre. Die Delegation zeigte sich äußerst selbstbewusst, wie eine verbale Konfrontation mit dem Düdelinger Bürgermeister exemplarisch zeigt. Dieser wollte die Preisfestsetzung durch die Delegation verhindern, wurde aber zurückgewiesen. Im zeitgenössischen Polizeibericht hieß es: „Von den versammelten Arbeitern antworteten nun welche ungebührlich dem Bürgermeister und er verliess [sic] daraufhin die Versammlung.“ Aus der Delegation heraus bildete sich ferner eine „Bürgergarde“, welche die öffentliche Sicherheit gewährleisten und vor allem den Schmuggel unterbinden sollte.<sup>27</sup>

Die gestärkte Position gerade der Arbeiterbewegungsfunktionäre weckte das Misstrauen der Staatsgewalt, das sich besonders in einer latenten Streikfurcht ausdrückte. So fürchteten die Behörden im November 1919 im Großherzogtum den Ausbruch eines Generalstreiks, wie den in dach-

---

25 Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Neunkirchen, 11.11.1918, LAS, Abt. Plakate.

26 Zur Zusammensetzung des Neunkircher Arbeiter- und Soldatenrates, der später in Arbeiter- und Bürgerrat umbenannt wurde, siehe Ebenau, Freiheit, S.54.

27 Festsetzung von Höchstpreisen durch die Beamten- und Arbeiterschaft, Überwachung des Lebensmittelverkaufs etc. durch Arbeiter, 25.8.1919, AnLux, J 76/89, S.3. Zitate ebenda.

ter Folge verfassten Polizeiprotokollen zu entnehmen ist.<sup>28</sup> Bis auf einen begrenzten Ausstand der Düdelinger Gemeindearbeiter blieb es allerdings zu diesem Zeitpunkt ruhig. Die angespannte Nachkriegssituation kulminierte erst im März 1921, als es im gesamten luxemburgischen Minettebezirk zu einem mehrwöchigen Ausstand kam. Der Streik endete zwar mit einem Fiasko für die Gewerkschaft, zeigt aber dennoch ihr erstarktes Selbstbewusstsein und auch ihren gewachsenen Einfluss.<sup>29</sup> In Neunkirchen kam es in der Nachkriegszeit ebenfalls zu dem ein oder anderen Ausstand, was vor 1914 schier undenkbar erschien. Eine Streikaktion im Jahre 1919 zum Beispiel musste von französischen Kavallerieeinheiten beendet werden. Während des hunderttägigen Bergarbeiterstreiks 1923 wurde in der Stadt ein französischer Offizier niedergeschlagen.<sup>30</sup>

In Neunkirchen wie in Düdelingen rückten die Arbeiterorganisationen quasi „aus dem Stand“ in eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Position auf, die sie selbstbewusst und mit dem notwendigen Augenmaß zu erfüllen wussten. Die Vertreter von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung bewährten sich in der Umbruchphase als Krisenmanager. So verschaffte ihnen die Krise einen Status, der auch in den Folgejahren nicht mehr revidiert werden konnte. Die Unternehmen versuchten unter anderem durch verstärkte Initiativen im sozialpolitischen Bereich der Situation Herr zu werden und die neue Konkurrenz einzudämmen. Diese Strategie griff aber nur sehr bedingt, erreichten die Arbeiterorganisationen doch zentrale Zugeständnisse von den Arbeitgebern: In Neunkirchen musste die Gelbe Gewerkschaft zugunsten der freien Organisationen aufgelöst werden, während beiderorts wenigstens vorübergehend der lange erstrebte Achtstundentag eingeführt wurde.

Wie manifestierte sich der politische Paradigmenwechsel in organisationsgeschichtlicher Hinsicht? Es scheint so, dass in den beiden untersuchten Städten der Gewerkschaft klar der Primat zufiel, während die Parteien erst in deren Windschatten aufkamen. In Düdelingen, dem nicht zu Unrecht der Ruf einer politisch moderaten Gemeinde anhing, spielten die sozialistischen Parteien zunächst eine untergeordnete, die später entstehende Kommunistische Partei überhaupt keine Rolle. Dafür konnte sich die Industriegewerkschaft schnell etablieren. Die luxemburgischen Frei-

---

28 AnLux, J 76/138 und AnLux, J 76/144.

29 Zu dem großen Märzstreik von 1921 im luxemburgischen Industrieviertel siehe Denis Scuto: *Sous le signe de la grande grève de mars 1921. Les années sans pareille du mouvement ouvrier luxembourgeois 1918-1923*, Luxembourg 1990.

30 Siehe Kühn, *Zwischen zwei Weltkriegen*, S.331-334.

en Gewerkschaften hatten ihre Wurzeln und Vorläufer zwar in der Vorkriegszeit, aber ihren eigentlichen Durchbruch feierten sie erst mit der Gründung von Industriegewerkschaften 1916. Zunächst wurden parallel der Berg- und Hüttenarbeiterverband (BHAV) sowie der Luxemburgische Metallarbeiterverband (LMAV) gegründet, ehe 1919 die Fusion zum Berg- und Metallindustriearbeiterverband (BMAIV) erfolgte.<sup>31</sup> Die Mitgliederzahlen für Düdelingen verdeutlichen, dass sich der Verband schnell eine starke Position eroberte: Im Jahre 1917 zählte der BHAV in Düdelingen erst 250 Mitglieder, 1918 waren es schon rund 1.000 und zu Beginn des großen Streiks 1921 bereits 1.900.<sup>32</sup>

In Neunkirchen bedeutete wie im gesamten Reichsgebiet das Vaterländische Hilfsdienstgesetz im Kontext des Hindenburgprogramms<sup>33</sup> einen entscheidenden Wendepunkt. Bis 1921 wuchs die Zahl der Mitglieder des DMV in Neunkirchen auf beinahe 3.000. Auch der politische Arm der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung schaffte schnell den Durchbruch: Bei der Wahl zum Stadtrat im Jahre 1920 erreichte die SPD elf Sitze, die USPD immerhin acht. Zusammen hielten die Arbeiterparteien also 19 von 42 Sitzen im Stadtrat.<sup>34</sup> Damit blieben die Parteien hinter dem dominierenden Zentrum zwar zurück, aber gerade in Anbetracht der vorherigen Bedeutungslosigkeit sprechen diese Zahlen für die schnellen Erfolge. Doch waren die in einer dezidierten Krisensituation beiderorts zu beobachtenden institutionellen Erfolge auch von einer gewissen Nachhaltigkeit? Diese Frage soll nachfolgend wenigstens in Ansätzen erörtert werden.

---

31 Siehe Henri Koch: Die Luxemburger Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften. 2. Teil, in: Hémecht, 1978, H. 3, S.303-342. Speziell zum LMAV siehe Raymond Steil: Der Luxemburger Metallarbeiter-Verband (1916-1920), in: 75 Joër fräi Gewerkschaften, S.141-183.

32 Siehe Jean-Pierre Conrardy/Robert Krantz: Dudelage. Passé et présent d'une ville industrielle. Tome I: Bourg agricole – Ville moderne, Luxembourg 1991, S.384f.

33 Das am 5. Dezember 1916 unterzeichnete Gesetz verfolgte die Intention, sämtliche kriegswichtigen Ressourcen noch umfassender zu mobilisieren. Der Rüstungsindustrie sollten zwangsverpflichtete Arbeitskräfte zugeführt werden. Zur Koordination der Maßnahmen wurden die Gewerkschaften eingespannt. Im Gegenzug jedoch musste man von obrigkeitlicher Seite aus Zugeständnisse machen, darunter die offizielle Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner. Siehe Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Bd.: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S.114-122.

34 Beide Zahlenwerte siehe Ebenau, Freiheit, S.61, 81.

#### *4. Die Arbeiterorganisationen zwischen Etablierung, Erosion und weltanschaulicher Polarisierung: Tendenzen der Zwischenkriegszeit*

Überblickt man die Zwischenkriegszeit bis zur Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich 1935 beziehungsweise bis zur deutschen Okkupation des Großherzogtums Luxemburg 1940, so schälen sich drei für die lokalen Arbeiterbewegungen zentrale Tendenzen heraus:

1. Die Arbeiterorganisationen blieben auch über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus konstitutive Bestandteile des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Das Umbruchsjahr 1918/19 bedeutete damit eine langfristige Wasserscheide, denn einen definitiven Rückschritt hinter die rasant errungenen Erfolge gab es wenigstens vor der gewaltsamen Unterdrückung durch die Nationalsozialisten nicht mehr. Erneut sollen die Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften davon Zeugnis ablegen: Die Düdelinger Ortsgruppe des BMAV musste nach dem gescheiterten Märzstreik 1921 noch einmal einen empfindlichen Rückgang auf 480 Organisierte hinnehmen, um dann aber bis 1926 wieder auf 1.300 anzuwachsen.<sup>35</sup> In Neunkirchen erreichte der DMV im Jahre 1923 mit 3.047 Mitgliedern den absoluten Spitzenwert, verlor aber danach kontinuierlich an Mitgliedern. 1932 zählte der DMV in Neunkirchen nur noch 632 Anhänger.<sup>36</sup> Hierfür war neben der latenten ökonomischen Krisensituation besonders die Spaltung der Arbeiterbewegung verantwortlich. Der Rückgang zeugt keineswegs von einer generellen Schwäche der Arbeiterbewegung, wie sich etwa den Ergebnissen der Wahlen zum Stadtrat entnehmen lässt. Bei der Wahl zum Neunkircher Stadtrat im Jahre 1932 erreichten die beiden linken Arbeiterparteien zusammen mit 21 Sitzen immerhin die Hälfte der Mandate.<sup>37</sup> Daneben schufen sich die Organisationen beiderorts eine beachtliche Infrastruktur, bestehend etwa aus Volkshäusern und diversen Vorfeldorganisationen. Außerdem wurde alljährlich der 1. Mai mit Umzügen, Festreden und Kundgebungen gefeiert.

2. Gelang den sozialistischen Arbeiterparteien in Neunkirchen im Zusammenspiel mit den Freien Gewerkschaften schnell der institutionelle Durchbruch, so blieben sie in Düdelingen zunächst im Schatten der Gewerkschaften. Dem Neunkircher Arbeiter- und Soldatenrat gehörten von Beginn an Sozialdemokraten an. Wurden bei Kriegsausbruch noch die we-

---

35 Siehe Conrardy/Krantz, Dudelage, S.385.

36 Siehe Ebenau, Freiheit, S.81.

37 Siehe ebenda, S.86.

nigen offiziellen Parteivertreter verhaftet,<sup>38</sup> so nahmen sie also gleich am Anfang der Umbruchphase eine tragende Rolle ein. In Düdelingen übte in der Nachkriegszeit die dezidiert antisozialistische Freie Volkspartei, welche vor der Fusion der beiden Industriegewerkschaften 1920 auch eine gewisse Basis im weltanschaulich neutralen BHAV hatte, größeren Einfluss aus.<sup>39</sup> Zwar formierte sich auch eine Ortsgruppe der Sozialistischen Partei Luxemburgs (SPL), aber das Rückgrat der Arbeiterbewegung bildete hier lange die Gewerkschaft. Erst mit dem Niedergang der Freien Volkspartei und der Gründung der Arbeiterpartei Luxemburgs (APL) im Juni 1924 gewannen die Sozialisten an Boden.<sup>40</sup>

3. Die für die Zwischenkriegszeit so kennzeichnende weltanschauliche Polarisierung, die nicht zuletzt auch durch die Spaltung der Arbeiterbewegung forciert wurde, kam in Neunkirchen voll zum Tragen, in Düdelingen blieb sie ohne große Bedeutung. Unter einigen saarländischen Historikern gilt das Neunkirchen der Zwischenkriegszeit als eine „rote Stadt“.<sup>41</sup> Dieses Diktum rekurriert nicht zuletzt auf die starke Position der Linksozialisten und später der Kommunisten. Anders als Düdelingen, wo die Kommunisten keine Rolle spielten, entwickelte sich Neunkirchen zu einer kommunistischen Hochburg. Von den oben aufgeführten 21 Ratsitzen der Arbeiterparteien im Jahre 1932 gingen 15 an die KPD, die damit stärker war als das bis dahin dominante Zentrum. Die SPD war auf sechs Sitze geschrumpft.<sup>42</sup> Auf gewerkschaftlichem Sektor war dem DMV zu diesem Zeitpunkt in Form der von der KPD gesteuerten Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) ein gefährlicher Kontrahent erwachsen. Die RGO erzielte bei den Arbeiterausschusswahlen im Neunkircher Eisenwerk im Jahre 1929 aus dem Stand heraus zwölf Sitze, der DMV musste sich genau wie die christliche Gewerkschaft mit fünf Sitzen begnügen, der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein hielt noch zwei Mandate. Die Hälfte der Sitze war also in kommunistischer Hand.<sup>43</sup> Die SPD hatte im gesamten Saarrevier mit programmatischen Schwächen und Wi-

---

38 Siehe ebenda, S.45.

39 Siehe Scuto, *Sous le signe*, S.174f.

40 Zur Entwicklung der Sozialdemokratie in Luxemburg und in Düdelingen siehe Ben Fayot: *Sozialismus in Luxemburg. Von den Anfängen bis 1940*, Luxemburg 1979. Zum komplizierten Verhältnis zwischen SPL, APL und der Freien Volkspartei siehe ebenda, S.270f.

41 Geradezu paradigmatisch lautet die Kapitelüberschrift bei Ebenau für die Jahre 1918-35 „das rote Neunkirchen“. Siehe Ebenau, *Freiheit*.

42 Siehe ebenda, S.86.

43 Siehe ebenda, S.82f.

dersprüchen zu kämpfen und war wie im republikanischen Deutschland von einem weitreichenden Erosionsprozess betroffen. Vor allem in den jeweiligen Presseorganen, der sozialdemokratischen „Volksstimme“ und der kommunistischen „Arbeiterzeitung“, lieferten sich beide Fraktionen zum Teil heftige polemische Duelle. Die Maifeiern wurden seit den späten Zwanzigerjahren getrennt abgehalten.<sup>44</sup> Die Spaltung wurde erst 1934 im Zeichen des Saarabstimmungskampfes kurzzeitig überwunden. Der Abwehrkampf gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus bildete denn auch den zweiten Aspekt der weltanschaulichen Polarisierung der Zwischenkriegszeit. Auch wenn die NSDAP parteipolitisch erst über das Vehikel der „Deutschen Front“, einem zusehends von der NSDAP kontrollierten Mitte-Rechts-Bündnis, das die Rückgliederung an das nationalsozialistische Deutschland vorantrieb, an Bedeutung gewann, kam es bereits ab 1929/30, verstärkt dann aber ab 1933 zu handgreiflichen Auseinandersetzungen und zu kleineren Übergriffen durch lokale SA-Männer.<sup>45</sup> In Düdelingen blieb es trotz dem Vorhandensein einiger weniger Kommunisten und Faschisten in der italienischen Gemeinde<sup>46</sup> und einer latenten Alarmbereitschaft der Behörden, die ständig kommunistische „Umtriebe“ fürchteten, ruhig.

### *Fazit*

Es bleibt am Ende noch die Frage zu beantworten, inwiefern sich durch den Ersten Weltkrieg die Rahmenbedingungen zugunsten der sozialdemokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung beiderorts verändert hatten. Die Zusammensetzung und Prägekräfte der Arbeiterschaften änderten sich auch nach 1914/18 nicht grundlegend. Ländlich-konfessionelle Prägung und nationale Diversität waren nach wie vor wirksam, auch wenn sich die innerstädtische Reproduktion der Hüttenarbeiterschaft erhöht haben dürfte. Die betriebliche Sozialpolitik wurde weiter gefördert, zum Teil sogar ausgebaut. Die repressive Seite der unternehmerischen Ar-

---

44 Zu den Problemen der Saar-SPD in der Zwischenkriegszeit und der organisatorischen Spaltung siehe Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann: Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995, S.180-223, 334-371.

45 Zum Abstimmungskampf siehe Ralph Schock (Hrsg.): Haltet die Saar, Genossen! Antifaschistische Schriftsteller im Abstimmungskampf 1935, Berlin 1984. Es handelt sich um einen überaus interessanten Sammelband, der Stellungnahmen antifaschistischer zeitgenössischer Schriftsteller zur Saarfrage festhält.

46 Siehe Gallo, Les Italiens, S.393-395.

beiterpolitik konnte angesichts der neuen politischen Rahmenbedingungen wohl nicht mehr ganz so offen wie zuvor praktiziert werden, aber hier und da kam es doch noch zu erheblichen Repressalien, etwa gegen verschiedene RGO-Aktivist\*innen, die 1931 vom Neunkircher Eisenwerk entfernt wurden oder aber in Düdelingen im Gefolge des Märzstreiks 1921.<sup>47</sup> Transformationen, die einer stärkeren Gruppenbildung Vorschub leisteten, sind im Hüttenbetrieb selbst erkennbar. So ging die Fluktuation der Belegschaft in der Zwischenkriegszeit spürbar zurück. Die Verstetigung der Belegschaft förderte festere Gruppenbildung und zeitlich stabilere Kommunikationsnetze.<sup>48</sup>

Hauptsächlich sind die Ursachen für den Wandel in der existenziellen Krise, die der Weltkrieg mit sich brachte, und in dem rapiden Legitimationsverlust der „alten Eliten“ zu suchen. Die Akteure der Arbeiterbewegung, begünstigt durch den Bedeutungsgewinn während des Krieges, stießen in das Vakuum, das während Krise und Auflösung entstand. Weite Teile der Bevölkerung sahen in den Arbeiterorganisationen Hoffnungsträger für einen sozialen und politischen Neubeginn. In der schwierigen Situation nahmen diese die Chance wahr und bewährten sich als Krisenmanager. Mit der relativen Stabilisierung der Verhältnisse hatte sich die institutionalisierte Arbeiterbewegung bereits dermaßen etabliert, dass sie später nur noch mit Gewalt – sprich durch die nationalsozialistische Herrschaft – aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben entfernt werden konnte. Die organisatorische Expansion stieß allerdings auch an Grenzen. In Düdelingen blieb die Arbeiterbewegung, sieht man von der kurzen Episode des Märzstreiks ab, immer moderat und eher defensiv. Die sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien hatten es hier vor allem bis zur Gründung der APL im Jahre 1924 schwer. In Neunkirchen muss die Annahme einer „roten Stadt“ relativiert werden. Zwar war die Position des linken Lagers während der Zwischenkriegszeit stark, die größte politische Kraft blieb gemessen an den Wahlergebnissen jedoch zumeist das katholische Zentrum. Außerdem schwächte sich die Arbeiterbewegung durch die spaltungsbedingten Flügelkämpfe selbst.

---

47 Siehe zu Neunkirchen Ebenau, *Freiheit*, S.83; zu Düdelingen Marc Lentz: *Die Freien Gewerkschaften auf dem Weg zur Sozialpartnerschaft (1921-1937)*, in: 75 Joer fräi Gewerkschaften, S.185-262, hier S.185.

48 Der Rückgang der Fluktuation konnte für Düdelingen anhand einiger im AnLux lagernder Stammlisten, die das Eintritts- und Austrittsdatum der Hüttenarbeiter verzeichneten, nachgewiesen werden. Zu dieser Problematik allgemein siehe Thomas Welskopp: *Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren*, Bonn 1994.

Im vorliegenden Beitrag wurden zwei lokale Fallbeispiele an der deutschen Peripherie beziehungsweise im bislang von der deutschen Arbeiterbewegungsforschung kaum beachteten Großherzogtum Luxemburg behandelt. Beide Industriestädte eignen sich bestens zur Diskussion der hier verhandelten Problematik, kontrastierten die Verhältnisse nach 1914/18 doch in herausragender Weise mit den Vorkriegszuständen: Die institutionalisierte Arbeiterbewegung war nahezu inexistent, ehe sie innerhalb kürzester Zeit zu einem gewichtigen politischen und gesellschaftlichen Faktor aufstieg.

# Willi Münzenberg und die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) 1921 bis 1933: eine neue Geschichte

Kasper Braskén

Sollte je eine Biographie von Willi Münzenberg geschrieben werden, würde sie zweifellos eines der aufschlußreichsten Dokumente über die Zeit zwischen den Weltkriegen.<sup>1</sup>

Arthur Koestler

Die Geschichte von Wilhelm (Willi) Münzenberg (1889-1940) war fünfzig Jahre lang ein als höchst geheim klassifiziertes, mehr oder weniger geschlossenes Kapitel. Damit, wie auch mit so vielen anderen „unerwünschten“ Lebensläufen in der Geschichte der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung, tat sich die DDR besonders schwer. Wie so viele prominente Kommunisten der Zwischenkriegszeit galt Münzenberg in den 1930er-Jahren als Verräter und Feind der kommunistischen Bewegung. Derartige „Renegaten“ wurden in der DDR häufig irgendwann rehabilitiert und kamen sogar zu Ehren. Für Münzenberg galt das nicht. Er blieb in diesem Land ein ungewolltes Kind, das unter dramatischen Umständen der Bewegung den Rücken kehrte, die er in vielerlei Hinsicht geschaffen und geprägt hatte. Aus der Sicht der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sowjetunion bestand eine von Münzenbergs schwersten Sünden darin, sich 1939 nach der Publikation des Molotow-Ribbentrop-Pakts öffentlich gegen Stalin gestellt zu haben. Da Münzenberg in der Zeitschrift „Die Internationale“ zuvor offiziell als Verräter gebrandmarkt worden war,<sup>2</sup> gab er seine Antwort auf dem Titelblatt der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Zukunft“ mit der Schlagzeile: „Der Verräter, Stalin, bist du“.<sup>3</sup> Denn der eigentliche Verräter der kommunistischen Bewegung war nicht Münzenberg, sondern Stalin selbst.<sup>4</sup>

---

1 Arthur Koestler, in: Ein Gott der keiner war, München 1962, S.9-71, hier S.60 (Originalausgabe: Arthur Koestler: Memoirs of a Tightrope Walker, in: The God That Failed, New York 1949, S.15-75, hier S.64).

2 Siehe Gegen die Schädlinge der Arbeiterbewegung, in: Die Internationale, 1939, H. 5/6, S.191-205.

3 Willi Münzenberg: Der russische Dolchstoß, in: Die Zukunft, Nr. 3, 22.9.1939.

4 Zu neueren Berichten über Münzenbergs Bruch mit der kommunistischen Bewegung siehe Kasper Braskén: „Hauptgefahr jetzt nicht Trotzkismus sondern Münzenberg“ – wie

Im Rückblick fällt auf, dass viele Münzenbergs historische Bedeutung in seinen letzten Jahren sehen, wobei besonders auf seine Tätigkeit im Pariser Exil (1933-1940) verwiesen wird, darunter auf die Veröffentlichung „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“, auf sein Wirken für eine deutsche Volksfront, seine Bemühungen um eine breite internationale antifaschistische Plattform und die Tatsache seines offiziellen Bruchs mit Stalin, der Kommunistischen Internationale (Komintern) und der KPD. Münzenberg ist vor allem als hervorragender Organisator hinter den Kulissen anerkannt, der hinter vielen Fronten, Komitees, Veröffentlichungen und Kongressen stand.<sup>5</sup>

Wer heute eine Geschichte Münzenbergs und seiner Tätigkeit als Generalsekretär der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) in der Weimarer Republik schreibt, der gewinnt den Eindruck, dass Münzenberg vor 1933 eine viel bedeutendere Rolle gespielt hat, obwohl er vor allem wegen seiner letzten Lebensjahre in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Zwar hob Arthur Koestler, wie bereits erwähnt, Münzenbergs Bedeutung für die Geschichte der Zwischenkriegszeit hervor, aber bis jetzt fehlt eine umfassende Darstellung seiner Arbeit für die internationale Solidarität während der Weimarer Zeit in der IAH und in ihren Schwesterorganisationen, die den „Münzenberg-Konzern“ oder „IAH-Konzern“ bildeten.<sup>6</sup>

Ursprünglich stellte sich die IAH das Ziel, eine internationale Solidaritätskampagne für die Opfer der Hungersnot von 1921 in Sowjetrußland zu organisieren. Dann entwickelte sie sich jedoch unter Münzenbergs Führung zu einer bedeutsamen Organisation, die in der Weimarer Republik ein breites Spektrum von Solidaritätsaktionen ins Leben rief: Sie organisierte internationale Solidaritätskampagnen für Arbeiter in China, Japan,

---

man in Ostdeutschland die Erinnerung und den Streitfall Willi Münzenberg benutzte, in: Comintern Working Paper (CoWoPa), Nr. 22, 2011, S.19–23; Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist du!“: Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939-1941, Berlin 2008.

5 Siehe dazu Gustav Regler: *The Owl of Minerva. The Autobiography of Gustav Regler*, London 1959, S.162-166; Victor Serge: *Erinnerungen eines Revolutionärs 1901-1941*, Hamburg 1990; Jorgen Schleimann: *The organisation man. The life and work of Willi Münzenberg*, in: *Survey, a journal of Soviet and East European studies*, Nr. 55, 1965, S.64-91. Koestler geht in seiner Biografie ausführlich auf Münzenberg ein. Siehe Arthur Koestler: *Als Zeuge der Zeit. Das Abenteuer meines Lebens*, Frankfurt/Main 1989.

6 So wird zum Beispiel in der neuesten Münzenberg-Biografie sein Einsatz für die internationale Solidarität überhaupt nicht analysiert. Siehe dazu Sean McMeekin: *The red millionaire. A political biography of Willi Münzenberg. Moscow's secret propaganda tsar in the west*, London 2003.

Großbritannien, Irland, Frankreich, Schweden und den USA. In Deutschland entwickelte sie auf der Grundlage der Arbeitersolidarität ein breites sozialpolitisches Programm. Ihre Produktionsfirma „Mežrabprom-Rus“ stellte proletarische Filme her. Über die „Prometheus Film-Gesellschaft“ verbreitete sie in Deutschland russische proletarische Filme, so zum Beispiel Sergej Eisensteins „Panzerkreuzer Potjomkin“.<sup>7</sup> Sie schuf eine beeindruckende proletarische Presse, darunter die „Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ (AIZ), in der der bereits bekannte John Heartfield seine Fotomontagen veröffentlichte. Schließlich baute die IAH im ganzen Lande eine Organisation mit starker Mitgliedschaft auf. Jährlich organisierte sie Tage der internationalen Solidarität, die auf den Straßen der großen Städte Deutschlands und Europas begangen wurden. Sie berief mehrere internationale Kongresse nach Deutschland ein und feierte 1931 in großem Stil in Berlin ihr zehnjähriges Bestehen.<sup>8</sup> Wie meine Untersuchung belegen wird, war Münzenberg in der Weimarer Republik ein sehr bekannter Mann. Ab 1924 saß er als Abgeordneter für die KPD im Reichstag. Als Generalsekretär der IAH war er ständig auf hochrangigen öffentlichen Kundgebungen, Kongressen und Demonstrationen präsent, wo er häufig das Wort ergriff.

Die IAH genoss die Unterstützung der prominentesten Intellektuellen, Schriftsteller und Künstler der Zwischenkriegsjahre, darunter so bekannter Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, Anatole France, Erich Mühsam, Theodor Liebknecht, Arthur Holitscher, Romain Rolland, Maxim Gorki, Upton Sinclair, George Grosz, Otto Nagel, Heinrich Zille, Heinrich Vogeler und Henri Barbusse. Sie alle haben viel zur Popularität und zum öffentlichen Bild der IAH als einem geistig und politisch freien Forum der Linken beigetragen. Durch ihre Sprache, ihre Ikonografie und ihre geübte Solidarität hat die IAH Millionen Deutschen ein positives Bild vom Sozialismus und der Sowjetunion sowie eine kritische Haltung zum Kapitalismus, zur Führung der deutschen Sozialdemokratie und zum Faschismus vermittelt.<sup>9</sup>

---

7 Siehe dazu Günther Agde/Alexander Schwarz (Hrsg.): Die rote Traumfabrik. Meschraprom-Film und Prometheus 1921-1936, Berlin 2012.

8 Der erste Versuch, eine Geschichte der IAH zu schreiben, ist das informative, aber einseitige große Werk: Willi Münzenberg: Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiterhilfe 1921-1931, Berlin 1931. Für die deutsche Sektion der IAH besorgte das Georg Dünninghaus: 10 Jahre Internationale Arbeiterhilfe Deutschland. Vorwort von August Brandt, Reichssekretariat der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin 1931.

9 Zur IAH und den Intellektuellen, die ihre Kampagnen unterstützten, siehe Heinz Sommer: Internationale Arbeiterhilfe und ausländische Kulturschaffende in Berlin, in: Klaus Kändler/Helga

Worauf stützt sich eine solche neue Geschichte Münzenbergs und der IAH? Zwar wurden in der DDR kurze Artikel über die IAH veröffentlicht, eine umfassende Monografie erblickte jedoch nie das Licht der Welt. In den wenigen Publikationen zu diesem Thema wurde Münzenbergs Rolle heruntergespielt oder völlig verschwiegen.<sup>10</sup> Wer in der BRD und anderswo im Westen eine Geschichte Münzenbergs schreiben wollte, hatte ein fundamentales Problem: Er erhielt keinen Zugang zu den Archiven der DDR oder der Sowjetunion.<sup>11</sup> So blieben der Fall Münzenberg

---

Karolewski/Ilse Siebert (Hrsg.): *Berliner Begegnungen. Ausländische Künstler in Berlin 1918-1933. Aufsätze, Bilder, Dokumente*, Berlin 1987, S.396-408; Kasper Braskén: *Mot hunger, krig och fascism! Internationella arbetarhjälpen, Willi Münzenberg och kampen för internationell solidaritet i Weimartyskland 1921-1935* [Wider Hunger, Krieg und Faschismus! Die internationale Arbeiterhilfe, Willi Münzenberg und der Kampf für internationale Solidarität im Weimarer Deutschland 1921-1935], in: *Historisk Tidskrift för Finland*, 2009, Nr. 2, S.170-197.

<sup>10</sup> So wird Münzenberg zum Beispiel in dem DDR-Geschichtsllexikon von 1969 als Teil der Geschichte der IAH nicht erwähnt. Siehe den Eintrag „Internationale Arbeiterhilfe“ in Horst Bartel u. a. (Hrsg.): *Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Berlin 1969, S.843-845. Zur ostdeutschen Geschichtsschreibung siehe auch Hermann Müller: *Die Bedeutung der Gründung der IAH im Jahre 1921 für die Entwicklung der Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit Sowjetrußland*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 1962, H. 3, S.642-656; Kurt Finker: *Aus dem Kampf der Internationalen Arbeiterhilfe in Deutschland*, in: ebenda, 1964, H. 5, S.928-936; Leonid G. Babitschenko: *Zur Solidaritätsbewegung des internationalen Proletariats für die deutsche Arbeiterklasse in den Jahren 1923/24*, in: ebenda, 1971, H. 6, S.982-996; Rolf Becker: *Die IAH an der Seite der KPD bei der Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller Werktätigen (1929-1932)*, in: ebenda, 1977, H. 2, S.279-289.

<sup>11</sup> Die besten während des Kalten Krieges erschienenen Studien über Münzenberg und Erinnerungen an ihn aus der Feder nichtkommunistischer Autoren sind: Babette Gross: *Willi Münzenberg. Eine politische Biografie*. Mit einem Vorwort von Arthur Koestler, Stuttgart 1968; Robert Nigel Carew Hunt: *Willi Münzenberg*, in: *St Anthony's Papers*, Nr. 9, *International Communism*, 1960, S.72-87; Helmut Gruber: *Willi Münzenberg's German communist propaganda empire 1921-1933*, in: *Journal of Modern History*, 1966, Nr. 3, S.278-297; Ders.: *Willi Münzenberg. Propagandist for and against the Comintern*, in: *International review of Social History*, 1965, Nr. 2, S.188-210; Diethart Krebs/Walter Uka: *Willi Münzenberg, Zeitgenossen*, Berlin 1988; Kurt Kersten: *Das Ende Willi Münzenbergs. Ein Opfer Stalins und Ulbrichts*, in: *Deutsche Rundschau*, 1957, Nr. 5, S.484-499; Rolf Surmann: *Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921-1933*, Köln 1983; Till Schulz (Hrsg.): *Willi Münzenberg. Propaganda als Waffe. Ausgewählte Schriften 1919-1940*, Frankfurt/Main 1972; Peter Vonderhagen/Brigitte Walz-Richter (Hrsg.): *Willi Münzenberg. Eine Dokumentation zur Münzenberg-Tagung im September 1989 in Zürich*, Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Zürich 1990. 1992 fand in Aix-en-Provence eine internationale Tagung zu Münzen-

und die IAH wissenschaftlich unerreichbar bis zur „Archiv-Revolution“ der 1990er-Jahre, die eine quellengestützte Forschung erst möglich machte. Während also das Problem bis in die 1990er-Jahre hinein das karge Archivmaterial war, ist die Situation heute genau umgekehrt: Allein der IAH-Bestand 538 im Russländischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI) umfasst über 50.000 Dokumente der IAH. Auch in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) in Berlin liegen Tausende Dokumente zur IAH und zu Münzenberg. Nach Jahren der Forschung in russischen und deutschen Archiven ist es jetzt möglich, die Geschichte Münzenbergs und der IAH für die Zeit von 1921 bis 1933 neu zu schreiben.

Bei dieser neuen Geschichte Münzenbergs und der IAH geht es mir freilich nicht allein um eine Rekonstruktion der Abläufe auf einer soliden Quellenbasis. Wenn die konkreten Aktionen der IAH auch verschiedene Formen annahmen, war ihr Leitmotiv zu allen Zeiten die internationale Arbeitersolidarität. Die IAH hat ihre Aktionen nie als Wohltätigkeit oder Menschenfreundlichkeit dargestellt, sondern stets als Klassenhilfe. Idee und Praxis der internationalen Solidarität durchzogen die Tausenden Aktionen der IAH wie ein roter Faden. Besonders auf diesen Aspekt der Organisation habe ich meine Untersuchungen konzentriert – die Internationale Arbeiterhilfe und ihre Anstrengungen, sich nach dem Zusammenbruch des Internationalismus der Arbeiter während des Ersten Weltkrieges an die Spitze einer Wiederbelebung der internationalen Solidarität in der transnationalen Arbeiterbewegung zu stellen. Die positiven Züge der internationalen Solidarität sind aus der Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert lange Zeit ausgeblendet worden, während die Vorstellung von dem gewaltigen und historisch anhaltenden Scheitern der kommunistischen Bewegung überwog.<sup>12</sup> Aber wie Hermann Weber betont, muss ein bedeutsamer Unterschied zwischen dem „Kommunismus als radikal-sozialer Bewegung einerseits und den kommunistischen Gewaltregimen an-

---

berg statt. Die Beiträge sind publiziert in: Tania Schlie/Simone Roche (Hrsg.): Willi Münzenberg (1889-1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt/Main 1995. Leider haben die meisten Autoren dafür nicht die Archive in Moskau genutzt.

12 In Publikationen zur Geschichte des Kommunismus wurden in der Hauptsache seine utopischen, illusorischen Versprechen der Realität von Verschwörung, Verbrechen und Terror in den kommunistischen Staaten gegenübergestellt. Siehe dazu Stéphane Courtois u. a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 2004; Robert Service: *Comrades! A history of world communism*, Cambridge/Mass. 2007.

dererseits“ gemacht werden.<sup>13</sup> Was das historische Verständnis des Kommunismus in den Zwischenkriegsjahren in Deutschland und darüber hinaus betrifft, so bin ich der Meinung, dass dieser im Lichte der IAH und Münzenbergs vor allem als radikal-soziale Bewegung gesehen werden sollte. Daher zielt meine Arbeit nicht zuletzt darauf ab, die bisherigen Untersuchungen zum Kommunismus der Zwischenkriegszeit einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen, die sich zentral auf die Frage der Solidarität richtet. Diese Kritik stellt zugleich das wichtigste analytische Instrument meiner Forschungen dar. In meiner in Kürze erscheinenden Dissertation mit dem Titel „The Revival of International Solidarity: The Internationale Arbeiterhilfe, Willi Münzenberg and the Comintern in Weimar Germany, 1921-1933“ unternehme ich den Versuch einer grundsätzlichen Analyse der IAH und stütze mich dabei auf Primärquellen aus Moskau, Berlin und Amsterdam.<sup>14</sup> Solange sie existierte, war die IAH bestrebt, die gesamte Arbeiterklasse und ihre Sympathisanten durch die Entwicklung einer „Kultur der internationalen Solidarität“ zu einen. Ich beziehe mich hier auf die Arbeit von Rick Fantasia, der „Kulturen der Solidarität“ als „Ausdruck von Kultur“ beschreibt, „der innerhalb der Kultur im weiteren Sinne entsteht, sich jedoch als oppositionelle Praktiken und Meinungen äußert“.<sup>15</sup> Die Hauptfrage meiner Untersuchung lautet daher: Wie schuf die IAH eine lebendige Sprache, Ikonografie und Kultur der internationalen Solidarität, und wie setzte die IAH die sich während der Zwischenkriegszeit wandelnde Interpretation der Solidarität in Deutschland in die Praxis um?

---

13 Hermann Weber: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Ders./Ulrich Mähler (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936-1938, Berlin 2007, S.11-41, hier S.38f.

14 Der vorliegende Artikel beruht auf neuen Recherchen im RGASPI, in der SAPMO-BArch und der „Abteilung Deutsches Reich“ (R) im Bundesarchiv, im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), im Landesarchiv Berlin (LAB), in der Akademie der Künste Berlin, im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) und im International Institute of Social History (IISH) in Amsterdam. Meine Dissertation ist Teil des Forschungsprojekts „InterSol: International Solidarity, utopian ideals and political consciousness: radical and left-wing networks during the interwar period in Europa and beyond“, das von Professor Holger Weiss an der Abo Akademi-Universität geleitet wird. Siehe <http://www.abo.fi/institution/histintersol>. Die Veröffentlichung ist für 2013 vorgesehen.

15 Rick Fantasia: Cultures of solidarity. Consciousness, action, and contemporary American workers, Berkeley 1988, S.17.

*Die Hungersnot in Russland (1921-1923):  
Von der Hungerhilfe zur produktiven Wirtschaftshilfe*

Am 17. August 1921 veröffentlichte das „Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland“ einen Aufruf zur internationalen Solidarität. Der sperrige Name des Komitees zählte zu den ersten Arbeitstiteln einer Organisation, die in Deutschland als „IAH“ bekannt werden sollte. Mit diesem Aufruf, der wochenlang gründlich vorbereitet worden war, nahmen die Solidaritätsaktionen der IAH in Deutschland, in Europa und weltweit ihren Anfang.<sup>16</sup> Im Wolgagebiet, das im Sommer 1921 eine schwere Missernte erlebt hatte, war eine heftige Hungersnot ausgebrochen, durch die nach Schätzungen zwei Millionen Menschen vom Tode bedroht waren. Eine Typhus- und Choleraepidemie verschlimmerte die Lage noch.<sup>17</sup> Aber erst am 26. Juni 1921 berichtete die „Pravda“ darüber.<sup>18</sup>

Ungeachtet dieser kritischen Situation in Russland berief die Komintern ihren 3. Weltkongress für die Zeit vom 22. Juni bis zum 12. Juli 1921 nach Moskau ein. Die Weltrevolutionäre versammelten sich also in Sowjetrußland gerade zu dem Zeitpunkt, da Gerüchte und erste Nachrichten von der Hungerkatastrophe im In- und Ausland verbreitet wurden.<sup>19</sup> Einer der Delegierten, die nach Russland reisten, war Münzenberg, der sich in seiner Funktion als Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) nach Moskau begab. Als er mehrere Wochen später nach Berlin zurückkehrte, hatte man ihn bereits von seinen Aufgaben in der Jugendbewegung entbunden und ihm stattdessen die gewaltige Verantwortung übertragen, in der westlichen Welt die internationale Kampagne der Komintern zur Überwindung des Hungers zu organisieren. Münzenberg war für diese Mission durchaus qualifiziert, denn er besaß bereits mehr als zehn Jahre Erfahrung in der sozialistischen Jugendbewegung und war seit 1915

---

16 Gründung eines Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, Bulletin des Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, 1, 17.8.1921, RGASPI 538/2/6, Bl. 1.

17 Siehe Orlando Figes: *A people's tragedy. The Russian revolution 1891-1924*, London 1997, S.775-778. Zu den Auswirkungen des Bürgerkrieges siehe Ders.: *Peasant Russia, civil war. The Volga countryside in revolution (1917-1921)*, Oxford 1991.

18 Siehe Benjamin M. Weissman: *Herbert Hoover and famine relief to Soviet Russia, 1921-1923*, Hoover Institution publication, Stanford 1974, S.2f.; Figes, *A people's tragedy*, S.778.

19 Siehe Weissman, *Herbert Hoover*, S.9; Kevin McDermott/Jeremy Agnew: *The Comintern. A history of international communism from Lenin to Stalin*, London 1996, S.XV.

die wichtigste Führungspersönlichkeit der internationalen sozialistischen Jugendbewegung gewesen.<sup>20</sup> Außerdem war er Mitbegründer der KJI im Jahre 1919 in Berlin.<sup>21</sup> Münzenberg war auch einer der wenigen Deutschen, die 1919 eine besondere Einladung zum Gründungskongress der Komintern erhalten hatte. Er konnte aber nicht teilnehmen, da er zu dieser Zeit inhaftiert war.<sup>22</sup>

Seit deren Anfängen spielte Lenin als ihr Gründungsvater in der IAH eine zentrale Rolle. Dieser äußerte laut Münzenberg in einem Gespräch mit ihm im Sommer 1921, er habe keinerlei Hoffnung auf Rettung aus der Hungersnot durch die kapitalistischen Staaten. Die einzige Hilfe, auf die Lenin setzte, war die des internationalen Proletariats. Folgerichtig wurde die IAH als ein persönlicher Auftrag Lenins an Münzenberg dargestellt. Lenin habe, so Münzenberg, dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) empfohlen, eine internationale Kampagne ins Leben zu rufen, die Münzenberg leiten sollte.<sup>23</sup>

Aus den unveröffentlichten Protokollen des EKKI geht hervor, dass das Engere Büro am 19. Juli 1921 zusammentrat, um die Gründung eines Hilfskomitees für die Hungernden zu erörtern. Aus dem Archivmaterial ist jedoch nicht zu ersehen, ob tatsächlich Lenin Münzenberg diesen neuen Auftrag erteilte. Nach den offiziellen Dokumenten schlug der Komintern-Vorsitzende Grigorij Zinow'ev am 27. Juli 1921 vor, Münzenberg solle die Leitung der Kampagne übernehmen, da er jetzt „mehr Freizeit“ habe als andere Genossen. In der Tat war es nur Tage her, dass man ihn von seinen Pflichten bei der KJI „entbunden“ hatte. Münzenberg sollte binnen vier Tagen einen Aktionsplan vorlegen. Das Engere Büro des EKKI erhielt das Mandat, den Entwurf von Münzenbergs Kampagneplan zu bestätigen.<sup>24</sup>

---

20 Siehe Richard Cornell: *Revolutionary vanguard. The early years of the Communist Youth International, 1914-1924*, Toronto 1982, S.54.

21 Die KJI wurde vom 20. bis 26. November 1919 gegründet. Siehe Branko M. Lazic/Milorad M. Drachkovitch: *Lenin and the Comintern*, Bd. 1, Stanford 1972, S.174f. Zu Münzenbergs langjähriger Tätigkeit in der sozialistischen Jugendbewegung siehe außerdem Willi Münzenberg: *Die Dritte Front. Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung*, Berlin 1930, und Cornell, *Revolutionary vanguard*.

22 Siehe Wladislaw Hedeler/Alexander Vatlin (Hrsg.): *Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente*, Berlin 2008, S.13, 17.

23 Siehe Münzenberg, *Dritte Front*, S.347f.

24 Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Engeren Büros des EKKI vom 19. Juli 1921 abends, RGASPI, 495/2/4, S.25; Protokoll Nr. 3 der Sitzung der Exekutive der Komintern vom

Drei Tage später hatte die von Münzenberg geleitete Vorbereitungskommission bereits den Entwurf eines Aufrufs an alle Arbeiter der Welt fertiggestellt. Darin wurden Sowjetrusslands langer Kampf und schwere Leiden im Namen des gesamten internationalen Proletariats hervorgehoben: Die Wunden, die jetzt bluteten, hätte es sich im Kampf gegen das Weltkapital zugezogen. Daher zielten die harten Schläge gegen Sowjetrussland nicht nur auf das revolutionäre Proletariat dieses Landes, sondern auf das Weltproletariat insgesamt.<sup>25</sup> Dieser Entwurf bildete die Grundlage der Solidaritätserklärung der IAH. Darin hieß es in dramatischem Ton: „Proletarier und Proletarierinnen der ganzen Welt! Vergesst nicht das Blut der russischen Arbeiter und Bauern, das für Euch geflossen ist! Vergesst nicht den Hunger, den die russischen Volkemassen (sic!) für die gemeinsame Sache des Weltproletariats drei Jahre lang gelitten haben! Vergesst nicht, dass konterrevolutionäre Anschläge gegen Sowjetrussland Anschläge gegen Euch sind! [...] Es ist die Zeit gekommen, wo es sich zeigen wird, wer das Wort der internationalen proletarischen Solidarität im Munde trägt, und für wen es Wahrheit und Tat ist!“<sup>26</sup>

Dieser Aufruf war der erste Versuch, für die IAH die künftige Botschaft der internationalen Solidarität zu formulieren. Er richtete sich an die Arbeiterinnen und Arbeiter der Welt und hob die Gegenseitigkeit der Solidarität hervor: Der Appell kündete in der Tat von einer bedeutsamen Wende. Die Zeit war gekommen, nicht nur von Solidarität zu reden, sondern sie zum Leben zu erwecken, sie durch gemeinsame Aktionen der Arbeiter in Europa und der ganzen Welt zu aktivieren.<sup>27</sup>

Der 12. August signalisierte die provisorische Gründung des „Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe in Sowjetrußland“ in Berlin. Münzenberg unternahm große Anstrengungen, um Vertreter von SPD, USPD, KPD, deutschen Gewerkschaften, dem IGB in Amsterdam sowie der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Parteien so-

---

27. Juli 1921, RGASPI, 495/1/41, Bl. 7; Sitzung der Exekutive vom 27. Juli, nachm. 6 Uhr, RGASPI, 495/1/41, Bl. 28.

25 Proletarische Hilfe für Sowjet-Russland! An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!, Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, 30.7.1921 [Entwurf], RGASPI, 495/18/41, Bl. 204-206. Später publiziert als: Ein Aufruf der Kommunistischen Internationale an die Arbeiter der ganzen Erde. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, Bulletin des Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, 1, 17.8.1921, S.1f., RGASPI 538/2/6, Bl. 1f.

26 RGASPI 538/2/6, Bl. 2.

27 Ebenda, Bl. 2.

wie der Londoner Internationale zusammenzubringen. Die Verhandlungen mit den deutschen Gewerkschaften, der SPD und den Internationalen erbrachten jedoch keine Verständigung.<sup>28</sup> Trotz aller Schwierigkeiten gelang es der IAH, in Deutschland eine gewichtige Solidaritätskampagne zustande zu bringen. Aber weder für die Hilfskampagne in Deutschland noch für die Hilfe in Russland gab es bereits eine fertige organisatorische Basis. Erst am 15. Oktober 1921 konnte die Deutsche IAH mit dem Dampfer „Siegfried“ eine erste Ladung Lebensmittel, Medikamente, Kleidung und notwendige Gerätschaften für die Suppenküchen der IAH in den Hungergebieten von Stettin nach Reval (Tallinn) auf den Weg bringen.<sup>29</sup> Insgesamt schickte die IAH im Laufe des Jahres 1921 (per Schiff oder Bahn) 21 Transporte nach Russland. Deren Gesamtzahl stieg bis zum Juni 1922 auf 54.<sup>30</sup>

Im November 1921 fuhr Münzenberg zu einer Sitzung des EKKI nach Moskau, auf der die Kampagne diskutiert und eingeschätzt wurde. Zinow'ev räumte ein, dass die Bekämpfung des Hungers durch die Komintern nur langsam angelaufen war, aber dank Münzenbergs unermüdlicher Arbeit viele Hindernisse mit großem Geschick aus dem Weg geräumt worden seien. Das war keine geringe Wertschätzung seitens des Komintern-Vorsitzenden. Endlich erhielt Münzenberg offizielle Anerkennung für sein energisches Vorgehen in den vergangenen drei Monaten.<sup>31</sup>

Laut Münzenbergs Bericht zur Kampagne gegen den Hunger, den er in Moskau vorstellte, verfolgte die IAH zwei Hauptziele. Erstens versuchte sie eine eigene Solidaritätsorganisation jenseits der bürgerlichen philanthropischen Verbände aufzubauen. Zweitens war die IAH bestrebt, alle Arbeiterparteien und Gewerkschaften in dieser Frage zu gemeinsa-

---

28 Zu Münzenbergs Bemühungen zum Aufbau einer Kampagne gegen die Hungersnot siehe auch in McMeekin, *The red millionaire*, S.105-113. Eine scharfe Kritik an McMeekins auf reichem Quellenmaterial beruhender, aber polemischer Münzenberg-Biografie stammt von Michael Scammell: *The Mystery of Willi Münzenberg*, in: *New York Review of Books*, 3.11.2005.

29 Erste Liste der vom Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland (Berlin, Wikinger Ufer 3) und seinen nationalen Arbeiterhilfskomitees bis zum 1. Februar 1922 gesammelten und nach Rußland transportierten Lebensmittel, Medikamente, Maschinen, Werkzeuge, Kleider, Schuhe etc., S.3f. SAPMO-BArch, RY 9/I 6/7/1, Bl. 241-251.

30 Die Leistungen des Auslandskomitees der IAH, Bulletin des Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, 42, 12.7.1922, SAPMO-BArch, RY 9/I 6/7/1, Bl. 268a-269a.

31 Protokoll der Sitzung der Komm. Internationale vom 21. November 1921, RGASPI, 495/1/44, Bl. 65f., 75.

mem Handeln zusammenzuführen. Daher betonte Münzenberg, die Bemühungen der IAH seien im Grunde der erste praktische Schritt zur Schaffung einer Einheitsfront aller Arbeiter. Münzenberg war es zwar gelungen, die IAH als unabhängige Organisation zu etablieren, allerdings nicht, eine Einheitsfront mit den Internationalen von Amsterdam und Wien zustande zu bringen. Wenn die IAH bei dem zweiten Ziel auch gescheitert war, erreichte sie durch wirksame Propaganda doch einen bedeutenden Teil der nichtkommunistischen Arbeiter. Die IAH war in Deutschland aber nicht so erfolgreich wie zum Beispiel in Schweden, Holland und den USA, da die allgemeinen politischen Schwierigkeiten der KPD laut Münzenberg einer erfolgreichen Verwirklichung der Einheitsfront im Wege standen.<sup>32</sup>

Im Dezember 1921/Januar 1922 wurde die von der IAH ausgehende Botschaft der internationalen Solidarität wesentlich verändert. Bereits am 5. Dezember 1921 erklärte Clara Zetkin, die als Vorsitzende der IAH fungierte, das Ziel der Solidaritätskampagne bestehe nicht nur darin, für die russischen Arbeiter und deren Kinder das tägliche Brot zu beschaffen, sondern darüber hinaus die Errichtung einer neuen starken, revolutionären kulturellen Plattform in Russland finanziell abzusichern. Die IAH werde nicht mehr in erster Linie für die Organisation von Hilfslieferungen, sondern für den kulturellen und finanziellen Wiederaufbau Russlands gebraucht.<sup>33</sup>

Die weiteren Pläne der IAH-Kampagne gegen den Hunger stellte Münzenberg Anfang Januar 1922 in der Zeitung der Komintern „Internationale Presse-Korrespondenz“ (Inprekorr) dar. Er betonte, wenn die Hilfe sich darauf beschränke, den Hungernden Lebensmittel zu bringen, dann habe die IAH nur das halbe Ziel erreicht und die akute Not gelindert. Der Schlüssel zur Überwindung des Hungers und zur künftigen finanziellen Gesundung Russlands liege jedoch darin, Saatgut für die nächste Ernte und Maschinen ins Land zu bringen, damit die Felder im Frühjahr 1922 wieder bestellt werden könnten. Dies sollten die wichtigsten Ziele der IAH in der nächsten Zeit sein.<sup>34</sup> Die materielle Hilfe für die Hungernden blieb jedoch die zentrale Aufgabe für die IAH und die Komintern. Das sei, wie Münzenberg in einem anderen Bericht erklärte, wichtig, „um

---

32 Nicht zu veröffentlichen! Erweiterte Exekutive-Sitzung. III Internationale, 14. Sitzung, 1. März 1922 (Abendsitzung), RGASPI, 495/159/35, Bl. 4f.

33 Auftreten Clara Zetkins auf dem Weltkongress der IAH am 5.12.1921 in Berlin [anhand eines Exemplars des Protokolls im RGASPI, Bl. 17-19], SAPMO-BArch, NY 4005/39, Bl. 118-121.

34 Siehe Willi Münzenberg: Und wir?, in: Inprekorr, 1922, Nr. 2, S.14.

zu zeigen, wie unsere Hilfsaktion nicht nur Propaganda für die Komintern, den Verbrüderungsgedanken, bewahrt, sondern wie sie auch geholfen hat, den Bauern in den Hungergebieten die Komintern nicht nur als eine Organisation der Prinzipien und politischen Ideen, sondern auch als eine praktische Hilfsorganisation erscheinen [zu] lassen.<sup>35</sup>

Die auf das Handeln ausgerichtete Solidaritätsbotschaft der IAH sollte sich nun in neuen Formen realisieren. Nach Münzenbergs Meinung lag die Hauptaufgabe der IAH daher in der folgenden Zeit darin, die Wirtschaft in den vom Hunger betroffenen Regionen durch eine verbesserte Bodenbearbeitung und die Einführung moderner Maschinen aus dem Westen wiederaufzubauen. Dies stellte den Beginn der sogenannten produktiven Wirtschaftshilfe der IAH dar.

Als Münzenberg im Juli 1922 zu den bisherigen Ergebnissen der Arbeit der IAH Stellung nahm, kam er zu dem Schluss, diese habe bereits neue Standards für die internationale Solidarität gesetzt: „Schon ist fast ein Jahr vergangen, seit der erste Hilferuf der hungernden Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands das Proletariat Europas und Amerikas erreichte. Während dieses Jahres wurde eine Kette proletarischer Solidarität geschmiedet, welche die ganze Welt von Europa bis Australien und von Südafrika bis Island umspannt. Nie vorher haben so große Massen an einer proletarischen Hilfsaktion teilgenommen.“<sup>36</sup>

Aber nicht nur aus der Kette der internationalen Solidarität, die sie um den Erdball geschmiedet hatte, bezog die IAH ihre Kraft. Diese erwuchs vor allem aus der Tatsache, dass dies gelungen war, obwohl sich die weltweite Arbeiterbewegung in einem verheerenden Zustand befand. Angesichts der sehr ungünstigen Bedingungen, mit denen die IAH zu kämpfen hatte, wurde das Ergebnis der Solidaritätskampagne als Erfolg bewertet.<sup>37</sup> Entschlüsselt man die Solidaritätsbotschaft der IAH, dann stellt sich als eine zentrale Säule heraus, dass Solidarität stets gegen alle Widrigkeiten heldenhaft erkämpft wurde. Solidarität bedeutete, das Unmögliche zu erreichen. Durch Idee und Praxis der Solidarität wurden die Verzweifelten zusammengeführt. Dabei gab es jedoch immer den Unterschied zwischen jenen, die akute Not litten und auf die Solidarität der anderen angewiesen

---

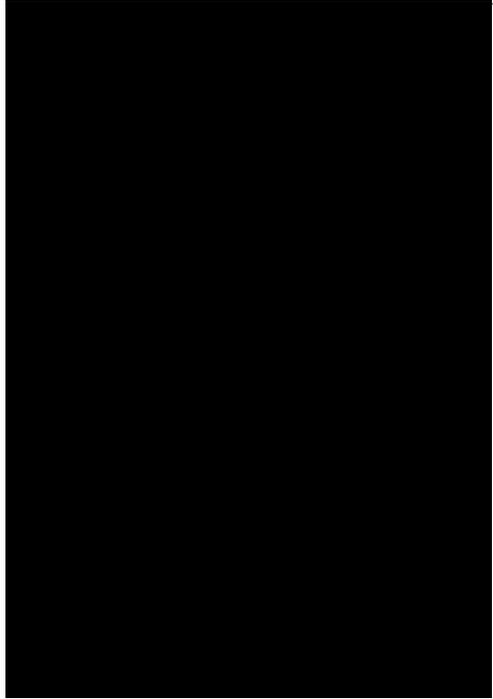
35 Erweiterte Exekutive-Sitzung. III Internationale, 14. Sitzung, 1. März 1922 (Abendsitzung), RGASPI, 495/159/35, Bl. 8.

36 An die Werktätigen aller Länder! Aufruf des III. Weltkongresses der IAH, Bulletin des Auslandskomitees zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, 43, 21.7.1922, SAPMO-BArch, RY 9/1 6/7/1, Bl. 279.

37 Ebenda.

waren, und jenen, die Solidarität übten, weil sie die Möglichkeit besaßen, Erklärungen der Solidarität in praktisches Handeln umzusetzen.<sup>38</sup>

Wie man die internationale Solidarität unter den deutschen und europäischen Arbeitern aktivieren und ihr Kraft geben konnte, gehörte zu den wichtigsten Problemen und Herausforderungen, vor denen die IAH und Münzenberg standen. Eine Methode zur Verbreitung der Solidaritätsbotschaft der IAH, die bereits bei der Kampagne der Hungerhilfe Anwendung fand, war der neuartige Einsatz von Bildern. In Deutschland wurden laut Münzenberg bisher Bilder kaum verwendet. Fast alle Parteizeitungen und -zeitschriften erschienen ohne jegliche Illustrationen. Münzenberg führte Anfang 1922 ein, dass die IAH zur Unterstützung ihrer Kampagnen Bilder einsetzte. Sie bilde-



te ein Sonderkomitee in Russland, das allein mit der Aufgabe befasst war, die IAH mit Fotos aus den Hungergebieten zu versorgen. Bald konnte Münzenberg stolz die „erste kommunistische Illustrierte“ mit dem Titel „Sowjetrußland im Bild“ vorstellen, die die IAH in Deutschland herausbrachte. Deren Aufnahme durch die Funktionäre der KPD enttäuschte Münzenberg allerdings, denn diese betrachteten die Zeitschrift als eine weitere Publikation für kommunistische Funktionäre. Aus Münzenbergs

---

38 Zu der Diskussion um Solidarität und Gegenseitigkeit siehe Kurt Bayertz: Begriff und Problem der Solidarität, in: Ders. (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt/Main 1998, S.11-53, hier S.43f.

Sicht war sie jedoch nach Inhalt und Aufmachung für die nichtkommunistischen Massen gedacht. Er erklärte, jeder wisse, wie schwierig es sei, unter gleichgültigen und nicht organisierten Arbeitern Zeitschriften und Broschüren zu verbreiten. Und wenn sie schon wider Erwarten eine kaufen, weil ihre Kollegen darauf bestanden, dann war es sehr unsicher, ob sie sie jemals lasen. Und dies war Münzenbergs Trumpf: Wenn eine Zeitschrift für die Massen mit Bildern daherkam, dann konnte man fast sicher sein, dass die Bilder angeschaut wurden. Münzenberg war der Meinung, dass der Einsatz von Bildern mit einigem Geschick zu einer der schärfsten Waffen der IAH entwickelt werden könnte.<sup>39</sup> Münzenberg beschrieb einen der Eckpfeiler der Methoden der IAH, ihre Fähigkeit, die Solidaritätsbotschaft unter das Volk zu bringen: den wirksamen Einsatz von Bildern und Illustrationen.

Das war der Anfang einer beispiellosen Entwicklung illustrierter Publikationen, die die visionäre und in der Geschichte hervorstechende AIZ, aber auch die weniger bekannte, doch ganz erstaunliche Illustrierte mit dem Titel „Mahnruf. Organ für Internationale Solidarität“ und das Satiremagazin „Eulenspiegel“ hervorbrachte.<sup>40</sup>

### *Umkämpfte Solidarität:*

#### *Münzenberg und die IAH gegen die Rote Hilfe und die KPD*

Bis zum Sommer 1923 übte die IAH internationale Solidarität in einer für sie charakteristischen Art. Seit 1921 hatte sie eine besondere Sprache und Ikonografie der Solidarität entwickelt. Die Hyperinflation von 1923 in Deutschland setzte dieser Entwicklung jedoch ein abruptes Ende. Die IAH stand vor neuen Herausforderungen, wie sie Solidarität ausdrücken und in Deutschland agieren sollte.

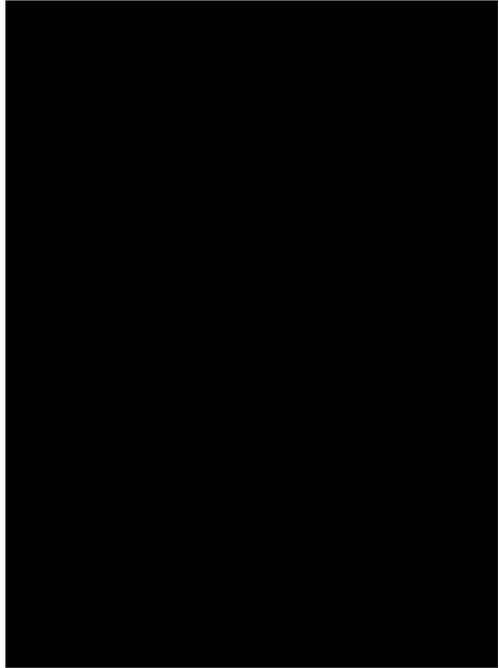
Bernd Widding schreibt in „Culture and Inflation in Weimar Germany“, dass die Inflation kein „Klima der Solidarität unter jenen erzeugte, die an ihren Folgen zu leiden hatten“. Im Gegenteil, nach seiner Meinung entstand eine atomisierte Gesellschaft der Überlebenden, die versuchten, „das

---

39 Siehe Willi Münzenberg: Die Propaganda für die Hungerhilfe durch das Bild, in: Inprekorr, 1922, Nr. 10, S.84f.

40 Einen ausführlichen Bericht zu den Zeitschriften und Zeitungen, die zum IAH-Konzern gehörten, siehe Heinz Sommer: Im Zeichen der Solidarität. Bibliographie von Veröffentlichungen der Internationalen Arbeiterhilfe in Deutschland 1921-1933, Bibliographische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bibliothek, Berlin 1986. Siehe auch Surmann, Münzenberg-Legende.

wilde Pferd der Inflation zu reiten“.<sup>41</sup> Widding räumt allerdings ein, dass es schwierig ist, die Auswirkungen der Inflation auf die Blau- und Weißkragenaarbeiter einzuschätzen.<sup>42</sup> Für Münzenberg war die soziale Lage der deutschen Arbeiter klar. Am 24. Oktober 1923 informierte er Zinov’ev, er habe bereits angewiesen, eine Solidaritätskampagne für Not leidende deutsche Arbeiter zu starten. In lebendigen Worten erklärte er Zinov’ev, die deutschen Arbeiter hätten kein Geld, um etwas zu essen zu kaufen, und wenn sie Geld hätten, gäbe es nichts zu kaufen. Tatsächlich waren in den Arbeiterregionen von Sachsen, Thüringen und Berlin weder Brot noch Kartoffeln aufzutreiben. „Die Not ist unbeschreiblich“, schrieb Münzenberg Zinov’ev.<sup>43</sup> Die



*Cover einer 1923 in Berlin herausgegebenen Broschüre*

einzig adäquate Antwort auf soziale Krise und Unruhen bestand laut Münzenberg darin, einen Feldzug gegen den Hunger in Deutschland zu organisieren. Später äußerte er: „Man hat Feldzüge organisiert, um Menschenleben zu vernichten. Man soll jetzt einen Feldzug organisieren, um Menschenleben zu erhalten.“<sup>44</sup>

41 Bernd Widding: Culture and inflation in Weimar Germany, Berkeley 2001, S.49.

42 Siehe ebenda, S.51f.

43 Brief der IAH in Berlin an Zinov’ev vom 24.10.1923, SAPMO-BArch, RY 9/I 6/7/1, Bl. 188-188a.

44 Willi Münzenberg: Ursache, Größe und Bekämpfung der Hungersnot in Deutschland. Rede, gehalten auf dem Weltkongreß der IAH in Berlin am 9. Dezember 1923 (Berlin: Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe, 1923), SAPMO-BArch, RY 9/I 6/7/2, Bl. 12.

Auf den Plakaten der IAH in Deutschland wurde eine klare Parallele zwischen der Hungersnot in Russland und der Krise in Deutschland gezogen. Die sozialen Bedingungen oder die Ursachen des Hungers in Russland wurden nicht mit der sozialen Krise in Deutschland verglichen, wohl aber das Gefühl der Solidarität unter den Arbeitern.<sup>45</sup> „Wieder wie im Jahre 1921 [...] flammt in Millionen Arbeiterherzen mächtig das Solidaritätsgefühl auf und Millionen Arbeiterhände sammeln und sind tätig, um euch deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen zu helfen.“<sup>46</sup>

Solidarität war keine abgeklärte Haltung, die Arbeiter einnahmen. Sie wurde als lodernde Flamme in deren Herzen dargestellt, als leidenschaftliches Gefühl, das Millionen Arbeiterhände inspirieren sollte, für ihre Brüder und Schwestern in Not zu sammeln und tätig zu werden: „Verzweifelt nicht! Verzagt nicht in Eurer Armut und Not! Millionen Arbeiterfrauen und Männer aller Länder sind am Werk, Euch zu helfen!“<sup>47</sup> Dies seien keine leeren Worte, sondern Versprechen, an deren Erfüllung bereits gearbeitet werde. „Von Euren Brüdern“ sei sofortige, praktische Hilfe zu erwarten, hieß es. Und in der Tat traf in Hamburg russisches Getreide ein. Als erste Maßnahme verkündete die IAH, sie habe der Regierung Sachsens 2.500 Tonnen Getreide und Mehl gespendet, damit für sächsische Familien in Not Brot gebacken werden konnte. Eine weitere Spende von 500 Tonnen Getreide ging an die Regierung von Thüringen. Außerdem kündigte die IAH an, in Berlin ab 25. Oktober Suppenküchen für Arbeiterfrauen zu eröffnen.<sup>48</sup> Am Schluss hieß es: „Seid überzeugt, daß Ihr nicht allein steht, sondern daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt mit Euch ist und bereit ist, Euch mit aller Kraft und mit allen Mitteln zu unterstützen. Es lebe die Solidarität der Werktätigen aller Länder!“<sup>49</sup>

Wenn auch das „rote Getreide“ aus Russland beim Start der Kampagne ein wichtiges Element darstellte, können die Solidaritätsaktionen der IAH nicht in erster Linie als sowjetzentriert angesehen werden. Die Arbeiter Sowjetrusslands waren nur die eines Volkes unter vielen, die während dieser internationalen Solidaritätsaktion auf der ganzen Welt aktiviert wurden.<sup>50</sup>

---

45 Plakat: An die werktätige Bevölkerung Deutschlands!, unterzeichnet vom Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe. Undatiert, wahrscheinlich vom Oktober 1923, BAArch, R 1507/1096b, Bl. 3.

46 Ebenda.

47 Ebenda.

48 Ebenda.

49 Ebenda.

50 Die internationale Solidarität der kommunistischen Bewegung ist häufig als internationa-

Allerdings schätzten nicht alle Sozialisten und Kommunisten die Solidaritätskampagnen der IAH. SPD und ADGB führten in der deutschen Presse 1924 schwere Angriffe gegen die Organisation, die sie „die dritte Säule der Komintern“ nannten. Auch in kommunistischen Kreisen wurden kritische Stimmen laut. Gewisse Kräfte im Apparat der Komintern begannen die Existenz der IAH in Frage zu stellen. Die Komintern geriet in eine problematische Lage, da sie zwei Parallelorganisationen entwickelte, die in den Augen der Arbeiter schwer voneinander zu unterscheiden waren.<sup>51</sup> Die mit der IAH teilweise konkurrierende kommunistische Organisation war die Internationale Rote Hilfe (IRH).<sup>52</sup> Diese wurde auf dem IV. Weltkongress der Komintern ins Leben gerufen und diente als „internationales politisches Rotes Kreuz“<sup>53</sup> für politische Gefangene in kapitalistischen Ländern, während die IAH „das Rote Kreuz der internationalen Arbeiterklasse“ darstellte.<sup>54</sup> Die Rote Hilfe Deutschland entstand aus einem am 15. April 1921 gegründeten Rote-Hilfe-Komitee und wurde zu einem Teil der IRH.

Zwar waren sowohl IAH als auch IRH eng mit der Komintern verbunden, aber Archivdokumente zeigen, dass man die IAH nicht einfach als Werkzeug oder Waffe der kommunistischen Bewegung darstellen kann. Besonders nach dem tot geborenen deutschen Oktober von 1923, dem Tode Lenins und dem darauf folgenden innerparteilichen Streit in der Sowjet-

---

le Treue zur Sowjetunion oder lediglich als Werkzeug der sowjetischen Außenpolitik dargestellt worden. Siehe dazu Miklós Molnár: *Internationalism*, in: Claus Dieter Kernig (Hrsg.): *Marxism, communism and western society. A comparative encyclopedia*, New York 1972, S.329-342, hier S.339; Michael Forman: *Nationalism and the international labor movement. The idea of the nation in socialist and anarchist theory*, Pennsylvania 1998, S.120f.

51 Siehe IRH und IAH, in: Thüringer Volksblatt, 5.5.1924. BArch, R 1507/1096c, Bl. 72. Der Artikel ist gezeichnet von der Mitteleuropäischen Vertretung des ZK der Internationalen Roten Hilfe.

52 Die IRH wurde auch unter ihrer russischen Abkürzung MOPR (Meždunarodnaja organizacija pomošči borcam revoljučii – Internationale Hilfsorganisation für die Kämpfer der Revolution) bekannt.

53 Kurt Schilde: „Es lebe die Internationale Rote Hilfe!“ Die weltweite ‚Wohlfahrtsorganisation‘ der kommunistischen Parteien, in: Sabine Hering/Ders. (Hrsg.): *Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921-1941)*, Opladen 2003, S.57-71, hier S.59. Siehe auch Ders.: „Schafft Rote Hilfe!“ Die kommunistische „Wohlfahrtsorganisation“ Rote Hilfe Deutschlands, in: ebenda, S.31-56, hier S.38-40.

54 Offener Brief an alle in der IAH tätigen SPD Genossen, Meta Kraus-Fessel, 17.6.1924. SAPMO-BArch, RY 9/I 6/7/6, 3-4.

union und der KPD entspannen sich auch um Rolle und Bedeutung der IAH heftige Debatten. In diese griff Münzenberg mit einem Brief vom 2. Februar 1924 an Walter Stoecker engagiert ein. Darin erklärte er Stoecker, der zu jener Zeit offenbar als provisorischer KPD-Vorsitzender fungierte, sie beide gehörten nicht der gleichen Fraktion in der Partei an, da Münzenberg in einigen Schlüsselfragen mit der „rechten“ Opposition übereinstimmte. Die Kritik war eisig, persönlich und stellte die Propaganda- und Organisationsmethoden der Partei grundsätzlich in Frage.<sup>55</sup>

In scharfem Ton schrieb Münzenberg: „Und doch kann eine Rettung und Gesundung der Partei nur dadurch kommen, das [sic] Ihr es endlich versteht, neue breite Ströme von Leben und Bewegung zur Partei zu leiten [sic – leiten], geht es so weiter wie in den letzten Monaten, dann werden wir eine Sekte.“<sup>56</sup> Wenn der verheerende Kurs der Partei fortgesetzt werde, so schätzte Münzenberg ein, dann werde der Einfluss der KPD in der Gesellschaft weiter sinken. In diesem Zusammenhang hob er die Bedeutung der IAH und ihrer Illustrierten „Sichel und Hammer“ (der neue Name von „Sowjetrußland im Bild“) hervor. Münzenberg wies darauf hin, dies sei die einzige legal erscheinende kommunistische Zeitschrift in Deutschland und habe eine Auflage von 150.000 Exemplaren im Monat erreicht. Sie war binnen drei Jahren ohne jegliche Unterstützung der KPD und offenbar auch ohne Interesse ihrerseits entwickelt und auf den Markt gebracht worden. Dazu stellte Münzenberg fest: „Nicht eine Minute hast Du Dich oder ein anderer damit politisch, wegen Ausnützung, Vertrieb etc., etc., beschäftigt. Weißt Du überhaupt als provisorischer Parteivorsitzende[r,] das[s] eine solche Zeitung erscheint?“<sup>57</sup>

Stoekers Ignoranz hinsichtlich der IAH war offenbar noch skandalöser, weshalb Münzenberg die zornige Frage stellte: Sei der KPD auch nur die Tatsache bewusst, dass die IAH in Deutschland 70 Komitees mit 1.000 Mitgliedern habe, dass sie wöchentlich über ihre Suppenküchen 15.000 Personen erreiche und in Deutschland jede Woche mindestens 20 öffentliche Kundgebungen organisiere? Das waren in der Tat bedeutsame Zahlen, denn die KPD arbeitete zu der Zeit in der Illegalität, und ihre Zeitung „Die Rote Fahne“ durfte nicht erscheinen. Münzenberg fuhr fort: „Der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigt sich fast wöchentlich mit der Frage [IAH], seine Bezirksverbände [...], die Ministerien, die Presse für

---

55 Brief von Münzenberg an Walter Stoecker, Berlin, 2.2.1924, SAPMO-BArch, RY 9/I 6/7/6, Bl. 97.

56 Ebenda.

57 Ebenda.

und wider und nicht ein einziges Mal habt Ihr mich zu einem Raport [sic] eingeladen. Seit Oktober [1923] geht die Aktion und in 4 Monaten habt Ihr nicht 5 Minuten Zeit gefunden mit uns darüber zu sprechen. Wo ich das niederschreibe klingt es mir unglaublich, so unfassbar, das[s] ich unwillkürlich einhalte und mich besinne. Und doch ist es wahr, nicht zu einer einzigen Besprechung habt Ihr mich wegen dieser Frage eingeladen.<sup>58</sup> Weiter fragte Münzenberg voller Leidenschaft, was die KPD getan habe, um die Jugend durch positive Arbeit zu gewinnen, wen sie gewonnen habe? Niemanden.

Das Jahr 1924 ist als das „Kampfjahr“ in die Geschichte der Weimarer Republik eingegangen, denn die Zahl der Arbeitstage, die durch Streiks und Aussperrungen verloren gingen, erreichte eine Rekordhöhe.<sup>59</sup> Höhepunkt waren mehrere große Aussperrungen, als Arbeiter erfolglos versuchten, den Achtstundentag durchzusetzen.<sup>60</sup> Bis Ende 1923 wurden hohe Erwartungen in die „Ära der Arbeitsgemeinschaft“ gesetzt, aber bald breitete sich unter den Arbeitern tiefe Enttäuschung aus.<sup>61</sup> So wurde 1924 auch das Jahr, in dem die IAH ihre Kampagnen in Deutschland von „Hungerhilfe“ auf „Streikhilfe“ umstellte.<sup>62</sup> Im Sommer 1924 konstatierten die Behörden, dass die IAH ihren Charakter im ersten Halbjahr wesentlich verändert habe: „Mit dem Beginn der großen Arbeiterkämpfe in den ersten Monaten ds. Js. [1924] hat die Organisation der internationalen Arbeiterhilfe eine Umstellung erfahren. Während die IAH bis dahin sich bemühte, wenigstens nach außen hin, sich einen gewissen humanitären Charakter zu bewahren, ging sie mit dieser Umstellung dazu über, ihren Kampfcharakter auch nach außen hin zu dokumentieren.“<sup>63</sup>

---

58 Ebenda, Bl. 97f., Unterstreichung im Original.

59 Siehe Gerald D. Feldman/Irmgard Steinisch: Die Weimarer Republik zwischen Sozial- und Wirtschaftsstaat. Die Entscheidung gegen den Achtstundentag, in: Archiv für Sozialgeschichte, XVIII, 1978, S.353-439, hier S.412f.

60 Ders.: Streiks in Deutschland 1914-1933. Probleme und Forschungsaufgaben, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hrsg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeiterkampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S.271-286, hier S.273.

61 Siehe Michael Schneider: Zwischen Machtanspruch und Integrationsbereitschaft. Gewerkschaften und Politik 1918-1933, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobson (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S.179-195, hier S.187.

62 Brief des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung an das Reichsministerium des Inneren, Berlin, 28.6.1924, BArch, R 1501/113208, Bl. 92.

63 Ebenda.

Die Jahre der „relativen Stabilisierung“ in der Weimarer Republik brachten eine Rationalisierungswelle in der deutschen Industrie mit sich, die zu einem weiteren Ansteigen der Streiks und Aussperrungen führte. Die IAH engagierte sich für die Unterstützung der wichtigsten Streiks. Aber sie gewann deutsche Arbeiter auch für internationale und globale Themen der Zeit, die eine neue Art internationaler Solidarität mit globaler Dimension erforderten. In den folgenden Jahren schaltete sich die IAH in eine Anzahl wichtiger Streiks und Aussperrungen in Europa und weltweit ein. Ihr Agieren bei nationalen Streiks wurde stets mit deren internationaler Bedeutung motiviert. Kein nationaler Arbeiterstreik von Gewicht war für die internationale Arbeiterklasse bedeutungslos, was zur Aktivierung der von der IAH geübten internationalen Solidarität führte. Das Lokale wurde mit dem Globalen verbunden, und der globale Aufschwung der internationalen Solidarität wirkte sich auch auf lokaler Ebene aus.

*Das Lokale global und das Globale lokal werden lassen*

Niemals in der Geschichte der Arbeiterbewegung hat es eine solche Welle breiter und ausgedehnter Massenstreiks gegeben wie in den Jahren von 1925 bis 1930. Dies war zumindest Münzenbergs Schlussfolgerung, als er im September 1931 die Unterstützung von Massenstreiks durch die IAH in den vergangenen sechs bis acht Jahren resümierte. Aber im Unterschied zu den Streiks am Anfang des 20. Jahrhunderts, die vor allem für die Arbeiterinteressen an einzelnen Orten geführt wurden, waren die Massenstreiks seit 1924, so Münzenberg, von ganz anderem Charakter. Er definierte sie als Kämpfe, die die Arbeiterschaft ganzer Länder und gelegentlich die gesamte internationale Arbeiterklasse erfassten.<sup>64</sup> Arbeiter in Europa und besonders in Deutschland waren zum ersten Mal in der Geschichte in Streiks und soziale Konflikte rund um den Erdball aktiv einbezogen.

Bereits im Februar 1925 erschien in der AIZ ein Artikel über die Kolonialpolitik der imperialistischen Staaten. Damit wurde die koloniale Frage erneut ins Zentrum der Weltpolitik gerückt.<sup>65</sup> Es gab ein wachsendes Interesse an der Lage in den Kolonien, besonders in China. Am 19. Juni 1925 startete die IAH in Deutschland die erste wirkliche Kampagne internatio-

---

64 Willi Münzenberg: Die Internationale Arbeiterhilfe und die Unterstützung von Massenstreiks und Wirtschaftskämpfen, in: Internationale Gewerkschafts-Pressekorrespondenz, 67 (1931), BAArch, R 1501/20685, Bl. 104-104a.

65 Siehe Die Kolonialpolitik der imperialistischen Staaten, in: AIZ, Februar 1925, S.2f.

naler Solidarität mit China. Als Grundlage erschien die erste Nummer der neuen IAH-Publikation „Bulletin für China“, in der dazu aufgerufen wurde, die hungernden und streikenden chinesischen Arbeiter zu unterstützen. In der Zeitschrift hieß es, die Lage der chinesischen Arbeiter sei unerträglich. Um sich dagegen zur Wehr zu setzen und ihre Situation zu verbessern, hätten sie in Shanghai zu streiken begonnen. Die Reaktion der „Söldner des Kapitals“ sei brutal gewesen. Friedliche, unbewaffnete streikende Arbeiter seien mit Maschinengewehren beschossen worden. Daraufhin hätten sich laut Bericht der IAH Millionen chinesischer Arbeiter spontan zu Sympathiestreiks erhoben. Studenten, Künstler, Professoren und die Volksmassen hätten sich machtvoll für die Streikenden eingesetzt. Da die Lage sich zuspitze, drohten die imperialistischen Mächte, den Streik mit militärischer Gewalt zu brechen. Damit falle den Arbeitern der Welt und der IAH eine große Aufgabe zu: Sie müssten verhindern, dass die imperialistischen Mächte die streikenden Arbeiter in China unterdrückten. Das waren keine Geschehnisse in weiter Ferne, so argumentierte die IAH, sondern Ereignisse von großer Bedeutung für die Arbeiter in Deutschland, Europa und der übrigen Welt.<sup>66</sup> Den deutschen Arbeitern versicherte die IAH: „Der Kampf der chinesischen Arbeiter ist euer Kampf, ihre Niederlage eure Niederlage, ihr Sieg euer Sieg. Es gilt 450 Millionen Arbeitern und Bauern zu helfen, sich aus den Klauen der imperialistischen Räuber zu befreien.“<sup>67</sup>

Am 1. August 1925 verschickte die IAH Einladungen zu ihrem Kongress „Hände weg von China“, der am Sonntag, dem 16. August 1925 in Berlin zusammentrat. Münzenberg beendete seine Rede auf diesem sehr erfolgreichen Kongress mit einem machtvollen Aufruf zur internationalen Solidarität: „Wir wollen eine heilige Allianz bilden, wir, die weißen, gelben, schwarzen und andersfarbigen Unterdrückten. Nicht die Hautfarbe soll ausschlaggebend sein, sondern die Tatsache, daß man ein Unterdrückter, ein Armer ist, der einen leeren Magen hat.“<sup>68</sup>

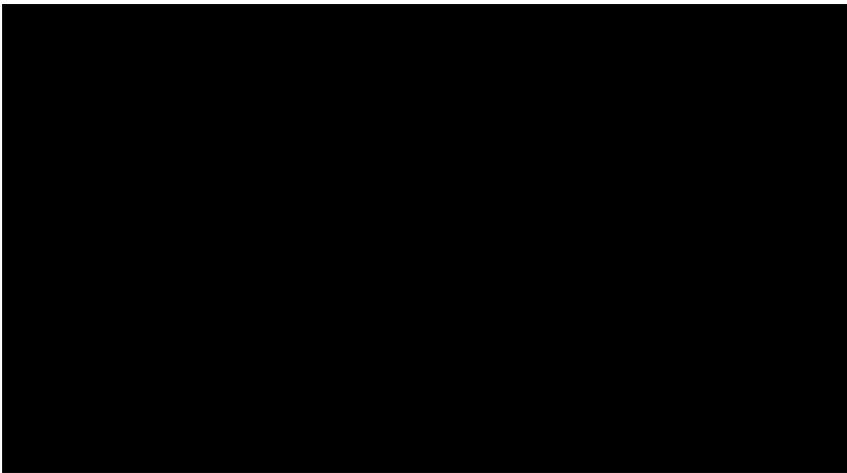
---

66 Helft den Hungernden und streikenden Arbeitern Chinas, in: Für China/for China/pour la Chine, Bulletin der IAH-Hilfsaktion für China, 1, 19.6.1925, BArch, R 1507/1096f, Bl. 59. Der Aufruf ist gezeichnet vom Exekutivkomitee der IAH.

67 Ebenda.

68 Protokoll des Kongresses „Hände weg von China!“ in Berlin, 16.8.1925, RGASPI 514/1/164, Bl. 49f. Zur Entwicklung der kolonialen und der „Neger“-Frage bei der Komintern siehe auch: Holger Weiss: The road to Hamburg and beyond: African American agency and the making of a radical African Atlantic, 1922-1930. T. 1, in: CoWoPa, Nr. 16, 2009, S.32-45.

Mit den Ergebnissen der Chinakampagne der IAH konnte Münzenberg sehr zufrieden sein. In Deutschland, in anderen europäischen Ländern und in den USA wurden über 1.000 Versammlungen mit Abgesandten aus China organisiert.<sup>69</sup> Nach Münzenbergs Einschätzung hatten an den von der IAH zu China organisierten Kundgebungen und Demonstrationen in ganz Europa über fünf Millionen Menschen teilgenommen.<sup>70</sup> Als Münzenberg später die Chinakampagne noch einmal zusammenfasste, kam er zu dem Schluss, dass die IAH insbesondere in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz, Österreich und Großbritannien einen moralischen und organisatorischen Erfolg verbuchen konnte. Sie hatte Tausende sehr gut besuchte Veranstaltungen organisiert, auf denen Flugblätter, Broschüren, Zeitungen und weitere Literatur der IAH verteilt wurden. Besonders der Kongress in Berlin galt als sehr erfolgreich, da auch die bürgerliche Presse breit darüber berichtet hatte. Auf einem Gebiet waren die Ergebnisse allerdings geringer – der Geldsammlungen für China. Zur gleichen Zeit ablaufende soziale Konflikte und Streiks in Europa hätten die Aufmerksamkeit der Arbeiter abgelenkt, erläuterte Münzenberg, weshalb die IAH nur 80.000 bis 100.000 Mark zusammenbrachte.<sup>71</sup>



*Münzenberg bei seiner Rede bei einer IAH-Kundgebung im Berliner Sportpalast am 3. März 1932 unter dem Motto „Weltkrieg droht!“ Foto: Bundesarchiv, Bild 183-B0527-001-0033*

69 Brief Münzenbergs an Zinov'ev, 18.8.1925, RGASPI 538/2/27, Bl. 108.

70 Protokoll des Kongresses „Hände weg von China!“, 1925, Bl. 49.

71 Brief Münzenbergs an die Profintern, 19.9.1925, RGASPI 534/3/122, Bl. 155f.

Der Berliner Kongress bildete den Höhepunkt der Chinakampagne, aber die koloniale Frage blieb für Münzenberg und die IAH von zentralem Interesse. Sein Engagement für den antiimperialistischen und antikolonialen Kampf führte 1927 zur Gründung der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit (Antiimperialistische Liga).<sup>72</sup> Zwar wurde diese gegründet, um antiimperialistische Initiativen anzuführen, aber der Antiimperialismus blieb bis 1933 ein zentrales Element der Botschaft der internationalen Solidarität, die von der gesamten IAH ausging.

Die Chinakampagne war nicht die einzige internationale Aktion der IAH. Herausragende Solidaritätskampagnen wurden für den englischen Bergarbeiterstreik von 1926, zum zehnjährigen Bestehen der Sowjetunion 1927, zur Unterstützung des Streiks von 1929 in Gastonia, North und South Carolina in den USA, von Streiks in der britischen und französischen Textilindustrie, von zwei massiven Metallarbeiterstreiks in Mansfeld und Berlin im Jahre 1930 organisiert. Im selben Jahr brachte die IAH vierzig Traktoren nach Russland. Sie engagierte sich bis zum Jahre 1933 in mehreren Kampagnen gegen Krieg und Faschismus.

#### *Eine neue Kultur der internationalen Solidarität?*

Während der gesamten Entwicklung der IAH in der Weimarer Republik ist festzustellen, dass sie sich sehr für eine neue Kultur der internationalen Solidarität engagierte. Der Historiker Eric D. Weitz ist der Meinung, dass die Deutschen in der Weimarer Zeit „die größte Transformation der Medienkultur seit Johann Gutenberg“ erlebten,<sup>73</sup> die neue Möglichkeiten schuf, die Botschaft der internationalen Solidarität zu verbreiten. In ihren Publikationen nutzte und meisterte die IAH die neuen Massenmedien, darunter illustrierte Zeitschriften, den Film sowie den extensiven Einsatz von Kunst, vor allem von Fotomontagen. All dies waren neuartige Instrumente, um den Massen in Deutschland und der Welt die Botschaft der internationalen Solidarität zu vermitteln. Selbst Iossif Pjatznikij betrachtete die offizielle kommunistische Presse als „sehr langweilig“, die niemand außerhalb der Partei kaufen wollte, während sich die Publikationen des IAH-Konzerns unter den Massen hoher Beliebtheit erfreuten.<sup>74</sup>

---

72 Zur Antiimperialistischen Liga siehe auch Gross, Münzenberg, S.196-210. Siehe ebenso die bevorstehende Dissertation von Fredrik Petersson an der Abo Akademi Universität.

73 Eric D. Weitz: Weimar Germany. Promise and tragedy, Princeton 2007, S.247.

74 Siehe Siegfried Bahne: Willi Münzenberg (1889-1940), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts, München 1975, S.336-347, hier S.341.

Die IAH organisierte sehr aktiv internationale Solidaritätsveranstaltungen für Arbeiter, die einen Eckpfeiler ihrer Kultur der internationalen Solidarität darstellten.<sup>75</sup> Solche Veranstaltungen waren Solidaritätsmatineen, Kongresse, Konferenzen, Demonstrationen, Auftritte von Straßentheatergruppen, die Verbreitung von IAH-Liedern. Die IAH baute Frauenorganisationen und eine eigene Kinderorganisation, die IAH-Pioniere, auf und betreute Arbeiterkinder in Sommerlagern und Waisenhäusern. Im Grunde entwickelte die IAH erlebte Solidarität in allen Lebensbereichen. Die IAH befasste sich mit Organisation und Bildung während der Arbeitszeit, mit Familienpolitik, Sexualberatung, Kindererziehung und Frauenthemen wie dem Kampf gegen den berüchtigten Paragraphen 218 in der Weimarer Republik. Sie organisierte Freizeitaktivitäten, bot die Mitgliedschaft in ihrem proletarischen Buchklub „Universum Bücherei“ an, verbreitete über den Neuen Deutschen Verlag (NDV) ihre Illustrierten, veranstaltete Filmvorführungen, öffentliche Versammlungen und Seminare über die Lage und die aktuellen Probleme der Arbeiterklasse, dazu Sportwettkämpfe und Demonstrationen. Ab 1929 führte die IAH jährlich einen „Tag der internationalen Solidarität“ durch, an dem die internationale Solidarität gefeiert wurde. Wer wollte, konnte sich an der Werbung neuer IAH-Mitglieder oder an Streikhilfe-Initiativen der IAH beteiligen.<sup>76</sup>

In den frühen Zwanzigerjahren organisierte die IAH vor allem einzelne Kampagnen. Als sie sich aber mehr und mehr zu einer „Massenorganisation“ entwickelte, erhielten Kultur- und Sozialarbeit größeres Gewicht. Alle Aktivitäten vollzogen sich unter dem Banner der internationalen Arbeitersolidarität, die jedem offen stand, der mit der Arbeiterklasse und ihrem Kampf überall auf der Welt sympathisierte.

Ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, was die Bemühungen der IAH bedeuteten, eine „Kultur der internationalen Solidarität zu schaffen“, ist ihr Tag der internationalen Solidarität. Diese außerordentlich erfolgreiche Initiative organisierte die IAH in Deutschland bis 1935, in den letzten drei Jahren allerdings in der Illegalität. So berichtete die Berliner Polizei 1930, dass

---

75 Klassische Untersuchungen zur Arbeiterkultur sind: Wilhelm Leo Guttsman: *Worker's culture in Weimar Germany. Between tradition and commitment*, New York 1990; Gerhard A. Ritter: *Worker's culture in imperial Germany. Problems and points of departure for research*, in: *Journal of Contemporary History*, 13, 1978, S.165-189; Hartmann Wunderer: *Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933)*, Frankfurt/Main-New York 1980.

76 Einen umfassenden Überblick siehe bei Münzenberg, *Zehn Jahre*. Siehe auch meine bevorstehende Dissertation.

am Tag der Solidarität der IAH am 13. Juli 45.000 Personen teilnahmen, darunter etwa 10.000 Frauen, 15.000 Jugendliche und 8.000 Kinder. Die Feierlichkeiten begannen mit einem Marsch, bei dem 150 Fahnen mitgetragen wurden. Dann folgten Reden u. a. von Münzenberg, Alfons Goldschmidt, Hermann Remmele, Hermann Leupold und Fritz Globig. Dazu kamen Sportwettkämpfe, ein Schachspiel mit lebenden Figuren – die einen als Proletarier, die anderen als Bourgeois gekleidet, darunter ein Pastor mit einem Holzkreuz und ein Polizist auf einem hölzernen Schaukelpferd. Agitprop-Theatergruppen traten auf, darunter die berühmte „Kolonne Links“. Ein „Massensprechchor vom Arbeitertheaterbund“ führte das Hörspiel „Die proletarische Solidarität“ auf.<sup>77</sup>

Als die IAH 1931 ihren 10. Jahrestag beging, organisierte sie einen Weltkongress in Berlin. Münzenberg nannte diese Veranstaltung in Berlin den „Weltkongreß der proletarischen Solidarität“. Über 1.000 Abgesandte wurden erwartet, darunter etwa 250 ausländische und 400 IAH-Delegierte aus Deutschland, 300 aus „Betrieben und proletarischen Organisationen“ und 150 „Freunde der IAH“. Die ausländischen Teilnehmer kamen auch aus so fernen Ländern wie Australien, Argentinien, China, den USA, Kanada, Ägypten und Syrien.<sup>78</sup> Wie stark die IAH inzwischen gewachsen war, bewies Münzenberg mit einem Vergleich der Veranstaltungsflächen. Bei ihrer Gründung im Jahre 1921 hatte die IAH in einem kleinen Klubraum Platz gefunden. Im Jahre 1931 reichte dagegen der größte Saal von Berlin, der Sportpalast, nicht mehr aus.<sup>79</sup>

Für die deutsche IAH stellten die Jahre unmittelbar vor dem zehnten Jahrestag eine bedeutsame Wachstumsphase dar. Zumindest laut dem offiziellen Bericht, den der Sekretär der deutschen IAH Georg Dünninghaus vorlegte, hatte sie ihre Mitgliedschaft von 1929 bis zum 1. Juli 1931 von 25.924 eingeschriebenen Mitgliedern auf 148.000 (einschließlich Jugend und Pioniere) erhöht. 1931 waren diese in Deutschland in 958 Orts- und 468 Betriebsgruppen organisiert.<sup>80</sup>

---

77 Bericht über den Tag der Solidarität in den Rehbergen am 13.7.1930, geschrieben für die Polizei (Abteilung IA), Berlin, 14.7.1930, GStA PK, I. HA Rep. 219, Nr. 41, Bl. 109-111.

78 Siehe Willi Münzenberg: Der Weltkongreß der proletarischen Solidarität, in: Inprekorr, 6.10.1931, BArch, R 1501/20197, Bl. 85.

79 Siehe Münzenbergs große Rede auf dem Weltkongreß. Für rote Einheit in der IAH. Die feierliche Eröffnungssitzung – Tagung des Reichskongresses, in: Welt am Abend, 12.10.1931, 2. Beilage, BArch, R 1501/20197, Bl. 96.

80 Georg Dünninghaus: Die Arbeit der deutschen Sektion der IAH, in: Inprekorr, 9.10.1931, BArch, R 1501/20197, Bl. 91-91a. Die Mitgliederzahlen müssen allerdings kritisch gesehen

Ungeachtet ihres Wachstums stellte die Zeit der Weltwirtschaftskrise die IAH vor neue Herausforderungen, was bedeutete, dass sie sich im Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Kapitalismus radikalieren musste. Münzenberg beendete seine Abschlussrede auf dem Berliner Kongress 1931 mit einem Ausruf, der mit donnerndem Applaus aufgenommen wurde: „Licht in die Köpfe, Mark in die Knochen, Feuer in die Herzen – das ist unsere Losung. Heute Proviantkolonne, morgen Sturmkolonne des Proletariats, alles für den Sozialismus!“<sup>81</sup>

Die IAH hatte sich selbst als „Sturmkolonne des Proletariats“ definiert. Obwohl Münzenberg weiterhin ihren „überparteilichen“ Charakter betonte, wurde sie von nun an immer mehr in die rote Einheitsfront integriert.<sup>82</sup> Zwar betrachtete Münzenberg den Kongress als einen Erfolg, der alle Erwartungen übertraf, für ihn war er aber auch eine persönliche Niederlage, da der Komintern-Apparat seine relative Freiheit als Generalsekretär der IAH zum ersten Mal offiziell infrage stellte. So hieß es in einem streng geheimen Bericht über den IAH-Kongress, den „Helmut“ alias Georgi Dimitroff als Vertreter des illegal tätigen Westeuropäischen Büros (WEB) der Komintern verfasst hatte: „Es ist absolut notwendig, mit der bisherigen Praxis in der Leitung – dass Münzenberg alles persönlich in den Händen hat und mit untergeordneten Mitarbeitern arbeitet – ein Ende zu machen.“<sup>83</sup>

Lediglich 17 Monate später nahte als Folge von Hitlers Machtübernahme das Ende der legalen Tätigkeit der IAH in Deutschland. Bereits am 7. Februar 1933 durchsuchte die Berliner politische Polizei das Hauptquartier der IAH in der Wilhelmstraße 48.<sup>84</sup> Kurz nach dem Reichstagsbrand schloss die Polizei am 27. Februar 1933 das Zentralbüro der IAH und ver-

---

werden. Sie sind noch detaillierter enthalten in: 9. Die Entwicklung der Gesamtorganisation, in: 10 Jahre Internationale Arbeiterhilfe. Bericht: IAH Deutsche Sektion. Vom 3. Reichskongreß, Ostern 1929 Dresden zum 4. Reichskongreß Oktober 1931 Berlin, BArch, R 8051/39, Bl. 267-297 hier Bl. 288. Hermann Weber ist der Auffassung, dass die IAH im Dezember 1931 nur 44.701 bis 55.635 Mitglieder hatte. Siehe Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. I, Frankfurt/Main 1969, S.365. Siehe auch die Debatte in Wunderer, Arbeitervereine, S.108-111.

81 Weltumspannende Arbeiterhilfe. Feierliche Schlußsitzung – Clara Zetkins Abschied – Willi Münzenberg über die neuen Aufgaben der IAH, in: Welt am Abend, 15.10.1931, BArch, R 1501/20197, Bl. 102.

82 Siehe ebenda.

83 WEB-Bericht von „Helmut“ alias Georgi Dimitroff, 12.10.1931, RGASPI 499/1/33, Bl. 122-124, hier Bl. 123.

84 Polizeibericht: I Ad. III, Berlin, 7.2.1933, GStA PK, I. HA Rep. 219, Nr. 147, Bl. 122.

bot sie zusammen mit allen anderen kommunistischen und sozialistischen Organisationen in Deutschland. Der endgültige Beschluss des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin erging am 4. Mai 1933. Der IAH wurde mitgeteilt, dass ihr Sitz Wilhelmstraße 48 dauerhaft geschlossen sei und der preußische Staat ihr gesamtes Vermögen eingezogen habe.<sup>85</sup> Münzenberg und mehreren seiner engsten Mitarbeiter war nach dem Reichstagsbrand die Flucht nach Frankreich gelungen, wo sie sofort begannen, neue antifaschistische Kampagnen zu organisieren, die man nur als historisch bezeichnen kann. In Deutschland setzte die IAH ihre illegale Tätigkeit bis zum Sommer 1935 fort. Allerdings gingen die deutschen Behörden bei der Zerschlagung der Organisation mit brutaler Effizienz vor. Als dann im Sommer 1935 aus Moskau die Weisung für die endgültige Auflösung der IAH kam, war von dieser bedeutendsten internationalen Solidaritätsorganisation der Zwischenkriegszeit nicht mehr viel übrig.<sup>86</sup> Mit dem Zerfall der IAH endete auch die Blütezeit des Internationalismus der Arbeiterklasse.<sup>87</sup>

### *Schlussbemerkung „Das Zaubervort der Solidarität“*

Als der Journalist Bruno Frei,<sup>88</sup> 1931 Chefredakteur von „Berlin am Morgen“, einer der Tageszeitungen Münzenbergs, das erste Jahrzehnt Solidaritätsarbeit der IAH einschätzte, fragte er sich, was deren Erfolg möglich gemacht hatte. Wie war es ihr gelungen, immer wieder Menschen auf der ganzen Welt für ihre Aktionen zu mobilisieren? Seine Antwort war klar: Es war „das Zaubervort der Solidarität“.<sup>89</sup> Das Wesen der IAH war die Kraft der Solidarität, dazu die Fähigkeit, tatsächlich internationale Solidarität in Deutschland und der Welt zu erzeugen.

Wie meine Ausführungen gezeigt haben, so muss eine neue Geschichte der IAH eng mit deren Botschaft der internationalen Solidarität verbun-

---

85 Brief des Geheimen Staatspolizeiamtes an das Reichskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin, 4.5.1933, GStA PK, I. HA Rep. 151 I A, Nr. 8353, Bl. 85.

86 Eine Darstellung der Auflösung der IAH und Münzenbergs Flucht aus Deutschland siehe bei Harald Wessel: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940, Berlin 1991.

87 Die Jahre 1830 bis 1940 wurden als „klassische Ära des Internationalismus der Arbeiterklasse“ bezeichnet in der Einleitung zu Frits van Holthoon/Marcel van der Linden (Hrsg.): Internationalism in the labour movement 1830-1940, Leiden 1988, S.VII.

88 Siehe zu Bruno Frei [http://www.onb.ac.at/sammlungen/litarchiv/bestaende\\_det.php?id=frei](http://www.onb.ac.at/sammlungen/litarchiv/bestaende_det.php?id=frei).

89 Bruno Frei: Zum zehnjährigen Jubiläum der Internationalen Arbeiterhilfe, in: Inprekorr, 11.8.1931, BArch, R 1501/20197, Bl. 50.

den sein. Wie wurde Solidarität geschaffen, verbreitet und aktiviert? Wie gelang es, in Deutschland in den Jahren 1921 bis 1933 eine Kultur der internationalen Solidarität zu entwickeln? Die Aktionen der IAH beschränkten sich nie auf Europa. Stattdessen vertrat sie die Idee einer internationalen Solidarität, die von West bis Ost und von Nord bis Süd reicht.

Wie bereits die Auswahl von Archivmaterialien für diesen Aufsatz zeigt, wäre es ungenau, Münzenberg nur als einen im Hintergrund tätigen Organisator darzustellen. Er war in der Weimarer Republik eine bekannte Persönlichkeit, die dank ihrer Stellung als Generalsekretär des IAH-Konzerns enormen Einfluss auf die Öffentlichkeit sowie auf die Entwicklung einer Kultur der internationalen Solidarität in Deutschland und im Ausland ausübte. Wenn auch die IAH und Münzenberg selbst von den Veränderungen in der Sowjetunion und der Komintern sehr stark beeinflusst wurden, kann eine neue Geschichte Münzenbergs, der IAH und ihrer Botschaft der internationalen Solidarität nicht nur als Geschichte der Abhängigkeit und Unterordnung unter die Sowjetunion geschrieben werden. Diese neue Geschichte wird nur zustande kommen, wenn die IAH als radikale soziale Bewegung analysiert wird, die mit den langen Traditionen der Arbeitersolidarität sowie dem historischen und sozialen Hintergrund der Weimarer Republik in engstem Zusammenhang stand. Schließlich wurde die internationale Solidarität nicht in Moskau erfunden.

Aus dem Englischen von Helmut Ettinger

# Charlotte Behrends und die Kartei der zum Tode verurteilten Frauen aus dem Berliner Frauengefängnis Barnimstraße

Cristina Fischer

In der Weimarer Republik stand die Todesstrafe Ende der 20er-Jahre auf dem juristischen Prüfstand; aufgrund eines Rundschreibens des damaligen Justizministers wurde sie 1928 zeitweise ausgesetzt. Doch die geplante Strafrechtsreform scheiterte. 1930 wurde wieder ein Täter hingerichtet; 1931 schlug der Scharfrichter viermal bei immerhin 49 und 1932 dreimal bei 52 Todesurteilen zu.<sup>1</sup> Frauen waren nicht darunter.<sup>2</sup>

Nach Beginn der nationalsozialistischen Diktatur änderte sich diese verhältnismäßig milde Praxis radikal. Anlässlich der Hinrichtungen zweier Mörder in Berlin im Mai 1933 hieß es in der Presse, damit sei nun „der jahrelange Kampf um die Todesstrafe eindeutig entschieden worden. Die Todesstrafe ist wieder eingeführt, und nach dem Willen der nationalen Regierung wird entsprechend einem gesunden Gerechtigkeitsgefühl wieder das Verbrechen die verdiente Strafe nach sich ziehen.“<sup>3</sup>

1933 wurden bereits 61 Männer und drei Frauen exekutiert, 1934 waren es 73 Männer und zwei Frauen, 1935 77 Männer und neun Frauen.<sup>4</sup>

Die Zahl der gegen Frauen verhängten und vollzogenen Todesurteile stieg allmählich an, wobei es sich in den ersten beiden Jahren des „Dritten Reichs“ ausschließlich um Mordfälle handelte. Doch die Todesstrafe wurde nicht mehr nur wegen Mordes (oder angeblicher Schuld an ei-

---

1 Siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich (im folgenden StJB) 1935, S.534.

2 Die gewaltsamen Sterbefälle im deutschen Reich im Jahre 1931, in: StJB 1933, S.44, sowie StJB 1934, S.42 (Sterbefälle 1932). Siehe auch: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung: Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933/34, Köln u. a. 1962, S.523.

3 Zu den Hinrichtungen in der Strafanstalt Plötzensee, in: Havelländische Rundschau. Amtliches Organ des Kreises Osthavelland, Nauen, 10.5.1933, S.3.

4 Siehe StJB 1935-1937. Krüger hat für 1933 66 Hinrichtungen ermittelt. Siehe Wolfgang Krüger: Kriminalchronik des Dritten Reiches, Bd. 1 1933-1937, Arnstadt 2008, S.328. Noch andere Zahlen (ohne genaue Quellenangabe) nennt Evans: 1933: 70 bzw. 64, 1934: 79, 1935: 94, 1936: 68, 1937: 106, 1938: 117 Hinrichtungen. Siehe Richard J. Evans: Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532-1987, Berlin 2001, S.774f. Eine für die Statistik des Jahres 1934 als „hingerichtet“ verbuchte Frau war im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhm-Putsch ums Leben gekommen; diese Morde wurden nachträglich legalisiert.

nem Mord) ausgesprochen, sondern z. B. auch bei Hoch- und Landesverrat, wie es schon die Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe vom 28. Februar 1933 angedroht hatte. Seit August 1934 arbeitete der sogenannte Volksgerichtshof, der für politische Straftaten zuständig war und von 1934 bis 1936 23 Todesurteile verkündete. Die ersten beiden Frauen, die wegen „Verrats militärischer Geheimnisse“ (Spionage) zum Tode verurteilt wurden, waren Benita von Berg (von Falkenhayn) und Renate von Natzmer. Beide hatten seit Ende der 20er-Jahre dem polnischen Nachrichtenoffizier Georg (Jerzy) Sosnowski, der sie dafür entlohnte, hochbrisante Unterlagen aus dem Reichswehrministerium geliefert. Sie starben im Februar 1935 in Plötzensee unter dem Handbeil. Im Vorkriegsjahr 1938 fielen dann bereits 93 zum Tode verurteilte Männer und vierzehn Frauen der nationalsozialistischen Justiz zum Opfer.

Die jüngste unter ihnen war Liselotte Herrmann, eine relegierte Studentin der Naturwissenschaften, die als erste Widerstandskämpferin ihr Leben unter dem Fallbeil ließ. Fast ein Jahr lang hatte weltweit eine machtvolle Protestbewegung um die junge Mutter gekämpft. Aufgrund dieser besonderen Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit galt sie lange Zeit fälschlich als erste Frau überhaupt, die in Deutschland von den Nazis hingerichtet worden war. Todesurteile, die (scheinbar) nicht politisch motiviert waren, haben damals bei Zeitgenossen – und bisher auch bei Historikern – wenig Beachtung gefunden. Hinrichtungen von „gewöhnlichen Kriminellen“ wurden kaum hinterfragt; die starke Zunahme von Todesurteilen im „Dritten Reich“ wird meist allein mit Repressionen gegen politische Gegner erklärt.

Nach Kriegsbeginn stieg die Zahl der Todesurteile weiter an: 1939 starben elf Frauen im Deutschen Reich unter dem Fallbeil, später waren es allein in Berlin weit über hundert im Jahr. Zwischen 1933 und 1945 sind in Plötzensee mindestens 2.891 Menschen exekutiert worden, davon über zehn Prozent Frauen.<sup>5</sup> Das „Ehrenbuch der Opfer von Plötzensee“ (1974) nennt 185 Mädchen und Frauen, die dort „wegen ihrer politischen oder weltanschaulichen Einstellung oder wegen ihres mutigen Widerstandes“ gegen den Nationalsozialismus ermordet wurden.<sup>6</sup>

---

5 Siehe [www.gedenkstaette-ploetzensee.de/02\\_dt.html](http://www.gedenkstaette-ploetzensee.de/02_dt.html). In der Zeit von 1942 bis 1945 waren etwa 16 Prozent der Hingerichteten Frauen.

6 Willy Perk/Willi Desch: Ehrenbuch der Opfer von Berlin-Plötzensee, Berlin (West) 1974, S.88. Die Liste ist allerdings nicht vollständig.

*Die Kartei im Frauengefängnis Barnimstraße*

Zum Tode verurteilte Frauen, die in der zentralen Hinrichtungsstätte Plötzensee enthauptet werden sollten, wurden bis zur Vollstreckung zumeist im Frauengefängnis in der Barnimstraße festgehalten. Claudia von Géliu kam in ihrer 1994 veröffentlichten, als Standardwerk geltenden Studie über das Gefängnis zu dem Schluss: „Exakt läßt sich heute nicht mehr feststellen, wie viele zum Tode verurteilte Frauen in der Barnimstraße auf ihre Hinrichtung in Plötzensee warteten.“<sup>47</sup> Aus Gefangenenbüchern, Häftlingsakten, Hinrichtungslisten und einer Kartei ermittelte sie damals 298 Namen.

Die besagte Kartei mit Namen der betroffenen Frauen aus den Jahren von 1942 bis 1945 wird heute im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde aufbewahrt (BAB R 3001). Sie besteht aus 333 (laut Géliu 332) handbeschrifteten naturweißen und blauen Karten im Postkartenformat (genau: 14,8 x 10,3 cm) und ist nach Jahrgängen und innerhalb dieser alphabetisch geordnet. Beschrieben sind die Karten mit schwarzer Tinte, zumeist in Sütterlin, in markanter, großzügiger Handschrift. An den oberen Rändern befinden sich kleine halbkreisförmige Ausbuchtungen (Tabs) über den Merkmalen „männlich“, „weiblich“, „politisch aktiv“, „politisch mißliebig“, „kriminell“, „Volksgericht“, „Sondergericht“ und „Ausländer“. Die Tabs über den auf die einzelnen Gefangenen nicht zutreffenden Merkmalen wurden abgeschnitten. Des Weiteren sind folgende Kategorien vorgedruckt: Name, Vorname, Geburtsort/Tag, Beruf, Straftat, Gerichtsort, Gericht, Vollstreckungsort/-tag, Quelle der Angaben, Bemerkungen. Als „Quelle der Angaben“ ist auf vielen Karten eine nicht überlieferte „Postliste Barnimstraße“ angegeben, in einigen Fällen auch der Personalbogen aus der Gefangenenakte. Den Vornamen der jüdischen Gefangenen wurde obligatorisch „Sara“ hinzugefügt.

Da die Kartei Aufzeichnungen zu prominenten Gegnerinnen des „Dritten Reiches“, so den Frauen der Baum-Gruppe und der „Roten Kapelle“, wie Marianne Baum, Hilde Coppi, Cato Bontjes van Beek, Liane Berkowitz, Rosa Schlösinger und Oda Schottmüller, sowie zu Judith Auer, Charlotte Eisenblätter, Elfriede Scholz und anderen enthält, wurde sie wiederholt für biografische Arbeiten genutzt. Doch es war unbekannt, von wem und zu welchem Zweck die Kartei erstellt wurde. Claudia von Géliu, die

---

7 Siehe Claudia von Géliu: *Frauen in Haft. Gefängnis Barnimstraße. Eine Justizgeschichte*, Berlin 1994, S.195.

die Kartei als eine der ersten ausgewertet hat, meinte, dass diese „vermutlich vom Gefängnispfarrer August Ohm angelegt wurde“.<sup>8</sup>

Dr. August Ohm war von 1934 bis 1945 als Seelsorger in Berliner Gefängnissen, vor allem im Zellengefängnis in der Lehrter Straße (Moabit), zeitweilig auch in der Barnimstraße tätig.<sup>9</sup> Er hatte in dieser Eigenschaft u. a. zu Frauen und Männern der „Roten Kapelle“, so Adam und Greta Kuckhoff, Cato Bontjes van Beek und anderen Kontakt, wie aus diversen Publikationen hervorgeht.<sup>10</sup>

Gélieu zitiert in ihrem Buch einige repräsentative Beispiele aus der Kartei und relativiert in einer Fußnote dazu ihre Hypothese zur Urheberchaft: „Ob es sich bei dem Verfasser um August Ohm handelt, der als Gefängnisgeistlicher die zum Tode verurteilten Frauen zu betreuen hatte, konnte nicht geklärt werden.“<sup>11</sup> In der im Jahr 2000 erschienenen Publikation „Nachbarn. Juden in Friedrichshain“ präzisiert Gélieu ihre Angaben noch einmal. In der Kartei seien „von 1942 bis zum Ende der Nazi-Zeit 332 zum Tode verurteilte Frauen erfaßt“ worden. Mutmaßlich stamme sie „von einem der Gefängnisgeistlichen, der die zum Tode Verurteilten betreute“.<sup>12</sup>

Auch Hans Coppi, Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Landesvorsitzender der VVN-BdA Berlin, bezog sich in Äußerungen zum Schicksal seiner Mutter, der Widerstandskämpferin Hilde Coppi, auf die Kartei. 2003 berichtete er in der „Berliner Zeitung“: „In der ‚Kartei Hinrichtungen Barnimstraße‘ im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde fand ich einen Eintrag von unbekannter Hand auf einer kleinen Karteikarte: ‚Hilde Coppi, Hochverrat und Landesverrat, Schulze-Boysen-Kreis, zart, fein, tapfer, ganz selbstlos. [...] Stolz, beherrscht und lieb. Kein Hass. Eine rührende Persönlichkeit. Rechnete nie mit ‚Gnade‘ der Menschen. Nie bereut.“<sup>13</sup>

---

8 Ebenda.

9 Siehe August Ohm: Die Entwicklung der sozialen Person während der Untersuchungshaft, Leipzig 1938, o.S. (Lebenslauf); Geertje Andresen: Die Tänzerin, Bildhauerin und Nazigegnerin Oda Schottmüller 1905-1943, Berlin 2005, S.297, 299.

10 Siehe u. a. Hermann Vinke: Cato Bontjes van Beek, Hamburg u. a. 2003, S.166.

11 Gélieu, Frauen in Haft, S.233, Anm. 358.

12 Claudia von Gélieu: In Haft. Frauengefängnis Barnimstraße, in: Nachbarn. Juden in Friedrichshain. Hrsg. vom Kulturring in Berlin e.V., Berlin 2000, S.25-32, hier S.29.

13 Hans Coppi: Mit Gnade hat sie nie gerechnet. Vor 60 Jahren wurden die Mitglieder der „Roten Kapelle“ hingerichtet. Auch meine Mutter, in: Berliner Zeitung, 5.8.2003 (siehe Onlinearchiv der Zeitung). Ebenso in: Margarete Dörr: Der Krieg hat uns geprägt: wie Kinder den Zweiten Weltkrieg erlebten, Bd. 1, Frankfurt 2007, S.395.

2009 wurde von der VVN-BdA die Ausstellung „Berliner Arbeiterwiderstand 1942-1945“ organisiert, deren wissenschaftliche Beratung Hans Coppi übernommen hatte. Im Ausstellungskatalog von Annette Neumann und Bärbel Schindler-Saefkow ist ein Abschnitt den Frauen der Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation gewidmet. Darin wird ausführlich aus der Kartei zitiert und explizit August Ohm als deren Urheber bezeichnet.<sup>14</sup>

In einem Interview mit Karlen Vesper im „Neuen Deutschland“ erklärte Coppi dann im Frühjahr 2010: „Gefängnispfarrer August Ohm hat die zum Tode verurteilten Frauen auf ihrem letzten Weg in Plötensee begleitet. Er hat seine Eindrücke notiert, so auch zu meiner Mutter. [...] Diese Notiz fand ich vor einigen Jahren. Sie hat mich sehr berührt.“<sup>15</sup> Anlässlich der Verlegung der „Stolpersteine“ für Hans und Hilde Coppi am 5. August 2011 in Reinickendorf äußerte Coppi sich ähnlich.<sup>16</sup>

Auch die 1944 hingerichtete Berliner Widerstandskämpferin Judith Auer wurde in der Barnimstraße von Ohm betreut. In der von Ruth und Günter Hortschansky verfassten Biografie (2004) heißt es: „Wohl ebenfalls vom Anstaltspfarrer stammt eine knappe handschriftliche Einschätzung Judith Auers aus deren Gefängnisakte: ‚Zart von Natur, dabei tapfer und reif in seltenem Ausmaße. [...] Voll Güte. Überzeugungstreu. Tapfer und beherrscht bis zum Ende‘.“<sup>17</sup>

Owe Gustavs hat diese Darstellung 2008 in einer Publikation über seinen Großvater, den Hiddenseer Pastor Arnold Gustavs, widerlegt – en passant und in Unkenntnis der hier ausgebreiteten Problematik. Er dokumentiert einen Brief, den August Ohm nach der Hinrichtung Judith Auers an seinen Amtsbruder Gustavs sandte. Obwohl das für seine Zwecke nicht notwendig war, hatte der Autor sich eine Kopie der Karteikarte mit dem Eintrag über die Antifaschistin besorgt. In einer Fußnote stellt er klar, dass die Handschrift auf der Karte *nicht* mit der des Briefes von Ohm übereinstimmt: „Der Inhalt der Einschätzung lässt vermuten, dass sie von einem Geistlichen stammt; sie ist allerdings nicht in der Handschrift des [...] Ge-

14 Berliner Arbeiterwiderstand 1942-1945. „Weg mit Hitler – Schluß mit dem Krieg!“ Die Saefkow-Jacob-Baestlein-Organisation. Katalog zur Ausstellung, Berlin 2009, S.42- 49, hier S.44 (zu Judith Auer), S.45 (zu Auguste Haase), S.46 (zu Elli Voigt).

15 Stolz und rührend, in: Neues Deutschland, 24.4.2010 (siehe Onlinearchiv der Zeitung).

16 Siehe [www.liebenberg-libertas.com/mediapool/82/825026/data/Flyer\\_Coppi-Hilde.pdf](http://www.liebenberg-libertas.com/mediapool/82/825026/data/Flyer_Coppi-Hilde.pdf) (Stand der Recherche zur Zeit der Verlegung).

17 Günter u. Ruth Hortschansky: Möge alles Schmerzliche nicht umsonst gewesen sein. Judith Auer (1905-1944), Berlin 2004, S.135. Zit. nach der Kopie in der Ausstellung „Barnimstraße 10 – Die Nacht vor dem Tod“.

fängnisgeistlichen Dr. Ohm geschrieben.“<sup>18</sup> Die Publizistin Regina Scheer schließlich hat die Kartei für ihr 2004 erschienenes Buch über die Widerstandsgruppe um Herbert und Marianne Baum verwendet. Sie nimmt an, dass eine Aufseherin die Einschätzungen verfasst hat.<sup>19</sup>

Einige Anhaltspunkte zur Autorschaft sind den Notizen selbst zu entnehmen. Über eine wegen Hochverrats verurteilte und im September 1942 hingerichtete Tschechin heißt es, der Verfasser bzw. die Verfasserin habe sich „kurz vor ihrer Abholung zur Vollstreckung [nach Plötzensee, C.F.] von ihr verabschiedet“.<sup>20</sup> Daraus geht hervor, dass die Kartei nicht von einem Geistlichen stammen kann, der ja den Gefangenen bis zu deren Tod Beistand leistete.

Im Rahmen meiner Forschungen zum Schicksal Liselotte Herrmanns ist es mir nun gelungen, das Geheimnis um die Kartei zu lüften. Lilo, wie sie von ihren Freunden genannt wurde, war nach der Verkündung des Todesurteils im Juni 1937 von Stuttgart in das Berliner Frauengefängnis überführt worden. Dort brachte sie bis zu ihrer Hinrichtung am 20. Juni 1938 fast ein ganzes Jahr zu. Nicht August Ohm, sondern der evangelische Pfarrer Hermann Schrader begleitete sie zur Guillotine nach Plötzensee. Ihre Gefangenenakte und andere sie betreffende Dokumente aus der Haft sind verschwunden. Es liegt auch keine Karteikarte zu ihr vor.

Trotzdem sind es Berichte über ihre Zeit in der Barnimstraße, die letztendlich auf die richtige Spur führten. Während ihrer Untersuchungshaft in Stuttgart hatte Lilo Herrmann die dreizehn Jahre ältere Kommunistin Maria Wiedmaier kennen gelernt, die nach dem Krieg für die VVN tätig war und Nachforschungen über ihre Haftkameradin anstellte. Dafür wandte sie sich auch an ehemaliges Gefängnispersonal in Stuttgart und Berlin. In Berlin erhielt sie u. a. Kontakt zu der ehemaligen Oberlehrerin des Frauengefängnisses Charlotte Behrends, die auf ihren Wunsch einen Bericht über Lilo Herrmann verfasste. Zu den Aufgaben der Oberlehrerin hatte es u. a. gehört, sich um die Gefängnisbibliothek zu kümmern und die Gefangenen zu unterrichten. In einer Selbstdarstellung des Frauengefängnisses von 1935 hieß es: „In der Anstaltsschule wird von der Anstaltslehrerin wöchentlich 24 Stunden Unterricht erteilt.“<sup>21</sup>

---

18 Owe Gustavs: Reichsgottesdienst auf Hiddensee 1933-1945. Arnold Gustavs – Inselpastor im Dritten Reich. Eine Dokumentation, 2., durchgesch. Aufl., Berlin 2008, S.292.

19 Regina Scheer: Im Schatten der Sterne: eine jüdische Widerstandsgruppe, Berlin 2004, S.306. Analog im Kalender „Wir Frauen 2012“ über Marianne Baum, S.27.

20 Siehe Karteikarte zu Miloslava Gschwindová (hier: Miroslawa Gschwind), 1942.

21 Das Frauengefängnis in Berlin NO 43, Barnimstraße 10, Berlin (1935), S.6.

Außerdem hatte sie die zum Tode verurteilten Frauen zu betreuen. Lilo Herrmann war die erste „Todeskandidatin“, mit der Charlotte Behrends konfrontiert war. Sicherlich hatte sie sich Schwerverbrecherinnen anders vorgestellt. Die zurückhaltende, tapfere junge Frau, Mutter eines kleinen Kindes, beeindruckte sie tief. Über „Lieselotte [sic] Herrmann, geb. 1910 [sic], stud. phil., verurteilt wegen Landesverrats“ urteilte sie nach dem Krieg: „Die größte unter den deutschen politischen Opfern. [...] Reine Kommunistin, Idealistin, hat nie persönlichen Vorteil erstrebt.“<sup>22</sup>

Der stichwortartige und zugleich schwärmerische Stil dieser Einschätzung ähnelt dem auf den überlieferten Karteikarten. Daher stellte sich mir nach einigem Überlegen die Frage, ob vielleicht die Oberlehrerin die Kartei angelegt hatte. Die Handschriftenprobe – ihre Unterschrift unter den Maschine geschriebenen Berichten für Maria Wiedmaier – reichte allerdings nicht aus, um diese Frage zu klären. Es mussten handschriftliche Dokumente von Charlotte Behrends beschafft werden. In den überlieferten Akten des Frauengefängnisses liegen jedoch nur signierte Typoskripte von ihr vor. Notwendige weitere Recherchen waren dadurch erschwert, dass es sich nicht um eine prominente Person der Zeitgeschichte handelt. Ein von mir im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam aufgefundener handgeschriebener Brief von Charlotte Behrends aus dem Jahre 1951 erbrachte schließlich den Beweis. Tatsächlich stimmt dessen Handschrift mit der auf den Karteikarten überein! Die endgültige Bestätigung ergibt sich aus dem Inhalt des Briefs, auf den noch zurückzukommen sein wird.

### *Eine deutsche Gefängnisbeamtin*

Wer war Charlotte Behrends? Nur wenig konnte über sie ermittelt werden. Ihre Personalakten sind leider nicht überliefert. Sie wurde am 24. März 1900 in Berlin geboren.<sup>23</sup> Vermutlich war sie die Tochter des Werkmeisters, Signalwärters bzw. Signalwerkmeisters – also bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigten – Karl Behrends. Seit 1940 ist sie als Eigentümerin eines Hauses verzeichnet, das vorher, seit 1934, eben diesem Mann gehört hatte, der 1938 oder 1939 in den Ruhestand ging. Möglicherwei-

---

22 Charlotte Behrends: Lieselotte Herrmann, o. D. (Eingangsstempel 19.4.1948), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Nachlass Maria Kuhn-Wiedmaier NY 4202/14, Bl. 238.

23 Ihr vollständiger Name lautete Martha Charlotte Behrends. Auskunft Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin, 9.11.2011.

se wohnte Charlotte Behrends schon vorher mit ihrem Vater dort zusammen.<sup>24</sup> Im Adressbuch von Berlin (1940) ist sie als Diplom-Volkswirtin ausgewiesen. Wie die meisten damaligen Beamtinnen war sie unverheiratet. Ihre schriftlichen Äußerungen legen nahe, dass sie gläubige Christin war.<sup>25</sup> Am 1. März 1938 kam sie als Oberlehrerin in das Frauengefängnis. Dabei ahnte sie nichts von der „Nebenbeschäftigung“, die sie dort erwartete – die Betreuung zum Tode verurteilter Frauen. „Mit Schrecken erfuhr ich nach der Dienstaufnahme davon, und mit Angstgefühlen ging ich zu der ersten, und das war Lieselotte [sic] Herrmann“, erinnerte sie sich 1948. „Herr Regierungsrat Berg [der Gefängnisdirektor, C.F.] hatte mir gesagt, ich sollte gerade diesen Frauen ganz besonders mit Lesestoff zur Seite stehen und mich auch sonst ihrer annehmen.“<sup>26</sup>

Eine Zeitzeugin beschreibt sie als eine ältliche, dürre kleine Frau mit streng zurückgekämmten Haaren und einem Knoten. Sie sei zurückhaltend, aber „sehr bemüht“ gewesen.<sup>27</sup>

In der Sekundärliteratur wird Charlotte Behrends nur äußerst selten erwähnt. Sie spielt aber eine gewisse Rolle in der biografischen Erzählung von Ditte Clemens über Lieselotte Herrmann („Schweigen über Lilo“) sowie in der bereits erwähnten Publikation von Claudia von Gélieu („Frauen in Haft“). Eine ehemalige Inhaftierte, die Dominikaner-Ordensschwester Dr. Maria Brigitte Hilberling, fertigte nach dem Krieg einen Bericht u. a. über die Beamtinnen des Frauengefängnisses an und hob unter ihnen „eine wirklich menschenfreundliche Persönlichkeit, die sog. Oberlehrerin Frau Dr. Behrendt [sic]“ hervor, „die fürsorgliche Funktionen ausübte und soviel ich sah gegen alle, auch die Ausländerinnen, mit denen sie Gnadengesuche aufzusetzen hatte, und wahrscheinlich noch andere fürsorgliche Massnahmen vornahm, gütig und absolut selbstlos ihren schweren Dienst versah“.<sup>28</sup>

---

24 1933 hatte in der damaligen Astenstraße 5 noch der Polizeiasistent a. D. Wilhelm Korn mit seiner Frau gelebt, während Karl Behrends im Beamtenhaus Adlergestell in Adlershof wohnte. Siehe Adressbuch von Berlin.

25 Siehe auch Peter Zimmerling: *Evangelische Seelsorgerinnen: biografische Skizzen, Texte und Programme*, Göttingen 2004, S.256. Dort wird Charlotte Behrends als Christin bezeichnet.

26 Charlotte Behrends: *Lieselotte Herrmann. Bericht für die Bezirksstelle Berlin-Charlottenburg, Opfer des Faschismus*, o. D., SAPMO-BArch NY 4202 Bd. 14, Bl. 248.

27 Telefongespräch mit Eva O. am 6. November 2011. Frau O. hielt die Oberlehrerin für älter, als sie tatsächlich war.

28 Kurze Angaben über meine Gefängniserfahrungen, hilfsreiche und andere Beamtinnen und Personal (1946). Auszugsweise Abschrift, Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 303 Nr. 279, Bl. 116.

Die wegen politischer Betätigung für die illegale KPD verhaftete Anny Wendel, die von Dezember 1937 bis Ende Oktober 1938 in der Barnimstraße in U-Haft (Einzelhaft) saß, schrieb an ihren Mann Lutz am 3. September 1938: „Frau Oberlehrerin ist sehr nett. Schade, daß man nicht noch Schule bei ihr hat. Dann würde die Zeit auch etwas Gutes bringen.“<sup>29</sup> Sie lobte zudem die von der Beamtin organisierte Buchauswahl.

Die Schwester der zum Tode verurteilten und hingerichteten Pädagogen Elisabeth von Thadden fasste ihre Einschätzung von Charlotte Behrends in die Formel: „ein sympathischer und gebildeter Mensch“.<sup>30</sup>

Nur eine Zeitzugehen-Publikation konnte bisher ermittelt werden, in der ausführlicher über die Oberlehrerin berichtet wird. Die einstige „Volkspflegerin“ und Sozialarbeiterin Liesel Hünichen berichtet in ihrem Buch „Hitlers willige Vollstrecker?“ von ihrer 19-jährigen Freundin Eva O., die nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 Kolleginnen gegenüber eine Bemerkung gemacht hatte, die sie wegen „Wehrkraftzersetzung“ vor das „Volksgericht“ in Berlin brachte. Nach einer Odyssee durch verschiedene Haftanstalten gelangte sie in das Frauengefängnis Barnimstraße. „Zum ersten Mal in den Monaten meiner Gefangenschaft hatte ich nun auch den Eindruck, daß man sich um mich sorgte“, gibt Hünichen die Worte ihrer Bekannten wieder. „Die Fürsorgerin Frau Behrens [sic], merkwürdigerweise in Berlin ‚Oberlehrerin‘ genannt, kümmerte sich um mich, und der Gefängnispfarrer kam mich besuchen.“<sup>31</sup> Charlotte Behrends habe sie, Eva O., eines Tages zu sich in ihr Zimmer gerufen und sie über den Besuch ihrer Mutter informiert, die sie bei dieser Gelegenheit mit Pellkartoffeln und Quark bewirtete.<sup>32</sup>

Wider Erwarten wurde Eva O. nicht zum Tode, sondern – angeblich wegen eines Verfahrensfehlers – „nur“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. „Als ich ins Gefängnis zurückkam, haben mich die Leiterin, eine Oberregierungsrätin,<sup>33</sup> und die Oberlehrerin sichtlich bewegt in die Arme

---

29 Zit. nach: Géliou, Frauen in Haft, S.166.

30 Ehrengard Schramm-von Thadden: Erinnerungen an meine Schwester, in: Matthias Riemenschneider/Jörg Thierfelder (Hrsg.): Elisabeth von Thadden. Gestalten, Widerstehen, Erleiden. Karlsruhe 2002, S.158-177, hier S.173f.

31 Liesel Hünichen: Hitlers willige Vollstrecker?, Hamburg 1999, S.52. Es handelte sich dabei um den katholischen Pfarrer Peter Buchholz.

32 Siehe ebenda, S.53. Frau O. hat in einem Telefongespräch am 6.11.2011 die hier gegebene Darstellung korrigiert, nach der sie selbst das Essen erhalten habe.

33 Gemeint ist die Regierungsrätin (!) Dr. Alice Pfahl, damals stellvertretende Leiterin des Gefängnisses.

geschlossen und an sich gedrückt“, erzählte Eva O. ihrer Freundin. „Sie waren glücklich über das Urteil, denn alle hatten mit der Todesstrafe für mich gerechnet. Und wenn ich daran denke, sehe ich sie wieder vor mir und ihre Gesichter voller Mitgefühl.“<sup>34</sup>

Bereits zu Weihnachten 1944 sei sie, so Eva O, weiter, zu zwei Jahren Jugendgefängnis begnadigt worden. Deshalb habe sie die Oberlehrerin bei deren Rundgang durch die Zellen begleiten dürfen, wobei jede Inhaftierte ein Buch erhielt. Es seien 40 Todeszellen gewesen.<sup>35</sup> Im Gespräch im November 2011 äußerte Eva O. überraschend, die Oberlehrerin sei ihr nicht sehr sympathisch erschienen, sie habe „verknöchert“ gewirkt.<sup>36</sup>

Die damalige Wohnung von Charlotte Behrends lag ziemlich weit vom Frauengefängnis entfernt – ihr Häuschen befand sich am Eisblumensteig 16 (vorher Aternstraße 5)<sup>37</sup> in der beschaulichen Siedlung Oberspree in Niederschöneweide, die 1919 von Paul Mebes und Paul Emmerich für den Beamten-Wohnungs-Verein zu Berlin entworfen, 1920/21 ausgeführt und 1935/36 erweitert worden war. Es handelt sich um eingeschossige Putzbauten, vorwiegend Doppelhäuser, mit Stallgebäuden und Gärten.<sup>38</sup> 1939 verzeichnet das Berliner Adressbuch den im Jahre 1900 „ausschließlich für Beamte, deren Witwen und ledige Töchter“ gegründeten, noch heute existierenden Beamten-Wohnungsverein zu Berlin (BWV) als Eigentümer der Häuser Eisblumensteig 3-18.<sup>39</sup>

Während der 30er-Jahre entwickelte sich Niederschöneweide mit Betrieben der Metall- und chemischen Industrie zu einem wichtigen Standort der Rüstungsproduktion. Im Krieg wurden dort zunehmend Zwangsarbeiter eingesetzt, 1943 ließ Albert Speer ein Barackenlager für etwa 2.000 von ihnen errichten. Charlotte Behrends war also an ihrem scheinbar idyllischen Wohnort wie an ihrem Arbeitsplatz mit den menschenverachtenden und brutalen Methoden des „Dritten Reiches“ konfrontiert.

Als sie ihren Dienst im Berliner Frauengefängnis antrat, stand sie vermutlich dem Nationalsozialismus neutral oder sogar positiv gegenüber, sonst hätte sie diesen verantwortlichen Posten wohl kaum bekommen.

34 Hünichen, Vollstrecker, S.57. Diese Episode wurde von Frau O. mündlich bestätigt.

35 Frau O. kann sich heute nur noch vage an diese Episode erinnern. Damals wurden monatlich etwa zwanzig Frauen hingerichtet.

36 Die Darstellung von L. Hünichen erweckt einen anderen Eindruck.

37 1935/36 lautete die Adresse noch Aternstraße 5 bzw. 16.

38 Siehe <http://berlin.kauperts.de/Strassen/Oberspreestrass-12439-12489-12555-12557-Berlin>.

39 Siehe Berliner Adressbuch von 1939.

Vielleicht war es ihre Begegnung mit Liselotte Herrmann, die sie in ihrer politischen Einstellung erschütterte, denn sie urteilte über diese: „Jeder Mensch aber, der zu ihr hineingegeben wurde, erfuhr innerlich eine Wandlung, so tief ging doch ihr Einfluss, der umso grösser war, als sie von einer ganz schlichten, warmherzigen, unmittelbaren Menschlichkeit erfüllt war“.<sup>40</sup>

### *Das Gedächtnis der Barnimstraße*

Die Kartei von Charlotte Behrends beinhaltet, wie oben erwähnt, 333 Karten. 1942 sind in ihr 37, 1943 118, 1944 150 und 1945 28 Namen erfasst. Die Mehrzahl der Frauen wurden also in den Jahren 1943 und 1944 enthauptet.

Das Spektrum der ihnen zur Last gelegten Straftaten reicht von Hoch- und Landesverrat (auch Bibelforscherinnen wurden des Hochverrats bezichtigt),<sup>41</sup> Wehrkraftzersetzung und Abhören von Feindsendern als politischen Delikten über Kriegswirtschaftsverbrechen, Plünderung und Brandstiftung bis zum klassischen Mord oder Mordversuch.

Der Fall der Landwirtin Frieda G. war von der konkreten historischen Situation geprägt. Sie wurde in Rostock zum Tode verurteilt, weil sie zusammen mit einem jungen französischen Zwangsarbeiter versucht hatte, ihren Mann umzubringen. Andere Straftaten hätten sich auch in der Weimarer Republik oder zu einer anderen Zeit ereignen können. So hatte sich die „gefährliche Sittlichkeitsverbrecherin“ Frieda F. des jahrelangen mehrfachen Kindesmissbrauchs bzw. der Beihilfe dazu schuldig gemacht. Auch sogenannte NN- („Nacht und Nebel“)Häftlinge, wie die 1904 geborene französische Résistancekämpferin Berthe (hier: Bertha) Warret, laut Kartei verurteilt wegen „Beihilfe zu bolschewistischem Umbruch“, mussten in der Barnimstraße auf ihre Hinrichtung warten. Insgesamt waren unter den „Todeskandidatinnen“ viele Ausländerinnen, vor allem Tschechinnen und Polinnen,<sup>42</sup> Französinnen und Belgierinnen.

Einige der zum Tode Verurteilten sind begnadigt worden (1943 waren es fünf, 1943 zehn, 1944 fünfzehn und 1945 zwei Frauen), und nicht alle übrigen starben in Plötzensee.<sup>42</sup> Die bulgarische Kommunistin Krystana (hier:

<sup>40</sup> Behrends, Liselotte Herrmann, Bl. 249.

<sup>41</sup> Zu ihnen gehörten u.a. Emma Zehden, Luise Graf, Helene Gotthold und Elise Geldmarker.

<sup>42</sup> 1942 und 1943 sollen laut Kartei je drei Frauen in andere Gefängnisse verlegt worden sein, 1944 waren es neun und 1945 zehn Frauen; außerdem sollen zwei Gefängnisse 1945

Christina) Janewa („Aufrecht, tapfer“) wurde laut Kartei im Oktober 1944 nach Halle überführt, wo ihr Leben am 23. Oktober endete. Anfang 1945 wurden mehrere Gefangene wegen des Vormarsches der Roten Armee nach Waldheim verlegt, darunter die schwedische „Landesverräterin“ Else Malmberg („scheinbar sehr aktiv im Baltikum für Russland gearbeitet“) und ihre Tochter Ulrika sowie Marie Priess aus dem Kreis der „Roten Kapelle“, die diesem Transport am 2. Februar 1945 nachgeschickt wurden. Marie Priess überlebte, das Schicksal der beiden Schwedinnen ist unbekannt.<sup>43</sup>

Einige der Karteikarten sind auf der Vorder- und der Rückseite beschrieben, viele enthalten aber nur sehr wenige Informationen. Manchmal notierte die Oberlehrerin bloß „Urlaub“ (Elisabeth U., „Volksschädling“, hingerichtet 1944). Leer ist auch die Karteikarte der Résistancekämpferin Wera Obolenskaja oder Vera Obolensky (hier: Obolenska), die im Juli 1944 in das Frauengefängnis überführt und am 4. August hingerichtet wurde.

Bei vielen Ausländerinnen fehlen nähere Angaben, immer wieder wird auf Verständigungsschwierigkeiten verwiesen, was darauf hindeutet, dass die Oberlehrerin kaum Fremdsprachen beherrschte. Möglicherweise lehnten aber auch manche der Frauen bewusst jede Kommunikation mit einer Beamtin des verhassten Feindes und Okkupanten ab. Nicht zu allen Gefangenen, deren Namen sie notierte, hatte sie also näheren Kontakt. Einige Frauen befanden sich nach ihrem Prozess offenbar nur kurze Zeit in der Barnimstraße, wie die Rechtsanwältin Dr. Elisabeth „Lilo“ Gloeden, über die es heißt: „kam gar nicht zur Besinnung (1½ Tage)“.

In Einzelfällen werden Konflikte mit Gefangenen oder deren Angehörigen angedeutet, wie bei der Kommunistin Irene Wosikowski, über die vermerkt ist: „Sehr liebes Verhältnis zur Mutter, die mich meines Amtes halber verabscheute. W. selbst vertrauend aufgeschlossen u. dankbar.“ Bei der Mutter handelte es sich um die frühere Hamburger KPD-Bürgerschaftsabgeordnete Alice Wosikowski, die selbst 1933 und 1936/37 in „Schutzhaft“ und 1939 bis 1941 im KZ Ravensbrück gefangen gehalten worden war.<sup>44</sup>

Charlotte Behrends war zum Teil auch für die Sprechstunden mit den Angehörigen zuständig, wie aus ihrem Eintrag zu Elisabeth Gross und aus dem Bericht der Zeitzeugin Eva O. hervorgeht.

---

„wegen Russeneinmarsch“ freigelassen worden sein.

43 In der im Internet veröffentlichten Liste der hingerichteten Frauen fehlen ihre Namen. Siehe [www.ml-architekten.de/barnim/html/1933\\_1945/namen.html](http://www.ml-architekten.de/barnim/html/1933_1945/namen.html).

44 Siehe Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008, S.1048.

*Lob politischer Gefangener*

Über den schwersten Teil ihrer Arbeit, die Betreuung der zum Tode Verurteilten, schrieb Charlotte Behrends später, Liselotte Herrmann habe sie dafür „planmäßig und in aller Freundschaft“ erzogen. So habe Lilo darauf hingewiesen, was die Frauen in ihrer Situation besonders quäle und welche Erleichterungen möglich wären. Außerdem stellte sie eine Liste von Büchern zusammen, die trösten oder ablenken konnten. Charlotte Behrends nahm die Unterstützung dankbar an: „Als sie mir nach einem Monat sagte, dass sie, die ‚Todeskandidatinnen‘, sehr zufrieden mit mir wären, und dass ich besonders gut geeignet wäre für diese Arbeit, da war das das größte Lob, das mir bisher in meiner Berufsarbeit zuteil geworden.“<sup>45</sup>

Die Oberlehrerin scheint nicht nur Lilo Herrmann, sondern die politischen Häftlinge generell bewundert zu haben. Sie äußerte sich in der Rubrik „Bemerkungen“ über sie oft ausführlicher. Dazu sollen hier noch einige weitere Beispiele aufgeführt werden.

Zur wegen „Landesverrats“ verurteilten jungen polnischen Schauspielerinnen Henrika „Nina“ Veith<sup>46</sup> notierte Behrends: „Überzeugungstat! Zierliche, bewegliche, blonde, blauäugige, sehr zarte Gestalt und Seele. Kindhaft rein, klar, aufgeschlossen, reif in Urteil u. Überzeugung“. Über die am selben Tag hingerichtete Sozialistin Ruth Oesterreich heißt es: „Überzeugungstat. Groß, sehr lebendig, hochintelligent, sehr in Sorge um die Tochter“. Irene Wosikowski wird als „reifer, leidgeprüfter, ernster, kluger, warmherziger Mensch“ charakterisiert, die Arbeiterin Auguste Haase (Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation) als „überzeugte Kommunistin“: „Dabei ganz schlichte, bescheidene, etwas ängstliche, an schweren Lebenskampf u. Leid gewöhnte Frau. Geschieden, 4 Kinder aufgezogen. [...] Reif. Stolz in aller Stille.“

Die Hochachtung und Sympathie, die sie den politisch Verurteilten schriftlich bezeugte, hätte Charlotte Behrends ihre Stellung und ihre Freiheit – wenn nicht sogar ihr Leben – kosten können, auch wenn anzunehmen ist, dass sie die Karten in ihrem Büro oder zu Hause unter Verschluss hielt. Sie befanden sich nicht, wie von den Biografen Judith Auers angenommen, in den Gefangenenakten, sonst wären sie heute mit diesen verschollen. „Die große Anteilnahme am Schicksal der Frauen“ spreche dagegen,

---

45 Behrends, Lieselotte Herrmann. (o.D.) SAPMO-BArch NY 4202 Bd. 14, Bl. 248.

46 Zu Henrika/Nina Veith (19.12.1914-25.6.1943) konnten keine näheren Angaben gefunden werden.

dass es sich um „eine offizielle Gefängniskartei“ handelte, meinte Géliu.<sup>47</sup> Dass die Kartei für kriminalbiologische Forschungen herangezogen werden sollte, ist ebenfalls unwahrscheinlich, auch wenn sie Anmerkungen über das Äußere und die „Reife“ der Gefangenen enthält.<sup>48</sup> So in der Einschätzung der jungen Liane Berkowitz („Rote Kapelle“), die in der Barnimstraße ein Kind gebar: „Leidenschaftlich, überzeugt, feurig, nicht gerade diszipliniert [...] Mitten in der Entwicklung.“

Eine heute nahezu unbekannte Beamtin hat also von 1938 bis 1945 eine schwer zu schätzende, auf jeden Fall sehr hohe Zahl von Frauen vor ihrer Hinrichtung betreut und den Gefangenen, vor allem den politisch Verurteilten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Respekt und Freundlichkeit erwiesen. Während die Leistungen der Gefängnispfarrer Harald Poelchau, Peter Buchholz und August Ohm Anerkennung gefunden haben und in Publikationen gewürdigt worden sind, ist Charlotte Behrends nur denjenigen, die sich näher mit dem Schicksal Liselotte Herrmanns befasst haben, überhaupt ein Begriff.

In seltenen Fällen – lediglich zwei sind bekannt – wurde nach dem Krieg versucht, von Ch. Behrends etwas über hingerichtete Frauen zu erfahren, und sie selbst hat sich trotz ihrer erschütternden Erlebnisse weder an die Öffentlichkeit gedrängt, noch das Bedürfnis oder die Möglichkeit gehabt, sich in publizistischer Form mitzuteilen. Wie ihre detaillierten Erinnerungen an Liselotte Herrmann beweisen, wäre sie eine wertvolle Zeitzeugin gewesen. Die im Internet veröffentlichte Liste der hingerichteten Frauen aus der Barnimstraße stützt sich wohl im Wesentlichen auf ihre Kartei.<sup>49</sup> Dabei handelte es sich, wie erwähnt, keineswegs bei allen Frauen um Gegnerinnen der NS-Diktatur. Im Einzelfall muss abgewogen werden, ob es im Interesse der Verurteilten und ihrer Familienangehörigen ist, die Taten öffentlich zu machen.

Keinen Zweifel kann es im Fall der 26-jährigen polnischen Zwangsarbeiterin Bronislawa Czubakowska geben, die wegen vorsätzlicher Brandstiftung zum Tode verurteilt worden war und sich einen Monat in der Barnimstraße befand, („beteuerte Unschuld bis zuletzt, wirkte nicht kriminell, kaum Verständigung“). In den Jahren 2005 bis 2007 erarbeitete ein deutsch-polnisches Schülerprojekt ihre Leidensgeschichte, eine Ausstel-

---

47 Géliu, *Frauen in Haft*, S. 233, Anm. 358.

48 „Untersuchungen an weiblichen jugendlichen Kriminellen im Frauengefängnis Berlin“ seitens der Kriminalbiologischen Forschungsstelle erwähnt Hans Reiter: *Das Reichsgesundheitsamt 1933-1939. Sechs Jahre nationalsozialistische Führung*, Berlin 1939, S.356.

49 Siehe [www.ml-architekten.de/barnim/html/1933\\_1945/namen.html](http://www.ml-architekten.de/barnim/html/1933_1945/namen.html) sowie bei Wikipedia. Die Liste wurde nachträglich ergänzt und bearbeitet.

lung entstand, und im August 2007 wurde eine große Gedenktafel für sie am Amtsgericht ihrer Heimatstadt Zgierz angebracht.<sup>50</sup> Leider wurde die Kartei dafür ebenso wenig genutzt<sup>51</sup> wie für die Biografie der dem Kreis der „Roten Kapelle“ angehörenden Tänzerin Oda Schottmüller von Geertje Andresen. In der Lebensbeschreibung Elisabeth von Thadden wird Charlotte Behrends zwar erwähnt, die betreffende Karteikarte aber nicht zitiert.<sup>52</sup> Für einen Aufsatz über die ehemalige Kommunistin Elisabeth Gross<sup>53</sup> („Schwer nervenkrank, unbedingt anstaltsaufnahmebedürftig“) wurde die Kartei ebenso wenig herangezogen wie für eine biografische Skizze zu Ruth Oesterreich.<sup>54</sup> Man muss also davon ausgehen, dass die Kartei nach wie vor als Quelle nicht bekannt genug ist.

Nicht wenige der ermordeten Antifaschistinnen sind in Vergessenheit geraten, wie die erste von den Nazis zum Tode verurteilte tschechische Widerstandskämpferin, die Journalistin Irena Bernášková (1904-1942), die in ihrem Heimatland erst vor wenigen Jahren wiederentdeckt wurde.<sup>55</sup> In der Kartei heißt es zu ihr: „Ganz edle, [...] ideale fanatische Tschechin“. Auch die einstige Vorsitzende des Roten Kreuzes in Plzeň (Pilsen), Miloslava Gschwindová (hier: Miroslava Gschwind, 1904-1942) ist kaum noch bekannt.<sup>56</sup> Über die Studentin Gertruda Racaite (1921-1942) habe ich keinerlei nähere Angaben gefunden.<sup>57</sup> Gerade in solchen Fällen wenig oder gar

50 Siehe [www.stadt-brandenburg.de/.../Bronislawa\\_Projektbeschreibung.pdf](http://www.stadt-brandenburg.de/.../Bronislawa_Projektbeschreibung.pdf), [www.schule-museum.de/brandenburg/bronislawa.htm](http://www.schule-museum.de/brandenburg/bronislawa.htm).

51 Siehe Klaus Leutner: Im Namen des Deutschen Volkes? Auf der Grabsuche nach Bronislawa Czubakowska, Gedenkstättenrundbrief 135, S.27-40. Siehe auch [www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief](http://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief).

52 Siehe Uta Herold/Matthias Riemenschneider: Die letzten Jahre. Berlin 1941 bis 1944, in: Riemenschneider/Thierfelder (Hrsg.), Elisabeth von Thadden, S.134-157, hier S.150, 157, Anm. 64.

53 Siehe Angelika Arenz-Morch: Wegen „wehrkraftzersetzender Äußerungen“ hingerichtet, [www.mainz1933-1945.de/Arenz\\_Morch\\_Elisabeth\\_Gross.pdf](http://www.mainz1933-1945.de/Arenz_Morch_Elisabeth_Gross.pdf).

54 Siehe Birgit Schmidt: Wer war Ruth Oesterreich? Auf den Spuren einer vergessenen Sozialistin, Lich 2011.

55 Irena „Inka“ Bernášková (7.2.1904-26.8.1942), Journalistin. Siehe Petr Koura: Inka Bernášková – statečná žena ze Spořilova [Inka Bernášková eine mutige Frau aus Spořilov], 2005, online unter: <http://www.sporilov.info>. 2011 wurde ihr ein Dokumentarfilm gewidmet. In Perk/ Desch, Ehrenbuch ist sie nicht verzeichnet.

56 Siehe Dagmar V. Posedulová: Kamil Gschwind (1932-2005), in: Zprávy SVU (SVU News), 2006, No. 1, S.1-15, hier S.14. Miloslava Gschwindová ist ohne nähere Angaben im „Ehrenbuch der Opfer von Berlin-Plötzensee“ aufgelistet. Siehe Perk/Desch, Ehrenbuch, S.149 (Gschwind, Miloslava).

57 Siehe Perk/Desch, Ehrenbuch, S.205.

nicht erforschter Biografien kann die Kartei wichtige Hinweise geben. Die Eintragungen von Charlotte Behrends sind als subjektives Zeugnis natürlich kritisch zu hinterfragen. So heißt es z. B. auf der Karte zu Oda Schottmüller („Reifer, wertvoller Mensch“), diese habe kein Gnadengesuch geschrieben. Tatsächlich hatte sie das lange Zeit abgelehnt, bis sie sich schließlich doch von ihrer Mutter dazu überreden ließ – möglicherweise wurde das Gesuch dann von ihrem Anwalt verfasst.<sup>58</sup>

Ein gravierendes Problem ergibt sich daraus, dass in der Kartei in vielen Fällen das Todesdatum ungenau, etwa mit dem Monat oder sogar nur dem Jahr angegeben ist; erst 1945 sind die Daten bis auf zwei Ausnahmen präzise.<sup>59</sup> Daher vermute ich, dass die Kartei in der vorliegenden Form frühestens seit Herbst 1944 – unter dem Eindruck des nahenden Kriegsendes – unter Zuhilfenahme der Postliste und einiger Personalbögen gestaltet wurde. Vermutlich hatte die Oberlehrerin vorher schon einzelne Karten ausgefüllt oder sich Aufzeichnungen gemacht. Ein erheblicher Teil der Karten ist aber wohl nicht während des Kontakts mit den Gefangenen oder unmittelbar nach ihrem Tod entstanden. Welche Folgen dieses Vorgehen haben konnte, zeigt sich besonders deutlich bei Gerda Boenke (KPD), über die es heißt, sie sei am 2. Februar 1945 wegen des Vormarschs der Roten Armee in ein anderes Gefängnis verlegt worden: In Wirklichkeit war sie schon am 10. November 1944 hingerichtet worden.<sup>60</sup>

### *Das Schicksal der Kartei*

Im Januar 1951 erhielt Charlotte Behrends ein Schreiben von Hilde Schneller, der Witwe Ernst Schnellers und Mitarbeiterin der Forschungsstelle der Berliner VVN: „Von Herrn Pölchau [sic] erfuhr ich, daß Sie in der Barnimstraße gearbeitet haben und noch im Besitz einer Kartei sind. Es ist beabsichtigt, in dem Frauengefängnis Barnimstraße eine Gedenktafel für die ermordeten antifaschistischen Frauen anzubringen. Wir suchen nun dringend nach Unterlagen, damit die Liste [...] möglichst vollständig wird.“<sup>61</sup>

58 Siehe Andresen, *Tänzerin*, S.296f.

59 Eine stichprobenartige Überprüfung der Karten des Jahres 1944 ergab zudem, dass auch die von Behrends detailliert angegebenen Daten nicht immer richtig sind.

60 Gerda Boenke, Arbeiterin, Mitglied des KJVD und der KPD, wurde wegen regimiekritischer Äußerungen am 9.11.1944 zum Tode verurteilt und am folgenden Tag in Plötzensee hingerichtet. Siehe Perk/Desch, *Ehrenbuch*, S.93.

61 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep 214, Nr. 36, Bl. 27. Das Vorhaben, eine Gedenktafel anzubringen, wurde schließlich aus unbekanntem Gründen von „oben“ abgelehnt.

Charlotte Behrends, die sich damals aus gesundheitlichen Gründen für einige Zeit in der Kanalstraße 22 in Rudow aufhielt, wo sie offenbar über keine Schreibmaschine verfügte, antwortete am 2. Februar 1951 handschriftlich: „Gern will ich Ihnen helfen, zumal ich gerade sowieso mit den Problemen beschäftigt bin. Nur: meine Kartei wurde eingeordnet in die Mordkartei bei der deutschen Justizverwaltung in der Dorotheenstraße, dort muss sich auch eine namentliche Liste der Frauen befinden. Nach dem Doppel fahnde ich ohnehin schon eine Woche lang, ich hatte es anlässlich eines Referats zuletzt am 29.4.1950 in der Hand.“<sup>62</sup> Sie fügte hinzu, sie habe bei Dr. Werner Gentz, dem Leiter der Abteilung Strafvollzug der Deutschen Justizverwaltung der SBZ, angefragt, ob die Liste eventuell ausgeliehen werden könne. Als Leiter einer Arbeitsgruppe „zur Sichtung und Auswertung des belastenden Materials gegen das NS- Gefängnis- und Lagerpersonal“ hatte er u. a. Akten des Volksgerichtshofs und Listen politischer Gefangener beschafft.<sup>63</sup>

Im Zusammenhang mit dem Gedenktafel-Vorhaben hatte die damalige Direktorin des Frauengefängnisses Barnimstraße Ilse Ringk mit Datum vom 26. Oktober 1950 eine „Aufstellung über die hier noch vorhandenen Karteikarten der während der Zeit des Hitler-Faschismus zum Tode Verurteilten“ anfertigen lassen.<sup>64</sup> Es handelt sich um 41 Namen von Frauen, die wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Landesverrat, Wehrkraftzersetzung und „Heimtücke“ zum Tode verurteilt wurden; es sind auch Fälle von Kriegswirtschaftsverbrechen, Plünderung, fortgesetztem Taschendiebstahl, Amtsverbrechen, Unterschlagung, Betrug, Brandstiftung und „Vergehens gegen die Volksschädlinge V.O. [Verordnung, C.F.]“ dabei. Unter den politischen Fällen befinden sich die weiblichen Mitglieder der Herbert-Baum-Gruppe, an erster Stelle Marianne Baum. Am Schluss der Liste ist, wohl aufgrund besonderer Nachfragen der VVN, vermerkt:

„Für die Nachstehenden wurden keine Karten mehr aufgefunden:

42. Olga Benario-Prestes

43. Lieselotte Hermann [sic]

44. Hildegard Koppo [handschriftl. korr.: Coppi]

45. Elisabeth von Thadden

46. Irene Bernascova [sic] aus Prag

47. Gerda Boenke, geb. 12.10.1913 in Berlin Bln.-Friedrichsh.

---

62 Ebenda, Bl. 45 + RS.

63 Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit, Göttingen 2005, S.144.

64 BLHA, Rep. 214 Nr. 36, Bl. 8-12.

48. Charlotte Eisenblätter, geb. 7.8.03 in Bln.

49. Hilde Coppi, geb. 30.5.09 in Berlin Reinickendorf, Kol. Am Waldessaum 114<sup>65</sup>

Hinter diesen Namen wurden nachträglich Korrekturen und Notizen angebracht, die nahelegen, dass zu Lilo Herrmann, Elisabeth von Thadden und Hilde Coppi doch noch Karteikarten entdeckt wurden. Es ist unwahrscheinlich, dass es sich dabei um die von Charlotte Behrends angefertigten handelte. Zwar liegen zu Coppi, von Thadden, Eisenblätter und Bernášková Karteikarten von ihrer Hand vor, doch enthält die von der Direktorin aufgestellte Liste Informationen, die auf den Karteikarten von Charlotte Behrends fehlen, wie der letzte Wohnsitz der Gefangenen, ihr Geburtsname und der Tag ihrer Überführung nach Plötzensee.

In einem Schreiben an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin hatte Ilse Ringk, damals Erste Oberin des Frauengefängnisses, im Februar 1946 mitgeteilt: „Die Unterlagen, welche für die Zeit vor 1940 gelten, sind nicht mehr vorhanden und diejenigen ab 1940 auch nur noch unvollständig, da bei dem Russeneinmarsch viele Karteikarten durch die Russen vernichtet worden sind.“<sup>66</sup>

Nach dem Krieg war Charlotte Behrends in Berlin beim Arbeitsamt tätig.<sup>67</sup> Sie selbst gab als ihre Dienstadresse im Frühjahr 1948 das Hauptberufsamt am damaligen Georgenkirchplatz in Berlin-Mitte an.<sup>68</sup> Dort gehörte sie auch dem Gefängnisbeirat an.<sup>69</sup> Ihr Wohnbezirk Treptow stand nach der Aufteilung Groß-Berlins in vier Sektoren unter sowjetischer Kontrolle. Der sowjetische Militärkommandant des Bezirks hatte sein Quartier in der Fennstraße 18-22 in Niederschöneweide, nur gut einen Kilometer von ihrem Häuschen entfernt.<sup>70</sup>

Das weitere Schicksal von Charlotte Behrends ist unbekannt. Möglicher-

65 Ebenda, Bl. 11 RS.

66 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Archiv, MfS HA IX/11 SV 19/77, Bd. 31. Die Reste der Gefangenenkartei der Barnimstraße befinden sich heute im LAB (A Rep 365).

67 Siehe Ringk, Direktorin des Frauengefängnisses an Ehrengard Schramm, 21.1.1948, Familienarchiv von Thadden, zit. nach: Riemenschneider/Thierfelder, Elisabeth von Thadden, S.157.

68 Behrends, Lieselotte Herrmann (19.4.1948), Bl. 238. Dort gab sie ihre private Adresse sowie „Dienstlich: Hauptberufsamt/ Berlin C.2./ Georgenkirchplatz 8-10“ an.

69 LAB, C Rep. 303, Nr. 285, Besprechungen der Leiter der Strafvollzugsanstalten. In einer Besprechung vom 7.7.1949 äußerte sich „Frl. Behrends“ u. a. zur Arbeitsvermittlung für jugendliche ehemalige Gefangene.

70 Siehe Wikipedia-Stichwort: Berlin-Niederschöneweide.

weise hat sie noch bis zu ihrem 60. Lebensjahr oder darüber hinaus gearbeitet. Am Ende ihres Lebens verzog sie in ein Altersheim nach Westberlin.<sup>71</sup> Sie starb hochbetagt am 2. Dezember 1991 in Berlin und war zuletzt im Seniorenheim der Wilmersdorfer Seniorenstiftung in der Lentzeallee 2 in Berlin-Schmargendorf an der Grenze zu Dahlem, unweit des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, gemeldet.<sup>72</sup> Sie wurde eingäschert und im Januar 1992 in einem anonymen Urnengrab auf dem Friedhof Schmargendorf beigesetzt. Es gibt keinen Hinweis auf Verwandte oder auf einen Nachlass.<sup>73</sup>

So ist diese wichtige Zeitzeugin, die nahezu alle von 1938 bis 1945 hingerichteten Antifaschistinnen kannte und über sie hätte berichten können, einsam und vergessen gestorben. Kein Historiker, kein Publizist und kein Angehöriger der ermordeten Frauen hat offenbar in all den Jahrzehnten geahnt, dass sie noch am Leben war!

Ihre Kartei wurde aus dem Besitz der damaligen Justizverwaltung der SBZ in das Mitte der 1950er-Jahre gegründete NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR übernommen, in dem u. a. auch Akten zu Zwangsarbeitern sowie Unterlagen der Entnazifizierungskommissionen aufbewahrt wurden. Ob und in welcher Weise die Kartei dort Verwendung fand, ist unbekannt. Erst 1990, nach der Auflösung des MfS, als das „NS-Archiv“ zuerst in das Zentrale Staatsarchiv der DDR und dann ins Bundesarchiv überführt wurde, kam sie wieder zum Vorschein und ist heute Historikern zugänglich.

Sie stellt eine noch nicht genügend erschlossene Quelle für die biografische Forschung, auch zu ausländischen Opfern und Gegnerinnen des „Dritten Reiches“, sowie für die Untersuchung der rechtlichen Situation der Frauen unter dem NS-Regime dar. Es wäre zu begrüßen, wenn die Karteikarten der politisch Verurteilten digitalisiert und ins Internet gestellt würden, um den Zugang für in- und ausländische Nutzern – nicht nur aus wissenschaftlichen, sondern auch aus rein menschlichen Erwägungen, im Rahmen der (tatsächlich ja gar nicht zu leistenden) „Wiedergutmachung“. Denn für die Hinterbliebenen sind die Notizen der Charlotte Behrends ein bewegendes letztes Zeugnis vom Leben der ermordeten Frauen.<sup>74</sup>

---

71 Auskunft von Fam. Peschel, Berlin, 18.10.2011.

72 Auskunft Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, 9.11.2011.

73 Auskunft Frau Klocke, Friedhofsverwaltung Ruhleben/Schmargendorf, 20.1.2012.

74 Das wird u. a. am Beispiel von Hans Coppi deutlich.

# Biografisches

## Dr. Maria Grollmuß (1896-1944): eine fast vergessene Grenzgängerin<sup>1</sup>

Gerhard Schäfer

### *1. Gespaltene Erinnerungspolitik in BRD und DDR: Das Beispiel Dr. Maria Grollmuß*

Am 22. September 1944 notierte Pater Leo Labus in der Chronik der katholisch-sorbischen Pfarrei Radibor: „Ein Begräbnis von einer ganz einzigartigen und bedeutsamen inneren Einprägsamkeit. Eine Urne wird auf unserem Friedhof beigesetzt; sie birgt die Asche der verstorbenen Studienassessorin Maria Grollmuß, die aus Radibor stammte. Wegen ihrer politischen Gesinnung war sie im Jahre 1934 verhaftet worden, hatte fast 6 Jahre im Zuchthaus in Waldheim und fast 4 Jahre im Frauenkonzentrationslager in Ravensbrück in Mecklenburg zugebracht, wo sie am 6. August 1944 starb. Ihre Leiche wurde verbrannt, die Urne ihrer Schwester zugesandt. – Die Beteiligung an der Beisetzung war entgegen meiner Erwartung und Einladung sehr gering, und auch wieder ein Beweis, wie stark die Menschen durch all die Bespitzelung und Bedrohung eingeschüchtert sind.“<sup>2</sup>

Bis zum Ende des Kalten Krieges und der Implosion des Sozialismus in der DDR hatten nur wenige ehemalige Weggefährtinnen und Weggefährten die Erinnerung an Maria Grollmuß wachgehalten. In der SBZ und der DDR wurde sie entweder als „sorbische Patriotin“ charakterisiert, so durch die sorbische Schriftstellerin Maria Kubasch in ihrem verdienstvollen his-

---

1 Der vorliegende Text beruht auf der Auswertung folgender Archivalien: 1. Sorbisches Kulturarchiv Bautzen (SKB), Nachlass Cäcilia Grollmuß; Nachlass Maria Kubasch; 2. Universitätsarchiv Leipzig (UAL), Phil. Fak., Prom.-Akte Nr. 335, Film 482, Anf. z. Ns. 268, Bl. 67; 3. Universitätsarchiv Humboldt-Universität zu Berlin (HUB), Matrikel Nr. 2362, 112. Rektorat, Phil. Fak. der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin; 4. Bundesarchiv - Berlin-Lichterfelde (BArch), Akten des Volkgerichtshofes, Berlin 1934 f.; 5. Archiv Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (A-MGRA).

2 Elisabeth Prégardier/Anne Mohr (Hrsg.): Briefe nach Radibor: Maria Grollmuß (1896-1944). Aus dem Zuchthaus Waldheim und dem Konzentrationslager Ravensbrück von 1938-1944, Annweiler 2000, S.159.

torisch-biografischen Roman „Sterne über dem Abgrund“,<sup>3</sup> oder aber als der Arbeiterklasse verbundene „antifaschistische Widerstandskämpferin“,<sup>4</sup> der verschiedene Ehrungen zuteil wurden. Es erfolgten literarische Würdigungen, Straßen und Schulen wurden nach ihr benannt, 1959 gab es eine eigens ihr gewidmete Briefmarke.<sup>5</sup> Während also Maria Grollmuß in der DDR, vor allem auch in der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“, einen würdigen Platz als Widerstandskämpferin einnahm, blieb sie in der alten Bundesrepublik nahezu unbekannt.

Der linke Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung war in den Fünfzigerjahren kaum politisch hoffähig und geriet totalitarismustheoretisch unter Generalverdacht. Vor allem an den Universitäten war es „die schlimmste Belastung“, wie Wolfgang Abendroth formulierte, „gegen den Faschismus gekämpft zu haben“.<sup>6</sup> Der Adenauer-Erlass vom September 1950, mit dem Mitglieder von als verfassungsfeindlich angesehenen Organisationen (z. B. KPD, FDJ oder VVN) aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden konnten, und das Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 hatten erheblich dazu beigetragen, in der Bundesrepublik ein Klima gegen Kommunisten und die Linke insgesamt zu erzeugen, das der McCarthy-Ära in den USA vergleichbare Züge trug.

Noch Mitte der Sechzigerjahre bescheinigte Reinhard Kühnl in seiner Analyse des Dritten Reichs in der Presse der Bundesrepublik<sup>7</sup> eine lediglich formale Verurteilung der Verbrechen der Nazis und eine völlig einseitige Fixierung auf den Widerstand des 20. Juli. Angesichts dieses tief verwurzelten antikommunistischen Geschichtsbildes war es nicht verwunderlich, dass der einzige Marxist auf einem politikwissenschaftlichen Lehrstuhl, der bereits erwähnte Wolfgang Abendroth, in Marburg eine Reihe von Dissertationen zu den sogenannten Zwischengruppen der Arbeiterbewegung und ihrem Anteil an dem frühen antifaschistischen Widerstand an-

---

3 Maria Kubasch: *Sterne über dem Abgrund: das Leben von Maria Grollmuß*, Berlin 1976.

4 Werner Bramke: *Sachsen unter der faschistischen Diktatur (1933-1945)*, in: Karl Czok (Hrsg.): *Geschichte Sachsens*, Weimar 1989, S.480-517, hier S.493 – allerdings mit zwei Ungenauigkeiten/Fehlern: M. Grollmuß war primär Historikerin, sie starb 1944, nicht 1940.

5 Siehe Liselotte Thoms-Heinrich: *Über allem Schmerz steht die Hoffnung*, in: Sigrid Jacobeit/Liselotte Thoms-Heinrich: *Kreuzweg Ravensbrück. Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpfer*, Köln 1987, S.37-47.

6 Wolfgang Abendroth: *Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche aufgezeichnet und hrsg. von Barbara Dietrich und Joachim Perels*, Frankfurt/Main 1976, S.216.

7 Siehe Reinhard Kühnl: *Das Dritte Reich in der Presse der Bundesrepublik. Kritik eines Geschichtsbildes*, Frankfurt/Main 1966, S.173-181.

geregelt hat, in denen auch Maria Grollmuß behandelt wurde. Gleichwohl waren diese wissenschaftlich ertragreichen Publikationen kaum in die öffentlichen historisch-politischen Debatten eingeflossen.

Umso mehr überraschte es, dass der beim Bayerischen Rundfunk damals für Kulturpolitik zuständige Journalist Leonhard Reinisch in einer Sendung des NDR vom 5. April 1972 unter dem Titel: „Maria Grollmuß oder getrennte Deutschländer – getrennte Vorbilder“ sich der religiösen Sozialistin Maria Grollmuß widmete und erste interpretative Hinweise zu den tiefer liegenden Ursachen des „Divided Memory“ (Jeffrey Herf) lieferte: „Doch die Schulbuchvorbilder in den beiden Deutschlands deckten sich in der Zeit des Kalten Krieges nicht, konnten es nicht. Wie sollte man gleichzeitig die Kirche bekämpfen und den Jesuiten Alfred Delp verherrlichen oder den Kommunismus bekämpfen und dessen Vorkämpfer Ernst Thälmann als Antifaschisten feiern? In diesen Tagen ist mir auf zweifache Weise der Name Maria Grollmuß begegnet. Bei uns weiß niemand von ihr. Warum haben sich bei uns die reichen Erben der Zentrumsparterie nicht erinnert, wo sie doch so gern von Tradition sprechen? Und warum die Kirche nicht, die doch weiß, was Glaubenszeugen wert sind? Gewiß erst nach dem Tod, denn im Leben sind die besten Heiligen unbequem. Maria Grollmuß könnte ein Bindeglied zwischen den beiden deutschen Teilen sein, deren wir doch so viele brauchten.“<sup>8</sup>

Nach den Umbrüchen 1989/90 wurde das Terrain für eine religiös-katholische Vereinnahmung der „Glaubenszeugin“ Maria Grollmuß frei-

---

8 Zit. nach: Birgit Sack: Maria Grollmuß (1896-1944), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 11, Münster 2000, S.75-93, hier S.76. Den Forschungsergebnissen der Autorin verdanke ich im Übrigen viel. Die bei W. Abendroth am Marburger Institut für politische Wissenschaft erarbeiteten Dissertationen mit Bezug auf Maria Grollmuß oder die Zwischengruppen sind: Kurt Kliem: Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, Diss. phil. Marburg/L. 1957; Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964; Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965, S.195f., 302, 307; Jutta von Freyberg: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934-1937, Köln 1973, S.168f. In den Achtzigerjahren eine weitere wichtige Studie: Jan Foitzik: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986, S.276.

gegeben, und zwar in populärwissenschaftlicher Form durch zwei engagierte Katholikinnen aus dem Umkreis von Rita Süßmuth, nämlich Elisabeth Prégardier und Anne Mohr,<sup>9</sup> und auf anspruchsvollerem Niveau historischer Geschichtsforschung durch Birgit Sack, die jetzige Leiterin der Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden, jenem Gefängnis-Ort, in dem Maria Grollmuß vor und nach ihrer Zuchthausstrafe untergebracht war.<sup>10</sup> Besonders diese jüngeren Interpretationen verabsolutierten einseitig bestimmte Aspekte ihrer Persönlichkeit und ihres politischen Wirkens unter der Rubrik „Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts“.<sup>11</sup> Sie übersahen die vielfachen Brüche und Wandlungen in Maria Grollmuß' Lebensweg und wurden so der Ganzheit ihrer sich in den historisch-politischen Widersprüchen ihrer Zeit herausbildenden Persönlichkeit nicht gerecht.

Dr. Maria Grollmuß verkörperte ein alternatives Politikmodell, das jenseits aller männlich dominierten, institutionellen und parteipolitischen Schablonen einen ganz anderen Zugang zu Mensch, Geschichte und Politik eröffnet. Nicht nur insoweit können auch heute noch Lernprozesse von ihr ausgehen. Sie können einen neuen Blick sowohl auf den Lebens-Zusammenhang von Geschlecht und Demokratie als auch auf eine grundsätzlich andere Art und Weise, Politik zu betreiben, werfen. Darüber hinaus sind die inhaltlichen Umrisse ihrer politischen Konzeption zwischen Christentum, Sozialismus und Internationalismus (mit osteuropäischem Profil in Richtung Polen und Tschechoslowakei) vor dem Hintergrund der von ihr immer wieder praktisch gelebten Einheit der Linken gerade gegenwärtig von Bedeutung. Ihr politisches Suchen, vom linken Zentrum über SPD, KPD, KPD-O, SAP und Revolutionäre Sozialisten Deutschlands (RSD) – nicht untypisch für viele Frauen und Männer der sogenannten Zwischengruppen, deutet auf fundamentale Schwächen hinsichtlich innerparteilicher Demokratie und Funktionärsherrschaft in den institutionellen Apparaten von Parteien hin und verlangt auch heute noch nach neuen Antworten.

---

9 Prégardier/Mohr (Hrsg.), Briefe.

10 Birgit Sack: Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19-1933), Münster u. a. 1998, S.452.

11 Dies.: Maria Grollmuß (1896-1944), in: Karl-Joseph Hummel/Christoph Strohm (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Leipzig 2002, S.242-259.

*2. Sorbisch-katholische Sozialisation bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*

Am 24. April 1896 in Leipzig geboren, wuchs Maria Grollmuß zusammen mit ihrer zwei Jahre jüngeren Schwester Cäcilia (Cilla) in einem bürgerlich-katholischen Elternhaus auf. Die Mutter, Karoline Koelitz, die bereits 1911 an Tuberkulose starb, entstammte einer Karlsruher Fabrikantenfamilie. Der Vater, Dr. Johannes Grollmuß, war der älteste Sohn eines sorbischen Kleinbauern aus Radibor bei Bautzen. Radibor gehörte zu jenen katholischen Dörfern in der Oberlausitz, deren Bewohner bis ins 20. Jahrhundert hinein ausschließlich sorbisch sprachen. Bis heute verschmelzen in dieser Gegend sorbisches Brauchtum und katholischer Ritus in spezifischer Weise. Dr. Johannes Grollmuß arbeitete sich vom Hilfslehrer bis zum Direktor der ersten katholischen Bürgerschule in Leipzig empor, die es der katholischen Minderheit ermöglichte, ihre Kinder in ihrem Glauben erziehen zu lassen.

Maria und Cäcilia Grollmuß verbrachten ihre Kindheit in Leipzig und Radibor, wo der Vater auf dem elterlichen Gartengrundstück gebaut hatte. Die Familie weilte vor allem in den Ferien in Radibor, wo sie unter den Dorfbewohnern eine Sonderstellung einnahm. Die sorbische Schriftstellerin Maria Kubasch schilderte den ersten Auftritt der Mutter Karoline mit ihren beiden Töchtern in der Radiborer Pfarrkirche im Rückblick wie folgt: „Eines Sonntags, als der Gottesdienst in unserer Kirche schon begonnen hatte, öffnete sich die Tür im linken Seitenschiff, und herein traten zögernd zwei Kinder, Mädchen in schneeweißen Kleidern, mit breiten, weißen Schmetterlingsschleifen im Haar. Das war ja etwas ganz Außergewöhnliches in der Kirche des sorbischen Dorfes: Mutter und Kinder in städtischer, ‚deutscher‘ Kleidung! Das Bild unserer Kirche beherrschte der sorbische Sonntagsstaat der Frauen. Wir empfanden sofort, daß da die ferne Großstadt zu uns kam, obwohl wir sie gar nicht kannten.“<sup>12</sup> Vater Grollmuß ließ seine Töchter an sorbisch-katholischen Traditionen und an seiner Vorliebe für die slawische Literatur und Kultur teilhaben. Die sorbische Sprache jedoch lernten sie bei ihm nicht.

Im Anschluss an den Besuch der Leipziger katholischen Bürgerschule und einen einjährigen Aufenthalt in einem von katholischen Ordensschwestern geführten Pensionat in Lüttich (Belgien) in den Jahren 1910/11, wo sie Französisch lernte, besuchte Maria Grollmuß die Städtische Schule für Frauenberufe, um dann Ostern 1913 in das Städtische Lehrerinnensemi-

---

12 Kubasch, Sterne, S.10f.

nar zu Leipzig einzutreten. Weihnachten 1917 verließ sie die von dem bekannten Reformpädagogen Hugo Gaudig geleitete Einrichtung mit der Kriegsreifeprüfung. Damit besaß sie die Lehrbefähigung als Hilfslehrerin oder Vikarin an öffentlichen Volksschulen. Ab Ostern 1919 besuchte Maria Grollmuß die I. Höhere Mädchenschule mit Studienanstalt und legte Ostern 1920 das Abitur ab.

Entgegen der Absicht seiner älteren Tochter, ein Hochschulstudium aufzunehmen, hatte Johannes Grollmuß zunächst auf einer Lehrerinnenausbildung bestanden, galt doch der Lehrberuf lange Zeit als einzig akzeptable Form des Broterwerbs für bürgerliche, ledige Katholikinnen. Die nicht sehr glücklichen Berufserfahrungen von Maria Grollmuß in der katholischen Bürgerschule dürften den Wunsch, ein Studium aufzunehmen, verstärkt haben, was sich in ihrem Tagebuch ausdrückt: „Rückkehr nach Leipzig in verhaßte Arbeit, Berufsekel, Examensnot“ oder „ekelhaftes Schulehalten.“ (27. März 1919 und 25. April 1920)<sup>13</sup>

### *3. Zwischen linkem Zentrum und sozialistischer Demokratie*

Erst die Novemberrevolution, die die 22-jährige in Leipzig als teilnehmende Beobachterin mit wachsender Faszination erlebte, führte bei Maria Grollmuß zu einer nachhaltigen Politisierung. Vor dem Weltkrieg hatte sie, wie viele andere bürgerliche Jugendliche, dem „Wandervogel“ angehört und erkannte nun die politische Bedeutung der Revolutionszeit auch für sich. Ihr Tagebucheintrag vom 1. August 1919 brachte diese Wandlung deutlich zum Ausdruck: „Vor 5 Jahren war ich ein anderer Mensch. Mein damaliges Ich kommt mir vor wie aus einer andren Welt, und es kommt mir vor als wenn es durch furchtbar lange Zeit von mir getrennt wäre.“<sup>14</sup> Die Ereignisse von 1918/19 führten sie zum ersten Male in die Nähe der Lebenswelt der Arbeiterschaft. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 gab Maria Grollmuß der SPD ihre Stimme, bei der sie „den tiefen Willen zu einem ganz neuen schöpferischen Anfang“ festgestellt zu haben glaubte – so ihr Tagebuchkommentar vom 25. April 1920. Ihre charakteristische Neigung, sich entschieden und kompromisslos für eine Idee zu engagieren, sollte sich hier zeigen: „Ich war soeben bewußt Sozialistin geworden.“<sup>15</sup>

---

13 Zitate nach der Kopie der tagebuchartigen Aufzeichnungen von Maria Grollmuß 1918-1920, SKB, NL Cäcilia Grollmuß.

14 Tagebucheintrag vom 1. August 1919.

15 Tagebucheintrag vom 25. April 1920.

In diese Phase der politischen Bewusstwerdung zwischen dem November 1918 und dem Ende der Pariser Friedensverhandlungen im Juni 1919 fällt auch die beginnende Autonomisierung der Sorben und Maria Grollmuß' Reflexion der „sorbischen Frage“.<sup>16</sup> Dies stand allerdings nicht im Widerspruch zu dem gerade geweckten Interesse an einem Engagement für ein „neues Deutschland“, wie ihr Tagebuch 1919/20 ausweist. Wie ihr Vater war sie Mitglied der sorbischen wissenschaftlichen Vereinigung „Macica Serbska“, und im Dezember 1919 gehört sie – noch als Oberprimarin – zu den sechs jungen Frauen, die die „Wita“ gründeten, einen kurzlebigen Verein sorbischer Studentinnen, die der „Glaube an den sorbischen Namen, die Hoffnung auf die sorbische Zukunft und die Liebe zur sorbischen Erde“<sup>17</sup> verband. Dabei verknüpfte sie ihren Einsatz für den Bestand des sorbischen Volkes als ethnischer Minderheit in Deutschland und für die Erhaltung der sorbischen Sprache und Kultur mit einem sozialistischen Politikansatz für ganz Deutschland.

Als sie im Mai 1920 an der Leipziger Universität ihr Studium der Geschichte, Germanistik und Romanistik für das Höhere Lehramt begann, zählte sie mit zwei weiteren Studentinnen zu den zweiundzwanzig Gründungsmitgliedern des Sozialistischen Studentenbundes in Leipzig, zu denen einige später bekannte Wissenschaftler gehörten, darunter Ludwig Preller, Karl Christian Thalheim und Otto Stammer, der bald zum Vorsitzenden der Gruppe im Deutschen Reich und in Österreich aufsteigen sollte.<sup>18</sup> Für die Frühphase der Weimarer Republik ist kennzeichnend, dass die linken Gruppierungen unter den Studierenden zahlenmäßig sehr klein waren und nach der Novemberrevolution rasch an Bedeutung verloren.

Das Minoritätsgefühl dürfte ebenso für das „Republikanische Studentenkartell“ aus SPD, DDP und Zentrum, dem sich Maria Grollmuß nach ihrem Berliner Studienjahr (Wintersemester 1921/22 bis Wintersemester 1922/23) angeschlossen hatte, gegolten haben wie auch für die Minderheit der Hochschullehrer im „Weimarer Kreis“, zu dem ihr Leipziger Doktorvater und zeitweiliger DDP-Abgeordneter Prof. Walter Goetz gehörte. Den Studierenden wie den Professoren dieser Kreise, so marginalisiert sie auch waren, war der Kampf gegen die Reaktion, gegen

---

16 Siehe vor allem Martin Kasper: *Zeitzeichen 1918-1933. Quellen zur sorbischen Geschichte*, Bautzen 1995; Sack, Grollmuß, 2002, S.245f.

17 Zit. nach: Sack, Grollmuß, 2000, S.79.

18 UAL, Film 482, Anf. z. Ns. 268, Bl. 67. Zu den sozialistischen und kommunistischen Studenten siehe Franz Walter: *Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990, S.29.

den Geist der Volksverhetzung und gegen die militaristische Gewaltpolitik an den Hochschulen sowie für den Schutz von Republik, für parlamentarische Demokratie und sozialstaatlichen Ausbau sowie für Völkerverständigung gemeinsam.<sup>19</sup> Maria Grollmuß bildete die linke Speerspitze in diesem Studentenkartell. In einem Beitrag für das „Junge Zentrum“ 1924 polemisierte sie gegen die „Gemütsrücksichten auf alte Herren“ und forderte eine Einheitsfront „aus guten Republikanern, jungen Sozialisten und Demokraten“,<sup>20</sup> was nicht nur den männlichen Führungspersonen des Zentrums zu weit ging.

Maria Grollmuß betätigte sich in der Leipziger Ortsgruppe des 1925 gegründeten Reichsverbandes Deutscher Zentrumsstudenten wie auch bei den mit diesem eng verbundenen Windhorstbünden, die sich in jenen Jahren als demokratisch-republikanische Avantgarde innerhalb des Zentrums verstanden.<sup>21</sup> Auf Vorschlag des Führers des Windhorstbundes Heinrich Krone wurde die Windhorstbündlerin Maria Grollmuß, die im Januar 1925 ihr Staatsexamen in Geschichte, Deutsch und Französisch abgelegt hatte, in den Reichsfrauenbeirat der Deutschen Zentrumspartei entsandt, wo sich erste Kontroversen mit den führenden Frauen Helene Weber und Gerta Krabbel in der Zeitschrift „Die Schildgenossen“ entspannen. Maria Grollmuß' Kritik bezog sich auf den zu überwindenden männlichen Charakter der Politik und die der Sozialdemokratie gegenüber feindliche, von Joseph Wirth als „arbeiterfeindlich“ bezeichnete Position der Zentrumspartei,<sup>22</sup> die zu einem kurzfristigen Austritt Wirths aus der Zentrumsfraktion geführt hatte. Wie andere Studierende des Leipziger republikanischen Kartells war Grollmuß Wirth-Anhängerin; sie soll sogar eine Zeitlang für ihn gearbeitet haben. Wirths Politik der Republik-Konsolidierung, gestützt auf das „Reichsbanner“, war um die Mitte der Zwanzigerjahre auch Maria Grollmuß' politisches Axiom.

Wirths Verständigungspolitik zog die Mitglieder der Leipziger Ortsgruppe der „Zentralstelle für studentische Völkerbundsarbeit“, einem Ableger des Republikanischen Studentenkartells, stark an, sodass auch Maria

---

19 Siehe dazu Dieter Marc Schneider: Johannes Schauff (1902-1990). Migration und „Stabilität“ im Zeitalter der Totalitarismen, München 2001, S.38f.

20 Maria Grollmuß: Unsere staatspolitische Aufgabe, in: Das Junge Zentrum 1 (1924), H. 1, S.7-9, hier S.8f.

21 Siehe Sack, Grollmuß, 2002, S.247.

22 Siehe Dies., Bindung, S.162. Zu Joseph Wirth siehe die ausgezeichnete Biografie von Ulrike Hörster-Philipps: Joseph Wirth (1879-1956). Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1998 – allerdings ohne Bezüge auf Maria Grollmuß.

Grollmuß im September 1924 an einer internationalen Schulungswoche der „Fédération Universitaire Internationale pour la Société des Nations“ (FUI) teilnahm. Spiritus rector dieser Gruppe in Leipzig war der Jurastudent und Pfarrersohn Hermann Reinmuth,<sup>23</sup> mit dem Maria seit jener Zeit gut befreundet war, gemeinsame Wanderungen und Reisen unternahm und später, als sie an verschiedenen Orten beruflich tätig waren, den Kampf gegen den Faschismus aufnahm.

#### 4. „Die Frau und die junge Demokratie“ 1925

Die Broschüre „Die Frau und die junge Demokratie“ erschien 1925 in der linkskatholischen Reihe „Volk im Werden“ der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“, in deren Redaktion Maria Grollmuß ca. zwei Jahre lang arbeitete. Das Heft ist ein biografisch wichtiges Dokument der jungen Studienassessorin auf ihrem Weg zum Sozialismus, auf dem sie sich vom Katholizismus löste und an der Seite und in den Reihen der Arbeiterbewegung ihre politischen Suchbewegungen startete. Deutlich zu spüren ist ihre Unzufriedenheit mit dem Zustand der jungen, unreifen Weimarer Demokratie, der mangelnden europäischen und internationalen Orientierung und vor allem mit der politischen Rolle der Frauen.

Maria Grollmuß bestimmte die Rolle der Frau in der Kultur der Zwanzigerjahre als „Proletarierdasein“: „Die Frau ist Proletarier in der Kultur der Gegenwart. Sie ist in dieser Kultur nicht verwurzelt und lebt nicht in der Fülle ihres Reichtums. Sondern sie steht draußen und ist auf hingeworfene Brocken angewiesen – auf reichlich hingeworfene vielleicht. Sie bekommt ihren Anteil an Kunst und Wissenschaft, an Wirtschaft, Politik und Religion vorgesetzt, oder sie nimmt ihn sich auch. Aber es sind eben Anteile vom Tag für den Tag – Proletarierrationen. Die Frau ist an keiner Stelle selbst Herrin und Besitzerin des Reichtums, von dem sie lebt. Sie kann nirgends aus dem Gesetz ihres Wesens heraus an den Gütern der Kultur gestalten oder über sie verfügen. Sie kann nicht wagen weiblich zu sein – in der Wissenschaft etwa oder in der Politik – dann geht sie leer aus. Wenn sie etwas haben will, muß sie sich dem fremden Gesetz anpassen, muß sie in seinem Sinne arbeiten, wie der Proletarier in der fremden Werkstatt.“<sup>24</sup> Die Frau war M. Grollmuß zufolge im gesellschaftlichen

23 Siehe zu Hermann Reinmuth den ausgezeichneten Aufsatz von Kurt Nowak: Hermann Reinmuth (1902-1942), in: Hummel/Strohm (Hrsg.), Zeugen, S.119-136.

24 Maria Grollmuß: Die Frau und die junge Demokratie. Ein Versuch über Frau, Politik und Demokratie, Frankfurt/Main 1925, S.6.

System der Weimarer Republik gleichermaßen unterdrückt wie die Proletarier. Sie ordnete die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus jedoch nicht, wie lange Zeit in allen organisatorischen Varianten der Arbeiterbewegung üblich, in den übergreifenden Klassenwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital ein und erklärte sie zu einer Art abgeleiteten, sekundären Ungleichheit. Vielmehr fasste sie, und darin liegt die relative Modernität ihrer Überlegungen, das Geschlecht als eine eigenständige soziale Strukturkategorie auf, „deren gesellschaftliche Bedeutung dem Gewicht ökonomischer Determinanten der Sozialstruktur nicht nachsteht“.<sup>25</sup>

Auch aus diesem prinzipiellen Grunde konnte es für Maria Grollmuß keine einfache Anpassung von Frauen an die „männliche Kultur“ (G. Simmel, 1903) geben, in der die „Ganzheit des Lebens in ein Nebeneinander von Sachen verwandelt wird“.<sup>26</sup> Im Gegensatz zur männlichen Gegenwartskultur, der es, so argumentierte Grollmuß weiter, nur um „Sachen“ gehe und die die Totalität von Welt in einzelne Sektoren aufteile (Sozialpolitik, Jugendpolitik, Frauenpolitik, deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen etc.), orientierten Frauen auf das Erlebnis der Welt als Ganzheit. Mit zuspitzender Prägnanz formulierte sie gegen alle herrschende Logik: „Die Frau ist unsachlich.“<sup>27</sup>

Zunächst einmal meinte sie damit, dass es nicht genügt, eine Entscheidung in Politik oder Kultur ausschließlich rational zu begründen: „Das Totalitätserleben der Frau ist sinnlich gefärbt. Die Frau umschließt im Ganzen den Leib mit der Seele.“<sup>28</sup> Entscheidungen mit Blick auf übergeordnete Gemeinschaften oder gar den Staat erfolgen ihrer Argumentation nach „immer mit dem Herzen“. Der Hinweis auf die Gemeinschaftsformeln verrät ihre Herkunft aus der Jugendbewegung und war in nahezu allen politischen Richtungen verankert. Auch die Berührung mit dem organischen Denken und der nicht-biologisch begründeten Ganzheitslehre deutet in der Mitte der Zwanzigerjahre auf Defizite in ihrer an Othmar Spann erinnernden Ständestaatslehre hin, nach der der Staat als über den

---

25 Lothar Peter: Marxistische Soziologie, in: Sozialismus, 1989, Nr. 3, S.30-36, hier S.33 – übrigens mit Auswertung der schon von Harriet Taylor, Helen Taylor und John Stuart Mill 1869 publizierten Schrift „The Subjection of Women“, gemeinsam mit anderen grundlegenden Arbeiten zum Geschlechterverhältnis in: John Stuart Mill/Harriet Taylor-Mill/Helen Taylor: Sexual Equality, hrsg. von Ann P. Robson und John M. Robson, Toronto-Buffalo-London 1994, bes. S.305-400.

26 Grollmuß, Frau, S.6.

27 Ebenda, S.6.

28 Ebenda, S.10.

Ständen und Klassen stehende *pouvoir neutre* und nicht als Klassenstaat mit stark patriarchalischer Färbung gefasst wird.<sup>29</sup>

Manche Formulierungen zu dem Gegensatzpaar „sachlich-männlich“ versus „unsachlich-weiblich“ erinnern an Gedankengänge des Berliner Soziologen Georg Simmel in dessen Aufsatz „Weibliche Kultur“ (1903): „Dieser maskuline Charakter auch der sachlichen Elemente der Kultur ist die Veranlassung, weshalb unzulängliche Leistungen auf allen möglichen Gebieten mit dem deklassierenden Ausdruck des Femininen belegt werden und weshalb man die Leistung einer Frau auf ebendenselben oft nicht besser zu rühmen weiß, als daß man sie als ‚ganz männlich‘ bezeichnet.“<sup>30</sup> Ähnlich wie Simmel akzentuierte M. Grollmuß das Alternative, das geradezu Neue an ihrem Verständnis von Frau und Kultur, das sich gegen die in allen Facetten der Frauenpolitik und der Frauenbewegungen vorherrschende „bloße Kopie der Männerpolitik“<sup>31</sup> richtete. Die Frauenbewegungen hätten Politik noch nicht als spezifisch weibliche Lebensform entdeckt, die aus der engen Verkoppelung von weiblicher Politik und weiblichem Familienberuf gelöst werden und dem katholischen Ideal der schöpferischen Gestaltungskraft der Jungfräulichkeit folgen müsse. Nicht umsonst wurden ihr Frauengestalten wie Katharina von Siena und Rosa Luxemburg zum Vorbild, beides historische Figuren, die in besonderer Weise allem Lebendigen verpflichtet waren und sowohl in der katholischen Kirche als auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung eine autonome Lebensform mit enorm charismatischer Ausstrahlung ausbildeten.<sup>32</sup>

---

29 Siehe Othmar Spann: *Kämpfende Wissenschaft* (= Bd. 7 der Gesamtausgabe), Graz 1969; Ders.: *Der wahre Staat* (= Bd. 5 der Gesamtausgabe), Graz 1972. Zu Spanns universalistischer Ständestaatstheorie noch immer unübertroffen: Klaus-Jörg Siegfried: *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns. Zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatskonzeption*, Wien 1974, und neuerdings betont kritisch: Stefan Vogt: *Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918-1945*, Bonn 2006, S.78f.

30 Georg Simmel: *Weibliche Kultur* (1903), in: Ders.: *Schriften zur Philosophie und Soziologie der Geschlechter*, hrsg. und eingel. von Heinz-Jürgen Dahme und Klaus Christian Köhnke, Frankfurt/Main 1985, S.159-176, hier S.161.

31 Grollmuß, *Frau*, S.19.

32 Zu Katharina von Siena: Marit Rullmann: *Philosophinnen. Von der Antike bis zur Aufklärung*. Unter Mitarbeit von Gudrun Gründken und Marlies Mrotzek, Zürich-Dortmund 1993, S.100-106; zu Rosa Luxemburg die nun gegenüber der Erstauflage von 1971 erweiterte und von parteipolitisch-ideologischen Beschränkungen befreite Darstellung: Annelies Laschitzka: *Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie*, Berlin 2000, und jüngst mit anregenden Interpretationen: Frigga Haug: *Rosa Luxemburg und die Kunst*

Maria Grollmuß' politischer Zukunftsentwurf zielte im Kern auf eine soziale Republik mit einer in den Weimarer Staat integrierten Arbeiterklasse im Innern und auf ein gleichberechtigtes Miteinander demokratisch verfasster Nationen in Europa und darüber hinaus. Die angestrebte Überwindung der Klassengesellschaft in der echten „Volksgemeinschaft“ verweist auf die konzeptionelle Nähe zu Hermann Heller, Gertrud Hermes und Teilen des „Hohenrodter Bundes“, einer Richtung der „Volksbildung durch Volk-Bildung“.<sup>33</sup> Grollmuß war in den Seminaren der Leipziger Richtung der Volkshochschule mit klassenkämpferischen und mit nationalen Konzepten vertraut geworden,<sup>34</sup> ohne sich selbst abschließend einer Richtung eindeutig zuordnen zu können.

Die Betonung der Autonomie des Weiblichen in der Politik führte Grollmuß indes nicht zu einer spezifischen Frauenpolitik auf der Basis eines geschlechtsspezifischen Zusammenschlusses, sondern sie verortete die Trennlinie – auch durch die Geschlechter hindurch – zwischen jugendlichen Erneuern und konservativen Beharrungskräften im Katholizismus, die die bürgerlich-kapitalistische Klassengesellschaft stützten. Das vergrößerte noch einmal den Abstand zur Politik der Zentrumspartei und ließ Maria Grollmuß – nach einer Phase als Studienassessorin am Lehrerinnenseminar eines Klosters in Offenburg/Baden bis Ostern 1926 – weiter nach Möglichkeiten der praktischen Verbindung von Christentum und Sozialismus suchen. Zunächst beschäftigte sie das Thema stärker intellektuell im Rahmen ihrer Dissertation zu „Josef Görres und die Demokratie“.

##### *5. Die Promotionsschrift „Josef Görres und die Demokratie“ 1929*

Maria Grollmuß legte im Oktober 1925 die erste Fassung ihrer Doktorarbeit über Josef Görres vor, die allerdings von beiden Gutachtern – dem Liberalen Walter Goetz wie dem Deutschnationalen Erich Brandenburg – zur

---

der Politik, Hamburg 2007.

33 Siehe Klaus Meyer: Arbeiterbildung in der Volkshochschule. „Die Leipziger Richtung“. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Volksbildung in den Jahren 1922-1933, Stuttgart 1969; Paul Ciupke/Franz-Josef Jelic (Hrsg.): Soziale Bewegung, Gemeinschaftsbildung und pädagogische Institutionalisierung. Erwachsenenbildungsprojekte in der Weimarer Republik, Essen 1996; Franz-Josef Jelic/Robert Haußmann (Hrsg.): Fritz Borinski. Zwischen Pädagogik und Politik – ein historisch-kritischer Rückblick, Essen 2000.

34 Siehe Hermann Heller u. a.: Freie Volksbildungsarbeit. Grundsätzliches und Praktisches vom Volksbildungsamt der Stadt Leipzig, Leipzig 1924; Gertrud Hermes: Die geistige Gestalt des marxistischen Arbeiters und die Arbeiterbildungsfrage, Tübingen 1926.

Überarbeitung zurückgegeben wurde. Goetz hatte wohl prinzipielle konzeptionelle Einwände und riet ihr zu gründlicher Umarbeitung, während Brandenburg die demokratische Interpretation des Görresschen Werkes bis 1819 nicht behagte. Wenn auch die Erstfassung der Dissertation nicht mehr existiert, so lässt sich aus der Begutachtung der 1928 vorgelegten, wesentlich überarbeiteten Fassung mancher Rückschluss auf die Differenzen schließen. Geheimrat Goetz hatte wohl zutreffend das Interesse von Maria Grollmuß an dem katholischen Publizisten Görres erkannt: „Als junge Katholikin und Angehörige der katholischen Jugendbewegung sah sie in Görres einen Heros und glaubte ihn für ihr demokratisches Ideal reklamieren zu können.“<sup>35</sup> Empfehlungen von Goetz, aber auch von Friedrich Meinecke, bei dem sie 1921/22 in Berlin studiert hatte, und von Hans Freyer, dem 1925 von Kiel nach Leipzig berufenen Soziologen, war Maria Grollmuß gefolgt und hatte sich auf die immanente Darstellung einer relativ abgeschlossenen Periode im Leben des Koblenzer Publizisten und Autodidakten Görres kapriziert. Sie skizzierte die schrittweise Veränderung des Görresschen politischen Denkens in Abhängigkeit von der napoleonischen Besatzungszeit und wies die relative Fortschrittlichkeit des von ihm 1814 bis 1816 herausgegebenen „Rheinischen Merkur“ im Kampf gegen die politische Reaktion nach. Maria Grollmuß interpretierte die Tatsache, dass Görres in „Teutschland und die Revolution“ (1819) nur den Besitzenden die demokratischen Rechte zubilligte und sie gegen die „Pöbelherrschaft“ verteidigte, als Ausdruck bürgerlichen Klassendenkens.<sup>36</sup> Für Maria Grollmuß hatte Görres daher um 1819 „aufgehört Demokrat zu sein. Er wird jetzt der Idee anhängen, die nach seinem neuen Glauben allein einen Organismus als Ganzheit konstituieren und beseelen kann: Der transzendent begründeten Autorität.“<sup>37</sup>

Prof. Brandenburg konnte sich mit der kritischen Interpretation von M. Grollmuß nicht anfreunden und mahnte u. a. begriffliche Unklarheiten an. Goetz und der nun als Drittgutachter hinzugezogene Soziologe Freyer verteidigten die Arbeit mit souveränen Argumenten, während der um eine Stellungnahme gebetene Sozial- und Wirtschaftshistoriker Siegmund Hellmann sich als Extraordinarius und Jude in einer latent antisemitisch

---

35 Gutachten von Prof. Walter Goetz, in: UAL, Phil. Fak., Prom.-Akte Nr.335, Bl. 1 bzw. jetzt als Film 902, Bl. 7. Zu Walter Goetz siehe Wolf Volker Weigand: Walter Wilhelm Goetz 1867-1958. Eine biographische Studie über den Historiker, Politiker und Publizisten, Boppard 1992.

36 Siehe Maria Grollmuß: Josef Görres und die Demokratie, Diss. Leipzig 1929, S.104.

37 Ebenda, S.113.

gefärbten Fakultät abwartend verhielt.<sup>38</sup> Maria Grollmuß wurde schließlich im Mai 1929 im Rigorosum geprüft und mit der Gesamtnote „gut“ bewertet. Da mehrjährige Bemühungen um eine Veröffentlichung, unter anderem bei der Görres-Gesellschaft und einigen Zeitschriften, scheiterten, reichte Maria Grollmuß im Dezember 1932, kurz vor Ablauf der mehrfach verlängerten Frist, die notwendigen Pflichtexemplare bei der Philosophischen Fakultät Leipzig ein und war nun auch formell Dr. phil. Parallel zur Arbeit an ihrer Dissertation war Maria Grollmuß publizistisch tätig. Über den engen Arbeitskontakt mit Joseph Wirth war sie in die Redaktion der in Frankfurt erscheinenden „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ (RMV) gekommen, in der sie neben redaktioneller Arbeit auch etliche Artikel selbst verfasste. Die RMV gehörte zum Milieu katholischer Erneuerungsbewegungen, deren Verdienst darin besteht, Denkprozesse in Gang gesetzt zu haben, die den Linkskatholiken um Heinrich Scharp, Friedrich Dessauer und Walter Dirks die Öffnung und den Kontakt zu den Sozialdemokraten ermöglicht hatten.<sup>39</sup> Maria Grollmuß' Artikel in den Jahren 1926/27 befassten sich mit den sozialistischen Parteien, der Parteienlandschaft in Österreich, den politischen Verhältnissen in der Tschechoslowakei und dem deutsch-polnischen Verhältnis oder auch der deutschen Politik gegenüber den Sorben. Sie kritisierte die preußische Regierung, die im Unterschied zu den sächsischen Behörden sorbischsprachigen Unterricht in den Schulen des sorbischen Siedlungsgebiets nicht zuließ, und auch die feindseligen Stimmungen der Deutschen gegenüber den slawischen Nachbarvölkern im Osten und Südosten, die das gegenseitige Verhältnis belasteten.

Besondere Beachtung verdient ihre Einschätzung der österreichischen Parteienlandschaft, und hierbei insbesondere die politische Sympathie für den österreichischen Sozialisten und Parteiführer Otto Bauer, dessen gesellschafts- und staatspolitische Vorstellungen aus dem Buch „Die österreichische Revolution“ ihre späteren Widerstandsaktivitäten bestimmen

---

38 Aufschlussreich die Erinnerungen des Leipziger Literaturhistorikers Georg Witkowski: *Von Menschen und Büchern. Erinnerungen 1863-1933*, Leipzig 2003; zu Siegmund Hellmann neuerdings: Jens Bleher/Gerald Wiemers: *Die Universität Leipzig 1409-1943. Ansichten – Einblicke – Rückblicke*, Erfurt 2004, S.86.

39 Siehe Bernd Lowitsch: *Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung. Mit einem Geleitwort von Oswald von Nell-Breuning*, Wiesbaden-Frankfurt/Main 1980, S.38. Ferner: Bernhard Seiterich: *Demokratische Publizistik gegen den deutschen Faschismus: Die Deutsche Republik, eine politische Wochenschrift der späten Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der demokratischen Presse*, Frankfurt/Main-Bern-New York-Paris 1988.

sollten. Maria Grollmuß referierte zustimmend dessen Grundpositionen, die im Linzer Programm (1927) auch mehrheitsfähig geworden waren: „Dieses Buch ist auch bedeutsam als theoretisches Zeugnis der Bejahung von Staat und Demokratie. Bauer prägte hier die Worte ‚Volksrepublik‘ und ‚funktionelle Demokratie‘. Er spricht vom Staat, der die Volksgemeinschaft repräsentiert und auch der Arbeiterschaft gehört.“<sup>40</sup> An den oppositionellen österreichischen Sozialisten schätzte sie das Selbstverständnis als „Klassenpartei“, der es ernsthaft um die Abschaffung der bürgerlichen Klassenherrschaft gehe und die dies ausschließlich mit demokratischen und gewaltfreien Mitteln erstrebe. An der deutschen Sozialdemokratie kritisierte Grollmuß, dass dieser – im Unterschied zur SPÖ – die Überwindung der Kluft zwischen gouvernementaler und fundamental-oppositioneller Politik zugunsten einer flexibleren Position nicht gelinge.

Nach dem Ende der Redaktionstätigkeit auch bei der „Deutschen Republik“, einer im Auftrag des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ von Joseph Wirth, Paul Löbe und Ludwig Haas herausgegebenen Zeitung, verzog Maria von Frankfurt/Main nach Berlin, wo sie von Ostern 1927 bis Oktober 1929 in ihrem erlernten Beruf als Studienassessorin vertretungsweise tätig war. Sie unterrichtete Französisch, Geschichte, Erdkunde und Deutsch am Viktoria-Oberlyzeum in Berlin-Kreuzberg, wollte aber schon damals an der von Fritz Karsen geleiteten, reformpädagogisch arbeitenden Karl-Marx-Schule in Neukölln arbeiten, was ihr nicht gelang. Nach dem Auslaufen ihres Unterrichtsvertrages wurde sie dem Arbeitsamt Berlin-Nordost zugewiesen, in dessen Auftrag sie in der Berufsberatung, der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge tätig war, zum Schluss als Arbeitsvermittlerin. Ende 1930 war die inzwischen 34-jährige ohne feste Anstellung, eine soziale Perspektive, die sie mit vielen akademisch Ausgebildeten teilte.

### *6. Politische Suchbewegungen: vom Katholizismus zum Sozialismus*

In der politisch, publizistisch und pädagogisch aktiven zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre hatten sich die Koordinaten des politischen Denkens bei

---

40 Zit. nach: Sack, Grollmuß, 2000, S.83. Zur Rolle Otto Bauers und des Linzer Programms Christoph Butterwege: *Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen*. Mit einem Geleitwort von Bruno Kreisky, Marburg/L. 1991; Walter Baier u. a. (Hrsg.): *Otto Bauer und der Austromarxismus. „Integraler Sozialismus“ und die heutige Linke*, Berlin 2008. Maria Grollmuß nahm Bezug auf Bauers wichtige Schrift „Die österreichische Revolution“, in: *Otto Bauer: Werkausgabe in 9 Bden., Bd. 2*, Wien 1976, S.489-866.

Maria Grollmuß in deutlichen Schritten verschoben. Zunächst war sie – nach dem Tod ihres Vaters 1924 – aus der relativ behüteten Welt der Familie in die süddeutsche Landschaft nach Offenburg entflohen und nach der Zwischenstation Frankfurt/Main in der Metropole Berlin gelandet. Mit ihrer eigenen Emanzipation begann die Erosion des Verhaftetseins im katholischen Milieu: 1929 schwor sie dem Katholizismus vollständig ab und trat – schon vor ihrem Ausscheiden aus dem Schuldienst – Mitte 1929 der KPD bei, nachdem sie die Rechtsentwicklung des Zentrums und der SPD bis hin zu deren Politik gegen die Arbeitslosen mit tiefer Enttäuschung zur Kenntnis nehmen müssen. Sie war sich der Illusion einer Zusammenarbeit von bürgerlichen und proletarischen Kräften im Sinne einer sozialen Demokratie bewusst geworden, und das hatte ihr Denken und Handeln radikalisiert. Im gewerkschaftlichen, und besonders im außerparlamentarischen Kampf, sah sie nun eine Chance, die Weimarer Republik zu überwinden und eine „Diktatur des Proletariats“ zu errichten. Sie brach im Jahr 1929, etwa zeitgleich mit dem „Schwarzen Freitag“, nicht nur mit dem politischen Katholizismus, sondern auch mit der katholischen Kirche, der sie schon lange kritisch gegenübergestanden hatte. Obwohl sie ein gläubiger, religiöser Mensch blieb, lehnte sie es bei ihren weiteren Bewerbungen beim Dresdner Volksbildungsministerium für den sächsischen Schuldienst ausdrücklich ab, „Religionsunterricht zu erteilen“.<sup>41</sup>

Schon nach neun Monaten wurde sie aus der KPD ausgeschlossen, weil sie die Bildung einer eigenen kommunistischen Gewerkschaftsorganisation, der RGO, ablehnte und sich auch gegen die Sozialfaschismustheorie wandte. Wie viele andere Kritiker des „ultralinken“ Kurses der KPD schloss M. Grollmuß sich nach ihrem Rauswurf aus der KPD der von ehemals führenden KPD-Funktionären um Heinrich Brandler und August Thalheimer neu gegründeten KPO an. Innerhalb der KPO beschäftigte sich Maria Grollmuß mit Fragen der Gewerkschaftspolitik. Sie benutzte die Bibliothek des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) in Berlin zu Forschungszwecken und knüpfte wichtige Kontakte zu Funktionären, die ihr später in ihrer Widerstandstätigkeit nützlich waren. Darüber hinaus trieb sie – angeregt durch ihre Tätigkeit im Arbeitsamt Berlin-Nordost – in Großbetrieben der Berliner Metallindustrie betriebswissenschaftliche Studien, nahm an sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Arbeitsgemeinschaften teil und besuchte Kongresse großer wirtschaftlicher Organisationen im In- und Ausland.

---

41 So die Ergebnisse der Recherchen bei Sack, Grollmuß, 2000, S.84.

In einem Diskussionsbeitrag für das KPO-Organ „Gegen den Strom“ plädierte Maria Grollmuß für ein offeneres Herangehen an die Zusammenarbeit der KPO mit der linken Sozialdemokratie, die sich unter der Führung von Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz in der linken Abspaltung SAP im Herbst 1931 zusammengefunden hatte. Maria Grollmuß war der Auffassung, dass die linke Sozialdemokratie sich von reformistischen Positionen zu lösen beginne und den Bruch mit diesen in der praktischen Politik mit der KPO vollziehen könne. Sie forderte das Ende der endlosen Programmdebatten zugunsten einer kooperativen Klassenpolitik dieser verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung: „Für uns gibt es da nur eine Stellungnahme. Die Hand reichen und mit kämpfen. Keine kühle Reserve, keine schematische Abgrenzung, keine negative Politik. Der Klassenkampf fordert die Einheit der kämpfenden Arbeiter.“<sup>42</sup> Der KPO-Cheftheoretiker August Thalheimer ließ es sich nicht nehmen, auf den Grollmuß-Artikel umfassend zu antworten. Mit der Attitüde des patriarchalischen Besserwissers verwies er auf den fundamentalen Unterschied zwischen Reformismus und Kommunismus, weshalb die SAPler nur unter Anleitung kommunistischer Funktionäre zu wirklichen Einsichten in die Notwendigkeit gelangen könnten, die Klassengesellschaft zu überwinden. Er beschloss seinen Artikel mit einer Zusammenfassung, die die Sachargumente von Grollmuß weder angemessen respektierte noch diskutierte, sondern sie ins Abseits stellte: „Im Falle der Genossin Grollmuß hat es sich um jemand gehandelt, der vom Reformismus zum Kommunismus gekommen ist, aber den Kommunismus noch nicht wirklich verstanden hat.“<sup>43</sup>

---

42 Maria Grollmuß: Was ist die linke Sozialdemokratie?, in: *Gegen den Strom*, 4 (1931), S.266f.

43 August Thalheimer: Antwort an die Genossen Grollmuß und Walcher, in: *Gegen den Strom*, 4 (1931), S.269-271, Zitat S.270; bei Theodor Bergmann: „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987, S.247, wird Maria Grollmuß ungerechtfertigterweise zu den Opfern der KPO gerechnet, obwohl sie im Frühjahr 1932 bereits ausgeschlossen war. Zu Thalheimer und Brandler die beiden Studien: Jürgen Kastner: *Die politische Theorie August Thalhaimers*, Frankfurt/Main-New York 1979; Jens Becker: *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*, Hamburg 2001. Ähnlich problematisch erscheint die sozialdemokratische „Vereinnahmung“ in dem sonst verdienstvollen Gedenkbuch: *Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert*, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Mit einem Vorwort von Gerhard Schröder, Redaktion: Christel Wickert u. a., Marburg/L. 2000, S.121f., mit falschen Angaben: Maria Grollmuß studierte weder Philosophie noch besuchte sie ein badisches Gymnasium. 1930 war sie kein Mitglied der SPD mehr, sondern Mitglied

Wegen ihres innerparteilichen Werbens für eine enge Zusammenarbeit mit der SAP wurde Maria Grollmuß im Februar 1932 einstimmig aus der KPO ausgeschlossen. Anfang März 1932 trat sie mit führenden Vertretern der KPO der SAP bei. Diese stellte sie kurze Zeit später als Reichstagskandidatin des Wahlkreises Dresden-Bautzen für die Juli- und November-Wahlen auf, bei denen sie 6.340 Stimmen (0,6 Prozent) bzw. 3.990 Stimmen (0,4 Prozent) erzielte. Insgesamt lag die SAP im November bei katastrophalen 0,1 Prozent (45.200 Stimmen) reichsweit, obwohl diese Wahlen einen Trend zugunsten der Linken (besonders bei der KPD) und zugleich Verluste der NSDAP von einer Million Stimmen ergaben. Maria Grollmuß sah in der Herstellung einer Einheitsfront der Arbeiterbewegung die entscheidende Bedingung für den erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus, weshalb sie im SAP-Organ „Das Kampfsignal“ vom November 1932 „die Kluft“ zwischen der der Sozialdemokratie entstammenden Klassenkampf-Gruppe und der leninistisch orientierten ehemaligen KPO-Minderheit um Paul Frölich beklagte.<sup>44</sup>

Als die herrschenden Eliten am 30. Januar 1933 Hitler die Macht übertrugen, sah sich Max Seydewitz gezwungen, seine Anhänger zum Anschluss an die SPD aufzufordern, eine Aufforderung, der die mit dem Ehepaar Seydewitz befreundete Maria Grollmuß nicht nachkam. Sie wählte den Weg des illegalen Widerstands, der sie in Verbindung mit fast allen linken Gruppen und schließlich in die Nähe der Revolutionären Sozialisten Deutschlands brachte.<sup>45</sup>

### *7. Im antifaschistischen Widerstandskampf 1933/34*

Unmittelbar nach der Machtübertragung an Hitler nahm Dr. Maria Grollmuß von Radibor aus, wo sie inzwischen ihren festen Wohnsitz hatte, zusammen mit ihrem langjährigen Freund und Gefährten Dr. jur. Hermann Reinmuth vielfältige Widerstandsaktivitäten auf. Sie reichten von der Un-

---

der KPD bzw. der KPO. Linke SPD-Kreise kannte sie schon früher und blieb auch nach 1930 mit ihnen in Kontakt.

44 Maria Grollmuß: Die Kluft, in: Das Kampfsignal, 4. Novemberwoche 1932, hier zit. nach: Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964, S.302, 307.

45 Siehe Jutta von Freyberg: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934-1937, Köln 1973, S.168f.

terstützung politischer Häftlinge aus den Reihen der Arbeiterbewegung und deren Angehöriger durch die Vermittlung juristischer Beratung, politischer Fürsprache und finanzieller Hilfen bis hin zu im engeren Sinn politischen Aktivitäten, die auf die Vernetzung von Antifaschisten aus der Arbeiterbewegung und letztlich auf den „Sturz des NS-Regimes“ zielten, wie Maria Grollmuß es während ihres Prozesses im November 1935 formulierte.<sup>46</sup>

Maria Grollmuß und Hermann Reinmuth beschafften, gemeinsam mit dem Hamburger Schriftsetzer und Sozialfürsorger Willi Elsner (SAP), Geld für aufgrund der Sippenhaft der Nazis in Not geratene Menschen. In Leipzig wurden die drei unterstützt von Christine Reinmuth, Medizinstudentin und Schwester Hermann Reinmuths, und von Georg Sacke, dem marxistischen Osteuropahistoriker, mit dem Maria Grollmuß und Hermann Reinmuth seit ihrer gemeinsamen Studienzeit bekannt waren. Sacke gehörte zu jenen Habilitierten an der Universität Leipzig, denen bereits im Frühjahr 1933 die Lehrtätigkeit untersagt wurde. Sein Institutsleiter, Prof. Friedrich Braun, meldete am 5. April, dass sein Institut nunmehr „marxismusfrei“ sei.<sup>47</sup>

Charakteristisch für die Widerstandstätigkeit dieser fünf Menschen war, dass sich ihre Hilfsaktionen auf alle politischen Lager bezogen. Sie, die mit ihren Aktionen buchstäblich den „Kopf hinhielten“, wie Walter Markov das Charakteristische des Widerstands umschrieb,<sup>48</sup> knüpften intensive Kontakte zu den Quäkern unter der Leitung Dr. Albrechts in Hamburg sowie zu den britischen Quäkern um William Hughes und dessen Berliner Büro. Weitere Verbindungen bestanden über die nach Prag emigrierten Ruth und Max Seydewitz, die den Kontakt zu dem ortsansässigen Mr. Gildemeester, dem Beauftragten des US-Präsidenten Roosevelt, herstellten. Nachweisbar sind ferner finanzielle Mittel von Heinrich Krone aus Berlin und von Maria Grollmuß' Studienfreundin Anna Selig, die über die Schweiz Zuflucht in den USA gefunden hatte. Die Bischöfe von Meißen

---

46 Urteil des VGH gegen Dr. Maria Grollmuß, u. a., in: BArch, R 3017 ORA/VGH 8 J 10/35, Bl. 20.

47 Siehe Gerhard Schäfer: Hans Freyer und die Soziologie in Leipzig, in: Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) von Hansgünter Meyer, Berlin 1992, S.481-498, hier S.486f.

48 Siehe Walter Markov: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Köln 1990; Manfred Neuhaus/Helmut Seidel (Hrsg.): Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt... Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov, Leipzig 1995.

und von Paderborn wurden ebenso eingeschaltet wie Pfarrer Birger Forrell von der schwedischen Gemeinde in Berlin, insbesondere um Haft erleichterungen oder die Entlassung von Gefangenen aus Konzentrationslagern zu erwirken.<sup>49</sup>

Die fünf Antifaschisten unterstützten die Tochter des sächsischen SPD-Abgeordneten Christian Ferkel, der nach schweren Misshandlungen im Gefängnis im Oktober 1934 von SA-Leuten ermordet worden war. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hermann Liebmann, ehemaliger Innenminister Sachsens, in die Konzentrationslager Colditz und Hohenstein verschleppt und misshandelt, wurde – auf Intervention von Maria Grollmuß – vom Meißener Bischof Petrus Legge unterstützt, wenn auch letztlich erfolglos. Sie schalteten darüber hinaus den Rechtsanwalt Dr. Ernst Fraenkel aus Berlin als Rechtsberater ein, der als ehemaliger Syndikus des DMV beiden persönlich bekannt war und später ihre eigenen Angehörigen, so z. B. Cilla Grollmuß, mit juristischen Argumenten unterstützte. Sie halfen mehreren Angehörigen von Kommunisten, die sie aus ihrer Volkshochschularbeit, besonders Georg Sackes, kannten, so nachweislich die Ehefrau des Buchdruckers Otto Bäßler (KPD). „Über die Ehefrau des letzten Leiters der Leipziger Volkshochschule, Hermann Gramm, die an der Solidaritätsaktion teilnahm, erhielt eine der Frauen ‚10 Zentner Kohle‘, die andere ‚30.-RM Beerdigungskosten‘ für ihr Kind.“<sup>50</sup>

M. Grollmuß und H. Reinmuth trafen mehrfach mit Max Seydewitz im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet und in Prag zusammen, erstatteten Bericht über Lage und Stimmung in Gewerkschafts- und sozialistischen Kreisen. Maria Grollmuß, seit ihrer Wandervogel-Zeit eine passionierte Wanderin, überwand diese Distanzen von Radibor über Dresden, Tepitz bis Prag und Brünn in tagelangen Fußmärschen, häufig gemeinsam mit H. Reinmuth. In Brünn traf sie die nach dem Februaraufstand 1934 aus Wien geflohene Autorität der österreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer, mit dem sie intensiv Fragen der Demokratie und des „integralen Sozialismus“ besprach und ihn über die Widerstandsaktivitäten im Umkreis der Revolutionären Sozialisten/Prag informierte.

Sie schrieb Beiträge für die illegalen „Roten Blätter“ der RSD, die dem Zusammenschluss der verschiedenen sozialistischen Widerstandsgruppen und der Aufrechterhaltung sozialistischen Denkens und Handelns die-

---

49 Siehe Volker Hölzer: Georg und Rosemarie Sacke. Zwei Leipziger Intellektuelle und Antifaschisten, Leipzig 2004, S.160.

50 Ebenda, S.162.

nen sollten. Die „Roten Blätter“ wurden von H. Reinmuth und W. Elsner redigiert und zum Druck vorbereitet, der Druck selbst kam wegen der Schwierigkeiten der Illegalität und der frühen Verhaftung von Grollmuß, Reinmuth und Elsner aber nicht mehr zustande, weshalb wir nur aus den Akten des Volksgerichtshofes Textauszüge von Marias Arbeiten kennen. Ihre geografischen Kenntnisse sowie die persönliche Freundschaft mit der und die politischen Kontakte zur Familie Seydewitz prädestinierten die im scheinbar unauffälligen Radibor verweilende arbeitslose Studienassessorin Grollmuß, die in der Berliner Wohnung der Familie Seydewitz seit dem Tag der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 unter Arrest stehenden drei Kinder zwischen neun und 17 Jahren wohlbehalten zu den Eltern nach Prag zu bringen. Über Umwege bei befreundeten Antifaschisten in Berlin gelangten der damals 14-jährige Frido Seydewitz und seine beiden Brüder zu Cäcilia Grollmuß, die nach ihrer Kündigung als Volksschullehrerin in Ostpreußen nunmehr in einem Dresdner katholischen Heim arbeitete, wo sie am Sonntag, dem 7. Mai 1933 von Maria Grollmuß abgeholt wurden. Getarnt als Quasi-Sonntagsausflug fuhren die Drei mit dem Bus bis Raupennest in der Nähe von Altenburg und wanderten in der darauf folgenden Nacht über das Hochmoor der tschechischen Grenze bis nach Teplitz, wo ein tschechischer Genosse und Theaterrequisiteur den Jungen abholte und in Prag den Eltern unversehrt übergeben konnte.<sup>51</sup> Ihre politischen Hoffnungen setzte Maria Grollmuß auf die österreichischen Sozialisten und besonders Otto Bauer, den sie im Frühjahr und Herbst 1934, jeweils im Anschluss an Aufenthalte bei den Seydewitz' in Prag, in seinem Brünner Exil aufsuchte. In einem Beitrag für die erwähnten „Roten Blätter“ über eine „Unterredung mit dem Genossen O. B.“ pries Maria Grollmuß die lebendige und unzerstörte Kraft der österreichischen Arbeiterbewegung gegenüber der Zerstrittenheit der deutschen Organisationen, die ihrer Auffassung nach für „Putsch- und Sabotageromantik“ anfällig seien. In einem weiteren Beitrag plädierte sie weitblickend für die Neubildung einer revolutionären deutschen sozialistischen Partei mit Massenbasis „nach dem Zusammenbruch“. Für Maria Grollmuß hatte die „europäische Humanität ihre letzte Zufluchtsstätte im Lager der Arbeiterklasse“, die „in dieser Periode der wilden Zerstörung und Barbarisierung die Hüterin der Kulturkontinuität, die Trägerin des geschichtlichen Bewußtseins und der Tradition“ sei.<sup>52</sup>

---

51 Interview mit Frido Seydewitz, Dresden am 18.11.2006.

52 Die Darstellung folgt den Angaben in der Anklageschrift und dem Urteil des ORA/

### 8. Von der Festnahme bis zum Tod im Frauen-KZ Ravensbrück

Am 7. November 1934 wurde Maria Grollmuß in Radibor während eines illegalen Treffens mit dem Bautzener Kommunisten Paul Neck in ihrem Elternhaus von der Dresdner Gestapo verhaftet. Vorausgegangen war die staatspolizeiliche Entdeckung einer Notiz mit einer verstümmelten Namensangabe und der Anschrift von Hermann Reinmuths Eltern in der Wohnung eines verhafteten Leipziger Sozialdemokraten. Nach einjähriger Untersuchungshaft in der Gefangenenanstalt I am Münchner Platz in Dresden verurteilte der II. Senat des Volksgerichtshofes (VGH) Maria Grollmuß gemeinsam mit Hermann Reinmuth und Willi Elsner am 23. November 1935 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu Zuchthausstrafen. Sie erhielt sechs, Reinmuth sieben und Elsner ein Jahr Zuchthaus. Der vorsitzende Richter war Landgerichtsdirektor Dr. Schaad, assistiert von SS-Brigadeführer Wege, Major Rath, Landgerichtsdirektor Dr. Zieger und Bezirksstadtrat Friedlein.<sup>53</sup> Infolge ihres VGH-Urteils wurde Maria Grollmuß die Doktorwürde aberkannt, ein schreiendes Unrecht, das die Karl-Marx-Universität Leipzig auf Antrag der sorbischen Studentenvereinigung und Prof. Martins 1959 wieder aufhob.

Maria Grollmuß wurde ins Zuchthaus Waldheim in der Nähe von Dresden eingeliefert, wo sie viel Feldarbeit verrichten musste, was ihr anfangs sehr schwer gefallen sein dürfte. Aber die Arbeit an der frischen Luft war der der Natur so verbundenen Maria Grollmuß sehr wichtig. Im Unterschied zu Ravensbrück waren Besuche in Waldheim – einschließlich des Gefängnisgeistlichen – erlaubt, wenn auch streng reglementiert. Kontakte nach draußen hatte sie nur noch über ihre Schwester Cäcilia, die ihr Briefe und Pakete schickte. Ihr fühlte sich Maria Grollmuß eng verbunden, nicht zuletzt weil die Beiden gemeinsame Kindheitserfahrungen, die Liebe zur sorbischen Heimat und die am Ende ihrer Haft wieder erwachende Religiosität teilten.<sup>54</sup>

---

VGH, Bl. 13-16.

53 Cilla Grollmuß hatte dem Verfahren beigezogen und war von dem bereits erwähnten Dr. Ernst Fraenkel juristisch beraten worden. Von ihr gibt es mündlich überlieferte Berichte, die in Maria Kubaschs Roman „Sterne über dem Abgrund“ verarbeitet sind. Fraenkels Motive für seine illegale Arbeit werden in folgendem deutlich: „Das ist der Sinn der illegalen sozialistischen Arbeit im Dritten Reich: den Arbeitenden Kraft, den Schwankenden Vertrauen, den Leidenden Hoffnung und den Herrschenden Furcht einzufößen.“ (Ernst Fraenkel: Der Sinn illegaler Arbeit (1935), Berlin 1979, S.10). Zu Fraenkels rechtsanwaltlicher Tätigkeit für verschiedene Antifaschisten siehe Simone Ladwig-Winters: Ernst Fraenkel. Ein politisches Leben, Frankfurt/Main-New York 2009, S.106-128.

54 Siehe die Briefsammlung im Sorbischen Kulturarchiv Bautzen, auch abgedruckt bei: Pré-

Im Zuchthaus Waldheim waren die Häftlingszahlen in der ersten Hälfte des Jahres 1935 von 650 auf 2.200 angestiegen, sodass Maria Grollmuß in dem Frauentrakt des Gefängnisses vielen Sozialistinnen und Kommunistinnen aus Sachsen wiederbegegnete. Eine von ihnen, die Kommunistin Eva Lippold, berichtete in ihrem Roman über die Spätphase von Marias Haft: „Dr. phil. Maria Grollmuß verliehen Natur und tiefgegründete Bildung ein sanftmütiges Ausharrungsvermögen, behutsame Klugheit. Der Ausdruck ihrer schönen, ernsten Augen gehört einem Menschen zu, weitschauend, wissend und in sich geschlossen; einem jener Menschen, die man nicht wieder aus sich fortlassen möchte. Unduldsam reagiert sie nur, wenn ihr Gespräch sich den Mächtigen dieser Welt und ihrem Einfluß zuwendet“.<sup>55</sup>

Gegen Ende ihrer Haftzeit, insbesondere seit Kriegsbeginn, zeigten sich bei Maria Grollmuß erste Depressionen, gar Todesahnungen im Zusammenhang mit einer bei ihr diagnostizierten Krebserkrankung. Die Gestapo nutzte diese Situation und versuchte, Maria Grollmuß als Spitzel unter ihren sorbischen Mitbewohnern einzusetzen – doch lehnte sie, ähnlich wie der auch in Waldheim einsitzende Hermann Reinmuth, diese zweifelhafte Offerte ab. Zuvor war ihr eine Beschäftigung als Dolmetscherin angeboten worden, wofür sie sich extra eine flämische Grammatik und ein serbokroatisches Wörterbuch zukommen ließ, aus denen sie fleißig lernte. Wie aus ihrem Brief an ihre Schwester vom 8. September 1940 hervorgeht, fand Maria Grollmuß bei aller psychischen Niedergeschlagenheit Halt bei den mittelalterlichen Heiligen und würdigte diese „als Mahnmale und Bollwerke des festen Willens und der klaren Vernunft“. Nicht unbegründet war ihre Vermutung, „daß ich ins Lager komme“.<sup>56</sup> Es war Reinhard Heydrich, der am 23. Dezember 1940 ihren Schutzhaftbefehl ausstellte, da sie nicht bereit gewesen war, den NS-Staat zu unterstützen.

Anfang 1941 wurde Maria Grollmuß ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück überstellt und war als Häftling Nr. 5364 zunächst im Block 10, ab Mitte 1941 im Block 1 (und später im Block 3) für die Politischen untergebracht, der in der Häftlingshierarchie ganz oben stand. Vermutlich keinem festen Arbeitskommando angehörend, verrichtete sie Außenarbeit, insbesondere auf den landwirtschaftlichen Gütern der Umgebung. Aufgrund ihrer Ungeschicklichkeit wurde sie von Aufseherinnen geschla-

---

gardier/Mohr (Hrsg.), Briefe, S.82f., 168f.

55 Eva Lippold: *Leben, wo gestorben wird*. Roman, Berlin 1974, S.85f.

56 Prégardier/Mohr (Hrsg.), Briefe, S.69-71.

gen und war immer wieder Zielscheibe des Spottes von Mithäftlingen, weshalb sie sich vorzugsweise polnischen Kolonnen zuteilen ließ, wo viele gebildete Frauen arbeiteten und viele ihr bei der Arbeit halfen. Mit der Fähigkeit, sich selbst und ihre Mithäftlinge in eine andere, geistige Welt zu versetzen, ihrem Wissensdurst und ihrer Diskussionsfreudigkeit unabhängig von Ort und Zeit konnte sie hilfreich wirken als historisch-politische Bildnerin, überforderte aber auch nicht selten ihre Kameradinnen im Lager. Eine Deutsche, Elisabeth Lynhard, charakterisierte sie als „unser lebendiges Lexikon“, eine Tschechin namens Maria Jindrich berichtete von Maria Grollmuß' Begeisterung für die tschechische Literatur, insbesondere für Jozef Hóra. Maria Grollmuß lernte in dieser Zeit Tschechisch, unterrichtete ihre Mitgefangenen in europäischer Geschichte und regte zu Diskussionen über Demokratie und Internationalismus an. Maria Jindrich beschrieb Maria Grollmuß' Fähigkeit des Abschaltens wie folgt: „In der sonntäglichen Freistunde sah ich sie manchmal ganz allein auf der Lagerstraße gehen, mit schnellen Schritten, auf niemanden um sich achtend, in Gedanken vertieft, wer weiß, in welche Vergangenheit zurückdenkend, im schmerzlichen Heimweh nach dem lieben Heim, nach der geliebten Schwester, mit der sie so eng verbunden war. Ich sah sie oft still und schweigsam, ganz in sich zurückgezogen.“<sup>57</sup>

An diesen Beispielen wird deutlich, wie eng Maria Grollmuß ihre Beziehungen zu den Slawinnen im Lager gestaltete. Mit ihren Sprachkenntnissen in Englisch, Französisch, Deutsch, Tschechisch, Polnisch und ein wenig Russisch betätigte sie sich als Brückenbauerin über die nationalen Grenzen hinweg. Indem sie die Slawinnen in ihrer nationalen Identität stärkte und sich selbst zu ihren eigenen sorbischen Wurzeln gegen die Nazis bekannte, setzte sie ihren antifaschistischen Widerstandskampf fort: „Sie soll es bewusst vermieden haben, mit den Slawinnen im Lager Deutsch, die Sprache der Täter zu sprechen und beteiligte sich aktiv an den kulturellen und religiösen Bestrebungen der polnischen und tschechischen Lagergemeinschaft. Sie widmete z. B. den Tschechinnen zum Jahrestag der Unabhängigkeit ein in tschechischer Sprache verfasstes Gedicht.“<sup>58</sup> Die Polin Wanda Kiedrzyńska beschrieb Marias Verdienste aus ihrer Sicht: „Im Knüpfen internationaler Kontakte hat diese Lausitzerin große Hilfe geleistet [...] Wir diskutierten mit ihr über Themen der Geschichte der Lausitz und der Gegenwart Polens. Sie machte uns [...]

---

57 Ebenda, S.113.

58 Sack, Grollmuß, 2000, S.89.

mit dem politischen Leben im vorhitlerschen Deutschland bekannt. Die Kontakte mit vielen Ausländerinnen sollten die Grundlage einer zukünftigen internationalen Frauenorganisation einstiger Häftlinge der Konzentrationslager werden. Diese zukünftige Organisation sollte die Frucht der in den Lagern gewonnenen Solidarität der Frauen sein und die Besiegung der Kriege und des Faschismus zum Ziel haben.<sup>59</sup>

Als 1943 Französisinnen ins Lager kamen, fand Maria Grollmuß über ihre Sprachkenntnisse schnell den Zugang zu ihnen, so z. B. zur Nichte de Gaulles, Geneviève de Gaulle<sup>60</sup> und auch zu Germaine Tillion, der Schülerin des Ethnologen/Soziologen Marcel Mauss und Historikerin des KZ Ravensbrück. Germaine Tillion, kürzlich im Alter von 101 Jahren verstorben, schrieb vor einigen Jahren über die Widerstandstätigkeit von Maria Grollmuß im Lager: „Ich erinnere mich an Maria Grollmuß, eine Professorin, die aus der Lausitz stammte und, obwohl selbst am Ende ihrer Kräfte, vom anderen Ende des Lagers bis ganz nach hinten zu unseren jämmerlichen Baracken kam, um uns in perfektem Französisch vor den Gefahren zu warnen, die uns drohten und um uns Tips zu geben, wie wir versuchen könnten, ihnen zu entgehen.“<sup>61</sup>

Wie Germaine Tillion andeutete, war Maria Grollmuß schwerkrank. Der Tumor, der bereits in Waldheim erkannt worden war, war ausgebrochen, sie bekam hohes Fieber und wurde ins Krankenrevier gebracht, eine Operation wurde jedoch nicht mehr vorgenommen. Elisabeth Lynhard hat das Ende mit bewegenden Worten geschildert: „Am Sonnabend, dem 5. August, kam noch ein Brief von der Schwester an, sie habe die Absicht gehabt, bestimmte Wege, die sie in Jugendjahren gemeinsam gingen, zu gehen, aber sie warte damit, bis Maria wieder zu Hause sei! – Der letzte Lichtblick in ihrem Leben. Am Sonntag, dem 6.8.1944, nachmittags 3.00 Uhr, verstarb sie, diesen Brief in ihren kraftlosen Händen haltend, mit dem heißen Wunsche, bald die Heimat zu sehen und nicht wieder fort zu müssen. So wie während der Krankheit alles Obst aufgetrieben wurde, so war Maria Grollmuß eine Stunde später im Leichenkeller aufgebahrt und

---

59 Zit. nach: Kubasch, Sterne, S.171. Siehe auch Wanda Kiedrzyńska: Ravensbrück, kobiece obóz koncentracyjny [Frauenkonzentrationslager], Warschau 1961, S.237f., 249f.

60 Verarbeitet in ihrem jetzt auch auf Deutsch zugänglichen literarischen Zeugnis: Geneviève de Gaulle-Anthonioz: Durch die Nacht, Zürich-Hamburg 1999, S.23f.

61 Germaine Tillion: Geleitwort, in: Burkhard Strebler: Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes, Paderborn u. a. 2003, S.11f., hier S.11. Von derselben Autorin stammt auch eine der ersten Gesamtdarstellungen des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück: Germaine Tillion: Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, Frankfurt/Main 2001.

von Blumen reichlich umgeben. Alle ihre guten Bekannten und Freundinnen zogen trauernd an ihrem schmucklosen Sarg vorüber, still Abschied nehmend. Dies war nur möglich, da es Sonntagnachmittag war und im Lager Sonntagsfrieden herrschte. Ihre Asche wurde auf ihrem Heimatfriedhof in Radibor beigesetzt.<sup>62</sup>

## 9. Fazit

Der 48-jährige Lebensweg der Maria Grollmuß erscheint im Rückblick in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Generationell gehört sie zu jener Gruppe von Frauen, die, noch im 19. Jahrhundert geboren, den mühseligen Weg der Emanzipation über den Lehrerinnenberuf in akademische Institutionen gingen und die Chancen des Studiums und der Promotion aktiv nutzten.

Den extremen Hürden der kapitalistisch-patriarchalischen Gesellschaft der Weimarer Republik begegnete Maria Grollmuß auf allen Stufen ihrer Entwicklung: In der Familie musste sie, den Vorstellungen ihres Vaters folgend, einen Umweg in ihrer Bildungskarriere einschlagen, in der Politik zählte sie zu den Ausnahmeerscheinungen der jüngeren Generation, die den „männlichen“ Frauen des Zentrum ebenso entgegneten musste wie den fast selbstverständlich anmutenden männlichen Exklusiv-

---

62 Siehe Sammlungen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/StBG, RA Bd.39 (Bericht 877), hier nach: Prégardier/Mohr (Hrsg.), Briefe, S.156. Name und Datum festgehalten in: Gedenkbuch für die Opfer des Konzentrationslagers Ravensbrück 1939-1945, hrsg. von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Projekt Gedenkbuch. Wissenschaftliche Leitung: Bärbel Schindler-Saefkow unter Mitarbeit von Monika Schnell, Berlin 2005, S.245. Noch bis in die letzte Stunde vor ihrem Tod hatten die Blockälteste Rosa Jochmann, sozialistische Nationalrätin im Nachkriegsösterreich, und die spätere sozialdemokratische Bürgerschaftsabgeordnete Anna Stiegler aus Bremen ihre Solidarität mit Maria Grollmuß durch persönliche Anwesenheit gezeigt. Siehe die Berichte der Beiden unter der Registratur RA-Nr.I/7-2-20, in: Archiv MGRA. Siehe zu Rosa Jochmann: Franz Richard Reiter (Hrsg.): Wer war Rosa Jochmann?, Wien 1997; zu Anna Stiegler: Renate Meyer-Braun: Anna Stiegler, in: Hannelore Cyrus u. a. (Hrsg.): Bremer Frauen von A-Z. Kurzbiographien, Bremen 1991, S.381-384. Anna Stiegler praktizierte die Zusammenarbeit mit Kommunisten und Kommunistinnen, trotz aller Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Partei, der SPD, z. B. mit Käthe Popall (KPD), der ersten Nachkriegssenatorin in Bremen, deren Freundschaft nach Popalls Worten „bis zu ihrem Tod gehalten hat. Wir haben nach 1945 immer zusammengearbeitet und den Bremer Frauenausschuß gemeinsam geleitet.“ Zit. nach: Käthe Popall. Ein schwieriges politisches Leben. Erzählte Geschichte, bearb. von Peter Alheit und Jörg Wollenberg, Fischerhude 1985, S.78.

onsansprüchen der sozialistischen Parteien, von SPD und KPD bis zu deren Abspaltungen KPO, SAP und Revolutionäre Sozialisten. Schließlich ließen sich diese zeittypischen Erscheinungen des Patriarchalismus auch im Feld des Journalismus und besonders in der Wissenschaft beobachten, wie dies Maria Grollmuß während der Arbeit an ihrer Dissertation erfahren musste. Selbst ein ihr bekannter sozialistischer Nachwuchswissenschaftler aus Leipzig wie Georg Sacke, mit dem sie – vermittelt über den gemeinsamen Freund Hermann Reinmuth – im antifaschistischen Widerstandskampf verbunden war, berichtete 1929 in der „Leipziger Studentenschaft“, dass er in seiner „Studienzeit keinen einzigen Studenten kennengelernt habe, der sich offen zu dem weiblichen Studium bekannte“.<sup>63</sup> Maria Grollmuß hatte offensichtlich diese für ihre Zeit nahezu unüberwindlich erscheinenden Hemmnisse erkannt und daraus ihre ganz eigenen Schlussfolgerungen für ihr privates und politisches Leben gezogen. Wie eng immer die freundschaftlichen Bande zu dem fünf Jahre jüngeren Freiburger Zentrumsstudenten und späteren CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Kopf gewesen sein mögen, steht die Tatsache fest, dass Maria Grollmuß keine wirkliche Liebesbeziehung (mehr?) eingehen konnte. Für sie sollte das katholische Jungfrauen-Modell eine geistige und politisch-soziale Antwort auf die Männerherrschaft in der Weimarer Demokratie und den Apparaten von Parteien und Gewerkschaften sein. Katholizismus und Sozialismus sind in ihrer Person gewissermaßen symbiotisch zusammengewachsen und auf einer höheren Stufe der Persönlichkeitsentwicklung „aufgehoben“. Es nötigt uns Nachgeborenen höchsten Respekt ab, mit welcher moralischen Selbstverständlichkeit und politischen Gradlinigkeit Maria Grollmuß sich immer mehr radikalisierte: von dem frühen Bekenntnis zum Sozialismus während der Novemberrevolution über ihre demokratiestabilisierenden Beiträge in Zentrum, SPD und Publizistik und ihre respektable Reichstagskandidatur für die SAP in der Endphase der Weimarer Republik bis hin zum vollen Risiko der alle Möglichkeiten des antifaschistischen Kampfes ausschöpfenden Widerständlerin. Der Ausschluss aus KPD und KPO traf sie menschlich und politisch tief, zumal ihre politischen Einsichten und Aktionsformen den erst spät zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse neigenden Parteien von KPD und Teilen der SPD auch schon vor dem 30. Januar 1933 überlegen waren. We-

---

63 Siehe Georg Sacke: Zum Problem des Frauenstudiums, in: Die Leipziger Studentenschaft, Nr. 4 (12.2.1929), S.7f., hier S.8; insgesamt informativ und differenziert: Michael Grüttner: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u. a. 1995, S.109.

gen ihrer ebenso guten Verbindungen zu den christlichen als auch sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern galt sie dem Urteil von Ruth Seydewitz zufolge als „Volksfront in Person“.<sup>64</sup> Die internationale Ausrichtung der politischen Arbeit von Maria Grollmuß im Konzentrationslager Ravensbrück ist ohne diese gelebte Volksfront-Position kaum verständlich, was zu ihrer – von ihr selbst nicht mehr einlösbaren – sozialistischen Perspektive für ein Nachkriegsdeutschland nicht im Widerspruch steht.<sup>65</sup>

Die umfassende Aneignung „der lebensgeschichtlichen Vielfalt des Widerstandes“<sup>66</sup> sollte eine der tragenden Säulen der historischen und politischen Bildung in der erweiterten Bundesrepublik Deutschland werden: Dr. Maria Grollmuß hätte einen Ehrenplatz in der Bildergalerie und der Ausstellung der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ im Berliner Bendler-Block verdient.

---

64 Ruth Seydewitz: *Alle Menschen haben Träume. Meine Zeit – Mein Leben*, Berlin 1976, S.171. Siehe auch Max Seydewitz, *Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs*, Berlin 1984, S.331-337.

65 Ähnlich Wolfgang Abendroth, der in der Frage Einheitsfront versus Volksfront die Differenz zu seinen KPO-Lehrern H. Brandler und A. Thalheimer reflektierte. Siehe Andreas Diers: *Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat*. Wolfgang Abendroth. *Leben und Werk 1906-1948*, Hamburg 2006, S.326.

66 So die Formulierung im Klappentext des verdienstvollen Lexikons: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): *Lexikon des Widerstandes 1933-1945*, München 1994, in dem als einzigem Nachschlagewerk über den Widerstand ein von Klaus Drobisch verfasster Artikel über Maria Grollmuß erschienen ist (S.70).

## Tatiana Grigorovici (1877-1952). Zum 60. Todestag der Austromarxistin

Horst Klein

Tatiana Grigorovici<sup>1</sup> war eine außergewöhnliche Frau, die zur Wende ins 20. Jahrhundert kaum 20-jährig, selbstbewusst und von humanistischen Visionen ergriffen sich dem sozialistischen Kampf für eine demokratische, freiheitliche, gerechte, von solidarischen und harmonischen Be-

ziehungen der Menschen geprägte Gesellschaft anschloss. Mit Vernunft sich der Geschichte und der sozialen Gegenwart zu nähern, sich mit dieser kritisch auseinanderzusetzen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Besseren wenden zu helfen, darin sah sie ihre Lebensaufgabe. Sie gehörte zu den *ersten Frauen*, die sich vor mehr als 100 Jahren auf den Weg begaben, um an den sozialen Kämpfen in der österreichischen k.u.k-Monarchie und später in Rumänien teilzuhaben. Sie identifizierte sich mit dem wissenschaftlichen Werk von Karl Marx und blieb in all ihren politischen Lebensjahren dem



*Tatiana Grigorovici um 1896*

Austromarxismus und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit Herz und Verstand verbunden. Indessen ging ihre Spur in der Geschichtsschreibung beinahe verloren. Der 135. Geburtstag und der 60. Todestag geben Anlass, an das Leben dieser wunderbaren, in ihrer Lebenszeit hoch geschätzten Sozialistin zu erinnern.

---

1 Abbildungen: Privat, Dr. nat. Rodica Marchidan, geb. Grigorovici (Enkeltochter), Bukarest.

---

*Aufbruch in die Wissenschaft*

Tatiana Grigorovici, geb. Pisterman, wurde am 31. März 1877 in einer gut betuchten jüdischen Kaufmannsfamilie in Kamenetz, Podolien (russisches, ab 1917 ukrainisches Gouvernement), als 14. und jüngstes Kind geboren und genoss zunächst ein sozial gesichertes Leben in der Familie. Auffallend intelligent, beschrift sie ihren Bildungsweg zur Universität. In Wien und Bern studierte Tatiana Pisterman Philosophie und Nationalökonomie. In ihrer Studienzeit in dem von sozialen und ethnischen Gegensätzen geprägten Vielvölkerstaat Österreich, wurde – wie bei vielen ihrer Kommilitonen – das Interesse für marxistische Ideen geweckt. Die in der Kindheit und Jugend gelebte soziale Geborgenheit verschloss nicht die kritische Wahrnehmung der sozialen Widersprüche. Sie lernte Kommilitonen wie Rudolf Hilferding (1877), Otto Bauer (1881), Max Adler (1873), Friedrich Adler (1879), Karl Renner (1873) und Gustav Eckstein (1875) kennen, mit denen sie im weitestgehenden geistigen Konsens Freundschaft schloss. Sie alle kamen aus ähnlichen sozialen Lebenswelten und fanden, getrieben von den sozialen Fragen, Interesse an Theorien, die deren Lösung vorgaben. Allen gemeinsam war die geistige Faszination für das von Karl Marx verfasste „Kapital“, das inzwischen in den drei Bänden vorlag. Die jungen Wissenschaftler verstanden sich als marxistische Studiengemeinschaft, die zur Quelle jener Strömung wurde, die dann unter dem Namen „Austromarxismus“ in die Geistesgeschichte der internationalen Arbeiterbewegung einging.<sup>2</sup> Zu dieser jungen intellektuellen Männerwelt gehörte als *einzigste Frau* Tatiana Pisterman. Die Gruppe wider setzte sich den zweifellos einflussreichen bürgerlichen Ideologien, selbst der in der Sozialdemokratie von Eduard Bernstein ausgelösten „Revisionsismus-Debatte“ und erstrebte ein rein wissenschaftliches Gesellschaftsverständnis, fern aller Ideologien. In der Marx’schen Wissenschaftsmethode sah sie den Weg und wollte dessen Theorie bei der Analyse der inzwischen fortgeschrittenen sozialökonomischen Lebensverhältnisse und ethnischen Probleme des österreich-ungarischen Vielvölkerstaates schöpferisch anwenden und weiterführen. Zu diesem Zweck gaben Max Adler und Rudolf Hilferding ab 1904 die wissenschaftliche Edition „Marx-Studien“<sup>3</sup> heraus, die bis 1923 fortgesetzt wurde.

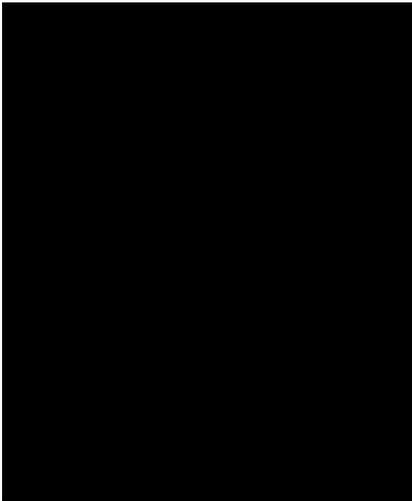
---

2 Siehe Otto Bauer: Statt einer Einleitung „Austromarxismus“, in Ders.: Werkausgabe, Wien 1980, Bd. 8, S.11-14.

3 Siehe Horst Klein: Marx-Studien 1904-1923. Quellen linkssozialistischer Theorieentwicklung, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2010/I, S.5-27;

*An der Seite von Gheorghe Grigorovici ein Leben mit sozialistischen Idealen*

Im geistigen Umfeld der Austromarxisten lernte Tatiana Pisterman den ebenso an Marx interessierten rumänischen Medizinstudenten und Sozialdemokraten Gheorghe Grigorovici (1871-1950) kennen und lieben, sie heirateten 1903. Für die aus einer jüdischen Familie kommende Tatiana blieb die Ehe mit einem christlichen Partner nicht ungeahndet. Von den Eltern verstoßen und enterbt, ging sie fortan in liebevoller Gemeinsamkeit mit Gheorghe Grigorovici den Lebensweg in der Sozialdemokratie.



*Tatiana und Gheorghe Grigorovici um 1934*

Die sozialistische Vision hatte Gheorghe Grigorovici so ergriffen, dass er sein Medizinstudium kurz vor dem Abschluss beendet hatte, um sich ganz der sozialistischen Bewegung in der Bukowina zu widmen. Wie sich sein Sohn Radu erinnerte, „beschäftigte sich Vater eher mit der praktischen Seite der Politik; er war ein guter Redner, sprach auch ukrainisch und jede andere in der Bukowina übliche Sprache“.<sup>4</sup> Die theoretischen Impulse für seine Vision bekam er nicht zuletzt auch aus der ideellen Gemeinsamkeit mit seiner Frau Tatiana.

Der inzwischen namhafte Sozialdemokrat, ab 1906 Redakteur der „Volkspresse“ und Sekretär der Gewerkschaft, gehörte zwischen 1907 und 1918 für Czernowitz dem Wiener Reichsrat an. In der so gegebenen Nähe zu Victor Adler,<sup>5</sup> dem Führer der österreichischen Sozialdemokratie, gewann

Der inzwischen namhafte Sozialdemokrat, ab 1906 Redakteur der „Volkspresse“ und Sekretär der Gewerkschaft, gehörte zwischen 1907 und 1918 für Czernowitz dem Wiener Reichsrat an. In der so gegebenen Nähe zu Victor Adler,<sup>5</sup> dem Führer der österreichischen Sozialdemokratie, gewann

Ders.: Beiträge zur linkssozialistischen Theoriegeschichte im 20. Jahrhundert. Sozialisten im Streit für eine bessere Welt – unter besonderer Berücksichtigung der Ideen von Max Adler, Otto Bauer, Eduard Bernstein, Gustav Eckstein, Rudolf Hilferding, Karl Kautsky und Karl Renner (Strausberger Studien zur Geschichte, 40), Strausberg 2009.

<sup>4</sup> Radu Grigorovici: Argumente. Despre oameni, idei și politici [Argumente: über Menschen, Ideen und Strategien], București 2011, S.69.

<sup>5</sup> Siehe Wolfgang Maderthaler: Victor Adler, in: Victor Adler/Friedrich Engels: Briefwechsel. Im Auftrag des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien, hrsg. von Gerd

er sein Profil als Parlamentarier, das er wirkungsvoll in der Bukowina einzubringen verstand.<sup>6</sup> Im November 1912 nahm Gheorghe Grigorovici in Basel am internationalen Sozialistenkongress teil und vertrat dort als österreichischer Staatsbürger, zusammen mit Dobrogeanu Gherea, rumänischer Staatsbürger und Vertreter der Sozial-Demokraten aus Rumänien, die rumänische Sozialdemokratie.

Bei Ausbruch des Krieges 1914 war die Bukowina de facto Kriegsgebiet mit wechselnder Besetzung durch Russen und Österreicher. Die Familie Grigorovici flüchtete erst nach Storojinet (Bukowina), dann weiter nach Rumänien, das noch neutral geblieben war, und später nach Göding und Olmütz, wo Tatiana Grigorovici in der Verwaltung eines Lazaretts arbeitete. Erst im Oktober 1918 kehrte sie mit Sohn Radu (1911-2008) nach Czernowitz und an ihren Arbeitsplatz in der Verwaltung des Krankenhauses zurück. Zu Beginn des Jahres 1915 musste Gheorghe Grigorovici als Mitglied des Reichsrates in Wien präsent sein und aus der Weltkriegssituation ergebene Pflichten wahrnehmen, wie diese jedem Abgeordneten auferlegt wurden. Er hatte sich für die sozialen Sorgen der Bukowina Flüchtlinge zu engagieren.<sup>7</sup>

### *Von der Marx'schen Theorie fasziniert*

Tatiana Grigorovici war von Karl Marx' „Kapital“ so inspiriert, dass sie sich als Doktorandin für ein Thema entschied, bei dem sie sich mit Angriffen gegen die und mit Missverständnissen der Werttheorie auseinandersetzte. Zu dieser Zeit war die in den 80er-Jahren des 19. Jahrhunderts vornehmlich von Carl Menger und Eugen von Böhm-Bawerk entwickelte und gegen Marx ins Feld geführte „Grenznutzentheorie“ politisch aktuell. Es handelt sich um eine in der bürgerlichen Nationalökonomie häufig vertretene Auffassung, die den Gebrauchswert der Ware in den Vordergrund hebt oder ihm die primäre Funktion in der Wertbestimmung zuweist. Solche theoretischen Positionen forderten auch die Austromarxisten zum Widerspruch heraus. Hinzu kam, dass der in der Sozialdemokratie noch immer hoch angesehene Ferdinand Lassalle der Marx'schen Wertlehre ähnliche Auffassungen entgegengesetzt hatte.

Das eigentliche Problem bestand darin, wie Tatiana Grigorovici in ihrer Dissertation einleitend hervorhob, dass die Werttheorie von Lassalle

---

Callesen und Wolfgang Maderthaler, Berlin 2011, S.IX-XVI.

6 Siehe Petru Rusşindilar: George Grigorovici şi social-democraţia în Bucovina [George Grigorovici und die Sozialdemokratie in der Bukowina], Bucureşti 1998, S.23.

7 Siehe Grigorovici, Argumente, S.70.

„nicht nur nicht identisch mit der von Marx, sondern umgekehrt“ geeignet sei, die „Marxsche Wertlehre samt den Schlüssen, die Marx aus ihr gezogen hat, umzustürzen“.<sup>8</sup> Der Ansatz für Auffassungen über „Missverständnisse“ oder die die Werttheorie fälschenden Interessen war in den verschiedenen Ansichten zum Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ gegeben. In der Literatur gab es zu dieser Zeit ein erkennbares Bemühen, die sogenannten Missverständnisse, von denen Marx gesprochen hatte, als nebensächlich hinzustellen. Deshalb war das Anliegen von Tatiana Grigorovici zu enthüllen, worin Lassalle die Marx'sche Werttheorie missverstanden habe, und die Unterschiede in der Wertauffassung beider nachzuweisen. Während nach Marx die Arbeit an sich, ohne Rücksicht auf ihre Zweckmäßigkeit, die Quelle allen Wertes sei, habe Lassalle die zweckmäßige Arbeit als Quelle allen Wertes bezeichnet. In diesem Zusammenhang analysierte Tatiana Grigorovici die damals sehr lebhaft geführte Diskussion<sup>9</sup> und verglich im Sinne des Marx'schen Arbeitsbegriffs die unterschiedlichen Auffassungen zur Werttheorie. Die Studie war für das Verständnis der Marx'schen Wert- und Mehrwerttheorie sowie der menschlichen Arbeit als der eigentlichen Quelle des Mehrwerts und Profits sehr hilfreich. Bemerkenswert ist, dass die Austromarxisten mehrheitlich eine philosophische Grundlegung der marxistischen Theorie nicht sahen. Anders Tatiana Grigorovici – sie war eine Autorin, der es in der Auseinandersetzung mit Lassalle auf die Beziehung von Philosophie und Ökonomie bzw. auf ein materialistisches Verständnis der ökonomischen Theorie von Marx ankam.

Tatiana Grigorovici verteidigte 1906 am Lehrstuhl Wirtschaftswissenschaften der Berner Universität bei Professor August Onken ihre Dissertation „Die Wertlehre bei Marx und Lassalle. Beitrag zur Geschichte eines wissenschaftlichen Missverständnisses“ und bekam das Prädikat „Magna cum laude“. Auf ihrem Diplom ist lateinisch vermerkt: „domina praenobilissima atque doctissima“ d. h. „hoch edle und hoch gebildete Frau“.<sup>10</sup> Ihre Arbeit, zunächst im Selbstverlag 1908 und 1910 im III. Band der „Marx-Studien“ publiziert, in dem auch „Das Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding erstmals erschien, fand ein beachtliches Interesse.

---

8 Siehe Tatiana Grigorovici: Die Wertlehre bei Marx und Lassalle, in: Marx-Studien. Blätter zur Theorie und Politik, hrsg. von Dr. Max Adler und Dr. Rudolf Hilferding, Dritter Bd. (Neudruck der Ausgabe Wien 1910), Glashütten im Taunus 1971, S.484.

9 Siehe Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Zweiter Teil, Berlin 1960, S.33-43.

10 Grigorovici, Argumente, S.69.

Das Angebot einer Dozentur an der Universität Bern lehnte Tatiana Grigorovici ab, um sich an der Seite ihres Mannes der sozialdemokratischen Parteiarbeit in Czernowitz bzw. der Bukowina ehrenamtlich widmen zu können. Als überzeugte Marxistin wirkte sie in sozialdemokratischen Vereinen und Bildungsinstitutionen für die Verbreitung der sozialistischen Theorie. Sie publizierte u. a. in der von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Bukowina herausgegebenen Zeitschrift „Der Klassenkampf“ und schrieb Einführungen in den wissenschaftlichen Sozialismus. Sie korrespondierte mit Karl Kautsky und übersetzte dessen 1887 verfasste Schrift „Thomas More und seine Utopie“ ins Rumänische. Einige ihrer Schriften erreichten internationalen Zuspruch, u. a. in China. Tatiana Grigorovici wurde von ihren Zeitgenossen als eine „eindrucksvolle Persönlichkeit von überragender Intelligenz“<sup>11</sup> und als „die gelehrte Frau in der sozialistischen Bewegung Österreichs“<sup>12</sup> geschildert.

### *Im Nachkriegsrumänien und unter sowjetischer Besatzung*

Viele Austromarxisten vertraten vor dem Ersten Weltkrieg die Vision, „den Zerfallsprozessen des Habsburgerreiches [...] dadurch entgegenwirken [zu] wollen, dass man alle Donaustaaten, also neben Österreich auch Ungarn, Siebenbürgen, Serbien, Tschechien, Slowakei, Rumänien usw. in einem multinationalen sozialistischen Staat mit dem Zentrum Wien“ vereinigte.<sup>13</sup> Auch die von Victor Adler und Otto Bauer vertretene deutsch-nationale Option eines Anschlusses Österreichs an Deutschland spielte in austromarxistischen Diskussionen eine beachtliche Rolle. Infolge des Krieges kam alles anders. Die Bukowina und Siebenbürgen trennten sich von Österreich und wurden in Rumänien integriert. Gheorghe Grigorovici engagierte sich für den Zusammenschluss der sozialistischen Parteien Rumäniens, wurde Senator und publizierte über die wirklichen Zustände in der Sowjetunion.

Indessen arbeitete Tatiana Grigorovici beruflich in den 1920er-Jahren u.a. in Czernowitz als Direktorin einer Versicherung sowie als kaufmännische Direktorin einer Frauenklinik und gelegentlich (um für ihren musikalisch

---

11 Manfred Rehbinder: Einleitung des Herausgebers, in: Eugen Ehrlich: Politische Schriften, hrsg. und eingel. von Manfred Rehbinder, Berlin 2007, S.10.

12 Henry H. Stahl: Amintiri și gânduri despre vechea școală a „monografiilor sociologice“ [Erinnerungen und Gedanken zur alten Schule der „soziologischen Monografien“], Bucu-rești 1981, S.21.

13 Rehbinder, Einleitung, S.10.

begabten Sohn Radu ein Klavier kaufen zu können) eines Luxushotels in Olănești. Ihre uneigennützigste Sorge für das Wohlbefinden der Menschen galt ebenso in der eigenen Familie. Enkeltochter Rodica Marchidan erinnert sich: „Auch was meine Erziehung betraf, so geschah alles unbemerkt. Großmutter bemühte sich, mir Rücksicht und Feingefühl für andere Kinder beizubringen. Sie war sehr ernst und nicht auffallend gekleidet, bescheiden und rücksichtsvoll. Nie habe ich sie über etwas klagen gehört, aber ich habe sie auch selten lachen gesehen. So waren vielleicht damals die Umstände.“<sup>14</sup>

Aber auch der Austromarxismus beschäftigte Tatiana Grigorovici nach dem Krieg weiter: In Olănești bildete sie 1921 einen „austromarxistischen“ Arbeitskreis, zu dem neben ihrem Ehemann weitere namhafte Sozialwissenschaftler und Politiker gehörten.

1936 verzog die Familie von Czernowitz in die Hauptstadt Bukarest, um so die akademische Karriere des inzwischen zum Physiker herangewachsenen einzigen Sohnes Radu zu fördern und dessen junge Familie mit Ehefrau Elena und Tochter Rodica, die später ebenfalls Physikerin wurde, zu unterstützen. Der neue Wohnort, Sitz des Parlaments, in das Gheorghe Grigorovici 1931 erstmals gewählt worden war, begünstigte sowohl die Wahrnehmung der wissenschaftlichen Interessen Tatiana Grigorovicis als auch die parlamentarische Arbeit ihres Mannes, der kurzzeitig von 1939 bis Mitte 1940 Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium war.

In diese Zeit fielen der für Sozialisten nicht fassbare Hitler-Stalin-Pakt und die Besetzung des Nordens der Bukowina durch die „Rote Armee“. Radu Grigorovici schildert die Situation: „Der Zusammenbruch Polens, dessen Zeugen die Bukowiner wurden, ließ nichts Gutes ahnen. Die rücksichtslose Besetzung des Nordens der Bukowina durch die sowjetische Armee, der organisierte Abzug der deutschen Bevölkerung auch aus dem rumänisch gebliebenen Süden, die Massendeportationen von Rumänen, Ukrainern und Juden als Verräter, Nationalisten, Kapitalisten und Volksausbeuter, oder aus reiner Willkür, denen auch viele jener, die der sowjetischen Armee zugejubelt hatten, zum Opfer fielen, warfen alle rationale Ordnung von Sympathien und Antipathien über den Haufen. Klar war die Lage anfangs nur für die Polen, ein Jahr später auch für zahlreiche Rumänen: fliehen.“<sup>15</sup> Die Art und Weise der Besetzung und der brutale Um-

14 Aus Brief von Rodica Marchidan an den Autor vom 31.5.2012.

15 Radu Grigorovici: *Bucovina între Milenii. Studii și Documente* [Die Bukowina zwischen den Jahrtausenden. Studien und Dokumente], București 2006, S.243.

gang mit den Menschen ließ die schon zuvor vorhandene antisowjetische Stimmung anschwellen. Tatiana und Gheorghe Grigorovici sahen sich in ihrer kritischen Haltung gegenüber dem politischen System der Sowjetunion bestärkt. Die Sowjetisierung des Nordens der Bukowina 1940/41 schildert Mariana Hausleitner in ihrem Buch „Die Rumänisierung der Bukowina“. Die Repressionen wuchsen 1941 mit dem Einmarsch der Hitlertruppen ins Unermessliche.<sup>16</sup>

Die Familie Grigorovici überlebte auch die Zeit der NS-Herrschaft. Tatiana und Gheorghe waren inzwischen im Ruhestand. Bemerkenswert ist, dass es in Bukarest keine Massendeportationen wie in der Bukowina gab. Sohn Radu musste wegen seiner jüdischen Herkunft, neben seiner von Professor Eugen Bădărău geschützten wissenschaftlichen Arbeit an der Universität, jedoch Zwangsarbeit leisten.

### *Sie starben als Marxisten in der stalinistischen Diktatur*

Im „kommunistischen“ Rumänien gerieten Tatiana und Gheorghe Grigorovici schon aufgrund ihrer engagierten marxistisch-sozialdemokratischen Überzeugung in Konflikt mit den diktatorischen Machtverhältnissen. Sie kannten wie die meisten Sozialdemokraten die vom sogenannten Stalinismus geprägte Ideologie, die Verbrechen und Pläne. 1949 geriet Gheorghe Grigorovici in die Gewalt und Folter der rumänischen Securitate. Das war für Tatiana als überzeugte Marxistin eine schmerzliche Erfahrung und zugleich eine Herausforderung, sich ebenso offen, wie es ihr Mann getan hatte, mit den nicht als sozialistisch anzusehenden Verhältnissen auseinanderzusetzen. Hilfesuchend wandte sie sich an einen vermeintlichen Freund und Schüler ihres Mannes, den damaligen Arbeitsminister Lothar Radaceanu, mit der Bitte, sich dafür zu verwenden, die Haft ihres inzwischen 79-jährigen und dem Sozialismus stets treu ergebenen Mannes in den milderen Zwangsaufenthalt (Hausarrest) umzuwandeln. Verbittert schrieb sie ihm nach dem Gefängnistod ihres Mannes 1950: „Du hattest ihm am 1.8.1946 mit der Widmung ‚mit Gefühlen der Liebe und Hochachtung‘ noch Dein Buch ‚Marxistische Studien‘ geschickt. GG starb mit 79 Jahren in der Epoche der Diktatur des Proletariats. Ich schlage Dir vor, Selbstkritik zu üben u. auf objektive Weise festzustellen, ob G. Grigorovici dieses tragische Schicksal verdient hat u. wer von Euch beiden die Ide-

---

16 Siehe Mariana Hausleitner: Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Grossrumäniens 1918-1944, München 2001, S.354-425.

en verraten hat. Hoffe, Du wirst dieses Mal den Brief nicht der Securitate übergeben, wie Du es mit meinem Brief v. 15.7.49 getan hast, in dem ich Dich bat, unter Berücksichtigung seines Alters die Haft in einen Zwangsaufenthalt umzuwandeln.

Mit dem Respekt, den Du verdienst

Dr. T. G.<sup>17</sup>

Wie Gheorghe Grigorovici wurde auch Tatiana Grigorovici als überzeugte Marxistin/Sozialdemokratin Opfer der stalinistischen Diktatur. Am 1. Juli 1950 verfasste sie eine Erklärung bzw. ein politisches Testament, um so vorweg Aussagen zu dementieren, die ihr durch Gewalt abgerungen werden könnten. Darin heißt es: „Ihr verhaftet mich, weil ihr annehmt, dass ich eine Gegnerin des kommunistischen Systems bin u. da täuscht ihr euch nicht. Ich bin eure Gegnerin, weil ihr m.E. die Ideen des wiss. Kommunismus kompromittiert, eine Idee für die ich u. mein Mann ein halbes Jahrhundert gekämpft haben. [...] ich will diese Erklärung jetzt abgeben, da ich mich noch in Freiheit befinde. Sie ist gut überlegt u. entspricht meiner Überzeugung. Ich kenne die Psychologie des Menschen in Haft nicht. Deshalb will ich mich vorweg festlegen, dass jede anderslautende Erklärung nicht wahrhaftig ist. Diese Erklärung enthält alles, was ich zu sagen habe, und Verhöre sind nicht nötig.“<sup>18</sup> In Erwartung ihrer Verhaftung und den Verlust ihres lebenslangen Kampfgefährten nicht verkräftend, entschied sich Tatiana Grigorovici in ihrem 75. Lebensjahr am 25. September 1952 für den so erzwungenen „Freitod“.

Der Sohn von Tatiana und Gheorghe Grigorovici und namhafte Physiker Radu Grigorovici wurde nach 1990 Vizepräsident der Rumänischen Akademie. Er starb 97-jährig wie seine Frau Elena, geb. Răzvan, mit der er 74 Jahre verheiratet war, 2008. Die beiden waren bereits als Kinder in der von Tatiana Grigorovici geführten Obstetriklinik in Czernowitz gemeinsam aufgewachsen, hatten zusammen gelernt und studiert.

Dimitrie Vatamaniuc, Ehrenmitglied der Rumänischen Akademie, schreibt über das Schicksal der Familie: „Seine [Radus] Eltern waren aktive Sozialdemokraten sowohl in der österreichischen Bukowina als auch im vereinigten Rumänien. Ihre streng antisowjetische Politik büßten beide mit ihrem Tode in den Jahren 1950 bzw. 1952: der Vater im Gefängnis, ohne Prozess, die Mutter gewollt, zuhause. Infolgedessen wählte Radu Grigoro-

17 Rusşindilar, George Grigorovici, S.174.

18 Ebenda, S.175-178.

vici für sich selbst eine, sozusagen, streng nonkonformistische, aber antidogmatische Einstellung, und es gelang ihm derart zu überleben.“<sup>19</sup>

Im Gedenken an die in Rumänien weithin bekannten Tatiana und Gheorghe Grigorovici erschien im Jahr 2000 in der Bukarester Zeitung „România Liberă“ eine Erinnerung an die hier geschilderten Schicksale. Darin heißt es mit Bezug auf die Entwicklung in Rumänien nach 1989: „Heutzutage schauen die die ihnen nahe standen kummervoll und angeekelt zu, wie ihre Mörder den Namen ihres Glaubensbekenntnisses schänden, um sich eine falsche Ehrlichkeit zu schaffen.“<sup>20</sup>

---

19 So Dimitrie Vatamaniuc im Vorwort zu: Grigorovici, Bucovina, S.12.

20 Zit. nach dem Brief von Rodica Marchidan an den Autor vom 3.6.2012.

# Das kämpferische Leben der Tänzerin Johanna (Hanna) Berger (1910-1962)

Gisela Notz

Johanna (Hanna) Bergers Leben und Tanzen sind mit ihrer „politischen Idee“, wie sie ihren Ausdruckstanz bezeichnete, eng verbunden. Sie war Tänzerin, Choreografin, Nazigegnerin, Widerstandskämpferin und idealistische Kommunistin. Ihre künstlerischen Prägungen erfuhr sie im Berlin der 1930er-Jahre, wo sie sich zu einer der ersten Tanzkünstlerinnen hocharbeitete. Während der Zeit des Nazifaschismus befand sie sich politisch im Widerstand gegen das herrschende Regime. Ihr kommunistisches Engagement führte dazu, dass sie 1942 im Zuge der Gestapo-Aktion „Rote Kapelle“ verhaftet und ins Gefängnis gebracht wurde. In den 1950er-Jahren geriet sie aufgrund ihrer politischen Gesinnung erneut zwischen die politischen und künstlerischen Fronten. Oft fehlte es ihr an den notwendigen Überlebensmitteln, immer wieder verschuldete sie sich und half doch anderen, denen es noch schlechter ging.<sup>1</sup>

## *Herkunft, Kindheit und Jugend (1910-1933)*

Als uneheliches Kind eines „Bürgers“ (später gab sie Eduard Wolfram als Vater an<sup>2</sup>) und der Arbeiterin Maria Hochleitner am 23. August 1910 in Wien geboren, fühlte sich Hanna Berger, wie sie selbst schrieb, in den beiden Welten – Bürgertum und Arbeiterklasse – zu Hause. Das schützte sie jedoch nicht davor, dass sie unter dem Elend, das sie vom sechsten Lebensjahr an erlebte, schrecklich litt.<sup>3</sup> Sie wuchs mit ihrer Mutter und ihrem Adoptivvater, dem Eisenbahner Wilhelm Köllchen, in ärmlichen Verhältnissen auf und erkrankte an einem tuberkulösen Augenleiden, sodass die Ärzte fürchteten, sie könne erblinden. In der Schule wurde sie deshalb

---

1 Zu Leben und Tanz von Johanna Berger siehe auch Andrea Amort: Hanna Berger. Spuren einer Tänzerin im Widerstand, Wien 2010.

2 Nach ihrer Verhaftung im November 1942 in Posen gab Hanna Berger Eduard Wolfram als leiblichen Vater an. Einlieferungsanzeige Johanna Berger vom 24.11.1942, Bundesarchiv, SgY 4/V 1/20.

3 Hanna Berger: Bewerbung und Lebenslauf um eine Stelle an der Akademie für Musik und darstellende Kunst, 8127-II/2, 11.7.1946, Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT).

vom Zeichnen und von allen schriftlichen Arbeiten suspendiert; wie sie dennoch lernen konnte, bleibt ein Rätsel. Vielleicht durchlebte sie auch deshalb die Pubertät mit schweren inneren Krisen. Später bezeichnete sie ihren Zustand mit „Überempfindsamkeit und Sehnsucht nach Kunst“.<sup>4</sup> Nach kurzer unglücklicher Ehe mit Leopold Berger, den Hanna 1926 im Alter von 16 Jahren geheiratet hatte, nicht zuletzt um dem häuslichen Elend zu entfliehen,<sup>5</sup> gingen die Hungerjahre während des Musikstudiums in Wien weiter. Weil sie sich mit den ungerechten Verhältnissen nicht abfinden wollte, wurde sie 1927 Mitglied der kommunistischen Partei und trat ein Jahr später mit 18 Jahren in die KP-nahe Internationale Arbeiterhilfe (IAH) ein.<sup>6</sup> Ab 1928 studierte sie Tanz und Gymnastik an verschiedenen Schulen in Berlin, wohin sie gewechselt hatte, weil sie die Tanzschulen in Wien nicht gut genug fand. Und für die in der Nähe von Wien residierende private, international angesehene Ausbildungsstätte Heller-au-Laxenburg, die sie gerne besucht hätte, fehlte ihr das Geld.<sup>7</sup> Auch die Berliner Jahre waren offensichtlich „Hungerjahre“.<sup>8</sup> Ihre Existenz und die Studiengebühren sicherte Hanna Berger, indem sie selbst Tanz unterrichtete, unter dem Namen Hanna Wolfram Modell stand, als Masseurin arbeitete und Engagements an Varieté und Tingle-Tangel-Bühnen, wie sie sie selbst nannte, annahm.<sup>9</sup> Erst später folgten Operetten und Operntheater. Mit ihrer Tanzkunst konzentrierte sie sich vor allem auf die tänzerisch-gymnastische Ebene. In Berlin – so schrieb Hanna Berger – begann ihre „Bildung als Mensch“.<sup>10</sup> Ihre künstlerische Arbeit sah sie gleichermaßen als politische Arbeit an. Sie bekam Kontakte zu Arbeiterhochschulen, die mit ihrer Kunsthochschule kooperierten, und begann, alle Strömungen des modernen Tanzes zu studieren. Der prominente Bildhauer Fritz Cremer, in den sie sich 1929 verliebte, wurde ihr Lebensgefährte. Er war, seit sie sich kennen gelernt hatten, ebenfalls Mitglied der KPD und ebenso arm wie sie. Viele Jahre lang unterstützten die beiden Künstler einander in ihrem links-politischen Engagement.

---

4 Ebenda.

5 Leopold Berger (1888-1959); siehe Trauungsbuch, Pfarramt zum Hl. Joh. Nep., Meidling, Wien XII.

6 Berger schreibt in Bewerbung und Lebenslauf „Mit 18 Jahren Mitglied der I.H.A.“ Wie Amort, Spuren, S.23, vermutet, war es sicher die IAH.

7 Die Schule ist 1939 vom NS-Regime geschlossen worden.

8 Berger, Bewerbung und Lebenslauf.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

*Unter dem Schatten des Hakenkreuzes (1933-1945)*

Dem Naziregime wollte Hanna Berger ihre Kunst verweigern. Das führte dazu, dass sie „ihre besten Tanzjahre“ nicht ausleben konnte,<sup>11</sup> entweder weil sie Angebote bekam, die sie aus politischen Gründen nicht annehmen wollte, oder weil sie aus politischen Gründen nicht auftreten durfte. Dennoch bezeichnete sie das Jahr 1934, das vierte Jahr ihrer Ausbildung, als das Jahr, mit dem ihr künstlerischer Aufstieg begann.<sup>12</sup> Sie wurde Mitglied der Tanzgruppe Mary Wigman und 1935 der Schweizer Tanzgruppe Trudi Schoop und tanzte in deren Ensemble, ehe sie selbst einen Namen hatte. Hanna reiste mit Mary Wigman und 14 weiteren Tänzerinnen vom Dezember 1934 bis März 1935 durch Deutschland, Polen und Skandinavien und von Dezember 1935 bis Mai 1936 mit Trudi Schoop durch ganz Europa, England und die USA. Ebenfalls im Jahre 1934 veranstaltete die Spieleinnung in Berlin unter dem Protektorat der damaligen staatlichen Institution „Volkstum und Heimat“ im Rathaus Schöneberg in Berlin einen Abend mit Musik und Tänzern aus dem 16. Jahrhundert, bei dem auch Hanna mitwirkte.

Ob sie je erwogen hat, Deutschland und Österreich den Rücken zu kehren, kann heute nicht mehr geklärt werden. ZeitzeugInnen meinen, dass sie mit ihrem Freund Fritz Cremer nach Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der faschistischen Diktaturen suchte.<sup>13</sup> Auch sind TanzhistorikerInnen davon überzeugt, dass sie mit ihrer politisch orientierten künstlerischen Tätigkeit in den USA hätte ungehindert arbeiten können. Hanna Berger blieb jedoch in Wien und Berlin.

Vermutlich war sie es, die unter dem Pseudonym Ursula Tal einen Artikel über den „Tanz im Stadion“ während der Olympischen Spiele 1936 in Berlin schrieb, eineN Tanz, an dem auch Mary Wigman beteiligt war. Hanna kritisierte die Wigman-Gruppe, die im Gruppentanz in mittelalterlichen Burgfräuleingewändern „trauernde Mütter“ dargestellt hatte, scharf, weil sie diesen Tanz als Unterstützung der Ideologie der Nazifaschisten und für deren Menschenbild empfand. In einem Artikel im „Bühnenkünstler“ schrieb sie Ende 1936: „Kindheit erwacht zur Jugend. Jugend erwacht zur Reife. Diese Reife heißt Wehrwille, Erziehung zur Körperertüchtigung und Führungsgeist. Denn es ist nicht anders denkbar, als daß

---

11 Amort, Spuren, S.8.

12 Berger, Bewerbung und Lebenslauf.

13 Maria Rüger, die über Fritz Cremer forschte, vertrat Andrea Amort gegenüber die Meinung, dass sie Reisen nach New York dazu benutzte. Siehe Amort, Spuren, S.32.

diese Jugend zum Kriege führt.“<sup>14</sup> Leider sollte sie mit ihrer weisen Voraussicht Recht behalten.

Hanna Berger verweigerte sich dieser Art des Tanzes. Ihr Anliegen war es weder, den Nationalismus zu verherrlichen, noch ihn zu mystifizieren. Mit ihren Tänzen wollte sie der real existierenden Gesellschaft einen Spiegel vorhalten. Nach der Premiere ihres ersten Solo-Tanzes „Krieger“, die am 11. Oktober 1937 im Berliner Bachsaal großes Aufsehen erregt hatte, weil sie schonungslos das Grauen des Krieges darstellte, musste sie Berlin verlassen und nach Wien fliehen, obwohl das Verbot des umstrittenen Tanzes durch die Intervention des österreichischen Botschafters, der die Schirmherrschaft für den Abend übernommen hatte, aufgehoben worden war.

Hanna Bergers Wien-Debüt fand am ersten Dezember 1937 im großen Saal der Urania statt.<sup>15</sup> Unterstützung fand sie bei dem späteren kommunistischen Stadtrat für Kultur und Volksbildung Viktor Matejka, der ihren kämpferischen politischen Ausdruckstanz bewunderte und bald die Gefahr erkannte, in die sich Johanna Berger damit begeben hatte. Im Schutze der sozialistischen Volksbildungshäuser, finanziert und unterstützt von der Arbeiterkammer, tanzte sie weiter. Bald darauf trat Hanna Berger ein Engagement in Italien an, wurde Lehrerin an der römischen Akademie und erhielt nach der ersten Halbjahresprüfung den Professorinentitel der königlichen Akademie für dramatische Kunst. Innerhalb von Akademieaufführungen führte sie Regie, erarbeitete Choreografien und tanzte in einigen Stücken selbst mit. Nach dem Erfolg der Saison mit dem Tanz „Die kleine Stadt“ folgten Tanzabende in ganz Italien.

In ihrer Tanzkunst sah Hanna Berger ganz offensichtlich ihr einflussreichstes Mittel, ihre Ablehnung des Nazifaschismus zu bekunden. Wenige Wochen vor dem österreichischen „Anschluss“ an das Deutsche Reich am 12. März 1938 berichtete die „Wiener Arbeiterwoche“ von ihrem Tanzabend im Volksheim Ottakring am 5. Februar 1938, bei dem sie auch den Tanz „Krieger“ wieder zeigte. Unter dem Titel „Der Tanz vom Leben“ schrieb der anonym bleibende Autor, dass nach ihrem Tanz wohl jeder Besucher Abscheu vor dem Krieg entwickeln musste.<sup>16</sup> Nach Andrea Amort sei die Wirkung des Tanzes „Krieger“ so stark gewesen, dass „das Publikum das

---

14 Ursula Tal (vermutlich Hanna Berger): Tanz im Stadion, in: Der Bühnenkünstler. Monatszeitschrift für Kultur- und Wirtschaftsfragen des Theaters (Zürich), 1. Jg., 1936, Nr. 7/8 (Nov./Dez.), S.15-17.

15 Siehe Tanzabend Johanna Berger. Kritik, in: Neue Freie Presse, 8.12.1937, S.13.

16 Anonymus: Der Tanz vom Leben. Gespräch mit Hanna Berger. Ein Sonderdruck der Arbeiter-Woche, erschienen nach der Ausgabe der „Arbeiter-Woche“ vom 5.2.1938.

Grauen eines Krieges und nicht seine unabdingbare Notwendigkeit und Verklärung, wie vom nationalsozialistischen Deutschland suggeriert, erkennen konnte“.<sup>17</sup> Hanna Berger ging es bei diesem Tanz um die Darstellung der mörderischen Realität kriegserischer Auseinandersetzungen. So konnte er wie ein Aufruf an die Soldaten gesehen werden, „sich aus der Fremdbestimmung zu lösen und eigenverantwortlich zu handeln“.<sup>18</sup>

Der Zweite Weltkrieg machte alle Pläne Hanna Bergers zunichte. Sie musste einen Kurs für Regisseure an der Filmakademie absagen und Verträge mit Frankreich und den USA annullieren. Zurück in Berlin, schrieb sie ihre bisherigen Erfahrungen auf, verdiente ihr Geld weiter mit Tanz- und Gymnastikunterricht, Klavier, Schauspiel und Modell stehen. „Unter unendlichen Opfern“ gab sie „einige ganz wenige Tanzabende“,<sup>19</sup> die zwar viel Beifall bekamen, ihr aber unannehmbare Folgeaufträge oder die Gestapo in ihre Wohnung brachten. 1940 tanzte sie – während sie in Rom an der Akademie für dramatische Kunst unterrichtete – den Zyklus „Italienische Reise“. Ein Jahr später trat sie gemeinsam mit Marianne Vogelsang im Berliner Theater am Kurfürstendamm auf. Während der Jahre 1941 und 1942 inszenierte sie „Die Unbekannte aus der Seine“ als Tanzdrama in acht Szenen und tanzte das Drama vermutlich 1942 in Wien.

Am 30. Mai 1942 trat Hanna Berger in einem eigenen Tanzabend im Theater am Kurfürstendamm in Berlin auf, und an den Sonntagen 4. Oktober und 18. Oktober 1942 veranstaltete sie je eine Tanzmatinee im Schillertheater in Berlin. Heinrich George hatte sie dorthin geholt. Sie tanzte bei Lesungen von Will Quadflieg und Ernst Legal. Über die Tanzmatinee schrieb sie später, sie habe das Programm im Schillertheater, da es ein historisches war, verantworten können. Schließlich wollte sie das faschistische System nicht unterstützen. Mit der Bezeichnung ihrer Tänze als „historische Tänze“ entzog sie sich der politischen Kritik.<sup>20</sup> Ihre Aufführungen wurden sowohl vom Publikum als auch von der Presse mit so großem Beifall aufgenommen, dass sie im November auch in der Volksbühne engagiert werden sollte.

### *Kommunistischer Widerstand, Verhaftung und Prozess*

Die beabsichtigte Matinee konnte nicht mehr stattfinden, weil Hanna Berger am 24. Oktober 1942 in Posen wegen „Nichtanzeige eines Vorhabens

---

17 Amort, Spuren, S.35.

18 Ebenda, S.41.

19 Ebenda, S.42.

20 Ebenda, S.93.

zum Hochverrat“ von der Gestapo verhaftet wurde.<sup>21</sup> Am 1. August 1942 hatte sie dort am Reichsgaustheater unter der tänzerischen Oberleitung von Willm Beck ein Engagement als Solotänzerin angenommen, um ihre finanzielle Situation zu verbessern. Nun musste sie alle ihre Tanz- und Unterrichtspläne aufgeben.

Widerstandstätigkeit soll Hanna Berger schon während ihrer Hochschulzeit in Berlin geleistet haben. Zeitzeuginnen, die mit ihr an den Vereinigten Staatsschulen für Freie und Angewandte Kunst studierten, schreiben Berger und Cremer tragende Rollen im kommunistischen Widerstand an der Hochschule zwischen 1937 und Kriegsbeginn zu. Die beiden sollen zum Kern einer ziemlich großen Gruppe von jungen Leuten gehört haben, die überzeugt waren, dass „der Glaube allein an die Überlegenheit des Kommunismus über Kapitalismus und Faschismus“ nicht genüge.<sup>22</sup> Losungen wie „Großdeutschland bedeutet Krieg“ sollen sie als Linolschnitt auf Flugblätter gedruckt haben, die sie „bei Dämmerung in Hausfluren und Briefkästen, an Plakatsäulen und Wänden unterbrachten“.<sup>23</sup> Die Antifaschistin Gertrud Glondajewski berichtete 1964 in einem Interview, dass auch in ihrem Zirkel an der Gymnastikschule „Adolf Koch“, wo Hanna unterrichtete, politische Tagesfragen nazikritisch diskutiert wurden.<sup>24</sup>

Von der Gestapo wurde Hanna Berger der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ um Harro Schulze-Boysen zugeordnet, zu der auch die Tänzerin und Bildhauerin Oda Schottmüller und etwa 137 weitere Personen, darunter waren außer den beiden Tänzerinnen 50 Frauen, gerechnet wurden.<sup>25</sup> In mehreren Prozessen vor dem Reichskriegsgericht wurden 20 Frauen und 30 Männer aus Berliner Zusammenschlüssen zum Tode verurteilt.<sup>26</sup> Ob diese Zuordnung beim Prozess von Hanna Berger eine Rolle spielte, kann nicht nachvollzogen werden, da nur ganz wenige Unterlagen über

---

21 Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel: Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle, Berlin 1992, S.338.

22 Eva Fritzsche-Schmidt: Treff Kunsthochschule 1937-1943, Manuskript 1982, S.29.

23 Ebenda, S.33.

24 Protokoll der Erinnerung der Genossin Gertrud Glondajewski über die illegale Tätigkeit der Herbert Baum Gruppe Berlin 1939/42 vom 25.4.1964, zit. nach: Amos, Spuren, Anm. 73 (S.43).

25 Siehe Geertje Andresen: Oda Schottmüller. Tänzerin, Bildhauerin und Nazigeegnerin, Berlin 2005; Griebel/Coburger/Scheel, Erfasst?; Beatrix Herlemann: Die Einheit in der Vielfalt. Die Frauen der Roten Kapelle, in: Christl Wickert (Hrsg.): Frauen gegen die Diktatur. Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995, S.98-105.

26 Siehe Wickert, Frauen gegen, S.103.

ihre Verhöre vorhanden sind und die Mitangeklagten fast alle ermordet wurden. Obwohl sie Kontakte zu Oda Schottmüller und anderen Mitgliedern und Führungspersonen der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ unterhalten hatte, überlebte Hanna Berger. Später; in ihrem Prozess, war das ihrer geschickten Verteidigung geschuldet.

Nach ihrer Verhaftung im Oktober 1942 wurde Hanna Berger angelastet, „staatsfeindliche“ kommunistische Zusammenkünfte in ihrer Wohnung zugelassen zu haben, angeführt von dem gemeinsam mit ihr angeklagten und im August 1943 hingerichteten Dramaturgen Willy Schürmann-Horster.<sup>27</sup>

Mitangeklagt war laut Anklageschrift auch Wolfgang Thiess, den Hanna Berger im Frühjahr 1942 durch die Mitangeklagte Ruthild Hahne kennen gelernt haben soll. Bei dieser Gelegenheit soll Thiess Berger aufgefordert haben, ihm ihre Wohnung für einige Stunden für eine Zusammenkunft mit Freunden zur Verfügung zu stellen. Sie hätte ihre Zustimmung gegeben, obwohl er ihr zu verstehen gegeben hätte, dass bei dieser Gelegenheit auch „politische Dinge“ besprochen werden sollten. Und so hätte Thiess sich mit seinen Gesinnungsgenossen bis Juli 1942 etwa viermal in ihrer Wohnung getroffen. Obwohl sie bei staatsfeindlichen Besprechungen nicht zugegen war, hätte sie doch mit etlichen anderen Angeklagten allgemeine Gespräche geführt. Das genügte für die Verhaftung, zumal Thiess ausgesagt hatte, dass Berger „mit den politischen Verhältnissen nicht einverstanden war“.<sup>28</sup> Er und andere bezeugten, sie habe gewusst, dass in ihrer Wohnung staatsfeindliche Besprechungen geführt wurden, zumal sie schon nach der zweiten Zusammenkunft Bedenken bekommen hätte. Sie habe Thiess Vorhaltungen gemacht, weitere Zusammenkünfte jedoch nicht ernsthaft verhindert. Allerdings geht aus der Anklageschrift auch hervor, dass sich gegen Berger keine Anhaltspunkte dafür ergaben, sie wäre „über Einzelheiten der kommunistischen Umtriebe“ der Gruppe informiert gewesen.<sup>29</sup>

In Hannas Berliner Wohnung in der Düsseldorfer Straße 48 beschlagnahmte die Gestapo Anfang Dezember 1942 bei einer Hausdurchsuchung 88 Bücher kommunistisch-marxistischen Inhalts und verbotener Schriftsteller, darunter die „Militärpolitischen Schriften“ von Lenin und „Das

---

27 Siehe Amort, Spuren, S.45; Griebel/Coburger/Scheel, Erfasst, S.348.

28 Anklageschrift, S.28, in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

29 Ebenda, S.30.

Kapital“ von Karl Marx.<sup>30</sup> Beschlagnahmte wurde auch ein Manuskript „Über den deutschen Tanz und seine realen Inhalte“, dessen Verfasserin vermutlich Hanna Berger war. Darin übte sie starke Kritik daran, dass der „Deutsche Tanz“ als zeitgenössische Kunstrichtung vom nationalsozialistischen Regime vereinnahmt und durch die Vorschriften der Reichstheaterkammer seit 1933 organisatorisch, inhaltlich und ästhetisch gefesselt wurde. Klar sprach sie sich in dem Papier für eine Umgestaltung der Verhältnisse aus. Das faschistische Deutschland sei ein Land, in dem die Wahrheit täglich unterdrückt werde, und damit sei jede realistische Bewegung in diesem Land nahezu unmöglich. Damit sie und ihre Mitstreiterinnen ihre Kunst wieder ausüben können, gälte es, sich sowohl für die materiellen Interessen der Tänzer als auch für die kulturelle Gleichstellung des Tanzes mit anderen Künsten einzusetzen.<sup>31</sup>

Nach ihrer Verhaftung versuchten KünstlerInnen und im Kunstbetrieb tätige Menschen, allen voran Fritz Cremer, der seit Herbst 1941 zur Wehrmacht eingezogen war, aber auch die Mutter, FreundInnen, SchülerInnen und Rechtsanwälte Hanna Berger zu verteidigen. Allesamt betonten in ihren Schreiben, dass sie nicht den geringsten Verdacht einer staatsfeindlichen Einstellung ihrerseits hätten bemerken können. Sie rückten Hannas künstlerische Berufung, ja, ihre Besessenheit für den Tanz in den Vordergrund und verdeckten damit ihre politische Motivation. Hanna Berger stellte sich selbst als politisch völlig unbedarft dar. Die mitangeklagte Erika Schmidt gab 1968 zu Protokoll: „Ihr Auftreten vor Gericht habe ich als eine glänzende Verteidigungsrede in Erinnerung.“<sup>32</sup> Alle, die über Hanna Berger aussagten, bestätigten ihre grenzenlose Hilfsbereitschaft, ihr bedingungsloses Vertrauen, den offenen Umgang mit ihrem Eigentum, ihre große Begabung, ihren bis zur Erschöpfung reichenden Einsatz für ihren Tanz und ihre Hingabe zu ihrem Verlobten Fritz Cremer. Fast alle Briefe waren mit „Heil Hitler“ unterschrieben und mit Kritiken und Fotos zu Hannas Auftritten angereichert.

Inwieweit Absprachen unter den Beteiligten stattfanden, ist nach den erhaltenen Archivunterlagen nicht genau nachvollziehbar. Neben der Tanzmeisterin Marianne Vogelsang schrieb Dr. Wilhelm Fraenger, künstleri-

---

30 Einlieferungsanzeige Johanna Berger.

31 Eine Kopie der Schrift findet sich in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY55/V241/3<715, Bl. 167-170, Bestand VVN, Sammlung Rote Kapelle.

32 Protokoll über die Befragung der Genossin Erika Schmidt, Berlin, März 1968, S.25, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

scher Beirat am Schillertheater in Berlin. Er war offensichtlich von der Geheimen Staatspolizei um ein Leumundszeugnis für Hanna Berger er sucht worden. Er berief sich auf Professor Arnold Waldschmidt, der SS-Standartenführer sei und Hanna Berger dem Schillertheater empfohlen hätte. Diese Empfehlung hätte dazu geführt, dass er, Fraenger, ein Programm mit dem Titel „Boccaccio, gelesen und getanzt“ für sie zusammengestellt, da sie ihm wegen der Empfehlung Waldschmidts als „völlig einwandfrei erscheinen mußte“.<sup>33</sup> Fraenger beteuerte zudem, bei zahlreichen Besprechungen kein Wort von Frau Berger gehört zu haben, das „irgendwelche politischen Bedenken“ in ihm wachgerufen hätte. Im Gegenteil hätte er den Eindruck gehabt, dass sie lediglich für ihre künstlerische Arbeit lebe, für die sie jede Entbehrung auf sich nehmen würde.

Am 12. Februar 1943 schrieb der Bildhauer, Professor und Senator an der Preußischen Akademie der Künste in Berlin, NSDAP-Mitglied und zudem SS-Ehren-Standartenführer Arnold Waldschmidt selbst an die Geheime Staatspolizei in Berlin, einer seiner Meisterschüler, Fritz Cremer, hätte angegeben, mit der Tänzerin Hanna Berger verheiratet zu sein. Er lobte Cremer als einen der begabtesten Schüler der Akademie. Dieser sei ein stiller, unbeholfener Mensch, „der nur seiner Kunst lebt“. Waldschmidt berichtete, dass er selbst mit seiner Frau und seiner Tochter Tanzvorführungen von Hanna Berger „in Augenschein“ genommen hatte, lobte Berger überschwenglich und konnte sich gar nicht vorstellen, dass diese zu „unrechtmäßigen Handlungen fähig ist“.<sup>34</sup>

Am 25. Februar 1943 schrieb Margarete Melzer-Gütt, eine Schülerin Hanna Bergers, auf Veranlassung von Hannas Mutter an das Untersuchungsgefängnis in Berlin-Charlottenburg, dass sie Hanna Berger in Posen als „Tänzerin von ganz ungewöhnlicher Begabung“ kennen gelernt habe. Sie sei kunstbesessen und fleißig, und für ihre Kunst sei ihr keine Mühe zu groß. Sie, Melzer-Gütt, würde es – wie viele andere in Posen auch – unendlich bedauern, wenn gerade diese Tänzerin ihrer Arbeit fernbleiben müsste.<sup>35</sup> Am selben Tag wurde Wally Baumann, Lehrerin an einer Theaterschule, schriftlich vorstellig. Sie war „aus Kollegenkreisen“ gebeten worden, dem Untersuchungsrichter Mitteilung über die künstlerische und

---

33 Brief Wilhelm Fraenger an Geheime Staatspolizei, Leitstelle Berlin vom 11.2.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

34 Brief Arnold Waldschmidt an die Geheime Staatspolizei in Berlin vom 12.2.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

35 Brief Margarete Melzer-Gütt an das Untersuchungsgefängnis Berlin Charlottenburg vom 25.2.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

menschliche Persönlichkeit der Tänzerin zu machen.<sup>36</sup> Auch sie schrieb, sie könne sich überhaupt nicht vorstellen, dass sich Hanna Berger politisch unerwünscht betätigt habe. Auch sie lobte deren umfassendes tänzerisches Engagement und Können und stritt ab, Hanna Berger habe „irgendwelche sog. politische Gespräche“ mit ihr oder anderen geführt.

Am 11. Juni 1943 richtete der Verteidiger Johanna Bergers, Rechtsanwalt Werner Müller-Hoff, ein Schreiben an den Volksgerichtshof in Berlin und bat darum, den Haftbefehl aufzuheben bzw. die Angeklagte bis zum Verhandlungstermin mit der Untersuchungshaft zu verschonen. Es bestehe kein Fluchtverdacht und Berger könne, da sie über das Tun und Treiben der Mitangeklagten nicht informiert wäre, mit einem Freispruch rechnen. Die Mitbenutzung ihrer Wohnung hätte sie aus Großzügigkeit gestattet und wäre, da sie in ihrer Kunst aufgehe, gar nicht auf die Idee gekommen, dass „die Mitangeklagten verbotene Dinge treiben könnten“.<sup>37</sup> Müller-Hoff wies außerdem darauf hin, dass ihr Verlobter am 11. Juni aus Rom nach Berlin zurückgekehrt sei und sich auf sein Anraten hin sofort um das Aufgebot zur Kriegstraueung bemühen werde. Fritz Cremer werde sich am 30. Juni 1943 wieder bei seiner Truppe auf Kreta zum Dienst melden, während Johanna Berger sich nach ihrer Freilassung ausschließlich ihrer Kunst widmen wolle. Sie sei auch bereit, Auflagen des Gerichts, etwa Meldungen bei der Polizei, nachzukommen.

Einen Tag später, am 12. Juni 1943, bat der Bildhauer, Rompreisträger, Goethepreisträger und Soldat Fritz Cremer in einer eidesstattlichen Erklärung, die Untersuchungshaft seiner Verlobten Johanna Berger zu beenden und sie sofort aus dem Gefängnis zu entlassen. Er wolle Hanna Berger auf dem Wege einer Kriegsheirat, „sofort, d. h. in den nächsten Tagen“ ehelichen, und zwar bevor er wieder zu seiner Truppe zurückgekehrt sein musste.<sup>38</sup> Dabei beließ es Fritz Cremer jedoch nicht. Er veranlasste auch Hannas Zahnarzt Steding, bei dem sie fast zwei Jahre in Behandlung war und der selbst bei ihr „eine größere Anzahl Gymnastikstunden“ absolviert hatte, über ihre künstlerische Tätigkeit auszusagen. Dieser bestätigte, dass Frau Berger eine „fanatische Künstlerin“ sei, „die ihr Leben ganz und gar

---

36 Brief Wally Baumann an den Untersuchungsrichter in Berlin-Charlottenburg vom 25.2.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

37 Brief Werner Müller-Hoff: In der Strafsache gegen Schürmann u.a. vom 11.6.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

38 Fritz (Friedrich) Cremer: Eidesstattliche Erklärung, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

auf das Arbeiten für eine künstlerische Vollendung einstellte“.<sup>39</sup> In dem Brief argumentierte der Zahnarzt damit, Hanna sei eine kränkliche Frau, die oft Essen und Schlafen vergaß, weil sie sich ganz in den Dienst ihrer Kunst stellte. Häufig sei sie abgekämpft und müde, zerstreut und geistesabwesend. Bei ihrer künstlerischen Arbeit, für die sie hoch begabt sei, blühe sie jedoch sofort wieder auf und entwickle Ehrgeiz und Egoismus. Er bezeichnete sie als Menschen, der „durch sein Leben für die Kunst den Anforderungen und Aufgaben des alltäglichen Lebens nicht immer ganz gerecht zu werden vermag“.<sup>40</sup> Damit wollte er sagen, zu den Zeiten, in denen sie ausschließlich mit ihrer Tanzkunst beschäftigt war, habe Hanna Berger die Bedeutung ihres Tuns und Duldens außerhalb ihres künstlerischen Bannkreises gar nicht erkennen können.

Rechtsanwalt Müller-Hoff nahm den Brief des Zahnarztes zum Anlass zu beantragen, die Angeklagte vor Anordnung der Hauptverhandlung psychiatrisch untersuchen zu lassen. Ein ärztlicher Sachverständiger sollte herausfinden, ob bei Hanna Berger „Hysterie oder eine ähnliche Krankheit“ vorlag. Zudem sprach er von einer „empfindungsbedingten, anormalen großen Hilfsbereitschaft“, die sie veranlasse, jedem Menschen, der sie um eine Gefälligkeit bat, ohne Prüfung zu helfen. „Ungezählte Personen“ hätten einen Schlüssel zu ihrer Wohnung besessen; von vielen kannte sie nur die Vornamen.<sup>41</sup> Andrea Amort schrieb, Hanna Berger habe, da sie oft spät nach Hause kam, den Wohnungsschlüssel immer vor der Tür unter eine Matte gelegt, damit FreundInnen stets Zugang gehabt hätten.<sup>42</sup> Ganz beiläufig erwähnte Zahnarzt Steding auch, dass Berger Tanz- und Gymnastikkurse bei der Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) gegeben habe und dass sie bei der Adolf-Koch-Schule in Berlin sowie beim Jungborn in Motzen, „einer alten, nationalsozialistisch ausgerichteten Bestrebung, in der sie schon vor der Machtübernahme Lehrerin war“, tätig gewesen sei.<sup>43</sup> Damit wollte er ihre Regime-Gegnerschaft entkräften. Hanna Berger bestritt beim Prozess vor dem Volksgerichtshof am 20. und 21.

---

39 Brief Th. Steding, Zahnarzt an Rechtsanwalt Dr. Müller-Hoff, Berlin vom 29.6.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

40 Ebenda.

41 Werner Müller-Hoff, Rechtsanwalt: Brief an den Volksgerichtshof Berlin vom 2.8.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

42 Siehe Amort, Spuren, S.42.

43 Beweise für solche Einsätze gibt es offenbar nicht. Amort schreibt, dass Berger solche Angebote abgelehnt habe. Amort, Spuren, S.42.

August 1943 „wegen Nichtanzeige eines Vorhabens des Hochverrats“<sup>44</sup> alle gegen sie vorgebrachten Vorwürfe. Sie räumte ein, dass sie dem Angeklagten Wolfgang Thiess, der sich mit Freunden treffen wollte, ihre Wohnung für einige Stunden zur Verfügung gestellt hatte, leugnete jedoch entschieden, von der Diskussion politischer Inhalte gewusst zu haben, da sie in die Inhalte der Gespräche nicht einbezogen worden sei. Sie hätte Thiess weder als kritisch noch als links empfunden, sondern dachte, die Zusammenkünfte stünden im Zusammenhang mit ihren eigenen künstlerischen Interessen. Außerdem habe sie wegen des vielen Rauchens während der Sitzungen, das sie nicht vertrage, diese sowieso nicht mehr tolerieren wollen.<sup>45</sup>

Für die in ihrer Wohnung beschlagnahmten Bücher hatte sie abenteuerliche Erklärungen: Lenins „Militärpolitische Schriften“, von denen sie dachte, es sei ein philosophisches Buch, habe ein blonder Mann zwischen ihre Bücher gestellt. Gelesen habe sie es nicht. „Das Kapital“ von Karl Marx habe sie sich lediglich mit Rücksicht auf seinen Umfang bei ihrem sehr raschen Aufbruch von Berlin nach Posen wahllos als Reiselektüre aus der Bibliothek gegriffen. Zu ihrer rechten Schreibtischschublade, in der die „Hetzschrift“ „Amtlich wird bekannt gegeben“ gefunden worden sei, habe sie keinen Schlüssel und sie kenne die Schrift nicht. Über den Inhalt ihres Bücherschranks und ihres Schreibtisches hätte sie keine Übersicht, dafür nannte sie Zeugen. In ihrer Wohnung habe sie auch Bücher einer italienischen Freundin verwahrt, die politische Artikel und Übersetzungen geschrieben habe und seit 1939 wieder in Italien sei.

Angesprochen auf das beschlagnahmte Manuskript „Über den deutschen Tanz und seine realen Inhalte“ verstand sie es, glaubhaft zu machen, sie sei während ihres Engagements bei Trudi Schoop aufgefordert worden, gemeinsam mit anderen TänzerInnen einen Text über den Tanz im deutschen Reich zu verfassen. Sie selbst habe lediglich den Absatz über Lotte Wernickes Choreografie „Geburt der Arbeit“ geschrieben.<sup>46</sup>

Rechtsanwalt Müller-Hoff hatte am 2. August 1943 beantragt, Johanna Berger aus der Haft zu entlassen und das Verfahren einzustellen. Nun erklärte er, ihr Gelenkrheumatismus sei während der Haft wieder ausgebrochen. Dagegen müsse sie sofort etwas unternehmen, wenn sie ihre Karriere fortsetzen wolle. Der Anstaltsarzt des Gerichtsgefängnisses hätte ihr

---

44 Griebel/Coburger/Scheel, Erfasst?, S.348.

45 Müller-Hoff, Brief an Volksgerichtshof.

46 Siehe Amort, Spuren, S.45.

sowohl Bestrahlungen als auch die Erlaubnis, mit dem Knie in der Sonne zu sitzen, mit der Begründung abgeschlagen, sie könne die weit fortgeschrittene Krankheit nur durch einen Bäderurlaub kurieren, den sie sofort antreten müsse. Außerdem, so Müller-Hoff, habe Hanna Bergers Körper stellenweise Wasser angesetzt, sei völlig verschlackt, ihre Menstruation sei während der Haft ausgeblieben, ihr Herz funktioniere nicht richtig, sie leide unter ständigen Kopfschmerzen, und ihre Augen würden immer schlechter. Er versicherte, Hanna Berger würde sich verpflichten, sich entweder bei einer Bekannten in Berlin oder bei ihrer Mutter in Wien aufzuhalten, notfalls die jeweilige Wohnung nicht zu verlassen und ihre Gesundheit mit Sonne, Heilerde, Rohkost und Massagen soweit wieder herzustellen, dass sie in Kürze wieder tanzen könne.

Während ihrer Haftzeit schrieb Hanna Berger an Fritz Cremer und bedauerte, wie viel ihr „und Deutschland durch die Haft verloren geht“.<sup>47</sup> Ihre Mutter bat sie in einem Brief um Zusendung von Tanzkleidung, um während der Haft weiter trainieren zu können.<sup>48</sup>

Am 14. August 1943 wurde der Gerichtshof in Charlottenburg fernmündlich ersucht, Hanna Berger in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit auf ihren Geisteszustand zu überprüfen.<sup>49</sup> Der mit ihr verhafteten Bildhauerin Ruthild Hahne war es gelungen, Hanna im Gefängnis Alexanderplatz zu benachrichtigen, dass ein Mitglied der Gruppe, das sie schwer belastet hatte, Selbstmord begangen hatte.<sup>50</sup> So konnte Hanna Berger alle Anschuldigungen bei ihrem Prozess leugnen, sodass der Volksgerichtshof sie aus Mangel an Beweisen freisprechen musste. Die Mitteilung ihres „Abganges“ aus dem Frauenhaus der Untersuchungshaftanstalt in Alt-Moabit ist mit dem 23. August 1943 datiert.<sup>51</sup> Das war ihr 33. Geburtstag. Als Entlassungsgrund wurde „Freispruch“ angegeben.

Was dann genau geschah, lässt sich nicht wirklich rekonstruieren. Hanna Berger selbst gab an, im Anschluss an ihren Freispruch zu zwei Jahren

---

47 Ebenda.

48 Beide Briefe sind im Staatlichen Militärarchiv in Moskau, zit. nach: Amort, Spuren, S.45.

49 Vermerk des Oberstaatsanwalts beim Volksgerichtshof Schröder vom 14.8.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

50 Zeugenaussage Ruthild Hahne, zit. nach: Amort, Spuren, S.46.

51 Untersuchungsanstalt beim Kriminalgericht Alt Moabit, Frauenhaus an das Volksgericht in Berlin: Mitteilung des Abganges eines Gefangenen oder Verwahrten vom 23.4.1943, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Sammlung Rote Kapelle.

„Lager“ verurteilt worden zu sein.<sup>52</sup> Zeitzeuginnen berichteten, sie sollte ins KZ Ravensbrück gebracht werden, andere Quellen sagen aus, es könnte ein Lager in Oranienburg gewesen sein. Es gibt noch verschiedene andere Erzählungen. Unter anderem, sie habe während eines Fliegerangriffs fliehen können, habe sich in der Steiermark aufgehalten, sei vor der Zwangsarbeit, zu der man sie verurteilen wollte, geflüchtet.<sup>53</sup> Ihrer kommunistischen Überzeugung blieb sie auch nach dem Durchleiden der Berliner Gefängniszeit während des Naziregimes treu.

Am 15. September 1943 war Hanna Berger wieder in Wien gemeldet Da sie ihre Wohnung verloren hatte, wohnte sie im Gartenhäuschen bei ihren Eltern in einer Siedlung der Gartenfreunde.<sup>54</sup> Darüber, wie sie die restlichen beiden Kriegsjahre überlebte, wissen wir fast ebenso wenig wie über die Zeit zwischen dem 23. August und dem 15. September 1943. Sie war lange Zeit krank. Auch soll sie mit dem Gedanken, ein Kammertanzensemble aus linken Künstlern aufzubauen, gespielt haben.<sup>55</sup> Aus einem von ihr selbst geschriebenen Lebenslauf geht hervor, dass sie drei Tanzabende in der Urania und in der Silbergasse gab. Nach ihrem letzten Tanzabend bekam sie Presseverbot. Sie blieb in Wien und baute das auf ganz neuen Grundsätzen (nach Stanislawski) arbeitende „Wiener Kindertheater“ mit auf, in dem Kinder für andere Kinder Märchen improvisierten.<sup>56</sup> Am 13. Mai 1944 war die Eröffnung. Binnen kurzem waren 600 Kinder angemeldet. Vielen Arbeiterkindern, von denen einige später große Karrieren machten, ebnete Hanna Berger so den Weg zur Kunst. Leider wurde das Kindertheater bereits im Herbst des gleichen Jahres wegen „bolschewistischer Idee“ und „Verbildung von jungen Menschen“ geschlossen.<sup>57</sup>

### *Nach dem Zweiten Weltkrieg*

„Am 15. Mai 1945 begann meine aktive Tätigkeit am Wiederaufbau Österreichs,“ schrieb Hanna Berger in einem kurze Zeit später verfassten Ar-

---

52 Siehe Ilse Galfert: Welche Freude, daß der Geist noch lebt. Bei einer VVN-Kundgebung: Interview mit Hanna Berger, in: Vorwärts, 13.9.1949.

53 Siehe Amort, Spuren, S.46.

54 Siehe ebenda.

55 Siehe Andrea Amort: [www.sk-kultur.de/tanz/berger.htm](http://www.sk-kultur.de/tanz/berger.htm) (Zugriff: 15.3.2012).

56 Siehe Amort, Spuren, S.68, 161.

57 Hanna Berger/Kurt Pichler: Das Wiener Kindertheater, Konvolut, Februar 1945, S.41, zit. nach: Amort, Spuren, S.68.

beitsbericht.<sup>58</sup> Tatsächlich erfolgte bereits am 16. Mai die Neugründung des Wiener Kindertheaters. Mit der Premiere des Stückes „Das tapfere Schneiderlein“ wurde es am 15. September 1945 eröffnet. Obwohl sie sich sofort intensiv in die Arbeit stürzte, konnte Berger „als idealistische Kommunistin“ im Wien der Nachkriegszeit nicht richtig Fuß fassen. Im Amt für Kultur und Volksbildung erhielt sie das Wahlreferat für „Tanz und Gymnastik, Puppen- und Laienspiele, Kindertheater etc“. Ihren politischen Tanz nahm sie wieder auf. Am 15. Juni 1945 tanzte sie erstmalig im Großen Konzertsaal in Wien das „Solidaritätslied“, das Bertolt Brecht und Hanns Eisler für den Film „Kuhle Wampe“ geschrieben hatten, das „Schicksalslied“. Dessen Choreografie hatte sie noch im Gefängnis vollendet. Dazu sang ein Chor der neu gegründeten Freien Österreichischen Jugend (FÖJ). Im Oktober des gleichen Jahres wurde sie als Lehrerin an die Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst in Wien berufen. Die Tänzerin Grete Wiesenthal, ebenfalls Nazi-Gegnerin, hatte Bergers Bewerbung unterstützt. Doch die Nachfolgerin von Wiesenthal, Rosalie Chladek, verdrängte die Konkurrentin.

Hanna Berger beteiligte sich im November 1945 an der „großen Wahl-schlacht“ für die ersten Nachkriegswahlen in Österreich, tanzte oft dreimal täglich in verschiedenen Bezirken, wirkte bei Filmen mit und schrieb programmatische Artikel über den modernen Tanz und die „Wiener Puppenspiele“. Hannas Lebensgefährte Fritz Cremer war bis Herbst 1946 noch in jugoslawischer Gefangenschaft; mithilfe der KPÖ konnte sie ihn nach Wien holen. Bald waren beide von der Amerikanisierung und von der Re-Integration ehemaliger Nazifaschisten in die Gesellschaft angewidert. Da Hannas Gehalt an der Akademie lange nicht bewilligt wurde, übernahm sie die meisten Aufträge ehrenamtlich, musste also wieder in materieller Not leben. Dennoch konnte sie offensichtlich in den Jahren zwischen 1945 und 1952 ihre künstlerischen Talente und Interessen so gut entfalten wie nie zuvor.<sup>59</sup>

Solo-Auftritte führten sie nach Berlin, Zürich, Wien, Paris und Rom, aber auch in die ČSR, nach Polen und Ungarn.<sup>60</sup> Sie studierte in Paris bei Marcel Marceau und erhielt von ihm das erste pädagogische Diplom, das die-

---

58 Hanna Berger: Arbeitsbericht 1945/46, Manuskript, Nachlass Paul Kont, zit. nach: Amort, Spuren, S.51.

59 Siehe Amort, Spuren, S.54.

60 Siehe <http://www.tanznetz.de/kritiken.phtml?page=pring&aid=38&tid=18085> (Zugriff 25.10.2011).

ser ausstellte.<sup>61</sup> 1949 berichtete die „Österreichische Volksstimme“ von dem „schmerzhaft schönen Abschied von allem und allen“. Hanna hatte die „Unbekannte aus der Seine“ getanzt. Besonders das Spiel des toten Mädchens mit den lebendigen Wasserwellen wurde als etwas Einmaliges beschrieben.<sup>62</sup> Neben den Tänzen „Madonna“ und „Kampfbru“ blieb „die Unbekannte“ beim Publikum und der Presse offensichtlich am Besten in Erinnerung.<sup>63</sup>

Indes wurde das zunehmend reaktionäre kulturelle Klima im Österreich der Nachkriegsjahre immer problematischer. Bald spitzte sich die Situation für kommunistisch orientierte KünstlerInnen zu. Wer wie Hanna Berger für Einrichtungen der sowjetischen Besatzungsmacht arbeitete, war stigmatisiert.<sup>64</sup> 1952 wurde Hanna Berger als Lehrkraft der Tanzabteilung an der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien entlassen. Zwischen 1953 und 1955 gab es in Österreich eine „schwarze Liste“. Die „in sowjetischen Einrichtungen auftretenden Künstler waren für die US-Bühnen und den Radiosender Rot-Weiß-Rot gesperrt“.<sup>65</sup> Berger war in den 50er- und 60er-Jahren zwischen Wien und Ost-Berlin hin- und hergerissen. Auch in der DDR bekam sie Schwierigkeiten. Schon 1951 hatte sie für die spätere Staatliche Ballettschule in Berlin Lehrpläne entwickelt und einer Kommission vorgetanzt, wie sie sich deren Umsetzung vorstellte. Da diese Lehrpläne negativ beurteilt wurden, verweigerte man ihr auch dort die Anstellung. Dem aufkommenden „sozialistischen Realismus“ war sie offenbar zu individualistisch.

Bis in die späten 1950er-Jahre unterrichtete Hanna Berger in Sizilien und Sardinien, in Wien und Berlin. Sie hatte Solo-Auftritte in den und außerhalb der sozialistischen Länder und gründete mit ihren ehemaligen Studierenden eine Wiener Kammertanzgruppe. Sie tanzte so, als seien ihre Tänze ablösbar von ihrem Körper, stritt für „einen Tanz als politischer Wille“. Trotz allem blieb sie überzeugte Kommunistin, schrieb für „Theater der Zeit“, arbeitete in der DDR 1956 mit Walter Felsenstein am „Schlaun Fuchslein“, das seinen Erfolg auch aus Bergers Choreografie speiste. Aber auch nach diesem Erfolg siedelte sie nicht in die DDR um, sondern pendelte weiter zwischen Ost-Berlin und Wien. Sie kämpfte wei-

---

61 Siehe <http://www.sk-kultur.de/tanz/berger/berger-2nt.jpg> (Zugriff 25.10.2011).

62 Hanna Bergers Tanzmatinee, in: Österreichische Volksstimme, 14.6.1949.

63 Siehe Amort, Spuren, S.21.

64 Siehe ebenda, S.57.

65 Reinhold Wagenleitner: Coca-Kolonisation und Kalter Krieg. Die Kulturkommission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 1991, S.219.

ter für eine gerechte, antikapitalistische Welt. Ihr Solo „Kampfruf“ widmete sie den Freunden, die während des Krieges und des Nazifaschismus umgebracht worden waren.

Mit ihrem letzten Auftritt am Internationalen Frauentag 1961 im Ehrbar-Saal in Wien fand ihr widerständiges Tanzen den Abschluss. Johanna Berger starb am 15. Januar 1962 51-jährig in Ost-Berlin an einem Gehirntumor.<sup>86</sup> Begraben wurde sie in Wien, zuvor soll ihr langjähriger Weg- und Lebensgefährte Fritz Cremer die Totenmaske abgenommen haben.

Viele Umstände haben dazu beigetragen, dass nur wenige verbliebene Dokumente über Hanna Berger vorhanden sind. Den Nachlass hätte die Mutter „bald weggeworfen“, schrieb die Biografin Andrea Amort.<sup>87</sup> Einige Filmausschnitte von Hannas Soloauftritten sind erhalten, die Gruppentänze hingegen verloren. Vielleicht war es ihr früher Tod, der sie so schnell in Vergessenheit geraten ließ. Erst zögerlich geht sie in die österreichische und deutsche Tanzgeschichte ein. Als Widerstandskämpferin tritt sie in der Literatur kaum in Erscheinung.

1995 – mehr als 30 Jahre nach ihrem Tod – war das Solo „Die Unbekannte aus der Seine“ in Linz im Rahmen der antifaschistischen Tage wieder auf der Bühne zu sehen. Hanna Bergers Schülerin Otilie Mitterhuber hatte es aus der Erinnerung rekonstruiert. So lebt Hanna Bergers choreografisches Werk wieder auf, weil jüngere Künstlerinnen es wiederentdeckt haben. Unter anderem war der Eröffnungsabend des Festivals „Österreich tanzt“ am 20. Juni 2006 Hanna Berger gewidmet.<sup>88</sup> In diesem Zusammenhang wurde auch an Bergers politisches Leben, ihre Verfolgung in der NS-Zeit und an ihren frühen Tod erinnert.

---

86 Siehe Amort, Spuren, S.126.

87 Ebenda, S.8.

88 Siehe [www.tanz.at/KRITIK\\_2006/texte/KRIT\\_04\\_274.html](http://www.tanz.at/KRITIK_2006/texte/KRIT_04_274.html) (Zugriff: 16.3.2011).

## Dokumentarisches

### Hugo Eberlein: Erinnerung aus dem Jahr 1928 an seine abenteuerliche Reise nach Moskau zum Gründungskongress der Kommunistischen Internationale

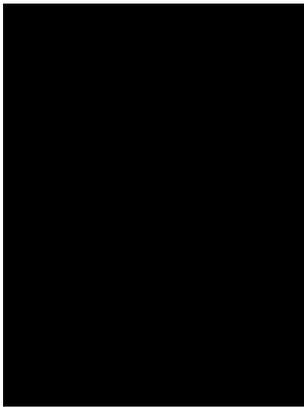
Ruth Stoljarowa

Hugo Eberlein, dessen Geburtstag sich am 4. Mai 2012 zum 125. Mal jährte, gehörte jener Generation deutscher Arbeiter an, die zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts den organisierten Kampf für eine solidarische Welt und ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg aufnahmen. Bereits in jungen Jahren gründete er als Lithograf in seiner Heimatstadt Saalfeld die erste freie Gewerkschaft seiner Berufsgruppe. 1906 schloss er sich der SPD an. Schon bald, nachdem er eine Arbeit in Berlin aufgenommen hatte, wählte man ihn in seinem Wahlkreis in den Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins und später ins Gemeindeparlament. Eberlein wurde zu einem aktiven Anhänger und später führenden Mitglied jener Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges entschieden der Politik der „Vaterlandsverteidigung“ und deren Verfechtern innerhalb der Sozialdemokratie entgegenstellten. Auch mehrfache Haft und Zwangsrekrutierungen vermochten seine weit verzweigte Antikriegsarbeit nicht zu hindern, und er beschritt konsequent den gemeinsamen Weg der Linken zur Gründung des Spartakusbundes und der KPD, deren Zentrale er angehörte. 1919 war er einer der Mitbegründer der Kommunistischen Internationale. Er wurde Mitglied ihres Exekutivkomitees und von dessen Internationaler Kontrollkommission.

In den Jahren der Weimarer Republik wirkte Hugo Eberlein an vielen Brennpunkten des politischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse. Seit 1920 war er Abgeordneter der KPD im Preußischen Landtag, dem er bis 1933 angehörte. Hier nutzte er zugleich den Schutz seiner Immunität, um für die Partei politische, vor allem antimilitaristische Literatur, herauszugeben. Fast ständig befand er sich unter Polizeiaufsicht, wurde verfolgt und mehrfach inhaftiert. Nachdem Hitler in Deutschland an die Macht gekommen war, ging Hugo Eberlein in die Illegalität und konnte sich dem Zugriff der Nazis nur in letzter Minute durch Flucht ins Ausland entziehen. Als politischer Emigrant geriet er in Frankreich in die Fänge der Polizei und musste dort eine längere Haftstrafe wegen Passvergehens verbü-

Ben. Seine Tätigkeit zum Auf- und Ausbau eines internationalen illegalen Netzes kommunistischer Verlage und Druckereien, durch die es ihm gelungen war, ab 1933 vom Saargebiet aus in Deutschland, Frankreich, Belgien, der Schweiz und anderen westeuropäischen Ländern das Weitererscheinen der kommunistischen Presse zu sichern, konnte ihm nicht nachgewiesen werden.

Nachdem Hugo Eberlein 1936 aus Frankreich ausgewiesen worden war, fand er in der Sowjetunion als Emigrant Aufnahme. Er arbeitete in Moskau im EKKI als Sektorleiter für Finanzkontrolle sowie für kommunistische Presseorgane und Verlage in Westeuropa.



*Hugo Eberlein in Moskau im Gefängnis Lefortovo. Fotoarchiv des Wissenschaftlich-historischen Aufklärungszentrums „Memorial“*

1937 wurde er vom NKVD verhaftet und nach zwei Jahren quälender Verhöre unter Anwendung von Folter wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären terroristischen Organisation im Apparat der Komintern zu 15 Jahren „Besserungsarbeitslager“ verurteilt. Im Sommer 1941 wurde Eberlein im Lager Unžlag erneut festgenommen und nach Moskau überstellt, wo ihm ein weiterer Prozess gemacht wurde. Dieser endete mit der Aufhebung des früheren Urteils und der „Höchststrafe“, dem Todesurteil. Am 16. Oktober 1941, als die Truppen Nazi-Deutschlands vor Moskau standen, wurde er im NKVD-Objekt „Kommunarka“-Butovo, in der Nähe von Moskau, erschossen.

Die oft riskante und meist unsichtbare Tätigkeit Hugo Eberleins, viele außerordentliche Situationen, Haft sowie erzwungene längere Perioden von Illegalität und Emigration bedingten, dass nur lückenhafte Informationen über sein Leben überliefert sind. Umso größer ist der Wert jedes bisher noch nicht oder nicht mehr bekannten Dokuments. Der hier abgedruckte Bericht<sup>1</sup> betrifft den Beginn jener Tä-

---

<sup>1</sup> Diese Erinnerung wurde von der wissenschaftlichen Übersetzerin und Expertin auf dem Gebiet der Geschichte der Publikationen Lenins in deutscher Sprache Maria Uhlmann (†) schon vor längerer Zeit bei Streifzügen durch die Arbeiterliteratur entdeckt. Das Dokument ist jedoch nicht wieder zugänglich gemacht und in der Literatur bisher nicht genutzt worden. Das Foto Hugo Eberleins während seiner Haftzeit in Lefortovo ist ebenfalls kaum bekannt.

tigkeit, die Hugo Eberlein als Vertreter der KPD für die Kommunistische Internationale leistete, die ihn auch in der Arbeiterbewegung vieler anderer Länder bekannt gemacht hat und in den folgenden Jahren den Großteil seines politischen Wirkens bestimmte.

Angesichts der Verfolgung vieler ihrer Mitglieder und Funktionäre und besonders nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts befand sich die KPD unmittelbar nach ihrer Gründung Anfang 1919 in einer außerordentlichen Extremsituation. Daher musste Hugo Eberlein für seine Reise nach Moskau unbekannte Wege wählen und mit allen Eventualitäten rechnen. Auch ihm hätte das Schicksal einer Verhaftung widerfahren können wie dem führenden KPD-Mitglied und Mitarbeiter der Russischen Telegraphenagentur ROSTA Eugen Leviné. Dieser war mit Eberlein im selben Zug gefahren und hatte den Auftrag, dessen verschlüsseltes Mandat (unter dem Pseudonym seiner beiden weiteren Vornamen: Max und Albert) in Moskau zu bestätigen. Leviné wurde jedoch unterwegs bei einer Passkontrolle festgenommen. Eberlein entging der deutschen Militärkontrolle wahrscheinlich nur dank seiner ungewöhnlichen Tarnung: Er hatte die Reise in der Kleidung eines weißgardistischen Offiziers angetreten.

### *Dokument*

#### *Auf der Fahrt zum Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale*

Heute ist es sehr einfach. Man setzt sich in Berlin in den D-Zug und fährt bis Moskau. Nur an der russischen Grenze muß man umsteigen, weil unsere schmalspurigen Wagen auf dem russischen Gleis nicht fahren können. Im Januar 1919 war die Reise nicht ganz so einfach. Der Zugverkehr in Deutschland war ganz in Ordnung. In Litauen stand die Front der Rotarmisten den weißgardistischen Banden gegenüber. Kein Mensch wußte, wie man nach Rußland kommen kann.

Nachdem im Januar kurz vor der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts das ZK beschlossen hatte, daß ich als Vertreter der deutschen Partei an der internationalen Konferenz in Moskau, die dann zur Gründung der 3. Internationale führte, teilnehmen sollte, da galt es, auf illegalem Wege nach Moskau zu kommen. Ich fuhr in Berlin als weißgardistischer Offizier verkleidet ab und im gleichen Zug saß Leviné in der Uniform eines Frontsoldaten. Die Reise nach Eydtkuhnen<sup>2</sup> ging noch ver-

---

<sup>2</sup> Heute: Černyševskoe.

hältnismäßig gut. Kein Mensch fragte nach Ausweisen, nicht einmal eine Fahrkarte war notwendig. Alle Kontrollen erfolgten durch Soldaten, und die standen natürlich alle vor einem weißgardistischen Offizier stramm und wagten nicht, nach Ausweisen zu fragen. In Eydtkuhnen wurde Leviné aus dem Zug heraus verhaftet. Er sah zu wenig nach einem weißgardistischen Soldaten aus, als daß es den Spionen nicht hätte auffallen müssen.

Ich fuhr unbehelligt bis Kowno<sup>3</sup> weiter. Auch dort wurde eine Kontrolle durch deutsche Soldaten ausgeübt, sie standen stramm und grüßten. In Kowno trat ich in Verhandlungen mit einem Sacharinschmuggler, der mir den Weg durch die deutsche Front der Weißgardisten zeigen sollte. In der Stadt raubten und plünderten an jedem Abend und in jeder Nacht die deutschen Soldaten nach übelster Banditenmanier. Eines Morgens fuhr ich dann mit einer Droschke aus der Stadt, um den Posten die Fahrt nach einem Vorort vorzutauschen. Draußen führte mich ein Schmuggler auf einem kleinen Schlitten, bei eisiger Kälte, auf zahllosen Umwegen, des Nachts durch die Wälder hinter Kowno. Am Tage versteckten wir uns in Schneehöhlen. In der dritten Nacht kamen wir bis Koschadari. Hinter dem Dorf war die Front der Deutschen. Wir übernachteten bei einem Schmuggler. Hier kaufte ich einem Einheimischen seine Kleider und [den] Passierschein<sup>4</sup> ab, und ein bekannter Schmuggler begleitete mich durch die deutsche Front. Drei Doppelposten waren zu passieren. Einige kannten den Schmuggler und ließen uns passieren. Die anderen ließen sich leicht bestechen. So ging es mitten im Maschinengewehrfeuer durch die Front, hinüber zur Roten Armee.

Die ersten Posten der Roten Armee nahmen mich fest und brachten mich zum Kommissar. Hier zeigte ich meine Ausweise von der Kommunistischen Partei, und ein unendlicher Jubel brach unter den roten Soldaten aus. Endlos waren die Fragen, die an mich gerichtet wurden, groß die Begeisterung, einen Spartakisten unter sich zu haben. Dann ging es zu Pferd und zu Fuß nach Wilna<sup>5</sup> ins Hauptquartier und von dort nach Moskau. Noch waren 14 Tage Zeit bis zur Eröffnung des Kongresses. Zuerst galt es, den Genossen im Kreml aus Deutschland zu berichten. Wir wohnten im Kreml in den Zimmern der ehemaligen Großfürsten. Bald kamen die Finnen und die Franzosen, der Schwede und der Österreicher, auch

---

3 Frühere Bezeichnung für Kaunas.

4 Im Original fälschlich: Passagierschein

5 Litauisch: Vilnius.

Fritz Platten aus der Schweiz war da. Im Anfang wurde unsere Anwesenheit streng illegal gehalten, da wir alle von unseren Regierungen verfolgt und mit ziemlicher Sicherheit nach unserer Rückkehr verhaftet worden wären. Aber als dann die Konferenz begann, die der Kongreß der 3. Internationale wurde,<sup>6</sup> sprachen wir in riesigen Volksversammlungen. Und von den Soldaten wurde auf dem Roten Platz in Moskau eine große Parade zur Feier der Gründung der 3. Internationale veranstaltet. Nach dem Kongreß ging es nach Leningrad in die großen Betriebe und in die großen Städte der Ukraine.

Und dann zurück nach Deutschland. Der Ermordung von Rosa und Karl war die Ermordung von Jogiches und Tausenden von Arbeitern gefolgt. Das Zentralkomitee hatte seinen Sitz von Berlin nach Leipzig und von dort nach Eisenach verlegt. Und wenige Wochen später saß ich wieder einmal in Moabit. Da hatte ich Zeit, über die Freiheit der russischen Arbeiter und über den Sieg der russischen Revolution nachzudenken.

Hugo Eberlein  
(Max Albert)

Aus: Arbeiter-Kalender 1928, Hamburg-Berlin, S.52.

---

<sup>6</sup> Siehe zum Thema: Wladislaw Hedeler/Alexander Vatlin (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin 2008.

## Regionales

### Das Kreiskulturhaus in Hagenow 1974 bis 1998<sup>1</sup>

Siegfried Spantig

Hagenow war eine typische mecklenburgische Ackerbürgerstadt, die sich im 19. Jahrhundert mit vielen Handwerksbetrieben hervortat.<sup>2</sup> 1836 hatten allein 87 Schusterfamilien von ihrer Hände Arbeit Brot, Verkaufschlager war der in Hagenow erfundene wasserdichte Jagdstiefel. 1914 gab es 242 gewerbliche Betriebe in der Stadt. Zur Geschichte von Hagenow gehörten auch die vier Garnisonen auf ihrer Feldmark. Eine volks- und lokalwirtschaftliche Größe waren Baumittel- und Baugewerke. Zu Beginn der DDR bestimmte der VEB Bau (K) Hagenow das wirtschaftliche Profil der Kreisstadt, der 1964 mit seinen 900 Belegschaftsmitgliedern umstrukturiert wurde. Eine große Rolle spielte der VEB Meliorationsbau, Betriebsteil Hagenow, zu dessen langfristigen Vorhaben unter anderem der Bau von 17 Schöpfwerken an der Elbe gehörte. In der Zeit von 1958 bis 1968 bildeten sich in Hagenow fünf Produktionsgenossenschaften des Handwerks. Bald profilierte sich die Stadt auch zu einem Ort der Lebensmittelproduktion: Molkerei und Dauermilchwerk e. G., VEB Mecklenburger Käsewerk, Großbäckerei des Konsums, VEB Kartoffelveredlungswerk, Konsum-Getränkfabrik. Außerdem entstanden kleinere Betriebe wie der VEB Holzindustrie, der VEB Fabrikschornsteinbau, der VEB Trikotagenwerk. Nicht zu vergessen: die erste Gärtnerische Produktionsgenossenschaft in der DDR; sie trug den Namen „Professor Dr. Reinhold“. Auch der VEB Getreidewirtschaft machte gute Fortschritte. 1964, zum 15. Jahrestag der DDR, wurde der erste Schulneubau in der Stadt eingeweiht. 1976 und 1977 wurden zwei neue Polytechnische Oberschulen übergeben. Gewachsene Lebensqualität symbolisierte die 1977 neu erbaute Poliklinik.<sup>3</sup>

Nachdem 1968 festgelegt worden war, dass die 14. Arbeiterfestspiele 1972 im Bezirk Schwerin stattfinden werden und auch Hagenow als Festspiel-

---

1 Zum Thema ist derzeit eine Publikation im Druck, die in Schwerin erscheinen wird: Siegfried Spantig: Kreiskulturhaus Hagenow.

2 Nicht jede Ackerbürgerstadt entwickelte Handwerk, das schließlich die Kommune trug.

3 Siehe ausführlicher: Siegfried Spantig: Hagenow 1190-1945, Ludwigslust 1970; Ders.: Hagenow 1945-1978, Ludwigslust 1979.

ort vorgesehen ist, beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 17. Januar 1969 auf Vorschlag des Abteilungsleiters Kultur beim Rat des Kreises Hagenow, Helmut Liedtke, an der Ecke Hirtenstraße/Bahnhofstraße ein Kulturhaus bauen zu lassen. Da dafür Baufreiheit geschaffen werden musste, wurden den betroffenen Hausbesitzern, sofern sie das wollten, andere Häuser als Ersatz angeboten, ansonsten sollten sie eine Neubauwohnung an der Bahnhofstraße beziehen können. Der Chefprojektant der Kreisentwurfsgruppe, Paul-Dieter Wegner, erhielt den Auftrag, ein Vorprojekt zu erarbeiten. Zu diesem Zweck arbeitete er mit Dipl.-Ing. Hartmann vom Institut für Kulturelle Einrichtungen, Berlin, zusammen.

In der DDR existierten damals bereits über 1.000 solcher Bauten. Paul-Dieter Wegner reiste daher mit seinem Mitarbeiterstab in der DDR umher, um zu sehen, wie etwa er sein Projekt erarbeiten konnte. Das NVA-Kulturhaus in Marxwalde, heute Neuhardenberg, gefiel den Projektanten am besten. Natürlich wollte man einiges anders machen: Im Keller wurden eine Bowling-Bahn und eine Sauna, im Erdgeschoss Saal, Küche, Gaststätte, Zirkel- und Klubräume, auch Raum für die Tanzgruppe geplant. Im Obergeschoss waren eine Bibliothek für Kinder und eine für Erwachsene vorgesehen, dazu ein Lese-Café. Kostenpunkt: 13,8 Millionen. Als der Vorsitzende des Rates des Kreises Heinz Zell diese Pläne sah, sagte er: „Sehr schön, aber zu teuer.“ So fielen Keller und Obergeschoss weg, womit nur noch 5,9 Millionen für das Haus und 1,3 Millionen für Erschließungsarbeiten, Parkplatz und Heizhaus einzuplanen waren. Am 3. Juni 1970 erfolgte die Grundsteinlegung.

Der VEB Bau (K) Hagenow wurde zum Auftragnehmer für das künftige Kreiskulturhaus (KKH). Sein Direktor, Dipl.-Ing. Hermann Sieten, ließ die Baustelle als Ort für die Lehrlingsausbildung nutzen, da die Möglichkeiten, mit der Kelle zu arbeiten, in den Jahren dominierender Plattenbauweise rar waren. Er setzte dort drei Brigaden Maurerlehrlinge zu je zehn Mann ein, weshalb allgemein die Rede ging: Das KKH ist ein Lehrbau.

Der Saal war das Kernstück des Kulturhauses, ein Stahlwürfel von 25 mal 25 Meter. Für dessen Errichtung konnte der VEB Sächsischer Stahl- und Brückenbau, Dresden-Niedersedlitz, vertraglich verpflichtet werden. Am 30. September 1970 wurde der letzte Stahlträger montiert. So war ein Raum für 700 Sitzplätze geschaffen, der größere Veranstaltungen erlaubte. 1971 erfolgte die Aufstellung eines großen Kranes, fest in der Erde betoniert, der aber bald wie hilflos auf dem Baugelände stand, weil Bauunterbrechung angeordnet war. Das ZK der SED hatte wegen eingetretener Disproportionen in der Volkswirtschaft zunächst den Weiterbau verschiedener regionaler Objekte einstellen lassen.

Da aber weiter Bauarbeiter auszubilden waren, wurde der Bau dennoch nicht unterbrochen: ein Stein, ein Kalk. Natürlich sprach sich das bald im ganzen Bezirk herum. Und wo Hermann Sieten hinkam, hieß es: Da seht ihr den einzigen Genossen des Bezirkes, der sich nicht an die Beschlüsse der Partei hält. Die Kreispartei-Kontrollkommission der SED tadelte, konnte aber nichts machen. Ab 1973 wurde der Bau wieder regulär vorangetrieben. Zum 25. Jahrestag der DDR war das Kreiskulturhaus Hagenow fertig und von nun an – ein Vorzeigeobjekt. Vor dem 7. Oktober 1974 hatten die Behörden und Bauämter noch einmal auf Planerfüllung gedrängt, was aber überall Unterstützung fand. Sogar die Stuckateure, die den Palast der Republik in Berlin prächtig ausstatteten, kamen nach Hagenow, um die schöne Kulturstätte im Südwestzipfel von Mecklenburg fein zu machen. Bestes afrikanisches und nordamerikanisches Furnier zierte bald die Wände, Keramikarbeiten schmückten die Gaststätte. Blickfang wurde ein 20 mal 3 Meter großes Wandbild im hellen Foyer. Das technische Glanzstück aber war ein Drei-Stufen-Hubpodium im Saal, das nach dem Spiel auf der Bühne abgesenkt werden konnte, um eine große Tanzfläche entstehen zu lassen. Zur feierlichen Übergabe am 4. Oktober 1974 gab es großen Dank an die Erbauer – und Auszeichnungen: Orden, Geld, Urkunden.

Nicht nur „Danz upp dei Dääl“ (Tanz auf der Diele), sondern eine vielfältige massenwirksame Kulturarbeit entfaltete sich in den folgenden Jahren im neuen Kreiskulturhaus „KKH“. Allein 1978 wurden 120.367 Bürger gezählt, die Veranstaltungen besuchten, das waren rund 10.000 im Monat: Blütenfeste, Jugendbälle, Diskotheken, Chorauftritte, symphonische Konzerte, Volkskunstraden, Klubabende... Hinzu kamen Delegierten-Versammlungen der Parteien und der Massenorganisationen, Jahresrechnungsfestlegungen der LPG, Jubiläumsfeiern der Betriebe und so weiter. Die „Schweriner Volkszeitung“ schrieb am 14. November 1980: „In dem neuen Haus, das sehr hoch ausgelastet ist, konnte eine umfassende Veranstaltungspalette verwirklicht werden. Berufskünstler aller Genres und aus dem In- und Ausland treten hier auf. Für zahlreiche Volkskunstgruppen ist es eine Heimstatt geworden. Eine ganze Reihe Traditionsveranstaltungen werden von den Mitarbeitern des Hauses organisiert: der Mecklenburger Bauernabend, der Hagenower Jägerball, das Mecklenburger Blumenfest, Attraktion seit dem vergangenen Jahr: die Märchenparty aus 1001 Nacht! Für Erwachsene. Der große Saal wird in einen Sultanspalast verwandelt, und Märchensultan Halef Omar lädt zu orientalischen Lustbarkeiten ein. Mit Fakiren, Feuer- und Schlangentänzern. Die dabei mitspielende Boa constrictor übrigens ist die Eigenzüchtung eines

Mitarbeiters des Hauses. Diese wie andere Veranstaltungen sind verbunden mit einer Leistungsschau der Gastronomie. Die Köche zeigen, wie man aus einheimischem ‚Material‘ Speisen verschiedener Länder und Zeiten zubereiten kann.“

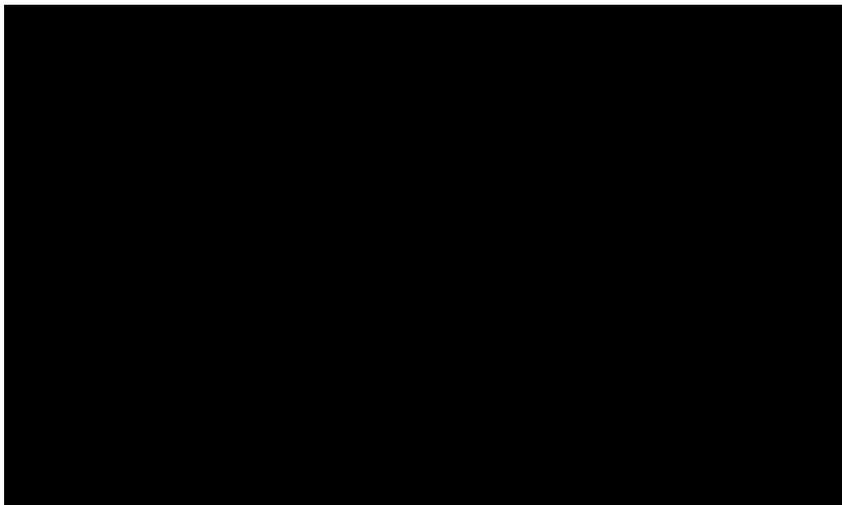
Wenn von neuer Heimstatt die Rede ist, ist zunächst der *Zirkel Schreibende Arbeiter* zu nennen. Seit dem Mai 1962 bot Hagenow seinen Gerneschreibern einen solchen Zirkel für den Erfahrungsaustausch an. Die Schriftstellerin Ann-Charlott Settgast leitete ihn, unterstützt vom Kreiskabinet für Kulturarbeit. 1974 wechselte der Zirkel in das KKH, nun schon unter den Fittichen des Schriftstellers Hans Eschenburg. Geschichten und Gedichte nach dem Leben zu schreiben, öffentliche Lesungen zu veranstalten, die künstlerische Auseinandersetzung mit den Problemen der Zeit zu führen und andere dazu zu ermutigen, so lautete der Selbstauftrag der Laienschriftsteller, die von 1958 bis in die Siebzigerjahre hinein in der DDR eine durchaus breite Bewegung formierten. Die „Hagenower Lesebogen“ fungierten als lesbares Zunftzeichen. Sie bezeugen noch heute eine mutige literarische Selbstfindung. Anerkennung erfuhr der Zirkel unter anderem in mehrmaligen Auszeichnungen als „Hervorragendes Volkskunstkollektiv“, mit der Ehrennadel der Nationalen Front, dem Friedensdiplom des Ministeriums für Kultur. Die Arbeit des Zirkels stand in der Obhut des Kulturbundes der DDR.

Auch die *Gesellschaft für Heimatgeschichte* im Kreis Hagenow lag in den Händen des Kulturbundes. Die Gründungsveranstaltung der Kreisorganisation der Gesellschaft für Heimatgeschichte fand am 6. Dezember 1981 und zwar im Klubraum des KKH statt. In dieser Gesellschaft hatten sich am 17. Januar 1979 in Berlin die Zentralen Fachausschüsse Heimatgeschichte/Ortschronik, Volkskunde/Kulturgeschichte, Ur- und Frühgeschichte, Numismatik und Kulturhistorische Zinnfiguren vereinigt. In Hagenow standen unter anderem folgende Themen zur Debatte: Flur- und Ortsnamenforschung, Volkskunde und Kulturgeschichte, Numismatik, Ur- und Frühgeschichte, die Arbeit im Kreisarchiv, die bessere Versorgung der Lehrer mit heimatkundlichen Materialien, Antifaschisten berichten lassen und so weiter.

Schon 1964 war beim Rat des Kreises Hagenow das Aktiv „Ortschroniken, Denkmalpflege, Naturschutz und Landschaftsgestaltung“ gegründet worden. Die entsprechenden Arbeitsgruppen waren gleichzeitig Arbeitsgemeinschaften der Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes. Das Hauptanliegen der Gesellschaft für Heimatgeschichte, in allen Gemeinden Ortschroniken zur Arbeit zu bringen, wurde durch die „Anordnung über die Führung von Ortschroniken“ vom November 1981 gestützt.

Die Kreisleitung des Kulturbundes Hagenow lud bereits zum 10. Dezember 1977 die *Chronisten und Heimatforscher* des Kreises und diejenigen, die durch Festschriften für Gemeindejubiläen bekannt geworden waren, zu einem zwanglosen Erfahrungsaustausch in das KKH ein. Die Abteilung Kultur beim Rat des Kreises Hagenow rief dann im September 1979 alle Betriebs- und Ortschronisten zu einer Versammlung ins KKH, um zu beraten, wie die ab 1980 zu erwartenden Jubiläen in vielen Gemeinden aus Anlass ihrer schriftlichen Ersterwähnung vor 750 Jahren auch mit Festschriften gewürdigt werden können. Festschriften gab es danach leider zwar nur sehr vereinzelt, wie die Chronikarbeit generell nie richtig in Schwung kam. Aber um den Ortschronisten eine Hilfestellung zu geben und Erfahrungen zu vermitteln, gab die Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kreis Hagenow in unregelmäßiger Folge drei Broschüren mit dem Titel „Der Ortschronist“ heraus. – Heute wird in keiner Gemeinde des Kreises mehr Chronikarbeit geleistet. Und soll eine Festschrift vorbereitet werden, stellt man einen Schreiber, eine Schreiberin mit befristetem Arbeitsvertrag ein.

Am längsten tätig und zahlenmäßig am stärksten vertreten waren in und um Hagenow die ehrenamtlich arbeitenden Bodendenkmalpfleger, die natürlich auch ihre Jahresversammlungen im KKH abhielten. Die Bodendenkmalpfleger stützten sich auf die Verordnung „Schutz und Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Altertümer“ von 1954. Im Kreis verei-



*Kulturhaus Hagenow. Foto: Walter Bedau. Landesbauptarchiv Schwerin 13.3-2, Sign. 652*

nigten sich in dieser Arbeitsgemeinschaft 22 Pfleger mit staatlichem Ausweis, den bei nachgewiesener Qualifikation die Forschungsstelle für Ur- und Frühgeschichte Schwerin ausstellte. Allein von 1964 bis 1973 gab es 449 Fundmeldungen aus dem Kreis Hagenow, wozu zu bemerken ist, dass eine Fundmeldung sowohl ein aufgelesenes Steinbeil als auch die Untersuchung eines ganzen Urnengräberfeldes zum Inhalt haben konnte. Die Pfleger arbeiteten immer auf sich allein gestellt auf ihrer Heimatflur. Einmal im Jahr wurde eine Gemeinschaftsgrabung auf einem Urnenfeld organisiert. Die Ergebnisse wurden in den jährlich erscheinenden und vom Bezirkspfleger Prof. Dr. Horst Keiling redigierten „Informationen“ des Bezirksarbeitskreises veröffentlicht. Gemeinsame Ausflüge brachten den ehrenamtlichen Bodendenkmalpflegern weiterbildende Erlebnisse, machten Freude, festigten den Zusammenhalt.

Die *Münzfreunde* gründeten ihre Kreisorganisation im Jahre 1967. Privates Sammeln wurde organisiert, vorzeigbare Objekte in transportablen Schaukästen wurden zu Ausstellungen arrangiert. Unterrichtung und Lehre im Umgang mit Münzobjekten gehörten zu den Aufgaben der Organisation. Ausgewiesene Fachleute bewerteten und vergaben den Münzfreunden Punkte, u. a. für Fachvorträge. Abhängig vom Punktestand gab es als Anerkennung Sondermünzen und Gedenkprägungen der DDR. Die Kreisorganisation ließ es sich nicht nehmen, ihren 20. und 25. Jahrestag mit einer schönen Medaille zu schmücken. Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands liefen alle auseinander, weil sich nun keiner mehr gern in seine Sammlung hineinsehen lassen wollte. Münzkunde als spezielle Kulturkunde, einst von Sammlerfreunden und Autodidakten weitergetragen, findet heute keine Unterstützung mehr.

Der Kulturbund ließ im Hagenower Kreiskulturhaus auch noch andere *Arbeitsgemeinschaften* entstehen und wirken, etwa die Kreiskommission Kunst und Literatur, die Kreisarbeitsgemeinschaften (KAG) Denkmalpflege, Natur und Umwelt, Fotografie und Philatelie, die Interessengemeinschaften (IG) Wandern und Touristik, Kakteen und Sukkulenten, Terrarien, Aquaristik, Parkgestaltung, Ornithologie, Erbekonzeption, Bildende Kunst, Musik, Kleine Galerie und Literatur.<sup>4</sup> Alle diese Arbeits- und Interessengemeinschaften sorgten neben einer bildenden Freizeitbetätigung für kulturelle Kommunikation, setzten Traditionen fort oder schufen neue. Nicht hoch genug zu würdigen ist ihr Wert als identitäts-

---

4 Nicht erwähnt sind hier die Interessengemeinschaften des Kulturbundes, die ohne Bezug zum KKH an anderen Orten des Kreises zu Hause waren.

stiftende, emanzipationsfördernde Strukturen. Erwähnt sei nur, dass die Naturfreunde zwei ausgezeichnete Publikationen herausbrachten, die interessante Radtouren durch den Großkreis Hagenow, den flächenmäßig größten Kreis der DDR, zu Naturdenkmälern, zu Stellen hervorragender Bodenfunde, zu Kirchen, alten Rauchhäusern, Wind- und Wassermühlenstandorten usw. beschreiben.

Eine beliebte Arbeitsgemeinschaft war der *Textilzirkel* des Kulturhauses, geleitet von der damaligen DFD-Freundin Erika Krüger. Sie hatte sich von einer volkskundlichen Textilgestalterin aus dem Erzgebirge anregen lassen, und weil der DFD das Anliegen unterstützte, gelang es, interessierte Frauen zu gewinnen. Im September 1977 erwarb Erika Krüger mit der Absolvierung der Spezialschule für Leiter des künstlerischen Volksschaffens die Befähigung, ein Volkskunstkollektiv zu leiten, und war seitdem „staatlich anerkannter Zirkelleiter (für) Textilgestaltung“. Aus einem Zirkel wurden bald zwei. Vielen Textilkunst-Liebhabern waren die fertigen Stücke begehrte Kaufobjekte. Die Zirkel wurden mit Auszeichnungen wie „Hervorragendes Volkskunstkollektiv“ (1982) geehrt. Ihr Zirkelleben bereicherten die Frauen durch gemeinsame Ausflüge. Diese Reisen, vor allem die ins Ausland, hielten sie in interessanten Reiseberichten fest. Nach der Wende ging auch diese Volkskunstarbeit unter, zumal die Frauen, wie alle anderen Volkskunstschaffenden, über Nacht aus dem KKH regelrecht hinausgeworfen wurden.

Sehr bekannt war das *Hagenower Tanzstudio*. Es ist mit dem Namen Helga Stöter verbunden, einer Frau, die die Kriegswirren von Königsberg nach Hagenow verschlagen hatten. 1960 meldete sie ihre Tochter beim 1959 gegründeten Hagenower Kinderballett an, das vom Staatstheater Schwerin geführt wurde. Als einmal die Begleiterin am Flügel ausfiel, wurde Helga Stöter gebeten einzuspringen; daraus resultierte eine ständige Arbeit. Bald formierte sich das Kinderballett unter Frau Stöters Leitung zum Tanzstudio Hagenow mit fünf Tanzklassen, die zusammen 80 Kinder zählten. Sie erfreuten die Besucher auf den jährlich stattfindenden Republikantanzfesten in Rudolstadt, bei den Tanz- und Sportfesten in Leipzig, während der Landwirtschaftsausstellungen in Leipzig-Markkleeberg, anlässlich der Weltfestspiele 1973 in Berlin und bei vielen Veranstaltungen im Bezirk und in der Republik. Auch aus dem Ausland kamen Einladungen. Die Choreografien gerieten zu großen thematischen Tanzprojekten. Helga Stöter besuchte fünf Jahre lang eine Spezialschule für Tanz und wurde schließlich Leiterin des Kreiskabinetts für Kulturarbeit bei der Abteilung Kultur des Rates des Kreises. In dieser Position stand sie dem Kulturhaus Hagenow zur Seite, etwa als die Idee entstand, einen Karneval zu organi-

sieren. Die örtliche Parteiobrigkeit war davon nicht angetan, doch mithilfe des Mecklenburgischen Folklorenzentrums in Schwerin und unter Berufung auf den alten Mecklenburger Fastelabendbrauch (Fastnacht) belebte Helga Stöter von 1981 an die Hagenower Kulturlandschaft um die „Hagenower Dörpschaft“, ein Gremium, das sich anderswo Elferrat nennt. Der Vorsitzende des Rates des Kreises beeilte sich, die „Dörpschaft“ „staatlich abzusegnen“, und, wie Frau Stöter in ihren Memoiren schreibt, war diese staatliche Anerkennung für die weitere Entwicklung der Dörpschaft-Gilde gut, nicht zuletzt für die Vereinskasse.<sup>5</sup>

Am 25./26. Februar 1983 ging der erste Fastelabend über die Bühne. Das Neue an dieser beginnenden Veranstaltungsreihe waren Tradition und Brauchtum, „angereichert mit hauseigenen Merkmalen und Besonderheiten“ (Helga Stöter) im Karnevalssumzug. Als Typen und Originale wurden bekannt: die Kräugersch und die Gastwirtsch, der Dörpschult und Frau Püttelkow ut Hagenow, Köster Klickermann, Dr. Isenbart, der Hochtidenbitter, der Dörpschiewer, Fiek'n ut Hagenow (eine Hausmagd), die Kordenlegersch, der Stadtschreiber (auch als „frecher Zeichenstift“ bekannt), die Püsterolsch und die Köchin, die Fischfru (Fischverkäuferin im Konsum-Fischladen, ein weitbekanntes Hagenower Original), Erna Wasserstrahl (Raumpflegerin), Ansegger, Großmagd Trina, Schauster Pickdraht, Kräuger, Gendarm, Mudder Griebisch (Hebamme), Fűrwehrmann, Schlachter, Hilfskellner, Groffschmied (Grobschmied), Knecht. Eine besondere Attraktion war die Pantoffelgarde. Sie tanzte gleich zu Anfang in den Saal, junge Mädchen einer Studio-Klasse, auf hohem Stock die Pantoffelkrone voran, und verkündete nun das herrschende Regiment der Frauen. Gesungen wurde natürlich auf Plattdeutsch. Die „Dörpschaft“ wurde zu einem gewichtigen Bestandteil einer sich in den Achtzigerjahren DDR-weit ausbreitenden Reaktivierung von Dorffesten und lokalen Feiertraditionen. Es blieb nicht aus, dass sich das Hagenower Beispiel herumsprach. Einladungen zu Erntefesten, Jubiläumsfeiern in Schwerin und Berlin, Pferdemarkten in Havelberg, zum „Tag der Volkskunst“ im Palast der Republik wurden angenommen. Seit Sommer 1990 stand die Frage nach den Eigentumsrechten am bisher volkseigenen Kreiskulturhaus und der dazugehörigen Fläche. Wer übernehmen wollte, musste einen Antrag stellen: beim zuständigen Minister, beim Regierungsbevollmächtigten des Bezirkes und beim Präsidenten der Treuhandanstalt. Die Abgeordneten des Kreistages sollten entscheiden, wessen Antrag „nach oben“ geschickt wird.

---

5 Manuskript im Besitz des Autors.

Verantwortlich für das Kulturhaus war jetzt das Schulverwaltungs- und Kulturamt. Das erklärte wiederholt, für die Leitung eines Kulturhauses keine Kenntnisse zu besitzen. Mitte Januar 1991 ordnete Schulamtsleiter Spaete die Stilllegung an. Die amtlich und ehrenamtlich Beschäftigten wurden über Nacht ausgesperrt und in die Arbeitslosigkeit entlassen. Im April 1990 waren schon alle Vereinbarungen der Kulturgruppen mit dem KKH annulliert worden. Das Kreiskabinett für Kulturarbeit bestand seit 2. März 1990 nicht mehr. Zwar konnte der Kreis noch Fördermittel für die Reparatur des Daches und den Einbau einer neuen Heizung erhalten. Aber die Geldquellen versiegten bald. Im Oktober 1991 wurde das Haus mit Grundstück der Stadt Hagenow überschrieben. Das Stadtparlament zeigte Interesse vor allem an dem großen Saal, wollte aber ansonsten mit dem Kulturhaus nichts zu tun haben. Als zwei Westberliner Kaufinteresse bekundeten und erklärten, man könne ein Hotel mit 280 Betten daraus machen, wofür sie 20 Millionen ausgeben wollten, erklärten 29 Abgeordnete Einverständnis, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Das Geschäft war ein Flopp, man war Betrügern auf den Leim gegangen. Erst 1994 konnte die Sache unter Einsatz von Staatsanwalt und Richter rückgängig gemacht werden. Die Zeit dieser Wirren nutzten junge Männer vom Stamme der Vandalen und schlugen im Kulturhaus alles kurz und klein. 1996 setzte sich ein Investor mit einem Modell „Großmarkt“ durch, der den Plan aber später zurückzog. Das denkmalgeschützte Gebäude und seine Innenausstattung (Wandbild im Foyer) fanden zwar noch einmal Verteidiger in der Öffentlichkeit, doch ihr Aufruf zur Rettung des Hauses blieb ohne Wirkung. Ende Januar 1998 entschieden die Stadtvertreter mehrheitlich, den Zuschlag der Kreissparkasse Ludwigslust zu erteilen. Im April 1998 unterzeichneten Vertreter der Stadt Hagenow und der Kreissparkasse Ludwigslust die Verträge. Nun versprach die Stadt den Bürgern einen „kommunikativen Marktplatz“, der Raum für Ausstellungen, Konzerte oder Vortragsabende, für eine Geschäftspassage und sogar ein Café böte – einen „Ort voller Leben“. Weder dafür noch für ein Vereinshaus fand sich bisher Geld...

## Buchbesprechungen

**Philippe Kellermann (Hrsg.):  
Begegnungen feindlicher Brüder.  
Zum Verhältnis von Anarchismus  
und Marxismus in der Geschichte  
der sozialistischen Bewegung,** Un-  
rast Verlag, Münster 2011, 193 S.

Der Hrsg. versammelt in diesem Bd. Autoren der Mosaik-Linken mit recht unterschiedlichen Sichtweisen auf das Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in Geschichte und Gegenwart, darunter auch solche, die – wie er selbst – eindeutig dem anarchistischen Lager zuzuordnen sind. K. geht es mit seinem Sammelbd. darum, „ein wenig mehr Licht in die Geschichte (und damit auch die Rezeptionslinien und Kontroversen) der sozialistischen Bewegung zu bringen“ (S.14f.), und die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen AnarchistInnen und MarxistInnen herauszuarbeiten.

Karl Reitter, Redakteur der Wiener Zeitschrift „grundrisse – zeitschrift für linke theorie und debatte“, beschäftigt sich mit der Marx’schen Kritik des Staates und stellt heraus, dass Karl Marx *tatsächlich* „in jeder Phase seines Lebens ein erklärter Gegner des Staates“ gewesen sei und „in ihm ein Hindernis für Emanzipation und Befreiung“ erkannt habe (S.33). Die Politologin Antje Schrupp wendet sich unter dem Titel „Weder Marxistinnen noch Anarchistinnen“ aus feministischer Sicht der „Frauenfrage“ und dem Sozialismus im 19. Jh. zu. Der Wiener Soziologe und Kunsthistoriker Jens Kastner diskutiert das Verhältnis Antonio Gramscis zum Anarchismus. Der Freiburger Sozialwissenschaftler Gerhard

Hanloser spürt dem Libertären und dem Anti-Libertären im Rätekommunismus nach. Für ihn liegen die größten Berührungspunkte zwischen rätekommunistischem und anarchistischem Denken im Anti-Etatismus: „Rätekommunisten sind eine anti-staatliche Fraktion im Kommunismus. Sie wollen einen neuen Gesellschaftsaufbau von unten und keine bloße Macht- und Staatsübernahme.“ (S.111)

In seinem Aufsatz „Das ‚Phänomen‘ und der ‚absonderliche Sozialdemokrat‘“ verortet Kellermann Fritz Brupbacher (1874-1945) und Franz Pfemfert (1879-1954) zwischen Reformismus, Rätekommunismus und Anarchismus. In einer Detail-Studie befasst sich K. zudem mit George Sorel (1847-1922). Er zeigt anhand einiger zentraler politischer Positionen von Sorel, dass diese sich keineswegs von Marx herleiten ließen, wie Sorel mitunter behauptet habe, „sondern vielmehr Gegenpositionen gegen das Marx’sche Konzept einer revolutionären Bewegung gewesen sind und ihren Ursprung (oder ihre Aktualisierung) gerade in der historischen Auseinandersetzung mit und *Kritik an Marx*“ hätten (S.70f.).

Der Historiker und Publizist Christoph Jünke analysiert anhand von Wolfgang Harichs Arbeit „Zur Kritik der revolutionären Ungeduld“ von 1969, in der dieser in einer orthodox-dogmatischen marxistischen Kritiktradition mit dem alten und dem neuen Anarchismus „abrechnet“, dessen Widersprüche. Robert Foltin, wie Reitter Redakteur der „grundrisse“, macht postoperaistische Annäherungen an den Anarchismus aus: insbesondere die „Skepsis

gegenüber dem Staat als angeblichem Instrument der Emanzipation“ (S.175). Die Publizistin und Philosophin Heike Weinbach beschäftigt sich vor allem auf den Spuren des linksgrünen Philosophen (und Politikers) Frieder Otto Wolf mit „Radikaler Philosophie“ als Aktualisierung sozialer Hoffnung. Sie konstatiert: „Mit ihrem Fokus auf eine Gesellschaft der Freien und Gleichen liegen die Bezugspunkte von Radikaler Philosophie in unterschiedlichen anarchistischen und marxistischen Ideen und einer unentwegt kritischen Auseinandersetzung mit diesen.“ (S.188)

Der Bakunin-Hrsg. Wolfgang Eckardt vom anarchistischen Karin Kramer Verlag zeichnet noch einmal die klassische Auseinandersetzung von Anarchismus und Marxismus während der Ersten Internationale nach. Im diametralen Gegensatz zu Karl Reitter sieht er in Karl Marx ideengeschichtlich den „lautstarken Begründer“ staatssozialistischer Ansätze (S.17). E. kommt zu dem Fazit, dass selbst die Bezeichnung „feindliche Brüder“ noch eine unhistorische Idyllisierung der unvereinbaren Gegensätze zwischen Marxismus und Anarchismus sei (S.28).

Und in der Tat spricht Vieles für eine solche Sicht. So gelang es Marx und Engels auf dem Haager Kongress 1872 (auch mit organisatorischen Tricks), ihre programmatischen und organisatorischen Prinzipien gegen die Anhänger Bakunins insbesondere in der Arbeiterbewegung Südeuropas durchzusetzen. Ein Pyrrhussieg, der den Zerfall und nur wenige Jahre später das Ende der Ersten Internationale einläutete. Man muss wohl annehmen, dass auch in der heutigen linken Bewegung der Versuch der einen Strömung, einer anderen ihre politischen Positionen überzustülpen,

mit hoher Wahrscheinlichkeit im Fiasco enden würde. Der Sammelbd. regt dazu an, die unterschiedlichen Auffassungen in der linken Bewegung im Interesse ihres Fortschritts produktiv zu machen.  
*Jochen Weichold*

**Gudrun Wedel: Autobiographien von Frauen. Ein Lexikon**, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2010, 1286 S.

Die Nachschlagewerke zur Geschichte der Frauenemanzipation in Deutschland werden durch das vorliegende, von der Berliner Historikerin Gudrun Wedel, Margherita-von-Brentano-Preisträgerin 2000, erarbeitete Lexikon wesentlich erweitert und bereichert. Als Ergebnis ihrer fast vierzig Jahre dauernden Sammeltätigkeit und Forschungen zum Thema legte sie ein Werk vor, das in Quantität wie Qualität zweifellos in eine Reihe mit solchen Standardwerken wie die von Sophie Pataky („Lexikon deutscher Frauen der Feder“, 2 Bde., Berlin 1898) und von Elisabeth Friedrichs („Die deutschsprachigen Schriftstellerinnen des 18. und 19. Jahrhunderts. Ein Lexikon“, Stuttgart 1981) gestellt werden kann.

Um die enorme Herausforderung bewältigen zu können, beschränkte sich die Verf. auf die Erfassung der publizierten autobiografischen Zeugnisse von zwischen 1800 und 1900 geborenen Frauen, womit die aufschlussreichen Anfänge des öffentlichen Artikulierens eigenen Lebens der kurz vor Ende des 18. Jh. geborenen, aber im 19. Jh. wirkenden Frauen bedauerlicherweise außer Acht gelassen wurden. Das betrifft z. B. die 1858 erschienenen zweibändigen autobiografischen Erinnerungen von Helmina von Ché-

zy „Unvergessenes. Denkwürdigkeiten aus dem Leben von ihr selbst erzählt“, die sowohl für die Geschichte der Frauenemanzipation als auch für die der Literatur und Kunst des 19. Jh. unentbehrlich sind. Andererseits gehört der Einschluss deutschsprachiger Autobiografinnen aus Österreich, der Schweiz, Luxemburg und besonders aus dem Baltikum zu den unbestrittenen Vorzügen des vorliegenden Lexikons. Mit überwältigender Akribie erfasste die Verf. über 6.000 publizierte Selbstzeugnisse, die von 2.241 namentlich bekannten und anonymen Autorinnen geschrieben wurden, und macht damit das große Ausmaß des Interesses von Frauen am Schreiben über sich selbst und ihre aktive Beteiligung an den zeitgenössischen autobiografischen Diskursen sichtbar.

Wie die Verf. betont, war es ihr Anliegen, „Fülle und Vielfalt derjenigen autobiografischen Texte von Frauen zu beschreiben, die zu ihren Lebzeiten und auch danach an die Öffentlichkeit gelangten“, und vor allem die Selbstzeugnisse von „auch bislang unbekanntem Autobiographinnen“ aufzunehmen (S.VII). Die Breite des weiblichen autobiografischen Schreibens wird durch verschiedene Textsorten präsentiert, zu denen neben der als Buch oder als Zeitschriften-, Zeitungs- oder Anthologieartikel verfassten Autobiografie auch veröffentlichte Tagebücher, Briefe, Reiseberichte sowie „gemischte“ und „wandernde Texte“ gehören. Das alles machte die weiblichen Selbstzeugnisse zu einem „bedeutenden Fundus und Motor gesellschaftlicher Erinnerungskultur“ (ebenda).

Die Lexikonartikel bestehen mit ihrer in knapper Form dargebotenen Ausführlichkeit, durch die biografischen

Zugänge, die schreibende Person in ihrer Komplexität zu zeigen: von der sozialen Herkunft an, über den Lebensverlauf bis zur Motivation, sich mit dem Aufschreiben und Publizieren der eigenen Biografie zu beschäftigen, schließlich bis hin zur gesellschaftlichen Rezeption. Neben Angaben von Namen, Namensformen und -varianten einer Autorin (Geburts-, Ehe- und geistliche Namen, Pseudonyme etc.) enthalten die Artikel dem entsprechenden Forschungsstand nach eine Kurzbiografie mit Daten. Genannt werden Eltern, Stief- und Pflegeeltern, Geschwister, Ehemänner und Kinder. Weiterhin werden alle familiären, sozialen, politischen und künstlerischen Tätigkeiten, Ausbildungen, Berufe sowie besondere Lebensabschnitte, z. B. Emigration, aufgeführt.

Da die Daten „nur bedingt systematisch erhoben wurden, und deshalb nicht vollständig“ sind (S.X), wurden sie mit Hinweisen auf weitere Quellen versehen sowie durch Verzeichnisse und Beschreibungen autobiografischer Veröffentlichungen, stichwortartige Wiedergabe ihres Inhalts und Sekundärliteratur belegt. Leider wurden bei den letzteren Angaben die Publikationen der vergangenen zehn Jahre in einigen Fällen nicht berücksichtigt, wie z. B. bei Henriette Obermüller-Venedey (siehe Birgit Bublies-Godau: Henriette Obermüller-Venedey [1817-1893]). Der Weg einer „fantastischen Demokratin“ und frühen Frauenrechtlerin zwischen Französischer Julirevolution und Deutscher Reichsgründung, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 2, Berlin 2007, S.473-518) oder bei Dorothea

von Velsen, deren erste und vorläufig einzige Biografin die Verf. selbst ist (siehe Gudrun Wedel: Weltoffen und unbekannt: Dorothea von Velsen [1883-1970], in: Über Grenzen hinweg. Zur Geschichte der Frauenstimmrechtsbewegung und zur Problematik der transnationalen Beziehungen in der deutschen Frauenbewegung, hrsg. von Irina Hundt, Berlin 2007, S.221-235).

Ein großes Verdienst der Verf. ist die Entdeckung unbekannter Autorinnen, die keine Schriftstellerinnen, Journalistinnen oder Politikerinnen waren. Häufig versteckten sich diese Frauen entweder hinter einem Buchstaben bzw. wollten ganz unerkannt bleiben, indem sie ihre Texte ohne Nennung des Namens drucken ließen. Die in der Rubrik „Anonyme Autobiographinnen“ vorgestellten Selbstzeugnisse sind nach Berufen oder Tätigkeiten der Frauen in alphabetischer Reihenfolge zusammengefasst und mit dem Erscheinungsjahr versehen. Diese Publikationen überraschen mit neuen Erkenntnissen zur sozialen und politischen Lage der Frauen im Laufe von mehr als einhundert Jahren, etwa von der Mitte des 19. Jh. bis in die 1970er- und 1980er-Jahre. 1847 erschienen z. B. die Erinnerungen einer Prostituierten aus Hamburg, die zu den ältesten öffentlichen Wortmeldungen dieser Berufsgruppe in Deutschland überhaupt gehören. 1905 beschrieb eine Berlinerin ihren beruflichen Weg. Nach mehreren gescheiterten Versuchen, als Schauspielerin, Schriftstellerin, Übersetzerin, Pensionatsgründerin und Lehrerin ihre Existenz zu sichern, arbeitete sie als Fabrikarbeiterin und später als selbstständige Schneiderin und Putzmacherin. Zu lesen ist von der bitteren Erfahrung einer Proletariermutter aus der Schweiz in den 1920er-Jahren oder vom

schwierigen Leben einer aus armen Verhältnissen stammenden Fabrikarbeiterin und Kriegswitwe, die in den 1930er-Jahren zur sozialdemokratischen Politikerin wurde.

Der über 300 Seiten starke abschließende Teil „Anhang und Register“ (S.977-1286) enthält Verzeichnisse der Abkürzungen, der benutzten Archive, der nach dem Sachtitel geordneten anonymen Autobiografien, der Anthologien, Zeitschriften, Zeitungen und anderer Periodika sowie der Nachschlagewerke und der Sekundärliteratur. Besonders hervorzuheben ist die Auflistung der Autorinnen, deren Selbstzeugnisse in den benutzten Anthologien-, Zeitschriften-, Zeitungs- und Periodikaltiteln veröffentlicht wurden. Ein Personen-, ein Orts- und ein Sachregister schließen das hervorragende Werk ab. Die Ankündigung der Verf., sich mit „einer über Internet recherchierbaren Datenbank der autobiografischen Schriften von Frauen und von Männern aus dem 19. und 20. Jahrhundert“ weiter zu beschäftigen (S.VII), lässt hoffen, dass sie dabei die Erschließung der zahlreichen ungedruckten autobiografischen Texte von Frauen zum Schwerpunkt ihrer Arbeit macht, die bis heute im Verborgenen der Archive ruhen.

*Irina Hundt*

**Christoph Hamann/Volker Schröder (Hrsg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnerung an 1848 in Berlin** (Reihe Geschichtswissenschaft, 56), Centaurus Verlag, Freiburg 2010, 199 S., 28 Abb.

Die Zivilgesellschaft und die politischen Funktionseliten der Bundesrepublik Deutschland sahen sich lange

Zeit angesichts ihres „schwierigen Vaterlands“ vor erhebliche Legitimationsprobleme gestellt und taten sich im Gegensatz zu anderen westlichen Nationen schwer damit, durch den Rekurs auf die Vergangenheit kollektiv Sinn und Identität für das nach 1945/49 neu aufgebaute Staats- und Gemeinwesen zu stiften und der breiten Bevölkerung historische Bezugspunkte für die eigene demokratische Orientierung zu vermitteln. Erst allmählich rückte der Gedanke ins öffentliche Bewusstsein, wie bedeutsam es für das nationale Selbstverständnis, die politische Legitimität und die demokratische Kultur der Bundesrepublik ist, dass neben die Erinnerung an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, an die Verbrechen des NS-Regimes und das Unrecht der SED-Herrschaft gleichrangig die Sicherung und Aneignung des anderen Erbes der deutschen Vergangenheit, jenes der positiv besetzten Ideen, Bewegungen und Akteure treten muss, für die „die Maßstäbe des Westens“ (Heinrich August Winkler) gelten. Es zeigte sich, wie wichtig „ein positives Gedächtnis“ ist, das sich der Erinnerung an die Freiheits- und Demokratiebewegungen in der Geschichte sowie an die Männer und Frauen, die sich für Menschen- und Bürgerrechte einsetzten, widmet. Zu diesen wenigen traditionsbildenden demokratischen Fixpunkten am Beginn der Moderne gehören die jakobinischen Bestrebungen im Rheinland im Zuge der Französischen Revolution, desgleichen die deutsche Demokratie- und Nationalbewegung im Umfeld des Hambacher Festes von 1832 und nicht zuletzt die Revolution von 1848/49.

Wie der damalige Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin Walter

Momper in einem Geleitwort zu dem vorliegenden Buch betont, stellte die Märzrevolution von 1848 für Preußen und für Deutschland „die Geburtsstunde der deutschen Demokratie“ dar. Gerade die Kämpfe auf den Barrikaden in Berlin seien, so Momper, „der Höhepunkt der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848“ (S.11) gewesen, die ihrerseits jedoch nicht als ein singuläres deutsches Ereignis, sondern als Teil einer europaweiten Bewegung zu betrachten sei. Auch wenn den Berliner Revolutionären nur ein kurzfristiger Erfolg im Kampf um eine Verfassung für Preußen beschieden gewesen war, sei an ihr Vermächtnis zu erinnern und das Gedenken an das damalige Geschehen zu bewahren. Mit diesen Worten gibt der Parlamentspräsident die inhaltliche „Marschrichtung“ für den von dem Historiker Christoph Hamann und dem Mitbegründer der überparteilichen Bürgerinitiative „Aktion 18. März“ Volker Schröder herausgegebenen Sammelbd. vor. In den insgesamt zehn Fachaufsätzen und 13 „Reden zur Märzrevolution“, die zwischen 1998 und 2009 auf den Festakten zum 18. März auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor und dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain gehalten wurden und nun erstmals einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, analysieren Wissenschaftler, Politiker und engagierte Bürger die Geschichte der Revolution von 1848/49 und die darauf bezogene Erinnerungskultur, Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der letzten Jahrzehnte in den beiden deutschen Staaten, im wiedervereinigten Deutschland und in ausgewählten europäischen Ländern – in Polen, Ungarn, Tschechien und der Schweiz.

Besonders erwähnenswert sind dabei die grundlegenden, äußerst aufschlussreichen Beiträge von Rüdiger Hachtmann, Peter Brandt und Walter Schmidt. In das Thema führt der Experte für die Berliner Revolutionsgeschichte H. ein, der sich in seinem Aufsatz ganz auf das historische Geschehen in „Berlin im Jahre 1848“ konzentriert: Zunächst schildert er kurz und bündig die „entscheidenden Ereignisse des 18. März 1848, der für Berlin die Schwelle in die Epoche der demokratischen Moderne markiert“ (S.13), benennt in einem systematischen Teil die verschiedenen Ebenen und Akteure der Revolution, legt die Bedeutung Berlins im europäischen und deutschen Kontext dar und zeigt natürlich auch das Scheitern und die Folgewirkungen der Revolution auf. Am Ende weist H. noch einmal ausdrücklich auf die zentrale Stellung hin, die die Berliner Revolution und der 18. März erinnerungspolitisch einnehmen, und unterstreicht zugleich die Bedeutung des Friedhofs der Märzgefallenen im Friedrichshain als „eine von drei nationalen Gedenkstätten der Revolution von 1848/49“ (S.30) – neben der Frankfurter Paulskirche als Sitz der deutschen Nationalversammlung 1848/49 und der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in der Festung Rastatt als Ort der badischen Revolution von 1849.

Die gesamte deutsche Nation nimmt darauf der Hagener Historiker B. in seinem Beitrag über die „Nationale Frage und Nationalbewegung in der Revolution von 1848/49“ in den Blick. Er erläutert vor allem die Ziele und Vorstellungen „der liberal-nationalen und national-demokratischen Kräfte Deutschlands“ im Vormärz und zu Be-

ginn der Umwälzungen. „Einheit und Freiheit“ habe deren „Parole“ gelaftet, da sie beides, den einheitlichen Nationalstaat und den liberalen Verfassungsstaat zusammen, hätten durchsetzen wollen (S.35). B. zeichnet die sich in der Revolutionsära herausbildenden unterschiedlichen Positionen der einzelnen politischen Gruppierungen hinsichtlich des nationalen Verfassungsproblems wie auch einer neuen Staats- und Regierungsform nach und kommt dann auf die konkrete Politik der deutschen Nationalversammlung zu sprechen. Abschließend weist B. noch auf einen in der historischen Forschung bislang zu wenig beachteten Aspekt hin: Ungeachtet der Okkupierung und Umdeutung der nationalen Idee durch die politische Rechte seit den 1870er-Jahren blieben in Deutschland „alternative, demokratische Konzepte von ‚Nation‘“ stets präsent. An diese Konzepte und damit an einen zentralen Traditionsstrang der Revolution von 1848/49 konnten nach 1918 die entschiedenen Republikaner in der Weimarer Republik genauso anknüpfen wie nach 1945 die sich neu formierenden Parteien in den beiden deutschen Staaten, für die die Märzrevolution „ein wichtiger historischer Bezugspunkt des politischen Neubeginns“ war (S.38).

Der ostdeutsche Experte Sch. arbeitet dagegen die Stellung der 1848er Revolution in der DDR heraus, verfolgt hierfür Schritt für Schritt die Entwicklung der DDR-Revolutionshistoriografie von ihren Anfängen im Umfeld des Zentenariums und der Staatsgründung in der Ostzone 1948/49 bis zur Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft zu Beginn der 1990er-Jahre. Er zeigt die zeittypischen Tendenzen, Richtungen und Ergebnisse der Revolutionsfor-

schung auf. Dabei stellt er die konzeptionellen Leitlinien und geschichtspolitischen Vorgaben vor, vor die sich die Historiker in der DDR gestellt sahen und die sie aus eigener Überzeugung, aber auch aus Gründen der Staatsideologie und des Legitimationsauftrags der SED in ihren Studien aufgriffen. Sch. macht deutlich, warum die Revolution „in der Geschichtsforschung wie in der Gedenkkultur der DDR von Anfang an einen zentralen Platz“ einnahm (S.120), aber auch, warum sich die Revolutionsforscher ab den 1970er-Jahren zunehmend den „positiv-progressiven mittelfristigen und Fernwirkungen“ von 1848/49 zuwandten (S.130).

Einen ganz anderen Akzent, und zwar in geschichts- und erinnerungskultureller Hinsicht, setzen die Beiträge von Christoph Hamann, Susanne Kitschun, Jürgen Karwelat, Volker Hobarck und Heinz Warnecke. In ihren Artikeln widmen sie sich eingehend den vielfältigen Zielen, Motivationen, Formen, Orten, Initiativen und Akteuren des „Erinnerns an 1848 in Berlin“. So wird in einer „erste[n] Bestandsaufnahme“ die Geschichte der im Oktober 1978 in Westberlin gegründeten „Aktion 18. März“ (S.42) und ihre Entwicklung „von einer eher belächelten Gruppe zu einer Bürgerinitiative mit breiter parteiübergreifender und prominenter Unterstützung“ (Klappentext) umrissen. Vorgestellt werden der Friedhof der Märzgefallenen, ein „Juwel der europäischen, deutschen und Berliner Demokratiegeschichte“ (Kitschun, S.61), und das Projekt einer Neugestaltung und Entwicklung des Friedhofs zu einem Ort demokratischen Lernens und zu einer Gedenkstätte von nationalem Rang, wo nach Erscheinen des Buches,

Ende Mai 2011, die Ausstellung „Am Grundstein der Demokratie“ eröffnet wurde. Dass der Friedhof seit 1918 nach der Zubettung von 33 Opfern der Kämpfe während der Novemberrevolution in Berlin stets auch ein Schauplatz der Gedenkfeiern für beide Revolutionen war, daran erinnert ein fundierter Überblicksbeitrag in dem Bd., der die vielfältigen, vor allem die von SPD und KPD ausgerichteten Veranstaltungen und Kundgebungen zum „Gedenken an die Revolutionsopfer von 1848 und 1918“ (S.104), bis zum heutigen Tage genau verfolgt. Weitere Texte des Buches beschäftigen sich mit öffentlichen Formen des Gedenkens, zu denen die langwierigen Verfahren zur Neu- oder Umbenennung von Straßen, aber auch die Bemühungen um die Installation von Gedenktafeln an authentischen Barrikadenstandorten, darunter die gelungene Aktion zum 150. Jahrestag der Revolution 1998, gehören.

Die Stadt Berlin ist reich an demokratischen Traditionen, und das Gedenken daran hat in dieser Stadt viele Gesichter – davon kündet nun in überzeugender Weise der sehr informative und reich bebilderte Sammelbd. von Hamann und Schröder, dem man viele Leser, auch außerhalb Berlins, wünschen möchte. Denn das in den einzelnen Beiträgen geschilderte Engagement für eine demokratische Traditionsbildung in Deutschland macht dieses Buch auch für Politiker, Wissenschaftler und geschichtsbewegte Bürger in anderen Teilen der Republik interessant. Dass die demokratische Revolution von 1848/49 im kulturellen Gedächtnis der Deutschen mittlerweile einen festen Platz hat, dazu haben die wissenschaftliche Forschung, öffent-

lich-mediale Aufklärungsarbeit und staatliche Erinnerungspolitik sicherlich ihren Beitrag geleistet.

Zugleich ist dies aber auch ein Verdienst der vielen zivilgesellschaftlich engagierten Bürger und Initiativen, die sich, wie die „Aktion 18. März“, seit Jahrzehnten für deren Verankerung im Geschichtsbewusstsein der Bundesrepublik eingesetzt haben. Dieser bürgerschaftliche Einsatz hat in Berlin eine ganze Reihe von Erfolgen gezeitigt und dabei etliche Spuren im Stadtbild hinterlassen, wie die Umbenennung eines Teils des Platzes vor dem Brandenburger Tor in „Platz des 18. März“. Und wer weiß, ob nach der Ausrufung der Mainzer Republik 1793, dem Ausbruch der Revolution in Berlin 1848, der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR 1990 und der in diesem Jahr erfolgten Wahl des neuen Bundespräsidenten Joachim Gauck die Diskussionen um die demokratischen Traditionen der Bundesrepublik nicht neu belebt werden, die am Ende dann doch noch zur Einführung eines nationalen Gedenktages an eben diesem 18. März führen.

*Birgit Bublies-Godau*

**Marx-Engels Jahrbuch 2010. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Akademie Verlag GmbH, Berlin 2011, 220 S.**

Nicht nur Spezialisten auf dem Felde der engeren Marx-Engels-Forschung, auch Sozial- und Geisteswissenschaftler anderer Fachgebiete werden das seit einiger Zeit wieder erscheinende, von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam herausgegebene Jahrbuch mit Gewinn zur Hand nehmen. Es bietet über die spezielle Marx-En-

gels-Edition hinaus immer wieder interessante Anregungen. Der Bd. für 2010 hat drei Problemkomplexe aus dem Werk von Marx zu erschließen sich vorgenommen.

Harald Bluhm untersucht in einer verdienstvollen begriffsgeschichtlich angelegten Studie, welchen Beitrag Marx im Zeitalter der Entstehung der modernen politischen Sprache, das nach Kosellek den Zeitraum von der Mitte des 18. Jh. bis in die Mitte des 19. Jh. umfasst (aber vielleicht doch noch etwas weiter ins 19. Jh. hineinzureichen scheint), zur Ausprägung von drei bis heute zentralen politischen Begriffen – Bewegung, Assoziation und Partei – geleistet hat. B. spürt nicht nur deren Herkunft nach, sondern weist vor allem nach, wie Marx in diesen Begriffen erstmals die Einheit von Strukturen und Aktionen, gesellschaftlichen Handlungen, zur Geltung zu bringen wusste. Was die Bewegung betrifft, so habe Marx „den diffusen, alle Bereiche erfassenden Begriff zur struktur- und aktionstheoretischen Kategorie ausgebaut und insbesondere mit Blick auf Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen konturiert“ (S.15). B. fasst die drei Begriffe daher auch einleuchtend als Elemente einer Marxschen „Theorie kollektiver Akteure“, die auf einen revolutionären Wandel der Gesellschaft orientiert waren. Allerdings handelt es sich bei der vorliegenden Studie um eine mehr oder weniger generalisierende Analyse, in der, wie der Autor ausdrücklich erklärt, eine „werkgeschichtliche Differenzierung“ (S.9), also die historische Entwicklung der Begriffe in den verschiedenen Perioden des Wirkens von Marx, unterbleibt. Das müsse einer späteren Untersuchung vorbehalten sein. Daher ist die Frage noch un-

beantwortet, welche Wandlungen etwa der Partiebegriff, genauer der Begriff einer kommunistischen oder übergreifend einer Arbeiterpartei, bei Marx und Engels erfuhr. Eine Auswertung vorliegender konkret-historischer Untersuchungen zu diesem Thema, wie etwa der von Rubel, Quilliot, Haufschild, Johnstone, hätte sichtbar gemacht, dass zwischen 1845/46 und den 1880er-Jahren doch beträchtliche Veränderungen und Präzisierungen der Parteiauffassung erfolgten.

Von Interesse nicht nur für Marx-Forscher dürfte die Studie von Carmen Platonina und Thomas Welskopp über den Marxschen Entfremdungsbegriff sein, dessen Genesis und Geschichte im Marx-Werk als eine „negative historische Evolutionslehre der Arbeit“ (S.28) vorgestellt werden. Die Autoren skizzieren nicht nur die neue Qualität dieses Begriffs bei Marx durch seine Verortung in den realen geschichtlichen Vorgängen konkreter Arbeitsprozesse, sondern suchen auch die unterschiedlichen Verständnisse und Anwendungen von den Frühschriften über das „Manifest der Kommunistischen Partei“ bis zum „Kapital“ aufzuhellen. Es bleibt aber die Frage, ob der Entfremdungsbegriff dem gesamten späteren Marxschen Denkgebäude tatsächlich zugrunde lag. Ohne Einschränkung wird man sicher der Interpretation des Marxschen Lösungsangebots zur Überwindung des Phänomens der Entfremdung (siehe *Das Kapital*, Dritter Bd., MEGA<sup>2</sup> II/15, S.794f.; MEW, Bd. 25, S.828) folgen können. Überwunden werden könne die Entfremdung nicht in der zu allen Zeiten, auch unter sozialistischen oder selbst kommunistischen Gesellschaftsverhältnissen, arbeitsteilig erfolgenden Arbeit,

sondern nur außerhalb dieser, in der arbeitsfreien Sphäre. Die Bedenken hinsichtlich einer Reaktivierung des Entfremdungskonzepts für aktuelle Gesellschaftskritik erscheinen berechtigt. Selbst die hier positiv bewertete partielle Nutzbarkeit für eine Kritik der Massenkongsumgesellschaft dürfte ja wohl nur für die globalen Wohlstandsregionen, in keiner Weise jedoch für die Mehrheit der Weltbevölkerung gelten. Ein dritter Schwerpunkt ist dem Marx-Engelsschen Russlandbild und der sogenannten Panslawismusproblematik gewidmet. Skadi Krause und Hanno Strauß bekräftigen in Polemik mit vereinfachenden, nur auf russlandfeindliche Haltungen beschränkten Aussagen bereits gewonnene Erkenntnisse von einem Wandel des Marxschen Russlandbildes. Ihre Darstellungen sind konsequent historisch angelegt. Unverständlich und bedauerlich ist nur, dass frühere Spezialstudien wie etwa die Arbeiten Roman Rozdolskis zu Engels' Bewertung des Panslawismus oder Wolfgang Küttlers umfangreiche Analyse der Marxschen Sasulic-Briefkonzepte (siehe *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte*, Bd. 1, 1969, S.217-246) unberücksichtigt blieben. Die Marx-Passagen aus den 70er-/80er-Jahren werden in den erneuten Debatten um Marx' Überwindung einer sogenannten unilinearen Sicht der Weltgeschichte im letzten Drittel des 19. Jh. auch in weiteren Teilen des Jahrbuchs herangezogen, so von Lucia Pradella in „Kolonialfrage und vorkapitalistische Gesellschaften. Zusätze und Änderungen in der französischen Ausgabe des ersten Bandes des *Kapital* (1872-75)“ und Claudia Reichel in der vorzüglichen Inhaltsreferierung von Andersons Schrift „Marx

at the margins. On nationalism, Ethnicity and Non-Western Societies“.

Als Nachtrag zur Marx-Engels-Gesamtausgabe legt Martin Hundt einen inhaltlich weniger bedeutenden Brief von Julius Fröbel vom Oktober 1842 an die „Rheinische Zeitung“ vor. Er entstand zu einem Zeitpunkt, als Marx deren Redaktion gerade übernommen hatte. Zur editorischen Arbeit liefert Thomas Kuczynski ein Kabinettstück: In Weiterführung von Izumi Omura beantwortet er in einer bis in kleinste Details gehenden, alle verfügbaren Quellen (auch im Briefwechsel) ausschöpfenden, hochinteressanten Untersuchung die Frage, welche Einträge in Marx' Handexemplaren von „Kapital“ Bd. I der Vorbereitung einer dritten deutschen Auflage dienen. Pradella berichtet über die siebente Jahreskonferenz von „Historical Materialism“, die sich mit „Marx and the ‚Global South““ befasste.

Manfred Laueremann nahm den 200. Geburtstag Bruno Bauers (2009) und die neuerliche Bauer-Renaissance zum Anlass, um in einem aufschlussreichen Forschungsbericht die über die Jahrzehnte hinweg widerspruchsvolle Rezeptionsgeschichte bis zur jüngsten Bauer-Biografie von Hermann-Peter Eberlein und zu einer Jenaer Bauer-Konferenz zu verfolgen und kritisch zu bewerten. Mehrere Rezensionen, darunter eine würdigende und zugleich kritisch-konstruktive Besprechung des von Martin Hundt publizierten Redaktionsbriefwechsels der Halleschen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher (Ulrich Pagel) und die schon erwähnte leserfreundliche Einführung in Andersons Werk, runden den fraglos inhaltsreichen Bd. ab.

*Walter Schmidt*

**Heinz Bude/Ralf M. Damitz/André Koch (Hrsg.): Marx. Ein toter Hund? Gesellschaftstheorie reloaded,** VSA Verlag, Hamburg 2010, 238 S.

Nachdem sogar in der Vatikanzeitung „Osservatore Romano“ im Oktober 2009 eine Rückbesinnung auf die Theorien von Karl Marx gefordert wurde, kann die Frage, ob er ein toter Hund sei, eigentlich als verneint gelten. André Koch und Ralf M. Damitz, zwei der Hrsg. des vorliegenden Bd., in dessen Titel die soeben erwähnte Frage ebenfalls erscheint, stellen zwar ein erneutes Interesse an Marx fest, fragen aber zugleich, welche Bedeutung diese Renaissance für eine zeitgemäße Gesellschaftstheorie hat. Zunächst betrachten sie das gegenwärtig in der Öffentlichkeit lancierte Bild des radikalen Denkers. Sie schreiben, dass dieses Bild „durch das Narrativ von Tod und Wiederkehr geprägt“ (S.12) sei und konstatieren, dass Marx' Diagnosefähigkeiten zwar bewundert, der politische Therapieversuch hingegen missbilligt werden. Anschließend zeichnen sie die Geschichte des Marxismus mit der dazugehörigen „Dialektik von Orthodoxie und Häresie“ (S.15) nach und kommen zu dem Schluss, dass der Marxismus sich sowohl von der Last, die „ideologische Legitimationswissenschaft eines Staates“ (S.23) zu sein, als auch von jedweder Verbindung mit einer bestimmten gesellschaftlichen Bewegung befreit habe.

Marx' politisches Erbe bildet den thematischen Schwerpunkt des ersten Teils des Sammelbd. Heinz Bude postuliert, dass bestimmte Deutungen von sozio-historischen Situationen sich mit entsprechenden heißen oder kalten Namen verbinden lassen. Während

die Letzteren für eine letztlich resignierende Haltung stehen und die Botschaft aussenden, dass bestehende Verhältnisse invariabel sind, repräsentieren heiße Namen eine Einstellung, die an die Subjekte appelliert, das Gegebene zu verändern – der Grundtenor des Marxschen Œuvres. Oder wie er es formuliert: „Der Name von Marx enthält ein Versprechen, das aufs Ganze geht.“ (S.53) Gerade in einer Zeit, in der sich die nach 1989 verkündeten Versprechen der kapitalistischen Ökonomie als utopisch erwiesen haben, stehe der Name von Marx für ein Wissen, das Klarheit in die von vielen Menschen als obskur wahrgenommenen Verhältnisse bringen soll. Inwiefern sich daraus mögliche Alternativen entwickeln lassen, darüber schweigt der Soziologe. Er weist aber mit Recht darauf hin, dass gegenwärtig keine vorhanden zu sein scheinen, ebenso wenig wie entsprechende Akteure, Konflikte oder Überzeugungen. Christoph Hennings Zeitdiagnose ist ebenfalls wenig optimistisch. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb stellt er die Frage, ob und welche Motive des Marx'schen Denkens sich für die gegenwärtige Situation eignen, um eine Politik im Sinne „der Artikulation von Interessen zum Zwecke ihrer demokratischen Durchsetzung“ (S.64f.) anzuregen. Er polemisiert gegen die „Nichtverstehbarkeit als *Prinzip*“ (S.67), die er vielen emanzipatorisch ausgerichteten Philosophen zum Vorwurf macht, weil er darin eine ernstzunehmende Barriere bei der Formulierung einer an Veränderung interessierten Kritik sieht. Die Aufgabe des philosophischen Nachdenkens über Politik müsse vielmehr zur Artikulation erstrebenswerter Ziele führen. Das bedeutet ihm zufolge nicht zuletzt,

dass den unbequemen Fragen nach politischen Inhalten nicht ausgewichen werden darf. Nachdem er derart die eigentümlichen, internen Hemmnisse der progressiven Philosophie beleuchtet und kritisiert hat, wendet H. sich einem externen Hindernis zu – der Blockierung von alternativen Gesellschaftsentwürfen durch die markt- und wirtschaftsliberale Hegemonie. Gegen die Verunglimpfung emanzipatorischer Positionen plädiert er für einen erneuten gegenseitigen Bezug von Ökonomie und Philosophie und skizziert im Ausgang von Marx mögliche Ziele einer progressiven Politik.

Die Beiträge des zweiten Teils behandeln Marx' Methode und Wissenschaftsverständnis. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik verdeutlicht zunächst den praxisphilosophischen und geschichtstheoretischen Charakter der Marx'schen Dialektik, indem er die kritische Auseinandersetzung des einstigen Junghegelianers mit dem Gedankengebäude Hegels umreißt. Anschließend betont er den Wandel von einer geschichtsdialektischen zu einer strukturdialektischen Darstellungsmethode, der Marx' Spätwerk kennzeichnet und aus dem zahlreiche theoretische Diskussionen zwischen nachfolgenden Interpreten resultieren. Zwar leugnet er nicht, dass dieser Wandel für das Marx'sche Werk einen radikalen Einschnitt darstellt, zeigt aber zugleich, wie „sich Früh- und Spätwerk auseinander begründen und gegenseitig konkretisieren“ (S.98). Er wendet sich zudem entschieden gegen diejenigen Positionen, die in Marx' Kritik der politischen Ökonomie mehr als eine radikale Kritik des Kapitalismus zu erkennen glauben und deshalb annehmen, es lasse sich aus ihr so etwas wie eine Wirtschaftstheo-

rie im Allgemeinen oder eine sozialistische Ökonomie im Besonderen ableiten. Auf diese konzise Präsentation der Marx'schen dialektischen Darstellungsmethode folgt Diethard Behrens' Versuch, „wenigstens in groben Linien die Wissenschaftskonzeption, wie sie die Marxsche Theorie zum Ausdruck bringt, zu skizzieren“ (S.108).

Der Schwerpunkt des dritten Teils liegt auf der Analyse des Kapitalismus. Dessen jüngste Krise aufgreifend, schreibt Michael Heinrich, dass eine detaillierte Beschreibung des Verlaufs dieses ökonomischen Absturzes keineswegs dessen Analyse und Erklärung ersetzen kann. Er demonstriert zunächst die theoretischen Defizite der Neoklassik und des Keynesianismus hinsichtlich der wissenschaftlichen Bearbeitung der Krise. Zum Schluss kontrastiert er diese wirtschaftstheoretischen Strömungen mit Marx' Kritik der politischen Ökonomie und stellt dadurch das analytische Potenzial und die Erklärungskraft der Marx'schen Theorie dar. Joachim Bischoff verfolgt ein ähnliches Ziel. Seine Ausführungen beruhen auf der Annahme, dass Marx' Kritik der politischen Ökonomie „zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Kompass des Denkens und des gesellschaftlichen Handelns fungieren“ (S.149) kann. Er betont die bereits von Marx akzentuierte Umwandlungsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft und zeigt in seinem Beitrag, welche Grundstrukturen des Kapitalismus nach wie vor wirksam sind. Er verdeutlicht zudem, welche Aspekte der kapitalistischen Ökonomie sich gewandelt haben und welche sozialen Herausforderungen aus diesen Veränderungen erwachsen. Abschließend bietet er einige mögliche ökonomische und soziopolitische Ant-

worten auf die durch den Neoliberalismus erzeugte Situation an.

Der vierte Teil behandelt sozialtheoretische Themen im engeren Sinn. Urs Lindner unternimmt in seinem Beitrag den Versuch, die in Marx' Werk verstreuten, sozialtheoretischen Überlegungen zusammenzutragen und aus der Perspektive einer realistischen Gesellschaftstheorie zu rekonstruieren. Auf einer kritischen Auseinandersetzung mit der Marx'schen Klassentheorie aufbauend, analysiert Klaus Dörre die „Prozesse der Entstrukturierung und Neubildung von Klassen im Kontext kapitalistischer Landnahmen“ (S.198). Unter dem Begriff „Landnahme“ versteht er die „Expansion der kapitalistischen Produktionsweise nach innen und außen“ (S.203). Dabei wird nicht nur ein bereits bestehendes „Außen“ genutzt, sondern auch aktiv hergestellt, sodass „die Kette der Landnahmen prinzipiell unendlich ist“ (S.207). Diese sind zwar politisch gesteuerte, aber keine linearen Prozesse, wie D. anhand der jüngsten finanzkapitalistischen Landnahme vorführt.

Die Frage nach dem Potenzial der Marx'schen Theorie sowie deren Anschlussfähigkeit an aktuelle sozialwissenschaftliche Problemstellungen wird von den Autoren auf verschiedene Weise beantwortet. Sie sind sich jedoch darin einig, dass diese Theorie nicht auf den Müllhaufen der Geschichte gehört, sondern einer kritischen Erneuerung bedarf. Dazu tragen ihre Aufsätze zweifellos bei. Sie zeigen aber auch, mit welchen Schwierigkeiten solch eine Erneuerung zu kämpfen hat. Der Sammelbd. enthält mithin wichtige Anregungen für kritisches Denken im Allgemeinen und kritische Wissenschaft im Besonderen.

*Andreas Lotz*

**Helmut Lethen/Birte Löschenkohl/Falko Schmieder (Hrsg.): Der sich selbst entfremdete und wiedergefundene Marx**, Wilhelm Fink Verlag, München 2010, 307 S.

Seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise sind vermehrt Stimmen zu vernehmen, die zu einer intensiven Re-Lektüre der Marx'schen Schriften aufrufen. Die Hrsg. des vorliegenden Sammelbd. schließen sich diesem Appell an. Sie versäumen es jedoch nicht, darauf hinzuweisen, dass die Kritik an bestimmten Aspekten der Theorie von Marx durchaus berechtigt sei. Gleichwohl heben sie mit Nachdruck deren analytischen Nutzen hervor. Darüber hinaus weisen sie auf die historischen Brüche sowie die nationalen Besonderheiten der Marx-Rezeption hin. Der Aufbau des Buches stellt einen Versuch dar, solche Spezifika einzufangen. Außerdem ist der Bd., wie der Titel bereits verrät, der dialektischen Methode entsprechend gegliedert.

So ist der erste Teil als Ausgangspunkt eines dialektischen Prozesses konzipiert und behandelt Marx als einen rebellischen Bürger des 19. Jh. Andreas Arndt macht deutlich, dass sich Marx' Theorie ohne dessen kritische Auseinandersetzung mit der Philosophie Hegels nicht hinreichend verstehen lässt. Er zeigt einerseits, dass Marx' Kritik an Hegel auf einer weitgehenden Übereinstimmung in der Sache beruht, z.B. der Dialektik, stellt andererseits dar, wie Marx versucht, ein Alternativprogramm zur Hegelschen Theorie zu entwickeln. Falko Schmieder behandelt in seinem Beitrag zunächst die „epistemologische Parallelität der wissenschaftlichen Revolutionen von Darwin und Marx“ (S.46) sowie deren Bruch mit

den etablierten Erklärungsmustern. Im nächsten Schritt thematisiert er knapp das Problem, dass sich in beiden Theorien dennoch Erklärungsmuster finden lassen, „die hinter dem errungenen Reflexionsstand und Problembewusstsein zurückbleiben“ (S.49). Anschließend behandelt er die Auswirkungen dieser „immanenten Widersprüchlichkeiten und theoretischen Rückfälle“ (S.51) in der Rezeptionsgeschichte der Marx'schen Theorie. Frédéric Krier befasst sich mit dem komplizierten Verhältnis zwischen Marx und Proudhon und zeigt dabei detailliert die Missverständnisse und Verkürzungen in Marx' theoretischer Auseinandersetzung mit Proudhons Publikationen auf. Birte Löschenkohl spürt in Blanquis und Marx' Schriften das Motiv der Wiederholung und die Figur der Wiederkehr auf und befragt beide Denker „nach der (Un-)Verfügbarkeit des historischen Prozesses“ (S.75). Georg Bollenbeck zeigt ausführlich, dass und wie Marx kulturkritische Befunde aufhebt, indem er sie „innerhalb einer Verwissenschaftlichung des Sozialen [...] in einen neuen Theoriezusammenhang überführt“ (S.109).

Der zweite Teil des Bd. stellt die Stufe der Negation bzw. der Entfremdung im dialektischen Prozess dar. Zunächst behandelt Hans Günther den Einfluss der häretisch-apokalyptischen Tradition in Russland auf die Oktoberrevolution. Rolf Hecker stellt die kompliziert-tragische Geschichte des ersten MEGA-Editionsprojektes unter der Leitung David Rjazanovs dar und problematisiert in diesem Kontext die Deformationen des Marx-Bildes durch die damals konkurrierenden marxistischen Strömungen. Die nachfolgenden Beiträge befassen sich mit dem

Problem des linken Antisemitismus. So führt Olaf Kistenmacher anhand bestimmter Artikel in der Tageszeitung der KPD vor, dass und wie gewisse antisemitische Stereotypen während der Endphase der Weimarer Republik zu antikapitalistischen und – paradoxerweise – antifaschistischen Zwecken von dem kommunistischen Parteiorgan eingesetzt wurden. Thomas Haury untersucht die nach wie vor kontrovers diskutierte Marx'sche Schrift „Zur Judenfrage“. Er zeigt, dass Marx in dieser Rezension einige antijüdische Vorurteile unreflektiert übernimmt. Gleichzeitig macht er jedoch deutlich, dass Marx diese antisemitischen Motive „innerhalb einer nicht-antisemitischen Denklage“ (S.175) verwendet. Der dritte Teil des Sammelbd. soll die letzte Stufe der dialektischen Bewegung darstellen. Ausgehend von Marx' Wendung, wonach „das zinstragende Kapital überhaupt die Mutter aller verrückten Formen“ (MEW 25, S.483) sei, unternimmt Hans-Joachim Lenger den Versuch, die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise mittels der Philosophie Jacques Derridas zu beleuchten. Frank Engster breitet in seinem Beitrag die These aus, wonach die „Verzeitlichung der abstrakten Zeit“ (S.208) die eigentliche Logik der kapitalistischen Ökonomie sei. Sami Khatib umreißt das eigentümliche Verhältnis Walter Benjamins zu Marx' Theorie. Dirk Braunstein befasst sich mit dem ökonomiekritischen Gehalt der Philosophie Theodor W. Adornos sowie ihrem Verhältnis zu Marx' Kritik der politischen Ökonomie. Christoph Henning arbeitet detailliert heraus, dass der Vorwurf, Marx' Theorie sei eine Geschichtsphilosophie, unhaltbar ist. Frank Ruda versteht seinen Beitrag als

„eine *affirmative Bezugnahme auf den Inhumanismus* des frühen Marx“ (S.281). Er bemüht sich um „eine transformierte und transformierende Rekonstruktion“ (S.278) des frühen Marx, indem er auf das philosophische System Alain Badiou zurückgreift. Matthias Rothe behandelt Michel Foucault als einen intellektuellen Strategen und zeigt, wie der französische Denker in den jeweiligen Schaffensperioden Marx benutzt und zu welchem Zweck er ihn gebraucht. Der Sammelbd. enthält Beiträge von unterschiedlicher Qualität. Anregend und wohlinformiert sind vor allem die Texte des ideen- bzw. philosophiegeschichtlichen ersten Teils. Aber auch der letzte Teil enthält einige sehr originelle und weiterführende Beiträge. Jedoch lassen insbesondere die Ausführungen Brausteins und Rothes einen Bezug zu Marx vermissen. Er verkommt in ihren Beiträgen zum Beiwerk. Schwierigkeiten hatte der Rezensent aber vor allem mit dem zweiten Teil. Denn darin kommen Marx und seine Theorie, mit Ausnahme der Untersuchung von Haury, faktisch nur am Rande vor. Den Beiträgen von Günther und Grigat fehlt außerdem die nötige wissenschaftliche Distanz und Differenziertheit. Günther gesteht einerseits ein, dass das apokalyptische Denken und der Marxismus in Russland in keinem direkten Zusammenhang stehen. Andererseits versucht er seine These zu erhärten, wonach die Besonderheit der Oktoberrevolution ohne die Berücksichtigung der russischen apokalyptisch-häretischen Tradition nicht zu begreifen sei. Dafür zieht er Schriften sowohl der bolschewistischen Theoretiker als auch der anti-marxistischen Intellektuellen heran. In Hinblick auf die Ersteren schreibt er an einer Stelle,

dass die Bolschewiki sich für die häretischen Sekten als potenzielle Bündnispartner interessierten. Dennoch macht er keine Unterscheidung zwischen denjenigen Texten der Bolschewiki, die okasionell verfasst wurden, um Hegemonie innerhalb der gläubigen Bauernschaft zu erlangen, und solchen, die wirkliche theoretische Überlegungen zur revolutionären Relevanz der häretischen Glaubensvorstellungen enthalten. Anders ausgedrückt, vermag Günther nicht zwischen situativer Propaganda und theoretisch fundiertem Programm zu differenzieren. Im Falle der anti-marxistischen Intellektuellen fragt er gar nicht danach, ob deren Äußerungen eventuell als Diffamierungen aufzufassen sind. Denn einem politischen Gegner, der sich auf eine rationale theoretische Grundlage beruft, vorzuwerfen, er sei ein Chiliasist, kann entweder ideologiekritisch oder schlicht verunglimpfend gemeint sein. Es ist mithin wichtig, zwischen kritischer Analyse und Diffamierung zu unterscheiden. Jedwede Bemühung um solch eine Differenzierung ist bei Günther jedoch nicht erkennbar. Um Stephan Grigat ist es noch schlimmer bestellt. Nachdem er seine durchaus diskussionswürdige These eingeführt hat, wonach der linke Antisemitismus aus der Ignoranz gegenüber der Marx'schen Kritik des Kapitalfetichs herrührt, verfällt er in eine wüste Polemik. Dabei nivelliert er den Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus. Kulmination des Ganzen stellt die Apologetik der israelischen Politik dar: „Der Antisemitismus versetzt Juden in eine ausweglose Situation. [...] Was auch immer Israel tut, es ist und bleibt in den Augen großer Teile der Linken Schuld an Elend und Zerstörung in der Region“ (S.186).

Wissenschaftlich fragwürdig ist vor allem Grigats Versuch, seine politische Weltanschauung durch ein zupasskommendes Zitat von Marx zu unterfüttern. Auf diese Weise verfuhr bekanntlich die sowjetische Wissenschaft. Dass das Anführen irgendwelcher aus dem Kontext gerissener Zitate sehr wenig mit Wissenschaft zu tun hat, steht außer Frage.

*Andreas Lotz*

**Michael Bakunin: Konflikt mit Marx (= Michael Bakunin: Ausgewählte Schriften. Bd. 5 und 6), hrsg. von Wolfgang Eckhardt, Karin Kramer Verlag, Berlin 2007, 2011, 235, 1.239 S.**

Innerhalb einer mehrbändigen, noch nicht abgeschlossenen Ausgabe „Ausgewählte Schriften“ Bakunins bilden die Bde. 5 und 6 mit dem Untertitel „Konflikt mit Marx“ eine thematische Einheit, wobei Bd. 5 die Texte und Briefe bis 1870, Bd. 6 in zwei Halbbd. diejenigen ab 1871 enthält. Die ebenfalls zweigeteilte Einleitung des Hrsg. nimmt in Bd. 5 mit 16 Kapiteln fast die Hälfte des Bd. ein, in Bd. 6 mit 49 Kapiteln auf über 650 Seiten sogar den ganzen ersten Halbbd. Diese „Einleitung“, mit zahlreichen weiteren Quellen angereichert, ist tatsächlich eine Monografie über das Verhältnis Marx-Bakunin (so weit es die organisatorische Seite dieses Verhältnisses zur Zeit der I. Internationale betrifft). Infolge dieses eigenwilligen editorischen Verfahrens, bei dem die Grenze zwischen Quelle und Kommentar oft verschwimmt, umfasst die Einleitung etwa ebenso viele Seiten wie die Dokumente.

Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass das Verhältnis Marx-Baku-

nin nicht 1864, sondern zwei Jahrzehnte früher begann, und zwar in persönlicher Freundschaft und philosophischer und politischer Übereinstimmung. Bakunin war 1840 in Berlin, 1842 in Dresden von den Junghegelianern freudig begrüßt worden (auch in Varnhagens Tagebüchern spiegelt sich diese Sympathie), und einige seiner Briefe an Ruge bildeten zusammen mit solchen von Feuerbach, Marx und Ruge die Programmerklärung der berühmten „Deutsch-Französischen Jahrbücher“. Bakunin gehörte 1843/44 in Paris zum engsten Kreis um Marx, Ruge, Herwegh, Heine.

Das Verhältnis Marx-Bakunin – zunächst freundschaftlich, später von Zerwürfnis geprägt – birgt in sich objektive politische und gesellschaftstheoretische Probleme, weshalb seine umfassende Dokumentierung eo ipso verdienstvoll ist. Dabei kommt es darauf an, die anderthalb Jahrhunderte zurückliegende Fehde zweier Männer (tatsächlich waren jedoch, wie die vorliegende Edition wieder zeigt, Dutzende Männer und auch einige wenige Frauen beteiligt) nicht unter psychologisierenden Gesichtspunkten zu betrachten, sondern prinzipiell wissenschaftlichen. Im Grunde ging es um die Entscheidung zwischen einer parlamentarischen Strategie, getragen von einer zentralistischen Parteiorganisation, mit dem Ziel der Eroberung politischer Staatsmacht (der sozialdemokratische „Volksstaat“), und dem sozialrevolutionären Konzept einer föderalistischen, anarchistischen Basisbewegung, die einen „herrschaftslosen“ Gesellschaftszustand erstrebte. Dieser theoretische Konflikt wird leider in der Edition nirgends zusammenhängend erklärt.

Bakunin hat seine Prinzipien in dem Buch „Staatlichkeit und Anarchie“ 1873 zusammengefasst, Marx in einem umfangreichen Exzerpt (MEW, Bd. 18, S. 597–642) seine Gegenpositionen angedeutet. Bakunins Werk ist als Bd. 4 der Ausgabe erschienen, worauf in den Bd. 5 und 6 leider nirgends verwiesen wird. Für eine moderne sozialistische Programmatik des 21. Jahrhunderts wäre es zweifellos wertvoll, auch unter Einbeziehung der negativen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, Marx' Gedanken zu Bakunins Werk aufmerksam zu analysieren.

Auf dem Wege zu einer historisch objektiven Betrachtungsweise stellt die Edition dennoch einen Fortschritt dar, selbst wenn anstelle einer früheren Marx/Engels-zentrierten Wertung nun eine Bakunin-freundliche tritt und an einigen Stellen postuliert wird, Marx sei es nicht um die Sache, sondern die „Rufschädigung“ Bakunins gegangen (S.10) und Marx' Reaktionen auf Bakunin seien „unkoordinierte Wutausbrüche“ gewesen (S.82). Als Historiker und als politischer Mensch sollte man anerkennen, dass es beim Austragen eines objektiven Konflikts nicht um den Austausch von Höflichkeiten geht. Übrigens hat das Bakunin selbst besser gesehen, als manche seiner heutigen Bewunderer. Als der Streit schon voll im Gange war, im Oktober 1869, schrieb er an Herzen, man dürfe Marx' „außerordentliche Verdienste um den Sozialismus nicht verkennen, dem er, es werden bald fünfundzwanzig Jahre sein, klug, energisch und treu dient [...] und worin er ohne Zweifel uns allen voraus ist. [...] Er ist hier eine der sichersten, einflussreichsten und klügsten Stützen des Sozialismus, einer der stärksten Dämme gegen das Eindringen irgend

welcher Bourgeoisrichtung oder Bestrebungen. Und ich würde es mir nie verzeihen, vernichtete oder verringerte ich auch nur zur Befriedigung meines persönlichen Rachegefühls seinen zweifellos wohlthätigen Einfluß“ (Bd. 5. Teil 1, S.80f.).

Von besonderem Interesse, weil bisher nur teilweise, in russisch oder auf CD-ROM veröffentlicht, ist der Entwurf eines umfangreichen Briefes Bakunins an Marx vom August 1848. Er war in Bd. III/2 der MEGA (erschienen 1979) nicht aufgenommen worden, u.a. deshalb, weil er niemals zu Marx' Kenntnis gelangte und daher dem eigentlichen Briefwechsel nicht zugerechnet werden kann. Als interessantes Dokument und in einem weiten Sinn doch Teil ihrer Korrespondenz wird er aber wohl als Nachtrag zur MEGA im „Marx-Engels-Jahrbuch“ dargeboten werden. Die vorliegende Wiedergabe (Bd. 5, S.152–155) ist unvollständig. Die drei Teilstücke (vielleicht verwendete Bakunin 1848 Teile des Entwurfs für verschiedene Reden oder Artikel) im Moskauer Archiv RGASPI sind keine Originale, sondern Kopien aus der Polizeiakte über Bakunin in einem Dresdner Archiv. Hier ist noch viel editorische Kärnerarbeit zu leisten.

*Martin Hundt*

**Dietmar Dath: Rosa Luxemburg. Leben. Werk. Wirkung** (Suhrkamp BasisBiographie, 35), Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, 153 S.

Es ist sehr zu begrüßen, dass in die Reihe Suhrkamp BasisBiographien, in der große Persönlichkeiten der Weltgeschichte mit bleibender Wirkung wie Mahatma Gandhi, Heinrich Heine,

Christoph Kolumbus oder Friedrich Schiller porträtiert sind, Rosa Luxemburg Aufnahme gefunden hat.

Mit dem vorliegenden Taschenbuch beteiligt sich der Autor am seit längerem laufenden Diskurs über das theoretische Werk Rosa Luxemburgs. Das vom Verlag vorgegebene Limit von 160 Seiten, gegliedert in Leben, Werk und Wirkung, versehen mit Randstichworten, Zitatkästen, Zeittafel und Registern, setzt der Darstellung Grenzen. Gebunden daran erzählt der Schriftsteller und Essayist D. abrissartig und sehr eigenwillig das Leben von Rosa Luxemburg, ohne auf Motive, Hintergründe und Entscheidungssituationen einzugehen. Im Vordergrund stehen bei ihm die Analyse von Rosa Luxemburgs theoretischem Denken und ihre Aktualität als Theoretikerin.

Im Werk Rosa Luxemburgs konzentriert sich der Autor auf drei Hauptstränge: den Kampf gegen den Revisionismus, die Aufklärung über die Funktionsweise der kapitalistischen Produktionsweise und die Untersuchung der Bedingungen einer sozialistischen Revolution. Mit diesen drei Schwerpunkten setzt sich D. anhand ihrer Schriften „Sozialreform oder Revolution“, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ und „Die Akkumulation des Kapitals“ auseinander. Bei allen Kontroversen mit Lenin sieht er Rosa Luxemburg nicht als dessen Antipodin.

Bei der Rezeptionsgeschichte wird eingangs auf die Filme von Margarethe von Trotta über Rosa Luxemburg und von Günter Reisch über Karl Liebknecht verwiesen, leider aber wenig auf neueste Publikationen über Rosa Luxemburg. Ihr schrecklicher Tod wird als „eine Art figurative Vorwegnahme des Schicksals der sozialisti-

schen Bewegung im zwanzigsten Jahrhundert“ (S.130) kommentiert. Durch das Stalinsche Verdikt 1931 über Rosa Luxemburg und den verheerenden Kampf gegen den „Luxemburgismus“ habe die Luxemburgrezeption sehr gelitten, schließlich sei das theoretische Werk Luxemburgs für die sozialistische Bewegung als fehlerhaft verworfen worden.

Die Anstrengungen der Luxemburg-Forschung in der DDR zur Überwindung der unsäglichen Stalinschen Verketzerung Rosa Luxemburgs als Halbmenschwistin und die Edition der „Gesammelten Werke“ in fünf und der „Gesammelten Briefe“ in sechs Bänden werden vom Autor ausgespart. D. fordert vehement, das Denken Rosa Luxemburgs für die linken Bewegungen in der Gegenwart fruchtbar zu machen, insbesondere die Methodik in ihren ökonomischen Schriften zu studieren, um daraus Anregungen für die Analyse der globalisierten Weltwirtschaft zu gewinnen. Es gelte, Rosa Luxemburg als bedeutende sozialistische Theoretikerin wiederzuentdecken. Dass dieser Prozess besonders intensiv bereits seit den 70er-Jahren, vor allem nach 1990 im Gange ist, widerspiegelt sich relativ wenig in den Literaturverweisen bzw. Literaturbezügen. Der Autor nimmt z. B. keinen Bezug auf Dokumentationen über Tagungen und Symposien der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft und Rosa-Luxemburg-Stiftung, in denen eine breite und kontroverse Diskussion über das theoretische Erbe von Rosa Luxemburg geführt wurde. *Eckhard Müller*

**Laura Polexe: Netzwerke und Freundschaft. Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz an der Schwelle zum 20. Jahrhundert** (Studien zur Semantik und Praxis von Freundschaft und Patronage, Bd. 3), V & R unipress, Göttingen 2011, 272 S.

Die elf Kapitel des Bd. sind in vier thematischen Teilen zusammengefasst. Teil 1 (Kapitel 1, 2) führt in das Thema ein, Teil 2 (Kapitel 3-6) befasst sich mit „Internationaler Sozialdemokratie und Netzwerken“, Teil 3 (Kapitel 7, 8) behandelt „Netzwerke, Kommunikation und Freundschaft“ und Teil 4 (Kapitel 9-11) hat „Freundschaft und Bekanntschaft“ zum Inhalt. Es folgen Schlussbetrachtung sowie Verzeichnisse und Register.

Der erste Teil bringt Einleitung und „begrifflich-theoretische Überlegungen“. „Die Autorin dieses Bandes“, so ist im Klappentext deren Konzept umrissen, „geht davon aus, dass die internationale Sozialdemokratie als ein System sich überlappender Freundschafts- und Patronagenetzwerke verstanden werden kann, über die Informationen ausgetauscht, Solidarität geübt und Interessen vertreten wurden“. Es ist Mode geworden, auch in der Geschichtswissenschaft das Modell von Netzwerken anzulegen und wie hier nach „netzwerktheoretischen Zugängen“ (S.18) zu suchen. Sogar die Tagung der ITH in Linz 2007 war ausschließlich der Thematik „Netzwerke und Arbeiterbewegung“ gewidmet (siehe dazu den Bericht von Günter Benser im *JahrBuch*, 2008/I, S.89-95). Dass dabei oft „normale“ politische, Organisations- und persönliche Beziehungen als Netzwerk definiert und betrachtet werden, ist sicherlich methodologisch in-

teressant, ändert aber meist nichts an den bekannten Inhalten. Als Ziele benennt P. u. a., „die Entstehung und den Zerfall der sozialdemokratischen Netzwerke“ um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (mit Schwerpunkt 1883-1917) zu untersuchen und aus kulturgeschichtlicher Perspektive die „Beziehungen von Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz aus dem Blickwinkel der Netzwerke, in denen sie agierten, und unter besonderer Berücksichtigung der Freundschaft, zu beschreiben und zu analysieren“ (S.13, 35). Als „Koordinaten“ ihres Buches sieht sie daher „Kulturgeschichte, Netzwerkforschung, Freundschaft als Beziehungskultur und Sozialismusforschung“ (S.37).

Nach Klärung ihres Zuganges zum Thema rückt P. im zweiten Teil die Sozialdemokratie selbst mit Abschnitten zur II. Internationale sowie zu den Beziehungen Schweizer, rumänischer und russischer Sozialdemokraten ins Zentrum. Das Agieren sozialdemokratischer Führer dieser Länder (z. B. Constantin Dobrogeanu-Gherea, Pavel Aksel'rod, Robert Grimme, Lydia Dan oder Georgij Plechanov), denen die Autorin z. T. ausführliche Biogramme widmet, und ihre vielfältigen Beziehungen wertet sie als transnational mit einer Vorbildrolle. Der Schweiz wäre dabei (als Exilland und Bindeglied zwischen im Ausland lebenden Sozialdemokraten) eine besondere Funktion zugekommen. Dieser 2. Teil ist vielleicht für den Historiker am interessantesten. Zwar bietet P. hier keine neuen Forschungsergebnisse, sodass der Neuwert gering ist, doch resultiert der Erkenntniswert für den Leser aus dem Vergleich von Länderspezifischem und Internationalem sowie aus der Einbin-

dung des Biografischen. An einigen Stellen schlichen sich in die Darstellung leider sachliche Ungenauigkeiten ein, so wenn von der „letzten sozialistischen Konferenz der Internationale“ in Stockholm 1917 geschrieben wird (S.129). In manchen Passagen verlieren sich die Darlegungen zu sehr ins Detail, ufern ins Simple oder in Nebensächlichkeiten aus wie beim Züricher Kongress 1893 und beim Baseler Kongress 1912 der II. Internationale (z. B. S.129-138).

Im 3. Teil behandelt die Autorin Netzwerke als Solidaritäts- und Kommunikationsgeflechte unter den Aspekten Begegnungsorte (vor allem Kongresse, Treffen), Symbole, Ideale, Identität (Rituale und Solidarität), Kommunikation und Freundschaft. Ermüdend wirkt, dass – wie auch an anderen Stellen des Bd. – allgemein bekannte Begriffe ausführlich erklärt werden, so z. B., was ein Brief, eine Freundschaft, ein Ritual, Solidarität etc. ist, oder wenn Allgemeinplätze verkündet werden. So heißt es zum Beispiel: „Das klassische Mittel zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Beziehungen ist die Kommunikation. Für das sozialdemokratische Netzwerk war die Kommunikation von enormer Bedeutung.“ (S.139) Kongresse und Solidaritätsaktionen der Sozialdemokratie werden „als Ausdrücke eines spezifischen Diskursuniversums des sozialdemokratischen Netzwerks“ definiert (S.139). In der Solidarität der Arbeiterbewegung sieht die Autorin einen zweipoligen „Kampfbegriff“, da sich Menschen zu einer Gruppe zusammenschlossen, um gemeinsam für ihre Interessen gegen andere Menschen, die diese Interessen nicht verfolgen würden, zu kämpfen (S.164). Im Gegensatz zu den ansonsten getroffene-

nen Aussagen steht: „Durch die Vielfältigkeit emotionaler Verbindungen entpuppt sich der Vorkriegssozialismus bei näherem Betrachten mehr als eine große Familie denn als ein transnationales Netzwerk“ (S.169).

Der letzte, 4. Teil betrachtet freundschaftliche Beziehungen und Bekanntschaften vor allem anhand von Korrespondenzen. Aus vielen Bekanntschaften entstanden P. zufolge persönliche, auch „spezifisch sozialdemokratische“ Freundschaften mit eigener Semantik und eigenen Ritualen (z. B. zwischen Dobrogeanu-Gherea und Aksel'rod), blieben aber trotz gemeinsamer Ziele und einer gewissen Emotionalität labil (S.236, 243). Ein spezielles Kapitel widmet P. dem Thema „Frauen und Sozialdemokratie – Frauen als Freundinnen“.

Waren die Netzwerke wirklich von so „grundlegender Bedeutung für die Entwicklung, die Propagierung und das Bestehen der Zweiten Internationale“, wie die Verf. schlussfolgert (S.237)? Wohl etwas zu optimistisch und überhöht formuliert sie das Fazit: „Der kombinierte Ansatz zwischen Biographie, Lebenswelt, Netzwerktheorie und Emotionenforschung hat es ermöglicht, einen neuen Zugang zur Geschichte der Zweiten Internationalen zu gewinnen und der Arbeiter- und Sozialgeschichte neues Leben einzuhauchen“ (S.246). Es handelt sich vielmehr um einen Aspekt, der die Sicht auf die Arbeiterbewegung erweitert. Handlungen und Entscheidungen auch aus der Perspektive persönlicher Bindungen zu betrachten, ist in der Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung und speziell zur II. Internationale nicht völlig neu; genauso wenig wurden bisher nur einseitig von der Organisationsge-

schichte Rückschlüsse auf die persönlichen Beziehungen gezogen.

Die Autorin hat die Geschichte der internationalen bzw. europäischen Sozialdemokratie „als transnationale Verflechtungsgeschichte zu analysieren“ versucht und die Forschung um einige interessante Betrachtungen bereichert.

*Herbert Mayer*

**Frank Oliver Sobich: „Schwarze Bestien, rote Gefahr“. Rassismus und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich,** Campus Verlag, Frankfurt/Main-New York 2010, 424 S.

Wenn sich unterjochte Ethnien oder ganze Völkerschaften gegen ihre kolonialen Unterdrücker zur Wehr setzen, werden sie immer und überall von den Herrschenden verteufelt und verfeimt. Das traf in Deutschland in der Zeit der direkten Kolonialherrschaft des Kaiserreiches ab 1884 auch auf die Verleumdung der anticolonialen Abwehrkämpfe zu. War es doch im Bewusstsein der deutschen Kolonialherren schier unvorstellbar, dass als minderwertig betrachtete Menschen gegen die „Träger der Zivilisation“ aufbegehren, und wenn doch, schien es legitim zu sein, diese Widerstandsaktionen mit allen Mitteln niederzuschlagen. Und in der Tat wurde jede Form von Auflehnung erbarmungslos und mit allen zu Gebote stehenden Kräften und Methoden niedergedrungen. Solche Aktionen, bis hin zum Völkermord, wurden, um jede Art von Sympathie für die Aufbegehrenden zu ersticken, propagandistisch begleitet.

Die Niederschlagung von anticolonialen Aktionen ist schon des Öfteren in der Historiografie genau untersucht

worden, jedoch eher, um die Methoden der Brechung eines solchen Widerstandes und das Ausmaß ihrer Anwendung zu zeigen. Das Untersuchungsfeld der Historiker, die sich solchen Themen widmeten, war zumeist Afrika und nicht Deutschland. So ist auch die Literatur, die über den Herero- und Namakrieg von 1904 bis 1907 in der deutschen Kolonie Südwestafrika, heute Namibia, entstand, zu bewerten. Hierüber ist in den vergangenen Jahren viel geforscht, publiziert und diskutiert worden. Es wurde hingegen bislang nicht systematisch analysiert, wie die Herero und Nama in der zeitgenössischen deutschen Öffentlichkeit dargestellt wurden. Diese südwestafrikanischen Volksgruppen wurden, wie Frank Oliver Sobich nach Auswertung umfangreicher Quellen zeigt, als blutrünstige Bestien dargestellt, womit der Kolonialkrieg als gerechtfertigt erschien. Der Verf. belegt überzeugend, wie dieses Bild sich in der öffentlichen Betrachtung im deutschen Kaiserreich formte und durchsetzte. Er verfolgt dann, und darin besteht das Hauptverdienst der an der Universität Bremen angenommenen Dissertation, wie dieses Bild im Verlauf der Geschichte weiter verwendet wurde, so insbesondere 1907 bei den sogenannten Hottentottenwahlen, als im Wahlkampf zu den Reichstagswahlen die „schwarzen Bestien“ zusammen mit der „umstürzlerischen“ Sozialdemokratie und dem Deutschland angeblich feindlich gegenüberstehenden Ausland zu einer nationalen Bedrohung stilisiert wurden. Diese Verleumdungskampagnen waren nicht selten mit antisemitischen Beleidigungen gespickt. Ausgehend von der Rezeption des Kolonialkrieges im damaligen Deutsch-

Südwestafrika untersucht der Verf., wie die völkische Rechte und mit ihr die konservativen Eliten des deutschen Kaiserreiches die schwelende Kolonialkrise im Wahlkampf dazu nutzten, um den politischen Hauptgegner, nämlich die die Interessen der Arbeiter vertretende Sozialdemokratie, zu attackieren. S. deckt im Einzelnen auf, wie im Zuge einer bis dahin beispiellosen nationalistischen und rassistischen Hetzkampagne vor allem die führenden Vertreter der Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ denunziert und die „umstürzlerischen Proletarier“ zu Feinden des Kaiserreiches erklärt wurden. Der dabei zutage tretende Klassen- oder Standes-Rassismus, der die Arbeiter gleichsam zu „Wilden“ im eigenen Lande machte, wies erstaunliche Analogien zum gegen die Kolonialuntertanen gerichteten biologistisch-sozialdarwinistisch argumentierenden Rassismus auf. Ganz in diesem Sinne äußerte sich 1909 der Ansiedlungskommissar von Südwestafrika, Paul Rohrbach: Eine „durchgreifende Wachrüttelung des nationalen und kulturellen Rassebewußtseins“ sei erst „durch den großen Eingeborenenaufstand von 1904“ erfolgt (S.131).

Positiv muss angemerkt werden, dass S. nicht nur alle erreichbaren Archivunterlagen, Dokumentationen zeitgenössischer Presseveröffentlichungen und sonstige schriftliche Quellen sowie die einschlägige Fachliteratur ausgewertet hat, sondern für seine historiografische Fragestellung eine bislang kaum beachtete Quellenkategorie aufgetan hat, nämlich Flugblätter. Die im Deutschen Reich kursierenden Flugblätter sind besonders zur Analyse der damals vorherrschenden Diskurse geeignet, da sie die Weltbilder und The-

men offen und für jedermann leicht verständlich zum Ausdruck brachten.

Die Ergebnisse der mit großer Akribie und Kompetenz erarbeiteten Studie sind in drei Punkten zusammenzufassen:

1. S. erhellt wesentlich die Vorgeschichte der schon des Öfteren in jüngeren historiografischen Werken dargestellten „Schwarzen-Schmach-Kampagne“ vornehmlich aus dem Jahre 1919, die in breiten Schichten der deutschen Bevölkerung lang anhaltende Wirkungen auf das Bild von Afrikanern ausübte.

2. Er erweitert die bislang unterschätzte Etappe des Domestizierungs- und Nationalisierungsprozesses der deutschen Arbeiterbewegung um eine weitere wesentliche Komponente.

3. S. bezeichnet die rassistischen Kampagnen als meist fehl interpretierte, neue Stufe nationaler Mobilisierung in einer Zeit vehement zunehmender internationaler Spannungen.

Damit gehört das Buch zu den Werken, die heute den Diskurs in den postcolonial studies um die Auswirkungen des Kolonialismus auf die europäischen Gesellschaften entscheidend mitbestimmen.

*Ulrich van der Heyden*

**Peter Kuckuk (Hrsg.): Die Revolution 1918/19 in Bremen. Aufsätze und Dokumente** (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, H. 27), Temmen Verlag, Bremen 2010, 230 S., Abb.

Als Kenner der Bremer Arbeiterbewegungsgeschichte ausgewiesen, legt der Historiker Peter Kuckuk einen inhaltsreichen Bd. zu den revolutionären und nachrevolutionären Ereignissen in Bremen und Bremerhaven in den Jahren 1918 bis 1921 vor. Die meisten Beiträge entstammen einer von der Histori-

schen Gesellschaft und dem Bremer DGB veranstalteten Konferenz zum 90. Jubiläum der Novemberrevolution, erweitert durch zeitgenössische Schilderungen, Dokumente, Plakate und Fotos, alles vorzüglich von K. zusammengestellt und ediert.

Im ersten Beitrag liefert Peter Brandt für die Reichsebene unter dem Titel „Der historische Ort der deutschen Revolution von 1918/19“ eine wertvolle, differenzierte Analyse mit treffenden Formulierungen. Das bildet den Rahmen für die anschließenden regional ausgerichteten Beiträge. B. stellt für die Novemberrevolution drei charakteristische Aspekte heraus: „Endpunkt jahrzehntelanger Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen, spontane Volkserhebung zur Beendigung des faktisch schon verlorenen Krieges und sozialdemokratisch geprägte Klassenbewegung mit antikapitalistischer Tendenz“ (S.13). Zur ursprünglich von Artur Rosenberg begründeten und später in der Forschung oft aufgegriffenen Hypothese, mit der Verfassungsreform von Ende Oktober 1918 wäre bereits alles Wesentliche in Richtung Frieden und Demokratisierung erreicht worden, nimmt B. ablehnend Stellung: Der Friedensschluss wäre „noch keineswegs gesichert“, und „die Machtstellung der Militärs im Reichsinnern [...] nicht beseitigt“ gewesen. „Die Reform hätte bei Änderung der militärischen oder politischen Konjunktur [...] zurückgenommen werden können; erst der Umsturz vom November 1918 hat diese Möglichkeit definitiv ausgeschlossen.“ (S.22) Von besonderem Wert ist, dass B. mehrfach auf den europäischen Kontext hinweist, vor allem auf ähnliche soziale Bewegungen in anderen Ländern Europas (z. B. S.21).

Eine – ohne weitere Erläuterung – getroffene Aussage B.s lautet: „Von der Parteimehrheit spaltete sich – endgültig Ostern 1917 – die USPD ab“ (S.19). Sie ist zumindest diskussionswürdig. Denn die Opposition innerhalb der SPD verließ die Partei nicht, sondern wurde ausgeschlossen, weil sie eine konsequente antimilitaristische Politik entsprechend den vor dem Weltkrieg gefassten Beschlüssen der Partei und der Internationale forderte. Während der rechte Parteivorstand eigene Separatzusammenkünfte der Parteirechten wie in Berlin den Leseklub „Vorwärts“ nicht nur tolerierte, sondern aktiv unterstützte, wurde dagegen eine Konferenz der Opposition im Januar 1917 als Anlass genommen, die Teilnehmer auszuschließen. Eine weitere Wertung B.s, dass „sich die Vorbereitungen der bewußt revolutionären Gruppen auf den Aufstand als meist wenig bedeutsam für den Verlauf der Umsturzbewegung“ erwiesen hätten (S.22), trifft gerade auf die für die Revolution entscheidenden Ereignisse in Berlin nicht zu, wo dank der Vorbereitungen der Revolutionären Obleute und der schnellen Vorverlegung des Aufstandsplanes auf den 9. November 1918 auch in der Reichshauptstadt die Revolution siegreich durchgeführt werden konnte.

Die revolutionären Vorgänge in Bremen werden in erster Linie in Beiträgen von K. behandelt. In einer informationsdichten Studie „Bremen vor der Revolution“, Wiederabdruck einer bereits 1986 publizierten Arbeit, skizziert er die politischen und sozialen Gegebenheiten der Hansestadt in der Vorkriegszeit und die Entwicklung der Arbeiterbewegung sowie die Entstehung der Massenbewegungen wäh-

rend des Weltkrieges bis zur Novemberrevolution. Die Darstellung besticht durch die realistische Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse sowohl im Allgemeinen wie auch innerhalb des Proletariats. Bis Kriegsende lag die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen einer kleinen Oberschicht, abgesichert durch ein vollständig undemokratisches Acht-Klassen-Wahlrecht. Als eigentliches revolutionäres Potenzial kann nur die Arbeiterschaft im Maschinen- und Fahrzeugbau wie auf den Werften gerechnet werden, mit 28.500 Personen nur eine Minderheit in der Gesamtarbeiterschaft von 73.100 (S.38). Gehörte die Bremer SPD-Organisation bereits vor dem Weltkrieg überwiegend zur Parteilinken, so lag in der Kriegszeit die Mehrheit bei USPD und Linksradikalen. K. schätzt die Zahl der durch Verhaftungen und strafweise Einberufungen zum Militär geschwächten Bremer Linksradikalen vor der Novemberrevolution auf 500 bis 1.000, den Kreis der führenden Aktivisten auf ca. 50 Personen (S.47). Wenn K. meint, dass diese Zahlen von keiner anderen linksradikalen Gruppierung in Deutschland erreicht worden seien, so vergisst er allerdings die große Spartakusmehrheit in der Groß-Berliner Wahlkreisorganisation Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg sowie die revolutionären Betriebsobleute um Richard Müller und Emil Barth in Berlin.

Unter Hinweis auf seine an anderer Stelle veröffentlichte ausführlichere Studie beschränkt sich K. in einem 2. Aufsatz zum Thema „Revolution, Rätebewegung und Räteherrschaft“ auf einen Abriss der Ereignisse von der Machtergreifung durch einen Soldatenrat am 6.11.1918, der zeitweiligen

Räteherrschaft unter der Führung von USPD und Linksradikalen bzw. KPD bis zum Einmarsch der Noske-Truppen am 4.2.1919, der Wahl zur Bremer Bürgerschaft am 9.3. mit 59,6 Prozent für die drei sozialistischen Parteien und der anschließenden Koalitionsregierung aus MSPD, DDP und DVP. Trotz der relativen Kürze enthält der Beitrag genug Fakten; der Leser kann den Aufstieg und Rückgang der revolutionären Bewegung in Bremen auch in vielen Einzelheiten verfolgen und die von K. gemachten Schlussfolgerungen nachvollziehen. K. zeigt, dass trotz der Ende Januar 1919 vom linken Bremer Arbeiter- und Soldatenrat erfüllten Forderungen der Reichsregierung sowohl die führenden Bremer Mehrheitssozialdemokraten wie die MSPD-Reichsregierung den bewaffneten Kampf und die militärische Niederwerfung der linken Arbeiterschaft in Bremen durch Freikorpsstruppen herbeiführten (S.76, 78). Andererseits kritisiert K. die ultralinken Tendenzen bei den Bremer Linksradikalen, die nach seiner Meinung – bei Weiterbestehen des Arbeiter- und Soldatenrates – mittel- oder langfristig zu einem Auseinanderbrechen der Räteregierung aus USPD und Linksradikalen geführt hätten (S.82). Ein Flüchtigkeitsfehler bei einer Datierung: Der 1. Reichsrätekongress in Berlin mit dem Beschluss zugunsten der Wahl zur Nationalversammlung fand nicht im November, sondern im Dezember 1918 statt (S.65).

Als wichtig erweist sich auch die Aufnahme eines von K. redaktionell bearbeiteten Beitrages des inzwischen verstorbenen Historikers Ulrich Albert über den hauptsächlich im Frühjahr 1919 nach Niederwerfung der linken Bremer Räteherrschaft wirkenden

21er-Ausschuss (Betriebsvertrauensleute von MSPD, USPD und KPD). Denn A. zeigt, dass auch nach dem Ende der Räteherrschaft in den Bremer Betrieben von der Basis her gemeinsame Anliegen – vor allem die Freilassung der politischen Gefangenen – von den Vertrauensleuten aller drei Arbeiterparteien kraftvoll vorgetragen und sogar gegen den mehrheitssozialdemokratischen Senat durchgesetzt werden konnten, wobei sich MSPD-Basisvertreter in den Fabriken gegen die Senatsvertreter der eigenen Partei stellten.

„Die Rätebewegung in den Unterwerstädten Bremerhaven, Geestemünde, Lehe 1918/1921“ (ein Wiederabdruck eines Aufsatzes von 2006) wird von K. mit ihren Unterschieden und Verbindungen zu Bremen dargestellt und analysiert. Hier war die Bewegung wesentlich moderater als in Bremen und anderen Orten. Die Arbeiterräte der beiden sozialdemokratischen Parteien wirkten meist harmonisch zusammen (S.161f.). Dagegen nahm der Soldatenrat, der Initiator des revolutionären Umschwunges, im Gegensatz zu vielen anderen Orten eine entschiedene, aktive, zeitweise radikale Position ein (S.162). Der Vorsitzende des Soldatenrates soll sogar – nach einem Zeitungsbericht – als Zielsetzung „nicht die demokratische Republik von Geldsacks Gnaden, [sondern] die sozialistische Republik von des Proletariats eigenen Gnaden“ (S.152) proklamiert haben.

Gelungene biografische Skizzen über Johann Knief und Charlotte Kornfeld verdeutlichen den Einfluss des führenden Kopfes der Linksradikalen und den Anteil seiner Lebenspartnerin und Helferin daran, wobei die Autoren Gerhard Engel bzw. Karin Kuckuk

aus ihren profunden „Voll-Biografien“ schöpfen können. Ein Forschungsdesiderat ist die Biografie eines weiteren Bremer Hauptakteurs, nämlich die von Alfred Henke, Reichstagsabgeordneter und Chefredakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Bremen bzw. der Räteregierung.

Der Sammelbd. gewinnt durch zwei zeitgenössische Berichte: den des pazifistisch-utopischen Sozialisten Carl Emil Uphoff aus Worpswede bei Bremen (verfasst ca. am 20. Januar 1919) und den des Schriftstellers Edwin Koenemann, ebenfalls aus Worpswede (veröffentlicht im „Kreisblatt für den Kreis Osterholz“ vom 27. April 1919). Hier werden die Bremer Ereignisse in unorthodoxer, individueller Betrachtungsweise von an den Kämpfen nicht aktiv beteiligten Augenzeugen geschildert.

Dem Hrsg. und den Autoren ist es gelungen, ausgehend vom neuesten Forschungsstand, die Bedeutung der Räteregierung in der Region Bremen mit all ihren Facetten und speziellen Problemen deutlich zu machen. Die Leser/innen werden aus diesem inhaltsreichen Sammelbd. einen großen Erkenntnisgewinn ziehen können.

*Ottokar Luban*

**Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011.** Enthält: The International Newsletter of Communist Studies XVII (2011), Aufbau-Verlag, Berlin 2011, 441 S.

Das seit 1993 im Jahresrhythmus herausgegebene „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung“ (JHK) ist mittlerweile zum Standard-Publika-

tionsorgan nicht nur für die deutsche, sondern auch die internationale Kommunismusforschung geworden. Deutlich sichtbar ist die Bemühung der Hrsg., die ganze Bandbreite des Faches abzudecken und einem internationalen Publikum nahezubringen. Dies geschieht etwa durch den integrierten „International Newsletter of Communist Studies“, in dem jedes Jahr laufende Forschungsprojekte, Veröffentlichungen sowie Neues aus Archiven und Zeitschriften gebündelt werden. Der Newsletter erscheint mit Beiträgen teils in deutscher, teils in englischer Sprache, jeweils in einer kurzen, dem JHK beigelegten Druckversion sowie einer ausführlichen Variante im Internet. Diese Kombination ermöglicht es, die Vorteile von online- und Printmedium gleichermaßen zu nutzen – sowohl Volltextsuche am PC als auch das klassische Lesen im Sessel sind machbar.

Eigentlicher Kern des Jahrbuchs sind jedoch die Aufsätze, die sich im Heft 2011 um den Themenschwerpunkt „Antikommunismus“ drehen. Dies ist ein weites Feld, wie schon Bernd Faulenbach in seiner Einleitung mit dem Untertitel „Zur Problematik eines vieldeutigen Begriffs“ feststellt. Das Spektrum reicht vom NS-Antibolschewismus über verschiedene (rechts-)konservative Strömungen des Antikommunismus während des Kalten Krieges bis hin zu sozialdemokratischer und linker Kommunismuskritik. F. und auch die Hrsg. des Bd. stellen daher keine gemeinsame Definition oder Einordnung des Begriffs „Antikommunismus“ voran. Er bleibt, wie Andrew H. Beattie in seinem Beitrag zur Wahrnehmungsgeschichte der sowjetischen Speziallager schreibt, ein „schillernder und unpräziser Begriff“ (S.119). Definitions-

fragen werden den einzelnen Autoren und Autorinnen überlassen, was dementsprechend auch zu unterschiedlichen Wertungen führt.

In mehreren Beiträgen wird der Antikommunismus als Bestandteil rechter und antidemokratischer Ideologien dekonstruiert – etwa von Moritz Florin, der die nationalsozialistische Propaganda hinsichtlich der Sowjetunion untersucht. F. kommt zu dem zunächst überraschenden Schluss, dass die NS-Propaganda gerade in Bezug auf Stalin lange Phasen hindurch mit nationalbolschewistischen und dementsprechend positiven Wertungen durchsetzt war. Er bestreitet aber trotz dieser Relativierung nicht die Rolle des Antikommunismus bei der Legitimation des Vernichtungskriegs der deutschen Wehrmacht ab 1941. Georg Würzer untersucht Vorgeschichte und Nachwirkungen der NS-Propaganda über die Sowjetunion und führt in einer Analyse über „Antikommunismus und Russenfeindschaft vor und nach 1945“ anhand der Romane von Heinz G. Konsalik vor, dass auch „im Deutschland der frühen Adenauerzeit mehrheitlich keine Revision tradiert Vorurteile der NS-Zeit gegenüber dem Kommunismus und dem russischen Volk stattgefunden hat“ (S.60).

Die Verbindung von Antikommunismus und Faschismus, die sich nicht nur für die NS-Zeit oder für Deutschland belegen lässt, bildet jedoch nur einen Teil des Phänomens „Antikommunismus“. Vielfach waren es gerade nicht die politischen Gegner des Kommunismus, sondern auch Linke und sogar ehemalige Kommunisten, die angesichts der Verbrechen des Stalinismus zu Antikommunisten wurden. Mario Keßler beleuchtet dies in einem biogra-

fischen Beitrag über die ausgeschlossene KPD-Vorsitzende Ruth Fischer. Er untersucht Fischers Zusammenarbeit mit dem „Komitee für unamerikanische Umtriebe“ im Exil in den USA Ende der 40er-Jahre und stellt die Frage „Antistalinismus oder Antikommunismus?“ K. argumentiert, dass Ruth Fischer durch ihre kritiklose Zusammenarbeit mit rechten und rechtsextremen Antikommunisten in den USA die Grenze zum Antikommunismus überschritt. Er nimmt damit gleichzeitig eine Begriffsklärung vor, die zwischen einer demokratischen Kritik des Stalinismus und einer antidemokratischen Dämonisierung des Kommunismus unterscheidet. Gerade der Fall Ruth Fischer, die gegen Ende ihres Lebens wieder linkssozialistischen Positionen zuneigte, macht jedoch deutlich, wie verschwommen die Grenzen zwischen beiden Formen im Einzelfall verliefen. So zeigt etwa der erwähnte Beitrag von Beattie zu den sowjetischen Speziallagern, dass die Erinnerung an die Opfer des Stalinismus oft verbunden war mit unhistorischen Generalabrechnungen. Dies gilt nicht nur für die Zeit des Kalten Krieges – gerade *nach* der Implosion des Staatssozialismus steigerte sich die Politisierung der Erinnerung. B. verweist in diesem Zusammenhang auch auf eine Renaissance des Antikommunismus im wiedervereinigten Deutschland: „Bezeichnenderweise“ werde die Inhaftierung von Nationalsozialisten in den Speziallagern kaum oder gar nicht thematisiert, und auch die in den 1950er-Jahren in der BRD geprägte polemische Bezeichnung „sowjetische KZ“ werde weiterhin „keinesfalls nur von Außenseitern und Betroffenen“ verwendet. (S.135) B. trifft mit seinem Verweis auf die Aktualität

des Antikommunismus eine Leerstelle des Bd. Das Verhältnis zwischen notwendiger Aufarbeitung der DDR-Geschichte und neuem Antikommunismus in Deutschland seit 1990 wird an keiner Stelle analysiert. Dieses Thema scheint für eine Historisierung noch zu gegenwärtig – vielleicht auch, weil die im JHK vertretenen ost- und westdeutschen AutorInnen selbst Akteure in diesem Prozess der Herstellung kollektiver Erinnerung sind.

Das JHK 2011 widmet sich in einem eigenen Forum „Aktuellen erinnerungspolitischen Debatten“. Hier untersuchen verschiedene Autoren die Erinnerung an den Staatssozialismus in Russland, dem Baltikum und in Polen. Im Biographischen Panel dekonstruiert Felix Wernheuer differenziert die Darstellung des chinesischen Staatskommunismus in den autobiografischen Schriften des Dalai Lama.

Der Aufsatz von Monika Gänzbauer beschäftigt sich mit „Kommunismuskritik im heutigen China? Ein Blick in das Werk des Essayisten Yu Jie“. In einem Fallbeispiel behandelt Hope M. Harrison „Die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße als ein Ort des Erinnerns“. Das Beispiel bietet ähnlich wie der Beitrag zu den Speziallagern *pars pro toto* einige Hinweise auf die Erinnerungskultur im heutigen Deutschland – aber die umfassendere Frage nach Antikommunismus und Erinnerungskultur fehlt auch hier.

Obwohl die Frage nach der Aktualität des Antikommunismus fehlt und der Begriff des Antikommunismus auch nach der Lektüre des Bd. unscharf bleibt, ist diese Ausgabe des JHK mit großem Gewinn zu lesen. Die geografische, zeitliche und thematische Breite eröffnet einen neuen Blick auf den

Gegenstand, wobei insbesondere die internationale Zusammensetzung der Autorinnen und Autoren betont werden muss: Nicht nur Ost- und Westdeutschland sind vertreten, sondern auch die USA, vor allem aber Osteuropa und Russland. Dies wirkt sich auf die Perspektiven der Beiträge aus und ermöglicht erst eine wirklich internationale Debatte.

Ralf Hoffrogge

**Paul Frölich: Autobiografia. Dalla Lipsia operaia di fine '800 all'azione di marzo del 1921** [Autobiografie. Vom arbeitenden Leipzig am Ende des 19. Jahrhunderts bis zum März 1921], Edizioni Pantarei, Milano 2010, 254 S.

Im Jahr 2007 wurden Erinnerungen von Paul Frölich (1884-1953), einem der Begründer der KPD und früherem Mitglied der Bremer Linksradi-kalen, vom „International Institut of Social History“ in Amsterdam wiederentdeckt. Zwar besaß das Institut das Manuskript schon seit 1938, es wurde dort aber erst vor ein paar Jahren katalogisiert.

Schon im Jahr 1935 hatte das Institut die Initiative ergriffen und prominente Sozialisten aufgefordert, ihre Erinnerungen an die Kriegszeit aufzuschreiben. Unter den angesprochenen Deutschen waren neben Paul Frölich Heinrich Brandler und Jacob Walcher. Das Notizbuch von Paul Frölich wurde im Jahr 1938 an das Institut geschickt, blieb dann aber fast 70 Jahre im Archiv verborgen.

Im Jahr 2010 schließlich veröffentlichte ein kleiner und unabhängiger italienischer Verlag (Edizioni Pantarei) unter Mitwirkung des „Instituts for the Study of Capitalism“ in Genua die Er-

innerungen von Frölich auf Italienisch. Es ist erstaunlich, dass sie nicht bei einem deutschen Verlag erschienen, wie es anzunehmen gewesen wäre, sondern bei einem italienischen Verlag, der obendrein nicht so viel mit diesem Teil der deutschen Geschichte zu tun hat. Sicher, erwähnt werden einige italienische Persönlichkeiten wie Filippo Turati und Giacinto Menotti Serrati im Kontext des Kongresses von Livorno (auf dem die Partito Comunista Italiano, PCI, aus der damaligen Sozialistischen Partei hervorging), dies aber nur sehr kurz und eigentlich nur auf den letzten Seiten. Außerdem wird berichtet, wie Paul Levi, nach dem Tod von Leo Jogiches Vorsitzender der KPD, bei der Abspaltung der italienischen kommunistischen Partei von der Sozialistischen Partei Italiens eine wichtige Rolle spielte. Aber das Interesse von Edizioni Pantarei zur Veröffentlichung der Erinnerungen kann nicht nur auf den Einfluss dieses Teils der deutschen Geschichte auf die Entstehung der kommunistischen Partei Italiens zurückgeführt werden. Vielmehr werden die Erinnerungen eines überzeugten Internationalisten wie Frölich großes Interesse bei dem italienischen Verlag geweckt haben. Das Institut in Genua entstammt der Lotta Comunista, der stärksten internationalistischen (im Sinne Lenins) außerparlamentarischen Partei Italiens. Im Jahre 2011 erschien im Verlag Éd. Science Marxiste in Montreuil-sous-Bois auch eine französische Ausgabe.

Paul Frölich trat 1902 der SPD bei. Er hatte eine kaufmännische Lehre absolviert, bildete sich aber autodidaktisch weiter. Er arbeitete seit 1908 als Redakteur verschiedener Zeitungen und in den Zwanzigerjahren als Nachlass-

verwalter und Hrsg. der Werke von Rosa Luxemburg. Sein weiterer politischer Weg führte ihn zur KPD-O und schließlich zur SAPD, als deren Vorsitzender er zusammen mit Jacob Walcher bis 1939/40 angesehen werden kann. Nach KZ-Haft und Exil kehrte er 1950 nach Deutschland zurück. Frölich war in den letzten Lebensjahren Mitglied der SPD. Sein großer Wunsch, eine linkssozialistische Partei als Brücke zwischen KPD und SPD, ging auch in der Nachkriegszeit nicht in Erfüllung.

Bei den Erinnerungen handelt es sich um ein Buch von mehr als zweihundert Seiten, bei dem insbesondere die Fragen der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Vordergrund stehen. In subjektiver Sichtweise betrachtet Frölich, der in der Gruppe der Bremer Linksradi-kalen innerhalb der Sozialdemokratie, bei den Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) und dann in der KPD tätig war und deren radikalen Internationalismus teilte, Persönlichkeiten, Ereignisse, Entwicklungen. Daher treten hinter dem Spiel der jeweiligen politischen Gruppierungen, Richtungen und Taktiken oft persönliche und politische Ab- und Zuneigungen hervor. Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten, Spartakusbund, Linksradi-kalen und Gewerkschaften werden aus einer bestimmten politischen Perspektive betrachtet und erhalten eine besondere Note durch die Darstellung der vielen Mitwirkenden und Akteure, die verschiedene Bewegungen und politische Überzeugungen vertraten.

Man kann behaupten, dass die Kernfrage der Autobiografie von Frölich und ihr sozusagen roter und gefühls-

betonter Faden – wie auch in der Einleitung der italienischen Edition erläutert wird – die nach der Niederlage der deutschen Revolution ist, die gerade in jenen Jahren scheiterte, als die russische siegreich war. Aus den Bemerkungen und Sichtweisen von Frölich wird deutlich, dass es seiner Meinung nach in Deutschland keine richtig organisierte revolutionäre Partei gab. In der deutschen Arbeiterbewegung wurden in Bezug auf die revolutionäre Aktion, obwohl – oder gerade weil – der Krieg große Konflikte innerhalb der Gesellschaft erzeugt hatte, harte Kontroversen ausgetragen, die dazu beitrugen, dass die Marxisten eine Minderheit blieben und dass die Gelegenheit für eine Revolution verpasst wurde. Frölich macht das durch die Gegenüberstellung von Rosa Luxemburg und dem „Bolschewisten“ Karl Radek klar. So konnte es geschehen, dass nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs die Sozialdemokratie die Kriegskredite geschlossen bewilligte und der Burgfriedenspolitik der Regierung zustimmte. Die anfängliche Friedenspolitik der Sozialdemokratie scheiterte auf diese Weise an den kapitalistischen deutschen Interessen, so wie auch die Solidarität zwischen den Arbeiterbewegungen aller Nationen scheiterte. Während des Kapp-Putsches brachte die KPD keine überzeugende revolutionäre Aktion hervor, und die März-Aufstände 1921 scheiterten, so Frölich, weil es keinen richtigen Zusammenschluss des Zentralkomitees der KPD mit den Arbeitern gab.

Frölich stimmte mit Lenin darin überein, dass es merkwürdig sei, dass in Deutschland die Revolution scheiterte, obwohl die Bedingungen für einen Sieg vorhanden waren.

Die Erinnerungen Frölichs reichen von seiner Jugendzeit in Leipzig, die er auf sehr persönliche Weise als das Leben in einer sozialistischen Familie unter den Beschränkungen des Sozialistengesetzes erzählt, bis in das Jahr 1921. In dem Buch tauchen viele Persönlichkeiten auf, die Frölich als Aktivist und Journalist in diesen Jahren kennenlernte, oft mit persönlichen Nuancierungen beschrieben, wie zum Beispiel Franz Mehring, Karl Radek oder Konrad Haenisch. Zugleich fällt auf, dass viele wichtige historische Ereignisse dieser Jahre nur flüchtig beschrieben sind, und das meist im Spiegel der verschiedenen Streitereien, die von einigen Persönlichkeiten der KPD, des Spartakusbundes und der SPD ausgelöst wurden. Das Buch setzt eine gute Kenntnis der deutschen Geschichte der Jahre 1914 bis 1921 voraus, liest sich durch seinen Zeitgeist aber auch besonders interessant. *Paola Foraboschi*

**Gerlinde Lorenz: „Leitstern“ Sozialismus. Die politische Biografie des Remscheider Arbeiterführers Otto Braß (1875-1950) und seines Sohnes Otto (1900-1972)**, Klartext Verlag, Essen 2010, 432 S.

Das ereignisreiche Leben und politische Wirken des in seinen frühen Jahren in der Industrieregion des Bergischen Landes in Remscheid aktiven linkssozialistischen Arbeiterführers Otto Braß war in der Geschichtsschreibung bisher wenig beachtet worden, obwohl er bis ins hohe Alter immer wieder in verschiedenen Phasen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat.

Die Historikerin Gerlinde Lorenz legt nunmehr zu Otto Braß eine informationsreiche, sorgfältig erarbeitete, quellenmäßig gut fundierte, nicht nur rein politische Biografie vor, die auch eine umfassende Beschreibung des Privatmenschen, seiner Familie und des relevanten sozialen und politischen Umfeldes beinhaltet. L. verknüpft diese Schilderungen mit der Lebensbeschreibung des Sohnes Otto Braß jun.

Dass der Feilenhauermeister Otto Braß (sen.) schon als junger Mann auf Orts- und Regionalebene in führende sozialdemokratische Gremien gewählt und Geschäftsführer der aufgabenstarken „Remscheider Arbeiterzeitung“ wurde, ist – wie der gesamte spätere Lebenslauf zeigt – nicht etwa einer berechnenden opportunistischen Haltung zuzuschreiben, sondern, wie L. andeutet (S.35), seiner intensiven beruflichen und politischen Motivation.

L. analysiert detailliert B.s maßgeblichen Anteil vor und nach Kriegsbeginn 1914 an der linken Ausrichtung der Parteiorganisationen von Remscheid und im Bezirk Niederrhein, die 1917 fast geschlossen bzw. zu einem großen Teil zur USPD übergangen. Nach einer von L. aufgefundenen Aussage Ledebours stand B. mit den „revolutionären Obleuten“ in Berlin und ihrem informellen Anführer Richard Müller in Verbindung. Erstaunlicherweise gehörte B. wie Hugo Haase und Eduard Bernstein bei den Beratungen mit den Obleuten über den Aufstandstermin zu den Zauderern, die die Zeit für einen Aufstand noch nicht für gekommen ansahen (S.87f).

Ab 11. November wieder in Remscheid und im Bezirk Niederrhein tätig, erreichte B. dank seines agitatorischen und organisatorischen Geschicks, dass

die USPD in den Arbeiter- und Soldatenräten des Bezirks Niederrhein dominierte und 15 von 16 Delegierten (nur ein MSPD-Vertreter !) zum 1. Reichsrätekongress in Berlin entsenden konnte. Auf dem Rätekongress selbst setzte sich B. als stellvertretender USPD-Fraktionsvorsitzender für eine konsequente linke Politik ein.

Zur politischen Einordnung B.s nach dem 9. November 1918 macht L. widersprüchliche Aussagen: Einerseits behauptet sie ohne dezidierte Begründung, B. habe sich „auf der politischen Linie des Spartakusbundes“ bewegt (S.97). Andererseits hebt sie hervor, dass – bei aller programmatischen Nähe – der chaotische innerparteiliche Zustand der jungen KPD Braß abstieß (S.111). Dass er zusammen mit weiteren linken USPD-Delegierten an einer Vorbesprechung mit Spartakusvertretern zum 1. Reichsrätekongress teilnahm, ist von L. übersehen worden.

Am 19. Januar 1919 wurde B für die USPD in die Nationalversammlung gewählt (1920 auch in den Reichstag). Er setzte sich energisch für Arbeiterinteressen und für die Realisierung der Sozialisierung ein, versuchte andererseits 1919 beim ersten Ruhrstreik mäßigend und vermittelnd auf Regierung und Freikorpsstruppen wie auf die bewaffneten Arbeiter einzuwirken. Deshalb bescheinigt L. ihm sowohl ein geschicktes Agitieren wie auch Realitätsinn (S.121). Das Vorgehen der Regierung und der Freikorpsstruppen bei den Ruhrkämpfen 1920, bei denen B. wiederum eine führende Rolle spielte, trugen zu seiner Radikalisierung bei. L.s Deutung, B. habe danach die offensive Anwendung des Terrors wie bei den Bolschewiki befürwortet (S.169), ist aufgrund seines späteren Anschlusses

an die Levi-Gruppe zu bezweifeln.

B. gehörte 1920 zu jenen, die auf den Anschluss an die Kommunistische Internationale und auf die Vereinigung von KPD und USPD drängten, wobei er sich reichlich Illusionen über die Bewahrung einer notwendigen Eigenständigkeit der deutschen Partei gegenüber der Komintern und über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit machte. Als Sekretär der VKPD zählte er zu dem Kreis der Kritiker des zentralistischen, aktionistischen bis putschistischen Kurses. „Otto Braß war zu selbstbewusst und zu individualistisch, um sich einem quasi militärischen Gefolgschaftsverhältnis der Komintern unterzuordnen.“ Nach L. galt für ihn, dass man die Arbeiterschaft für Aktionen „argumentativ und emotional gewinnen musste“ (S.202). Im Dezember 1921 wurde er von seinen letzten Parteifunktionen entbunden und im Januar 1922 aus der VKPD ausgeschlossen.

Über die KAG Levis und die Rest-USPD gelangte B. nach deren Vereinigung mit der SPD wieder zurück zur alten Sozialdemokratischen Partei. 1924 in der SPD Niederrhein nur auf den aussichtslosen 5. Platz der Reichstagskandidatenliste gesetzt, erlangte er kein Abgeordnetenmandat mehr. Zusammen mit Bernhard Düwell übernahm B. nun zur Sicherung seiner Existenzgrundlage die Verlagsbuchhandlung Elias Laub in Berlin, die sich unter B.s Geschäftsführung bald „zum publizistischen Zentrum der sozialistischen Parteilinken“ entwickelte (S. 263).

Ab 1933 zunächst erwerbslos, ab 1936 Rentner, konnte sich B. aber durch eine Vertretertätigkeit für eine Suppenwürfelfirma etwas Geld zusätzlich verdienen. Im Widerstand bildete er ein lockeres Netzwerk zum Informations-

austausch unter gleichgesinnten Nazi-gegnern, darunter Sozialdemokraten wie Hermann Brill und Oskar Debus. Diese Gruppierung „Deutsche Volksfront“ wurde nach ihrem Programm auch als „10-Punkte-Gruppe“ bekannt, L. zufolge „vor allem ein eminent sozialdemokratisches Programm, das neben den grundlegenden Forderungen nach Freiheit und Recht einen radikalen wirtschaftlichen Umbau verlangte“ (S.398). L. kann belegen, dass die in der DDR-Historiografie immer wieder aufgestellte Behauptung, KPD-Vertreter hätten an der Ausarbeitung dieses Programms mitgewirkt, falsch ist (S.289). Doch die Gruppe arbeitete durchaus mit der KPD zusammen, wobei die Kontakte hauptsächlich über B. liefen (S.283). 1939 wurde B. zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt; er war danach bis 1945 in der Strafanstalt Brandenburg-Görden inhaftiert.

Es ist bewundernswert, wie nach Kriegsschluss der fast 70-jährige (im Sommer 1945 von der SPD zur KPD übergetretene), von der schweren Zuchthaushaft gesundheitlich angeschlagene B. in Berlin sich wieder in politische und soziale Aufgaben stürzte: als Vorsitzender des „Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses Groß-Berlin“, Leiter der FDGB-Presseteilung, Mitglied der „Sechziger-Konferenz“ aus führenden SPD- und KPD-Funktionären, Vorstand der Versicherungsanstalt Berlin und 2. Vorsitzender des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus“.

L. hinterfragt B.s uneingeschränkte Unterstützung der KPD-Positionen bei dem Vereinigungsprozess und greift auf eine Erklärung des alten Braß-Freundes aus der Zeit der Laubschen Verlagsanstalt Arkadij Gurland zurück:

B. hätte sich den Wünschen der KPD angepasst, um seinen im sowjetischen Gulag inhaftierten Sohn wieder freizubekommen (S.347f.). Otto Braß jun., im Ersten Weltkrieg in der Arbeiterjugend aktiv und deshalb strafweise Soldat, ab 1919 in der Kommunistischen Jugend bzw. in der KPD, 1920 an der Abwehr des Kapp-Putsches und danach an den Ruhrkämpfen beteiligt, lebte ab 1932 als Elektrofacharbeiter mit seiner Familie in der Sowjetunion. 1938 wurde er Opfer des Stalinschen Terrors und zunächst zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, die sich durch weitere Urteile auf 17 Jahre verlängerten. Die formaljuristische Rehabilitierung erfolgte erst im März 1955. Doch wie viele andere in der Sowjetunion zu Unrecht Verurteilte machte B. jun. niemals die KPdSU, der er vor der Verurteilung angehört hatte, dafür verantwortlich. Aus seiner Sicht waren irgendwelche „Organe“ an den willkürlichen Urteilen schuld (S.398). 1949 musste B. sen. der Schwester seiner Schwiegertochter unter Tränen eingestehen, dass er trotz seiner politischen Funktionen nichts für die Freilassung seines Sohnes ausrichten könne. Äußerungen B.s über die Repressionspolitik in der UdSSR sind nicht bekannt geworden.

L. betont als andere starke Motivation B.s für die uneingeschränkte Unterstützung des Vereinigungskurses der KPD die aus der gemeinsamen Erfahrung der Weimarer Republik und der Naziherrschaft resultierende „Einheitssehnsucht“ (S.349). Außerdem seien viele politische Maßnahmen in der SBZ durchaus im Sinne B.s gewesen (S.400). B. sen. starb am 13. November 1950 in Thüringen an den Folgen eines Schlaganfalls. Wie L. hervorhebt, beherrschte die Idee des Sozialismus,

„die Verwirklichung von Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, Denken und Handeln des Linkssozialisten Otto Braß (S.395). Hierfür war er auch bereit, Freiheit und Leben einzusetzen. „Solche mutigen Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens ihrem Gewissen folgten, zählen zu den Aktivposten in der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945.“ (S.278) *Ottokar Luban*

**Armin Fuhrer: Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats**, Olzog Verlag GmbH, München 2011, 352 S.

Um es vorweg zu sagen: Der Autor Armin Fuhrer hat sich gar nicht erst der Mühe unterzogen, eigene Forschungen zu unternehmen. Zwar hat er nach eigenem Bekunden im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde gearbeitet, doch dort war er offensichtlich nur auf der Suche nach Zitaten, die ihm zur Begründung bzw. Illustration seiner stets massiven Attacken gegen Thälmann dienen sollten. Zu diesem Zweck hat er sich ausschließlich mit den Erinnerungen und den Nachlässen von etwa drei Dutzend Personen – Zeitgenossen Thälmanns – befasst. Akten der KPD oder der Komintern hat er nicht angefasst.

Bereits ein kurzer Blick auf das Verzeichnis der verwendeten Literatur macht deutlich, dass F. so ziemlich alle bedeutenden Forschungsarbeiten der letzten 40 Jahre schlicht entgangen sind oder dass er sie – was eher anzunehmen ist – bewusst ignoriert hat. In seinem Literaturverzeichnis fehlen nahezu alle relevanten Veröffentlichungen linker Autoren der letzten 20 Jahre. Die verdienstvolle Reihe des Berliner Dietz-Verlags „Geschichte des

Kommunismus und Linkssozialismus“ ist in seinem Literaturverzeichnis nicht zu finden. Selbst die einschlägigen Arbeiten von Bert Hoppe (In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933, München 2007) oder Klaus-Michael Mallmann (Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996) hat er nicht zur Kenntnis genommen. Dafür tauchen in seinem Literaturverzeichnis wiederholt thematisch sehr enge Artikel aus dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ auf, gelegentlich auch mehrmals – unter dem Titel und unter dem Namen des Verf. Selbst kurze Beiträge aus Tageszeitungen mussten herhalten, um das dürftige Literaturverzeichnis optisch ansehnlicher zu machen.

Sein – begrenztes – Wissen über Thälmann und Thälmanns Zeit hat F. vor allem von Hermann Weber und dessen „Wandlung des deutschen Kommunismus“ aus dem Jahre 1968 bezogen. Mithin agiert er auf dem Erkenntnisstand der späten 60er-Jahre. Man muss ihm allerdings zugestehen, dass er zugegebenermaßen nicht die Absicht hatte, eine wissenschaftliche Thälmann-Biografie zu schreiben: Er wollte eine antikommunistische Kampfschrift vorlegen, in der Thälmann als geistlose und tumbe Gestalt erscheint, vor allem aber als eine Marionette Stalins, die zu keinem Zeitpunkt zu eigenem Denken und Handeln willens oder fähig war. F. hat – wenn auch unter Bezug auf Willi Bredel und dessen Thälmann-Buch aus dem Jahre 1948 – eine Formulierung gefunden, die seine eigene Publikation treffend beschreibt: Eine „quellenarme, aber meinungsstarke Biografie“ (S.114). Angesichts dieser Ausgangslage fallen simple Tatsachenfehler, die sich beina-

he endlos im Buch finden, schon nicht mehr ins Gewicht: Nicht der Spartakusbund versandte im Frühjahr 1915 die sogenannten Spartakusbriefe, sondern der zunächst lose Zusammenschluss linker Sozialisten erhielt erst in der Folge diesen Namen (S.48f.). Heinrich Brandler war im Oktober 1923 nicht Leiter der sächsischen Reichskanzlei, sondern Chef der sächsischen Staatskanzlei (S.106). In der zweiten Runde der Reichspräsidentenwahl 1925 trat nicht Karl Jarres für die sogenannte Weimarer Koalition an, sondern Wilhelm Marx (S.140f.). Philipp Dengel konnte im Jahre 1924 nicht in das ZK der KPD gewählt werden, weil es dieses Gremium erst ab 1925 gab (das Führungsorgan der Partei nannte sich vorher schlicht Zentrale) (S.175). August Thalheimer war im Sommer 1932 keine „kritische Stimme in der Partei“ mehr, weil er bereits im Januar 1929 aus der KPdSU (nicht der KPD) ausgeschlossen worden war, nachdem er mit Heinrich Brandler Ende Dezember 1928 die KPD (Opposition) gegründet hatte (S.254). Die Reihe dieser Beispiele ließe sich fortsetzen.

Völlig zu Recht kritisiert F., dass der Thälmann-Forschung in der DDR durch das von der Führung der SED vorgegebene Thälmann-Bild enge Fesseln angelegt waren und dass nicht wenige Aspekte von Thälmanns Leben und Wirken daher tendenziös oder sogar falsch dargestellt wurden. Er beschränkt sich auf pauschale Vorwürfe, ohne konkrete Beispiele zu nennen, die sich bei angemessenem Quellen- und Literaturstudium ohne Frage hätten finden lassen. Als er an einer einzigen Stelle einen solchen Versuch unternimmt, scheitert er an seiner eigenen Ignoranz: Die sogenannte Wittorf-Af-

färe fand entgegen seiner Behauptung (S.194) in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1966 eben doch Erwähnung, und zwar auf den S.181f. des IV. Bd.

Besondere Verachtung lässt F. für die 1979 in der DDR erschienene Thälmann-Biografie erkennen, wobei er sich auch in diesem Fall eine konkrete, an Tatsachen festgemachte Auseinandersetzung erspart: Er beschränkt sich auf eine pauschale Verunglimpfung des Buches und seiner Autoren. Beinahe kurios ist in diesem Zusammenhang, dass er aus keinem anderen Buch so häufig Zitate unterschiedlicher Provenienz übernimmt, um seine zum Teil kruden Thesen zu „belegen“. So kann man die offensichtlich ernst gemeinte Behauptung, dass Hitlers Aufstieg in den 20er-Jahre vor allem der Tatsache geschuldet war, dass die Parteien der Weimarer Republik keine charismatischen Führerpersönlichkeiten hatten (S.151f.), wohl nur als absurd bezeichnen. F. unterstellt völlig losgelöst von allen historischen Tatsachen Thälmann, mit Hitler gemeinsame Interessen und Ziele hinsichtlich der Zerschlagung der „Demokratie“ in der Weimarer Republik gehabt zu haben. Mehr noch, er erklärt Thälmann zum „schuldbeladenen Wegbereiter Hitlers“ (S.331).

Es ist unbestritten, dass Thälmann und die KPD bei der Beurteilung der Gefahren, die vom deutschen Faschismus ausgingen, schweren und folgenreichen Irrtümern unterlagen. Doch bei der Bewertung dieser Irrtümer begeht F., wie an anderen Stellen auch, vorsätzlich den Fehler, bei den (linken) Protagonisten seines Buches geschichtliche Erfahrungen vorauszusetzen, die diese zum geschilderten Zeitpunkt gar nicht haben konnten. Die Absicht von

F. ist klar und wenig originell: Er belegt bereits das Nachdenken über Alternativen zum bürgerlichen Staat – in diesem Fall zur Weimarer Republik – mit einem grundsätzlichen Tabu. Wer, wie Thälmann, die Grenzen des bürgerlichen Staates überwinden und eine von Räten getragene Republik errichten wollte, muss als „Feind der Demokratie“ gebrandmarkt werden. F. produziert hier politische Propaganda auf niedrigstem Niveau, indem er eine vorgebliche Traditionslinie von Hitler und Thälmann bis hin zu den „zwei Diktaturen auf deutschem Boden“ konstruiert.

Eine Würdigung Thälmanns für dessen Kampf gegen die „NS-Diktatur“, wie er die Herrschaft des deutschen Faschismus wiederholt kaschierend nennt, lehnt F. folglich aus „bürgerlich-demokratischer Sicht“ ab, denn er kann einen „Kampf, der nur eine Diktatur durch eine andere ersetzen will“, nicht gutheißen (S.334).

Im allerletzten Absatz des Buches bietet er, passend zum Stil seines Buches, ausgerechnet Hubertus Knabe als Kronzeugen auf: Er sieht es als „befremdlich“ an, dass Ernst Thälmann „vor dem Hintergrund seiner Politik und seiner Ziele [...] auf dem Gebiet der früheren DDR bis heute mit Hunderten nach ihm benannter Straßen und Plätze geehrt wird“ (S.336).

*Ronald Friedmann*

**Stefan Wannenwetsch: Unorthodoxe Sozialisten. Zu den Sozialismuskonzeptionen der Gruppe um Otto Straßer und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes in der Weimarer Republik,** (Moderne Geschichte und Politik, 23) Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main u. a. 2010, 190 S.

Für Inhalt wie Titel dieser Arbeit gilt: Sie sind eine ausgesprochene Provokation. Aber auch: eine Provokation im besten Sinne. Denn natürlich „gehörte“ es sich lange nicht, unvoreingenommen bzw. jenseits überwölbender totalitarismus- oder extremismustheoretischer Theoriegebäude nach den strukturellen wie inhaltlichen Vergleichbarkeiten von politischen Gruppen oder Parteien aus dem linken *und* dem rechten Spektrum zu fragen. Für viele Jahrzehnte war die Welt – je nach Standort von links oder rechts – in „gut“ und „böse“ aufgeteilt, stand man entweder auf der einen oder der anderen Seite der Barrikade.

Dabei war die Wirklichkeit schon immer weitaus komplizierter. Das, was uns heute als entwickelte (parlamentarische) Demokratie in ihren Grundzügen und Anforderungen halbwegs selbstverständlich erscheint, war in den jungen Jahren der ersten demokratischen Periode in Deutschland, der Weimarer Republik, noch keineswegs ähnlich selbstverständlich. Im rechten wie im linken politischen Spektrum (und die Übergänge waren in manchen Milieus, etwa dem der Jugendbewegung, durchaus fließend) gab es so etwas wie tastende Suchbewegungen, wurde um unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte gerungen, wie denn die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen nach dem Sturz der Monarchie in einem neuen republikanischen Gemeinwesen auszusehen hätten. Insofern ist der Versuch des Autors ausgesprochen spannend, zwei Kleingruppen der Linken und Rechten miteinander zu vergleichen, die wir angesichts heutiger Maßstäbe beide nicht ohne Weiteres zum demokratischen Spektrum zählen würden.

Der Gründer des Internationalen Sozialistischen Jugendbundes (IJB), aus

dem der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) hervorging, der Göttinger Philosoph Leonhard Nelson, war zunächst engagierter Aktivist und Anreger in der bzw. für die freideutsche(n) Jugend- und Studentenbewegung. Sein philosophischer Ansatz war stark von Immanuel Kant und einer an egalitären Gerechtigkeitsvorstellungen orientierten Rechtsidee bestimmt. Insofern lehnte er – zumindest für die aktuelle Phase – eine Orientierung an einem abstrakten Ideal demokratischer Willensbildung aufgrund der Bewusstlosigkeit der Mehrheit der Bevölkerung ab. Gleichwohl orientierte er seinen „Elitetrupp“ auf aktive Mitarbeit in den Organisationen der Arbeiterbewegung, zunächst der KPD, dann der SPD.

Zeitweilig errang der IJB immensen Einfluss in der Organisation der Jungsozialisten, was die SPD schließlich – Mitte der Zwanzigerjahre – zu einem Unvereinbarkeitsbeschluss veranlasste. Von diesem Zeitpunkt an agierten ISK und IJB als unabhängige Organisationen im politischen Spektrum zwischen SPD und KPD, waren insbesondere publizistisch und bildungspolitisch aktiv.

Der Anteil ihrer Funktionäre und Aktivisten (in konspirativer Arbeit bestens geschult) am politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist enorm. Eine ganze Reihe dieser Mitglieder stieg in der Nachkriegsperiode in SPD und Gewerkschaften in wichtige Führungspositionen auf, wobei sie sich – auch aufgrund ihrer Exilerfahrungen – von ihren Elitekonzeptionen längst verabschiedet hatten. Zu nennen sind hier beispielhaft nur Willi Eichler, Susanne Miller, Otto Bennemann, Alfred Kubel oder Helmut Kallbitzer.

Fällt schon die Verortung des IJB/ISK im politischen Spektrum schwer, so vergrößert sich dieses Problem noch beim sogenannten Straßer-Kreis, der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS) um die Gebrüder Straßer (oder Strasser) mit Otto als der unumstrittenen Führerpersönlichkeit, der am Ende des Ersten Weltkrieges bis 1920 auch kurzzeitig der SPD angehört hatte. Die KGRNS war später auch unter dem Namen Schwarze Front bekannt. Dieser (bald scheiternde) Versuch des Aufbaus eines linken, nationalrevolutionären Flügels im Nationalsozialismus wird bis heute ausgesprochen unterschiedlich bewertet. Wolfgang Abendroth etwa, der in seinen jungen Jahren an gemeinsamen Diskussionszirkeln junger Sozialisten, Kommunisten und Nationalrevolutionäre beteiligt war, würdigte in den Fünfzigerjahren in einer Studie (deren Ausgangspunkt Wiedergutmachungsansprüche Straßers waren) die Widerstandstätigkeit der Schwarzen Front. Sein Schüler und Faschismusforscher Reinhard Kühnl hingegen konzidierte der Gruppe zwar die Orientierung auf einen ernst gemeinten kleinbürgerlichen Sozialismus, ordnete sie aber gleichwohl eindeutig dem Faschismus zu.

Der Autor untersucht in jeweiligen Gegenüberstellungen die philosophischen Grundlagen sowie die abstrakten bzw. konkreten Konzepte der beiden Gruppen. Er vergleicht dabei u. a. ihre Sozialismuskonzeptionen (zugleich in der Dichotomie national bzw. international), ihre Vorstellungen eines künftigen Staatsaufbaus, ihre Wirtschaftsprogramme, die Marxismusrezeption wie ihr jeweiliges Verhältnis zur Sowjetunion. Die Ergebnisse können hier nicht

im Einzelnen referiert werden, weisen jedoch gelegentlich – neben den offensichtlichen Unterschieden – beachtliche Parallelen auf, die den Vergleichszusammenhang legitimieren.

Leider fällt das analytische Verfahren des Autors etwas zu schematisch aus. Der jeweiligen Präsentation der Vorstellungen der beiden Gruppen folgt eine Gegenüberstellung unter dem Stichwort „Diskussion und Einbettung in den marxistischen Diskurs“. Das ist gut gemeint, lässt aber doch allzu sehr einen differenzierten Tiefgang vermissen. Denn zumeist wird eine jeweilige – auf unterschiedliche Theoretiker gestützte – „marxistische“ Leitposition zur Kontrastierung gewählt, womit ausgeblendet ist, dass es innerhalb der sich auf Marx beziehenden Positionen unterschiedlicher theoretischer Köpfe bzw. politischer Kräfte auch immer wieder enorme Differenzen und Kontroversen gab. Dennoch liefert die Arbeit einige interessante Aspekte durch die jeweiligen Gegenüberstellungen.

Man hätte sich allerdings gewünscht, dass die beiden Gruppen in ihrem zeit-historischen wie politischen Kontext einleitend für den mit ihren Herkunftten und Werdegängen weniger vertrauten Leser eingehender vorgestellt worden wären. Stattdessen liefert die Arbeit (ihrem Charakter als Magisterarbeit geschuldet) einen wenig bereichernden methodischen Einleitungsteil u. a. zum „epistemologischen Fundament der Ideengeschichte“, der im Rahmen einer Verlagspublikation durchaus verzichtbar gewesen wäre.

Zwei kleine Nachbemerkingen seien gestattet: Dass die gängige trennscharfe Unterscheidung zwischen „links“ und „rechts“ angesichts der Existenz und des Wirkens der beiden hier ver-

gleichen Gruppen problematisch erscheint, macht diese Studie anschaulich. Dass ihr Vergleich nicht willkürlich gewählt wurde, beweist u. a. auch die Tatsache, dass ein anderer unorthodoxer Kopf der zeitgenössischen politischen Linken, der Weltbühne-Autor Kurt Hiller, der Zeit seines Lebens „geistesaristokratische Konzepte“ vertrat (und sich so mit guten Gründen in der Nähe Leonhard Nelsons sah), 1938 gemeinsam mit Otto Straßer eine antinazistische „Prager Erklärung“ herausgab. Und auch die KPD sah sich (in Person von Albert Norden, der dazu in der „Internationale“ unter seinem Pseudonym Hans Behrend publizierte) im gleichen Zeitraum genötigt, sich mit dem Thema „Strasser und die Volksfront“ auseinanderzusetzen. Es wäre zu wünschen, dass die vorliegende Arbeit als Anregung zu weiteren Vergleichsstudien ähnlichen Charakters einladen würde.

*Uli Schöler*

**Dieter Schiller: Der Traum von Hitlers Sturz. Studien zur deutschen Exilliteratur 1933-1945,** Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2010, X, 736 S.

Die Erforschung der Exilliteratur erreichte in den Siebzigerjahren in Ost- und Westdeutschland einen Zenit. In der DDR erschien ab 1979 die achtbändige Länderreihe „Kunst und Kultur im antifaschistischen Exil“, in der BRD hatte angesichts der jahrelangen Ignoranz der westdeutschen Germanistik diesem Thema gegenüber Hans Albert Walter 1978 mit dem Band „Exilpresse“ sein Einzelunternehmen „Deutsche Exilliteratur 1933-1950“ begonnen. Nach dem Zusammenbruch der DDR und der UdSSR

erfolgte aufgrund des neuen Quellenzugangs in Berlin und Moskau ein kurzes Wiederaufleben. In den letzten Jahren aber hat sich über das Forschungsgebiet eine Lähmung gelegt: die Werke der Schriftsteller sind analysiert, die Kontroversen dokumentiert, die Lebensbedingungen recherchiert.

Der renommierte Literaturwissenschaftler Dieter Schiller versammelte nun unter dem Titel „Der Traum von Hitlers Sturz“ auf 730 Seiten 37 Studien zur deutschen Exilliteratur. Sch. hatte sich während seiner Zeit am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR speziell mit der Exilliteratur beschäftigt, was er auch nach dem Ende der DDR fortführte. Der letzte Beitrag des Bd. „Skizze zur Exilliteraturforschung in der DDR. Ein Rückblick aus persönlicher Sicht“ ist der „Bericht eines Beteiligten“ (S.VI), in dem ein vielfältiges Panorama der Themen und der involvierten Institute gezeigt wird, nicht nur in ihrer Abhängigkeit von den politischen Vorgaben und den archivalischen Möglichkeiten der jeweiligen Zeit, sondern auch bestimmt von den Interessen und Eigenheiten der Beteiligten.

Der erste Beitrag vermittelt einen Einblick ins kulturelle Exil in Frankreich, dem Schwerpunktland des Autors. Dazwischen werden die Beiträge unter den Ordnungsbegriffen Organisationen/Institutionen, Positionen und Personen gegliedert. Unter dem ersten Begriff finden sich beispielsweise Artikel zur deutschen Freiheitsbibliothek in Paris, zu der Pariser Zeitschrift „Das Wort“ und zum Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller in Paris bzw. in Prag. Im zweiten Teil, unter „Positionen“, werden unter anderem Beiträge zur Expressionismusdebatte ver-

sammelt, zur Diskussion um die Volksfront oder zu den Schwierigkeiten, die das Exil für die deutsch schreibenden Autoren mit sich brachte. Und schließlich werden die Autoren Arnold Zweig, Anna Seghers, Kurt Kersten, Gustav Regler, Joseph Roth, Alfred Döblin, Rudolf Leonhard, Friedrich Wolf und Klaus Mann in Einzelstudien gewürdigt. Für die meisten dieser Artikel wurden die neuen Archivzugänge nach 1989 intensiv genutzt.

Keiner der Artikel ist neu; es handelt sich durchweg um Nachdrucke. Der überwiegende Teil der Texte ist in der Zeit nach der Wende entstanden: Vorträge, die im Verein „Helle Panke“ gehalten wurden und dann in deren Schriftenreihen erschienen, Beiträge für germanistische Zeitschriften oder für Sammelbände der „Gesellschaft für Exilforschung“. Einige davon existierten als Vortragsmanuskripte, die dank des neuen Interesses an der Exilliteratur nach 1989 aus der Schublade geholt werden konnten. Was ist der Vorteil eines solchen Reprints? Für den Autor der materialisierte Beweis eines Teils seiner produktiven Lebensleistung und die Chance, sich weiterhin in eine Diskussion einmischen zu können bzw. zu wollen, für den Verlag ein ordentlicher Druckkostenzuschuss, für den Leser zweifellos die kompakte Zusammenstellung, die einem ein aufwendiges Suchen erspart. Nichts mehr, aber auch nichts weniger.

*Carola Tischler*

**Mario Keßler: Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau. Richard Löwenthal. Ossip Flechtheim,** Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2011, 234 S.

Der sperrig wirkende Titel führt mit den im Untertitel genannten Namen dennoch treffend zum Thema des Bd.: die Kritik an kommunistischer Ideologie und Herrschaftspraxis durch Borkenau, Löwenthal und Flechtheim in ihrer bundesdeutschen Zeit. Der Autor sieht in ihnen die Begründer der Kommunismusforschung als akademische Disziplin in der Bundesrepublik. Deren „Ansichten und Forschungsthemen waren oder sind nicht nur die Frucht rein akademischer Arbeit. Sie entsprangen oftmals biographischer Erfahrung“ (S.8), begründet K. sein Herangehen. Die drei Teile des Bd., so der Autor, sollen dem Zusammenhang zwischen wissenschaftlichem Werk und Biografie nachgehen. Ein Vorhaben, das durchaus als gut gelungen bezeichnet werden darf. Der Lebensweg der drei Genannten kreuzte sich mehrfach, zeitweise waren sie sogar befreundet, doch recht unterschiedlich präsentieren sich letztlich ihre politische Auffassungen und wissenschaftlichen Publikationen.

Franz Borkenau (1900-1957) war in der Weimarer Republik Leiter des KPD-Studentenbundes (bekannt als Kostuffa), schied aber bereits 1929 aus der kommunistischen Bewegung aus. 1933 zur Emigration gezwungen, nahm er u. a. am Spanischen Bürgerkrieg teil und lebte in Australien und Großbritannien. 1946 erhielt er eine Geschichtsprofessur in Marburg, arbeitete dann als Herausgeber der Zeitschrift „Ost-Probleme“. Richard Löwenthal (1908-1991) leitete ebenfalls zeitweilig den KPD-Studentenbund, wechselte 1929 aber zur KPD-Opposition. Seit 1931 wirkte er in der später als „Neu Beginnen“ bekannt gewordenen Gruppe. Nach der Spaltung von „Neu Beginnen“ schloss er sich im britischen Exil der Sozialde-

mokratie an und arbeitete als Journalist. Erst 1961 kam er in seine Geburtsstadt Berlin zurück und übernahm an der Freien Universität Berlin eine Professur. In den 80er-Jahren gehörte er der Grundwertekommission der SPD an. Ossip Flechtheim (1909-1998) ging 1933 von der KPD, der er seit 1927 angehörte, ebenfalls zu „Neu Beginnen“. Die Emigration verschlug ihn in die Schweiz und die USA, 1951 kehrte er in seine Heimat zurück und lehrte an der Freien Universität Berlin.

In allen drei Studien stützt sich Keßler auf bereits von ihm verfasste Publikationen, die er für diesen Bd. erweitert bzw. vollständig überarbeitet hat. Der Teil zu B. erscheint mir der schwächste Abschnitt, was weniger oder zumindest nicht allein in dem zur Verfügung stehenden Material begründet liegt, sondern sich vor allem aus dem wissenschaftlichen und publizistischen Schaffen B.s erklärt. Deutlich wird, dass dessen Lebensweg politisch immer weiter nach rechts führte. Er war, so K., „im Kampf gegen die kommunistische Gefahr oder was er dafür hielt“, in seinen Mitteln nicht wählerisch, sowohl im Persönlichen (so als Denunziant in der McCarthy-Ära) als auch in politisch-theoretischen Arbeiten (S.51). Wissenschaftlich manövrierte sich B., dessen Bruch mit dem Kommunismus stets auch seine Analysen und Arbeit bestimmte und überschattete, teilweise ins Abseits; er wurde von anderen Kommunismusforschern als „Kreml-Astrologe“ angesehen. Die heutige Kommunismusforschung hält seine Vorgehensweise für antiquiert.

Den Austritt von L. aus der KPD verbindet K. mit dessen Kritik an der KPD-Politik gegenüber der SPD („Wegbereiter des Faschismus“) nach

dem Berliner Blutmai. Diesen datiert der Autor fälschlich auf 1928 (statt 1929), wodurch die ganze folgende Begründung des Parteiaustritts in eine Schiefelage gerät (S.77). Die Analyse zu L.s wissenschaftlicher Leistung fällt zu positiv aus, zu sehr erscheint er an verschiedenen Stellen als „Alleswissender“. Das hängt zum Teil damit zusammen, dass einige Passagen, wie auch in anderen Abschnitten des Bd., manchmal doch etwas referierend wirken. Zuzustimmen ist der Wertung, dass L. auch als „akademisch verankerter Gelehrter über weite Strecken manche Arbeitsweise des Journalisten“ beibehielt und dem wissenschaftlichen Essay den Vorzug gab (S.100).

Bei F. stellt Keßler zu Recht heraus, dass dieser nicht nur als Kommunismusforscher und Politologe in Erscheinung trat, sondern vor allem in der Futurologie, als deren Begründer er angesehen wird. F., der sich selbst als globalen Ökosozialisten betrachtete, habe stets nach einer Synthese von Demokratie und Sozialismus, Ökonomie und Ökologie, Marxismus und Humanismus gesucht. Ähnlich, aber deutlicher als L., und im Unterschied zu B., wandte F. sich zunehmend von der Verwendung des Totalitarismus-Schemas zur Analyse des Kommunismus ab. Auch hinterließ F. im Gegensatz zu den beiden anderen ein relativ geschlossenes wissenschaftliches Lebenswerk.

Bei den Vitas zeigt sich, dass alle Drei im Verlauf ihres Lebens immer wieder Schwierigkeiten hatten, ihre materielle Existenz zu sichern. Das trifft auch für die Zeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft nach der Rückkehr aus dem Exil zu.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass K. dem Leser einen guten Überblick über

die Auffassungen seiner Protagonisten zum Kommunismus, aber auch zu Gesellschaft, Staat und Demokratie, zu ihren wissenschaftlichen Leistungen und Publikationen, über ihren Lebensweg und ihre Denkweise vermittelt. Ein nützlicher Bd., der anhand der Positionen der drei Wissenschaftler zeigt, dass Kritik am Kommunismus, genauer gesagt an der kommunistischen Bewegung und an dem sich als realer Sozialismus verstehenden Gesellschaftssystem, nicht zwangsläufig in (blinden) Antikommunismus münden muss.

*Herbert Mayer*

**Siegfried Mielke/Peter Rütters (Hrsg.): Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 bis 1949/50. Gründung, Organisationsaufbau und Politik – Zonenebene** (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 15), Verl. J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2011, 1027 S.

Der Bd. 14 der Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung hatte mit den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften erstmals ein gesamtdeutsches Thema aufgegriffen. Nun wendet sich Bd. 15 mit einer Auswahl von 304 Dokumenten, begleitet von einer längeren Einleitung auch der gewerkschaftlichen Entwicklung in der SBZ zu. Die Edition enthält aus der reichhaltigen Überlieferung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv vor allem Protokolle und Beschlüsse der zentralen Organe des FDGB vom Gründungskongress 1946 bis zum 3. FDGB-Kongress 1950, ergänzt durch interne Be-

richte und Stellungnahmen, sowie Quellen aus dem Bestand FDGB Berlin seit 1945. Dabei ist die nach Tätigkeitsfeldern gegliederte Einleitung eine gute Orientierungshilfe durch die chronologische Folge der Dokumente.

Zunächst wenden sich die Autoren dem Organisationsaufbau zu, der sich bei den örtlichen Gewerkschaftsgründungen anfangs kaum von der Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen unterscheidet. Anders der Berliner Gewerkschaftsausschuss, der sich als künftige Reichsleitung sah und seine Konzeption gegenüber den örtlichen Organisationen in der SBZ durchsetzte. Er hatte sich bereits bei der Gründung für eine Einheitsorganisation entschieden, die nicht nur alle früheren Gewerkschaftsrichtungen vereinigte, sondern zugleich eine zentralistische Leitungsstruktur vorsah, in der die Organe des FDGB gegenüber den Industriegewerkschaften dominierten. Dieser Aufbau wurde im Interesse der Gewerkschaftseinheit zunächst von allen akzeptiert, wenn auch, wie aus den abgedruckten Dokumenten wiederholt ersichtlich ist, nicht ohne Widerspruch. Nicht weiter eingegangen wird dabei in der vorliegenden Edition auf die Rolle Ulbrichts und Paul Merkers. Beider Bestrebungen um die Durchsetzung der kommunistischen Gewerkschaftsauffassungen waren bereits 1936 in Paris als Teil ihrer Volksfrontpolitik gescheitert, wie ausführlich im Bd. 5 der Reihe bei den Quellen zur gewerkschaftlichen Emigration behandelt wird. Nun setzten Ulbricht und dann im Zentralsekretariat der SED Merker mit dem Rückhalt der sowjetischen Besatzungsmacht die kommunistische Gewerkschaftskonzeption zum Teil durch geschicktes Manipulie-

ren durch. Ulbricht, der bereits im Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss in Berlin maßgeblich den Gründungsauftrag beeinflusst hatte, ließ sich in der Folge auf den drei FDGB-Kongressen 1946, 1947 und 1950 zum Mitglied des FDGB-Bundesauschusses wählen. In dieser Eigenschaft trat er wiederholt mit Grundsatzreden auf, wie die im Bd. enthaltene Rede am 29. August 1945 auf einer Gewerkschaftstagung in Halle zeigt, die nicht nur inhaltlich auf Kritik stieß, sondern auch ohne Kenntnis des Vorstands veröffentlicht wurde. Der Bd. belegt, wie die Durchsetzung der zentralistischen Struktur letztlich den zunehmenden Einfluss der SED-Parteiführung auf die Gewerkschaftsführung gefördert hat und damit den Funktionswandel des FDGB, wie er in den dokumentierten wirtschaftlichen Entscheidungen besonders seit dem 2. FDGB-Kongress 1947 zum Ausdruck kommt. Zu oberflächlich dürfte jedoch in der Einleitung die formale Gegenüberstellung von parteitreuen Kommunisten und opponierenden Sozialdemokraten sein. Die Kampagne gegen das „Nurgewerkschafertum“ konnte Gewerkschafter beider Strömungen treffen. Einerseits wurden vor allem erfahrene sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre aus den Leitungen verdrängt. Andererseits konnten sich unter der propagierten Parität Sozialdemokraten wie der 2. Vorsitzende Bernhard Göring oder wie Helmut Lehmann im Zentralsekretariat der SED engagieren, wo sich besonders Bernhard Göring wiederholt Beschlussvorlagen widersetzte, die den gewerkschaftlichen Auffassungen widersprachen. Vor allem aber wurden zunehmend aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrende Absolventen von

Antifaschulen ohne gewerkschaftliche Erfahrung von der SED in die Vorstände des FDGB entsandt wie Kurt Helbig für den ideologischen Bereich oder Otto Lehmann als Leiter der Abteilung Wirtschaft und Sozialpolitik. Im Vorfeld des 3. FDGB-Kongresses wurde unter der Losung des „demokratischen Zentralismus“ die Verbindlichkeit von Beschlüssen und Entscheidungen des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes gegenüber den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften verstärkt, andererseits wurde eine gewisse Eigenständigkeit, die unter anderem in eigenen Satzungen der Industriegewerkschaften zum Ausdruck gekommen war, mit diesen Satzungen beseitigt. Der Höhepunkt war die Anerkennung eines Passus über die führende Rolle der SED in der vom 3. FDGB-Kongress zu beschließenden Satzung des FDGB, mit dem die Delegierten erst auf dem Kongress konfrontiert wurden.

Der zweite Teil der Einleitung behandelt die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Die dabei getroffene Auswahl erweckt den Eindruck, dass sie vor allem die zunehmende Unterordnung des FDGB unter die Politik der SED belegen soll. Die Mitwirkung der Gewerkschaften an wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen in der SBZ wird nicht erwähnt. Dazu gehörten unter anderem die Forderungen nach Enteignung der Kriegsgewinnler und Unterstützer des Nazisystems und nach einer staatlichen Wirtschaftsplanung zur Überwindung der Kriegsfolgen, Forderungen, die in allen Besatzungszonen erhoben wurden. Die Gewerkschaften waren an den Volksentscheiden in Hessen und in Sachsen beteiligt, in Berlin erarbeiteten nicht nur die politischen

Parteien, sondern auch der FDGB Groß-Berlin unter Federführung von Hermann Schlimme entsprechende Gesetzentwürfe. Der FDGB förderte die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten durch Gewinnung von Arbeiterinnen und Arbeitern für das Studium, und die Gewerkschaften unterstützten das Neubauern-Bauprogramm. Dagegen wurden die angeführten Vorschläge, zur Behebung der Wohnungsnot die gewerkschaftlichen Bauhütten wieder zu beleben, von der SED entschieden abgelehnt. Diese Vorschläge tangierten die Forderung nach Rückgabe von 1933 geraubtem gewerkschaftlichen Eigentum, ein Sachverhalt, den die Verf. jedoch nicht behandeln.

Zum Verständnis der gewerkschaftlichen Beschlüsse trägt eine Darstellung des eingeschränkten Handlungsspielraums bei, der für den FDGB angesichts der restriktiven, bis in Details geregelten Besatzungspolitik und mangelnder wirtschaftlicher Ressourcen bestand. Die Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung wie die Reparationsleistungen für die UdSSR waren nur durch höhere Produktivität möglich. Einem Anreiz dafür durch Lohnsteigerungen standen jedoch die Entscheidungen sowohl des Alliierten Kontrollrats wie die Befehle der SMAD entgegen, Verhandlungen mit der SMAD stießen, wie mehrfach in den Quellen belegt, meist auf Ablehnung. Für die Verbesserung der Lebensbedingungen blieb den Gewerkschaften nur die Orientierung auf Selbstversorgung. In den Dokumenten spiegelt sich dann nach dem 2. FDGB-Kongress der entscheidende Einschnitt in der Politik des FDGB wider, der mit der Konzentration auf die von der SED geforderte Produktionssteigerung und Einord-

nung in die Planwirtschaft erfolgte, gekennzeichnet durch die Beschlüsse der Hettstedter und der Bitterfelder Konferenz, aber auch den organisatorischen Umbau der Struktur und einen Personalwechsel in den Leitungen. Dass, wie es im Text anklingt, die gewerkschaftliche Interessenvertretung ab 1947 allgemein hinter der Produktionspropaganda zurücktrat, trifft dennoch nicht zu. Den Arbeitern blieb vom Befehl 234 der SMAD über Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten vom 9. Oktober 1947 vor allem das warme Mittagessen im Betrieb in Erinnerung und nicht die Aufforderungen zur Produktionssteigerung. Zugleich organisierten die Gewerkschaften die Volkskontrolle gegen Schieber und Spekulanten und die Preiskontrolle. Als wichtigste Forderung gewerkschaftlicher Sozialpolitik wird die nach Übernahme der Leitung der Sozialversicherung gewertet, eingegangen wird aber auch auf die Erkenntnis, dass dazu die Gewerkschaften zunächst noch nicht in der Lage waren. Keine Erwähnung findet der Feriendienst, der besonders auf die Initiative Bernhard Görings zurückging und den er gegenüber anderen Vorstellungen des Zentralsekretariats der SED durchsetzte.

Der Bd. wird durch ein umfangreiches biografisches Register mit mehr als 400 Namen, einen Personenindex sowie ein Sach- und Ortsregister erschlossen. Insgesamt liegt damit eine wichtige thematische Erweiterung der Sicht auf die Geschichte der deutschen Gewerkschaften vor. Es ist zu wünschen, dass bald der Bd. folgt, der sich der Entwicklung des FDGB in den Ländern der SBZ zuwenden wird.

*Karlheinz Kuba*

**Bernt Roder/Bettina Tacke (Hrsg.): Energie aus Wilhelmsruh. Geschichte eines Berliner Industriestandortes. Bergmann Elektrizitätswerke AG, VEB Bergmann-Borsig** (Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung des Museumsverbundes Pankow im Kultur- und Bildungszentrum Sebastian Haffner vom 30. Januar bis August 2009), Text Verlag, Berlin 2009, 336 S.

Firmengeschichten, die den Weg von ostdeutschen Betrieben über mehr als ein Jh. verfolgen – beginnend mit den Pionieren, die die ökonomische Bedeutung eines technischen Verfahrens erkannten und ein florierendes Unternehmen schufen, und endend mit dem, was von der aus Währungsunion und Treuhandaktivität resultierenden Deindustrialisierung gerettet werden konnte – sind noch selten. Verf. derartiger Firmengeschichten sind in der Regel Wirtschaftshistoriker (siehe die Rezension der Bücher von Karlsch und Fengler in Jahrbuch 2011/I, S.196-200). Der hier zu besprechende Bd. bildet insofern eine Ausnahme, als er das Ergebnis der Zusammenarbeit von sieben Autoren ist, die durch Publikationen zur Berliner Lokalgeschichte hervorgetreten sind bzw. Ausstellungen zur Industrie- und Stadtgeschichte organisiert haben. „Energie aus Wilhelmsruh“ ist als Begleitbd. zu einer gleichnamigen Sonderausstellung erschienen.

Als Ausstellungsbd. zeigt der Sammelbd. eine reiche Ausstattung mit Fotos und Grafiken. Inhaltlich reiht sich die Publikation in vieler Hinsicht in die Reihe der hochwertigen wirtschaftshistorischen Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte ein. Die von verschiedenen Verf. erarbeiteten Einzelbeiträge fügen sich zu einem lückenlosen Ge-

samtbild der Entwicklung des Industriestandortes im Norden Berlins.

Am Anfang stand die Idee des innovativen Unternehmers Sigmund Bergmann, aus der um sich greifenden Elektrifizierung durch den Bau von Turbinen und Transformatoren Profit zu schlagen. Um den Energiemaschinenbau herum entstanden seit der Gründung des Unternehmens und seiner Ansiedlung im Berliner Norden im Zuge der „Randwanderung der Berliner Industrie“ auch ein Metall- und ein Kabelwerk, eine Gummifabrik und Fertigungsstätten für den Bau von Bahnen und Automobilen. Während des Zweiten Weltkrieges wurden zudem Kartuschen und Granaten gefertigt. Mit der Zerstörung durch Bombardements und den beginnenden Demontagen nach Kriegsende schließt der erste Teil der Publikation, der die Jahre 1908 bis 1945 umfasst. Teil II, mit 150 Seiten der umfangreichere, behandelt die sozialistischen Jahre des Standortes, der 1949 zum VEB Bergmann-Borsig wurde. Es wird geschildert, wie sich die DDR-Planwirtschaft im Betrieb vollzog, welche Rolle dabei Brigadebewegung und Neuereraktivitäten spielten. Der Leser wird über Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Qualifizierungsmöglichkeiten im VEB Bergmann-Borsig unterrichtet und erfreulich ausführlich über die Kulturarbeit im Betrieb informiert. Was im Werk um den 17. Juni 1953 und den 13. August 1961 geschah – das Werk lag direkt an der Sektorengrenze – wird dokumentiert. Die Autoren sind aber nicht der Versuchung erlegen, die Betriebsgeschichte um beide „Repressionsdaten“ zu gruppieren. Ein Kabinettsstück im mittleren Abschnitt des Buches ist die Geschichte eines in dem Schwermaschinenbaubetrieb her-

gestellten Konsumguts, des Trockenrasierers bebo sher, erzählt von Günter Eichler. Die bebo sher story reicht von 1954 bis 1991 und kann als Kurzfassung der allzu oft vernachlässigten Geschichte der Konsumgüterherstellung in der DDR anhand eines prominenten Beispiels betrachtet werden. Nicht ganz 100 Seiten sind schließlich als Teil III des Bd. den Jahren 1990 bis 2009 gewidmet. Es sind die Jahre vom optimistischen Neuaufbruch bis zur Rettung der Reste des Unternehmens in das Gewerbegebiet PankowPark. Unter schweren Einbußen an Sachkapital und zunächst unvorstellbaren Verlusten an Humankapital konnte Wilhelmsruh der Totaldeindustrialisierung entgehen.

Eine kompakte Wirtschaftsgeschichte von Ostdeutschlands „nachwendischer Zeit“ gibt es noch nicht. Das macht die im dritten Abschnitt gelieferten detaillierten Angaben zur Treuhandprivatisierung und zu Firmenum- und -neugründungen weit über die Standortgeschichte hinaus wertvoll. Manche Seiten des Geschehens in jenen Jahren sind bis heute kaum bekannt. So wird m. E. erstmals für Oktober und November 1989 über die Maßnahmen der Betriebsleitung und der Staatssicherheit zur Bekämpfung des demokratischen Aufbruchs im Unternehmen berichtet. Wichtige Informationen für eine spätere Gesamtdarstellung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostdeutschlands seit dem Herbst 1989 enthalten auch die drei Biografien von Betriebsräten von Bergmann-Borsig, die mit großem Einsatz um den Erhalt des Industriestandortes kämpften. Mit Argwohn beobachteten sie, wie der Verkauf ihres Betriebes zwischen der noch amtierenden Werkleitung, der Treuhand und dem späteren Eigner ABB ohne aus-

reichende Beteiligung der Belegschaft ausgehandelt wurde. Die IG Metall (West) war bei den gegen die drohende Betriebsschließung organisierten Protesten selten eine Hilfe. Für sein damaliges Engagement stieß der Betriebsratsvorsitzende des ABB Pankow beim Konzernbetriebsrat im Stammwerk Mannheim selten auf Verständnis. Was er betreibe, gehöre eigentlich in die Regie der Geschäftsleitung, rügten die dortigen Kollegen ihn.

Etwas, das der Bd. naturgemäß kaum liefern kann, ist die Einordnung des betrieblichen Geschehens in die wirtschaftliche Gesamtentwicklung, sei es der DDR oder der neuen Bundesländer. Der „schnelle Ausverkauf“, gegen den die Betriebsräte von Bergmann-Borsig rückblickend meinen doch nicht genug Widerstand geleistet zu haben, war in der Ex-DDR die Regel und fand auch dann statt, wenn Belegschaft und Werkleitung (der die Belegschaft das Vertrauen ausgesprochen oder die sie neu gewählt hatte) gemeinsam gegen den Ausverkauf durch die Treuhandanstalt kämpften.

Dass im Buch viel zitiert wird, entspricht ganz der Absicht, immer wieder Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen. Bei der Auswahl der Zitate hätte an dieser oder jener Stelle mehr auf deren Wahrheitsgehalt geachtet werden können. Wenn ein Schlosser behauptete: „Wir arbeiten hier mit Maschinen, [...] da hat Napoleon schon seine Kanonenkugeln mit gedreht“ (S.318), dann ist das eine Aussage über die Fabulierlust des Kollegen, aber kaum als Information über den Zustand des Sachkapitals von Bergmann-Borsig am Ende der DDR zu werten. Das Zitat bedient die „Schrottthese“, der im dritten Teil des Buches an mehreren Stellen deutlich widersprochen wird.

Das Buch ist ganz überwiegend eine gelungene Kombination von sachlicher Information und anschaulicher Geschichtsdarstellung, gerichtet an ein breites Spektrum von Interessierten.

*Jörg Roesler*

**Ulla Plener (Hrsg.): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990-1994).** Tagung vom 2. April 2011 in Berlin, Beiträge und Dokumente. NO-RA, Berlin 2011, 271 S.

Auf die öffentliche Erörterung dieses Themas musste lange gewartet werden. Wie allgemein üblich, konzentrierten sich Medien, Politik und öffentliches Interesse bei kriminellen Vorgängen vorwiegend auf die Täter und weniger auf die Opfer. Die Berichte über die Untaten der Treuhandanstalt sind zahlreich und es kommen immer noch neue hinzu. Berichte über das Schicksal der Treuhandopfer, über ihren Widerstand, sind seltener.

Vor allem aber räumt dieses Buch mit der verbreiteten Vorstellung auf, die in den volkseigenen Betrieben Beschäftigten hätten ihr Eigentum fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel, sie hätten geringere Bindung zu ihrem Betrieb gehabt als etwa die Beschäftigten bei VW. Solche Vorstellungen werden mitunter auch von linken Autoren verbreitet, die damit ihre Aversion gegen Staatseigentum begründen wollen, ihre Bevorzugung von „delegiertem Gruppeneigentum“, wie es etwa der DDR-Ökonom Fritz Behrens empfahl. Verwiesen wurde in solchem Zusammenhang auf die LPG-Mitglieder, die zum Erstaunen nicht nur des BRD-Landwirtschaftsministers nicht auseinanderstoben wie ei-

ne freigelassene Hühnerschar, weil sie ja zwangskollektiviert worden waren, sondern überwiegend an gemeinschaftlicher Großproduktion festhielten.

Auch die Beschäftigten der volkseigenen Betriebe sind nicht auseinandergefallen, sondern wurden aus ihren eigenen Betrieben vertrieben. Wie das geschah, wird in diesem Buche an mehreren Beispielen beschrieben. Auch dass es heftigen, oft anhaltenden Widerstand gegen diese Vertreibung gegeben hatte. Die Arten des Widerstands waren vielfältig: Kundgebungen, Demonstrationen und Petitionen, Hungerstreik und Betriebsbesetzung.

Das ganze Drama, das Regierung, Konzerne und leider auch die Gewerkschaften mit der Zerschlagung des Kaliwerkes Bischofferode anrichteten, wird ausführlich geschildert und dokumentiert. Für viele, die aus fernen Gegenden, aus Berlin auch, nach Bischofferode fuhren, um ihre Solidarität mit den Kalikumpeln, mit den Hungerstreikenden zu demonstrieren, wird das in lebenslanger Erinnerung bleiben.

Das Verhalten der Gewerkschaften bei diesem Kahlschlag Ost ist ein besonderes Kapitel und wird in diesem Buche ausführlich geschildert, dokumentiert. Es gab vor allem durch die IG Metall und die damalige Gewerkschaft ÖTV unterstützten, angeführten Widerstand gegen die von der Treuhand exekutierte Deindustrialisierung. Aber oft, wie im Falle Bischofferode, stand die jeweilige Gewerkschaft auch auf der Gegenseite, aufseiten der westdeutschen Konzerne, weil sie sich vorrangig von den Interessen der Beschäftigten im Westen am Erhalt deren Arbeitsplätze leiten ließen.

Dies hängt mit einem Krebschaden der Vereinigung zusammen. Während

die politisch konservativen Parteien CDU und FDP die DDR-Blockparteien CDU, Liberal-Demokraten, Bauernpartei, Nationaldemokratische Partei en bloc übernahmen – und natürlich auch deren nicht unbeträchtliches Vermögen – verführten die SPD mit der SED und die westdeutschen Gewerkschaften mit den ostdeutschen ganz anders; sie forderten und förderten deren pauschale Auflösung, Zerschlagung. Sowohl die Betriebsleitungen wie auch die Gewerkschaften wurden vertrieben, und die Belegschaften standen gewissermaßen kopflos da, waren dem flugs zugeordneten westdeutschen Aufsichts- und Abwicklungspersonal wehrlos ausgeliefert. Der Widerstand musste sich auf erst noch zu schaffenden, neuen organisatorischen Grundlagen organisieren. Aufschlussreich in diesem Zusammenhang die Darlegungen über die Bewegung „Betriebsräte Ost“.

Die volkseigenen Betriebe wurden durch die Treuhandanstalt in der Regel nicht einfach geschlossen, sondern in einem längeren, für die Belegschaften qualvollen Prozess stranguliert. Das dominierende Muster war etwa wie folgt: Zunächst tauchten von der Treuhandanstalt gesandte Vertreter westdeutscher Konzerne auf. Die sahen sich nach brauchbarer schneller Beute um: Kundenlisten, Patente, eventuell auch Forschungspersonal. Dann kamen „Kauf“interessenten, mehrere nacheinander. Die zerlegten den Betrieb und verscherbelten ihn stückweise. Nachdem mehrere solcher „Erwerber“ von Treuhand und örtlichen Organen allerlei Gelder eingesteckt hatten, wurde der Betrieb schließlich doch geschlossen. Wenige Beschäftigte fanden Arbeit in der Demontage und Beräumung der Ruine. Manchmal endete der Betrieb in

einem „Industriemuseum“, in welchem dann nicht mal eine Handvoll ehemaliger Betriebsangehöriger Beschäftigung fand. Über das wirkliche Schicksal ihres Betriebes erzählen die aber nicht.

Man kann diese Vorgänge nicht verstehen, den aktiven Widerstand der Beschäftigten nicht gerecht würdigen, wenn das gesellschaftliche Umfeld, die politische und soziale Atmosphäre der Wendezeit außer Acht gelassen wird. Es war eine Zeit entfesselter politischer Hysterie, nicht nur genährt von frohen Erwartungen, sondern auch von bisher nicht gekannten Ängsten und Verdächtigungen. „Außer Mutti alles Stasi“ wurde ein geflügeltes Sprichwort. Ein heftiger und eisiger Wind von Massenentlassungen fegte über das ostdeutsche Land. Entfremdung selbst unter bisher Vertrauten, Entsolidarisierung kamen auf. Sich um sich selber kümmern wurde von manchen Menschen als neue Einsicht bewusst angenommen. Umso größere Achtung, Bewunderung verdienen diejenigen, die widerstanden, Betriebe besetzten, in den Hungerstreik traten.

Mit diesem Buch wird endlich begonnen, diesen Widerstand ausführlicher zu schildern, seine Akteure zu würdigen. Aber es sollte als ein Anfang angesehen werden, in welchem nur wenige punktuelle Beispiele aufgeführt werden können. Man sollte die verdienstvolle Hrsg. ermuntern, weitere Publikationen zu initiieren, in welchem möglichst zahlreich und systematisch das Schicksal früherer volkseigener Betriebe von früheren Betriebsangehörigen geschildert und dokumentiert wird. Ich kann mir wichtigere Bücher über ostdeutsche Schicksale nicht vorstellen.

*Harry Nick*

## Autorenverzeichnis

*Kasper Braskén*, Doktorand, Abo Akademi Universität, Finnland  
*Birgit Bublies-Godan*, Doktorandin, Ruhr-Universität Bochum  
*Cristina Fischer*, Rostock  
*Paola Foraboschi*, Mailand  
*Ronald Friedmann*, Berlin  
*Ulrich van der Heyden*, PD Dr., Berlin  
*Ralf Hoffrogge*, Doktorand, Berlin  
*Irina Hundt*, Dr., Schwielowsee  
*Martin Hundt*, Prof. Dr., Schwielowsee  
*Horst Klein*, Dr. sc., Strausberg  
*Karlheinz Kuba*, Dr., Berlin  
*Andreas Lotz*, Humboldt-Universität zu Berlin  
*Ottokar Luban*, Berlin  
*Herbert Mayer*, Dr. sc., Berlin  
*Andreas Morgenstern*, Dr., Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart  
*Eckhard Müller*, Dr., Berlin  
*Harry Nick*, Prof. Dr., Berlin  
*Gisela Notz*, Dr., Berlin  
*Jörg Roesler*, Prof. Dr., Berlin  
*Gerhard Schäfer*, Berlin  
*Walter Schmidt*, Prof. Dr., Berlin  
*Uli Schöler*, Dr., Werder  
*Siegfried Spantig*, Hagenow  
*Ruth Stofjarowa*, Dr. sc., Berlin  
*Carola Tischler*, Dr., Universität Konstanz/Berlin  
*Fabian Trinkaus*, Doktorand, Universität des Saarlandes/Universität Luxemburg  
*Jörn Wegner*, Doktorand, Universität Potsdam  
*Jochen Weichold*, Dr., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

## Jahresinhaltsverzeichnis 2012

### Artikel

*Wilma Ruth Albrecht*: Liberalismuskonzeption in der DDR. Eine wissenschaftshistorische Erinnerung 2/102

*Peter Brandt*: Gesellschaftliche Entwicklung, Arbeiterbewegung und Sozialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts 1/5

*Kasper Braskén*: Willi Münzenberg und die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) 1921 bis 1933: eine neue Geschichte 3/57

*Kim Christiaens*: Die Suche nach wirksamer Solidarität. Der vietnamesische Faktor bei der Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg in Belgien in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren 2/77

*Cristina Fischer*: Charlotte Behrends und die Kartei der zum Tode verurteilten Frauen aus dem Berliner Frauengefängnis Barnimstraße 3/85

*Simone Herzig*: Die „Ära Posadowsky“. Posadowskys Beitrag zur staatlichen Sozialpolitik im Deutschen Kaiserreich 1/47

*Peter Hübner*: Arbeiter und Technik in der DDR. Eine Anmerkung zum „arbeiterlichen Staatssozialismus“ 1/60

*Renate Merkel-Melis*: Engels ohne Marx. Zum Erscheinen des MEGA-Bandes 1/30 2/5

*Andreas Morgenstern*: Die „Sozialistischen Monatshefte“ im Kaiserreich. Sprachrohr eines Arbeiterzionismus? 3/5

*Ulrich Peters:* Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald 2/59

*Thomas Reichel:* Verhinderten Arbeiter die DDR-Wirtschaftsreform? 1/85

*Fabian Trinkaus:* Krisenhafter Umbruch und Organisationsverhältnisse. Der Erste Weltkrieg und die europäische Arbeiterbewegung am Beispiel der Hüttenstädte Neunkirchen/Saar und Düdelingen/Luxemburg 3/40

*Jörn Wegner:* „Free-born Englishmen“ und „Jew financiers“. Antisemitismus in der britischen Arbeiterbewegung während des zweiten Burenkrieges 3/26

*Axel Weipert:* Vor den Toren der Macht. Die Demonstration am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag 2/16

*Jörg Wollenberg:* Goethe in Dachau – Beethoven in Auschwitz. Das Konzentrationslager als Lernort der geistigen Selbstbehauptung in Grenzsituationen 2/33

## Zur 47. Linzer Konferenz der ITH

*Jürgen Hofmann:* Ist eine Welt möglich? 1/108

*Vijay Prashad:* Die Leiden der internationalen Solidarität 1/113

## Biografisches

*Horst Klein:* Tatiana Grigorovici (1877-1952). Zum 60. Todestag der Austromarxistin 3/132

*Peter Krob:* Jan Skala, Gestapo und Volksgerichtshof. Ergänzungen aus Akten vergangener Zeit 2/120

*Gisela Notz:* Das kämpferische Leben der Tänzerin Johanna (Hanna) Berger (1910-1962) 3/142

*Gerhard Schäfer:* Dr. Maria Grollmuß (1896-1944): eine fast vergessene Grenzgängerin 3/104

*Kurt Schilde:* „Dennoch ging ich diesen Weg“. Wolfgang Szepanskys „geschichtsträchtiges Leben“ (1910-2008) 1/129

## Dokumentarisches

*Ruth Stoljarowa:* Hugo Eberlein: Erinnerung aus dem Jahr 1928 an seine abenteuerliche Reise nach Moskau zum Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 3/159

## Regionales

*Siegfried Spantig:* Das Kreiskulturhaus in Hagenow 1974 bis 1998 3/164

## Berichte

*Andreas Diers:* Rosa Luxemburg: Theorie, Kontext, Aktualität. Konferenz zum 140. Geburtstag in Moskau 1/145

*Wilfriede Otto:* Nach dem Schweigen. Erinnerungsorte, Gedenkbücher, Opferlisten des sowjetischen Exils. Konferenz in Berlin 1/151

*John Riddell*: Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung 1919 bis 1943. Konferenz in London 2/147

## Informationen

*Holger Czüttrich-Stahl*: Zur Datierung von zwei Briefen Rosa Luxemburgs an Arthur Stadthagen 1/163

*Rainer Holze/Kurt Metschies*: Der Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen verpflichtet 1/154

## Leserzuschriften

*Heinz Deutschland*: Eine Ergänzung zum Beitrag von Anette Eklund Hansen im Jahrbuch III/2011 1/166

*Joachim Eichler*: Kritische und ergänzende Bemerkungen zum Beitrag von Mario Keßler im Jahrbuch II/2011 1/170

In eigener Sache 1/172

## Buchbesprechungen

Udo Achten (Hrsg.): Nicht betteln, nicht bitten. Moabiter Streikunruhen 1910 (*Ingo Materna*) 2/154

Anerkennung und Repression. Dokumente zur Geschichte der Tarifpolitik der IG Metall und ihrer Vorgänger 1918-1945; In freier Verhandlung. Dokumente zur Tarifpolitik der IG Metall 1945 bis 2002 (*Reiner Tosstorff*) 1/192

Dario Azzellini: Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela (*Günter Bublke*) 1/216

Michael Bakunin: Konflikt mit Marx (= Michael Bakunin: Ausgewählte Schriften. Bd. 5 und 6), hrsg. von Wolfgang Eckhardt (*Martin Hundt*) 3/187

Heidi Beutin u. a. (Hrsg.): Die Frau greift in die Politik. Schriftstellerinnen in Opposition, Revolution und Widerstand (*Miriam Sachse*) 1/177

Peter Birke/Bernd Hüttner/Gottfried Oy (Hrsg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion (*Thomas Klein*) 1/212

Bob, du mußt rennen, der Krieg ist vorbei! Zeitzeugen erinnern sich an den 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus (*Daniela Schnitter*) 1/201

Rudolf Boch/Rainer Karlsch (Hrsg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex (*Jörg Roessler*) 2/181

Siegfried Bock/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau (Hrsg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick – Daten, Fakten, Personen (*Joachim Eichler*) 2/188

Traude Bollauf: Dienstmädchen-Emigration. Die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England 1938/39 (*Barbara Wünnenberg*) 2/176

Heinz Bude/Ralf M. Damitz/André Koch (Hrsg.): Marx. Ein toter Hund? Gesellschaftstheorie reloaded (*Andreas Lotz*) 3/182

- Sandra Dahlke: Individuum und Herrschaft im Stalinismus. Emel'jan Jaroslavskij (1878-1943) (*Wladislaw Hedeler*) 1/196
- Dittmar Dahlmann u.a. (Hrsg.): Zwangsarbeiterforschung in Deutschland. Das Beispiel Bonn (*Daniela Schnitter*) 2/178
- Dietmar Dath: Rosa Luxemburg. Leben. Werk. Wirkung (*Eckhard Müller*) 3/189
- Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben (*Günter Benser*) 1/182
- Klaus Froh: Chronik der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR 1956-1990 (*Horst Klein*) 1/210
- Paul Frölich: Autobiografia. Dalla Lipisia operaia di fine '800 all'azione di marzo del 1921 (*Paola Foraboschi*) 3/199
- Armin Fuhrer: Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats (*Ronald Friedmann*) 3/204
- Denis Goldberg: Der Auftrag. Ein Leben für die Freiheit in Südafrika (*Ulrich van der Heyden*) 2/200
- Emma Goldman: Gelebtes Leben. Autobiografie (*Jochen Weichold*) 1/178
- Herbert Graf: Interessen und Intrigen. Wer spaltete Deutschland? Ein Exkurs über internationale Beziehungen (*Rolf Badstübner*) 1/206
- Christoph Hamann/Volker Schröder (Hrsg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 in Berlin (*Birgit Bublies-Godan*) 3/176
- Ulrich Herrmann/Rolf-Dieter Müller (Hrsg.): Junge Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Kriegserfahrungen als Lebenserfahrungen (*Evemarie Badstübner*) 2/178
- Ursula Herrmann: Aus dem Alltag eines Arbeitervereins 1891 bis 1901. Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg (*Ingo Materna*) 1/180
- Jens Hildebrandt: Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB 1955 bis 1969 (*Stefan Müller*) 1/208
- Stefan Gotthelf Hoffmann: Der andere Wolf. Fremde Einblicke in Leben und Werk (*Ulrike Köpp*) 2/164
- Peter Huber (in Zusammenarbeit mit Ralph Hug). Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Biografisches Handbuch (*Herbert Mayer*) 1/199
- Anja Ingenbleek: Die britische Gewerkschaftspolitik in der britischen Besatzungszone 1945-1949 (*Rolf Badstübner*) 2/183
- Narihiko Ito/Annelies Laschitzka/Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg, ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes (*Ingo Materna*) 1/185
- Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011 (*Ralf Hoffrogge*) 3/197
- Annette Jensen: Im Osten was Neues. Unterwegs zur sozialen Einheit (*Jörg Roesler*) 1/221

- Tim Jęszarzewski: Für Freundschaft, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Luise Nordhold – Biografie einer Sozialdemokratin 1917-2011 (*Holger Czitrich-Stahl*) 2/174
- Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg. Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949 (*Günter Benser*) 2/161
- Philippe Kellermann (Hrsg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung (*Jochen Weichold*) 3/173
- Heinz Keßler/Fritz Streletz: Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zwei Zeiteugen erinnern sich; Wolfgang Scheler/Rolf Ziegenbein (Red.): Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze (*Horst Klein*) 2/190
- Mario Keßler: Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau. Richard Löwenthal. Ossip Flechtheim (*Herbert Mayer*) 3/210
- Peter Kuckuk (Hrsg.): Die Revolution 1918/19 in Bremen. Aufsätze und Dokumente (*Ottokar Luban*) 3/194
- Siegfried Kupper: Zone – Macht – Staat. Politische und ökonomische Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone (*Rolf Badstübner*) 1/202
- Peter Joachim Lapp: Gerald Götting (*Siegfried Prokop*) 2/194
- Annelies Laschitzka/Klaus Gietinger (Hrsg.): Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare (*Ottokar Luban*) 2/158
- Helmut Lethen/Birte Löschenkohl/Falko Schmieder (Hrsg.): Der sich selbst entfremdete und wiedergefundene Marx (*Andreas Lotz*) 3/185
- Vladlen Loginov: Neizvestnyj Lenin [Der unbekanntene Lenin] (*Christa Hinckel*) 2/157
- Hanns Christian Lühr: Die Gründung Albaniens (*Erwin Lewin*) 2/156
- Gerlinde Lorenz: „Leitstern“ Sozialismus. Die politische Biografie des Remscheider Arbeiterführers Otto Braß (1875-1950) und seines Sohnes Otto (1900-1972) (*Ottokar Luban*) 3/201
- Walter Markov: Wie viele Leben lebt der Mensch. Eine Autobiographie aus dem Nachlaß (*Christoph Meißner*) 2/172
- Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe. Erste Abteilung: Bd. 30: Mai 1883 bis September 1886, Bd. 31: Oktober 1886 bis Februar 1891, Bd. 32: März 1891 bis August 1895 (*Georg Füllberth*) 1/173
- Marx-Engels Jahrbuch 2010 (*Walter Schmidt*) 3/180
- Siegfried Mielke/Peter Rütters (Hrsg.): Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 bis 1949/50. Gründung, Organisationsaufbau und Politik – Zonenebene (*Karlheinz Kuba*) 3/212
- Hans Mommsen: Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand (*Ludwig Elm*) 2/152

- Jürgen Mothes: Lateinamerika und der „Generalstab der Weltrevolution“. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, hrsg. von Klaus Meschkat (*Helma Chrenko*) 2/166
- Mario Niemann/Andreas Herbst (Hrsg.): SED-Kader: Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon 1946 bis 1989 (*Werner Berthold*) 1/204
- David North: Verteidigung Leo Trotzki's (*Jochen Weichold*) 1/190
- Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens (*Günter Benser*) 1/175
- Gabriele Oertel/Hans Modrow: Sagen, was ist (*Holger Czjztrich-Stahl*) 2/201
- Joachim Paschen: „Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt“. Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923 (*Harald Jentsch*) 2/169
- Ulla Plener (Hrsg.): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990-1994) (*Harry Nick*) 3/217
- Laura Polexe: Netzwerke und Freundschaft. Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz an der Schwelle zum 20. Jahrhundert (*Herbert Mayer*) 3/190
- Bernt Roder/Bettina Tacke (Hrsg.): Energie aus Wilhelmsruh. Geschichte eines Berliner Industriestandortes. Bergmann Elektrizitätswerke AG, VEB Bergmann-Borsig (*Jörg Roesler*) 3/215
- Dieter Schiller: Der Traum von Hitlers Sturz. Studien zur deutschen Exilliteratur 1933-1945 (*Carola Tischler*) 3/209
- Martin Schulze Wessel/Christiane Brenner (Hrsg.): Zukunftsvorstellungen und staatliche Planung im Sozialismus. Die Tschechoslowakei im ostmitteleuropäischen Kontext 1945-1989 (*Veronika Arndt*) 2/185
- Vera Schwarz: Meine roten Großmütter. Politische Aktivität aus der KPÖ ausgetretener/ausgeschlossener Frauen (*Sebastian Baryl*) 2/197
- Tetsuji Senoo: Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963-1975 (*Harald Lange*) 2/196
- Frank Oliver Sobich: „Schwarze Bestien, rote Gefahr“. Rassismus und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich (*Ulrich van der Heyden*) 3/192
- Franz Walter: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie (*Harald Lange*) 1/218
- Stefan Wannewetsch: Unorthodoxe Sozialisten. Zu den Sozialismuskonzeptionen der Gruppe um Otto Straßer und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes in der Weimarer Republik (*Uli Schöler*) 3/206
- Petra Weber: Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39) (*Peter Hübner*) 1/195
- Gudrun Wedel: Autobiographien von Frauen. Ein Lexikon (*Irina Hundt*) 3/174

Annika Wilmers: Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung (1914-1920) ( <i>Gisela Notz</i> )	1/187	Volker Zimmermann: Eine sozialistische Freundschaft im Wandel. Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei (1945-1969) ( <i>Daniela Schnitter</i> )	2/188
Raul Zelik: Nach dem Kapitalismus. Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken ( <i>Jörg Roesler</i> )	2/206	Moshe Zuckermann: „Antisemit!“ Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument ( <i>Susanne Heim</i> )	2/204

## Kalender „Wegbereiterinnen“ 2013

Der Kalender „Wegbereiterinnen“ 2013 präsentiert zwölf aktive Frauen, die sich in Politik, Gewerkschaften, Kultur, Kunst, Musik, im Widerstand für die Rechte der Frauen, für eine friedliche Welt und für das „gute Leben“ eingesetzt haben. Konzipiert und herausgegeben wird der Kalender von Gisela Notz, Berlin

### Vorgestellt werden

Nina Bang (1866-1928) – Erste dänische Ministerin  
 Johanna Elberskirchen (1864-1943) – Vorkämpferin für Homosexuellenrechte  
 Olympe de Gouges (1748-1793) – Kämpferin für die Rechte der Frauen  
 Constanze Hallgarten (1881-1969) – Pazifistin, Feministin, Hitlergegnerin  
 Ingeborg Hunzinger (1915-2009) – Politische Bildhauerin  
 Constance Lytton (1869-1923) – Militant aus Überzeugung  
 Lu Märten (1879-1970) – Kulturtheoretikerin, Feministin, Schriftstellerin  
 Louise Nordmann (1829-1911) – Die Berliner Harfenjule  
 Marie-Luise Plener-Huber (1909-1996) – Rebellin in der Résistance  
 Jeannette Schwerin (1852-1899) – Pionierin der Sozialarbeit  
 Marianne Weber (1870-1954) – Vordenkerin der Gleichstellung im Familienrecht  
 Urszula Wińska (1902-2003) – Illegale Lehrerin im KZ Ravensbrück

### Die Autorinnen und Autoren sind

Antje Asmus, Heike Friauf, Inge Gerlinghoff, Bernd F. Gruschwitz, Jana Günther, Hella Hertzfeldt, Christiane Leidinger, Shelley Rose, Nancy Thym, Marga Voigt, Cornelia Wenzel, Christl Wickert

### Bestellung

Tel.: 07308 / 91 92 61

Fax: 07308 / 91 90 95

Email: [spak-buecher@leibi.de](mailto:spak-buecher@leibi.de)

[www.agspak-buecher.de](http://www.agspak-buecher.de)

# Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:  
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:  
Helga Brangsch, Dr. Christa Hübner (Vi.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dietmar Lange, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler, Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:  
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:  
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:  
rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:  
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die außer dem JahrBuch nicht gleichzeitig anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte

10.000, Buchbesprechungen 8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Die namentlich gezeichneten Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:  
Berliner Volksbank eG, BLZ 10090000, Konto-Nr.: 5744561010

Satz: Christa Kouschil  
Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.  
info@bodoni.org

Sonderdrucke der im Jahrbuch veröffentlichten Beiträge sind möglich. Die Konditionen sind bei den Typowerkstätten zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-2825 137

Redaktionsschluss: 15.08.2012